

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

- Vierteljährliche Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors
- Internetnutzung und die Aneignung von E-Skills • Strukturdaten zum Verarbeitenden Gewerbe • Binnenschifffahrt – Güterbeförderung nimmt weiter zu • Möglichkeiten der Erfassung von Arbeitszeit in Unternehmensbefragungen • Binnenschifffahrt auf dem Rhein vor 100 Jahren



7/2006

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden
• Telefon: + 49 (0) 6 11/75-20 86
• E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: + 49 (0) 70 71/93-53 50
Telefax: + 49 (0) 70 71/93-53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/shop

Druck: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im August 2006

Einzelpreis: EUR 13,75 [D]

Jahresbezugspreis: EUR 121,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-06107-1 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11/75-24 05
- Telefax: + 49 (0) 6 11/75-33 30
- www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Inhalt		Seite
Kurznachrichten		697
 Textteil		
<i>Albert Braakmann, Dietrich Stache</i>	Vierteljährliche Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors	713
<i>Dr. Irene Kahle, Ulrike Timm</i>	Internetnutzung und die Aneignung von E-Skills	722
<i>Ottmar Hennchen</i>	Strukturdaten zum Verarbeitenden Gewerbe	734
<i>Horst Winter</i>	Binnenschifffahrt 2005 – Güterbeförderung nimmt weiter zu	747
<i>Hannah Alter</i>	Möglichkeiten der Erfassung von Arbeitszeit in Unternehmensbefragungen	759
<i>Karsten Sandhop</i>	Preise im Juni 2006	768
<i>Historische Beiträge</i>	Binnenschifffahrt auf dem Rhein vor 100 Jahren	774
	Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	779
 Tabellenteil		
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	697
	Texts	
<i>Albert Braakmann, Dietrich Stache</i>	Quarterly receipts and expenditure of general government	713
<i>Dr. Irene Kahle, Ulrike Timm</i>	Internet usage and acquisition of e-skills	722
<i>Ottmar Hennchen</i>	Structural data on manufacturing	734
<i>Horst Winter</i>	Inland water transport in 2005 – goods transport further increases	747
<i>Hannah Alter</i>	Possibilities of covering working hours in business surveys	759
<i>Karsten Sandhop</i>	Prices in June 2006	768
	Inland water transport on the Rhine 100 years ago	774
	List of the contributions published in the current year	779
	Tables	
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*
 Table des matières		 Pages
	Informations sommaires	697
	Textes	
<i>Albert Braakmann, Dietrich Stache</i>	Recettes et dépenses trimestrielles des administrations publiques	713
<i>Dr. Irene Kahle, Ulrike Timm</i>	L'utilisation d'Internet et l'acquisition d'e-skills	722
<i>Ottmar Hennchen</i>	Données structurelles sur les industries manufacturières	734
<i>Horst Winter</i>	Navigation intérieure en 2005 – transport des marchandises continue à augmenter	747
<i>Hannah Alter</i>	Possibilités de couvrir le temps de travail dans les enquêtes d'entreprises	759
<i>Karsten Sandhop</i>	Prix en juin 2006	768
	Navigation intérieure sur le Rhin il y a cent ans	774
	Liste des contributions publiées dans l'année en cours	779
	Tableaux	
	Résumé	1*
	Chiffres statistiques mensuels	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the „früheres Bundesgebiet“ relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the „neue Länder und Berlin-Ost“ relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen as well as to Berlin-Ost.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour „früheres Bundesgebiet“ se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-West y est inclus. Les données pour les „neue Länder und Berlin-Ost“ se réfèrent aux Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen ainsi qu'à Berlin-Ost.

Kurznachrichten

Prof. Dr. Heinz Grohmann erhält Bundesverdienstkreuz

Prof. Dr. Heinz Grohmann aus Kronberg im Taunus ist mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Damit werden das Lebenswerk von Prof. Dr. Grohmann, sein herausragendes ehrenamtliches Engagement, sein Wirken als Hochschullehrer und seine Verdienste um die amtliche Statistik in Deutschland gewürdigt.

Prof. Dr. Grohmann, geboren am 21. Februar 1921 in Dresden, war von 1970 bis 1987 Professor für Statistik an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt und übte mehr als zwei Jahrzehnte lang gestaltende Funktionen in der Deutschen Statistischen Gesellschaft aus. Für die amtliche Statistik war Prof. Dr. Grohmann über vier Jahrzehnte – auch in seinem Ruhestand – ein engagierter und kritischer Ratgeber. Als Mitglied des Expertenkreises für Bevölkerungsvorausberechnungen unterstützt er das Statistische Bundesamt noch heute.

Besonders hervorzuheben ist seine Tätigkeit als Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats für Mikrozensus und Volkszählung im Statistischen Bundesamt von 1989 bis 1991. Seine damals weitsichtigen Vorschläge für die Einführung eines unterjährigen Mikrozensus wurden schließlich im neuen Mikrozensusgesetz von 2005 umgesetzt. Ein erster Schwerpunkt seines wissenschaftlichen Wirkens war das Thema „Demografie und Rentenversicherung“. Dazu hat Prof. Dr. Grohmann als Sachverständiger mit großer Weitsicht, wenn auch seinerzeit vergeblich, unter anderem

bereits zu Beginn der 1980er-Jahre eine Rentenformel mit demografischer Komponente vorgeschlagen.

Besonderes ehrenamtliches, der Gemeinschaft dienendes Engagement bewies Prof. Dr. Grohmann nach der deutschen Vereinigung. Damals engagierte er sich sofort für die Statistiklehrstühle an ostdeutschen Universitäten, hielt Vorlesungen und versorgte die Lehrstühle mit Literatur und anderen Ausstattungsgegenständen. Später unterstützte er zwischen 1996 und 2002 intensiv ein Austauschprogramm der Justus-Liebig-Universität Gießen mit der Kazan State University in Tatarstan (Russische Föderation) – in dieser Region hatte Prof. Dr. Grohmann lange Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft verbracht. Auch dort hielt er Vorlesungen, insbesondere über Wirtschaftsstatistik, versorgte die Hochschulkollegen mit wissenschaftlicher Literatur und machte sie mit westlichen Standards vertraut.

Prof. Dr. Grohmann hat mit seinem vielfältigen Wirken in der Statistik in einmaliger Weise wissenschaftliche Theorie und Praxis verbunden. Die amtliche Statistik in Deutschland ist ihm zu großem Dank verpflichtet und freut sich mit ihm über die Verleihung des Verdienstordens.

Aus aller Welt

Konferenz Europäischer Statistiker

Vom 13. bis 15. Juni 2006 fand die 54. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) in Paris statt. Die CES ist ein hochrangiges Statistikgremium der Regionalkom-

mission der Vereinten Nationen (UN) für Europa und nimmt eine Zwischenstellung zwischen UN- und EU-Ebene ein. Sie berät in ihren jährlichen Sitzungen u. a. über das statistische Arbeitsprogramm der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE). Daneben konzentrieren sich die CES-Sitzungen jeweils auf zwei Seminarthemen, die unter Beteiligung der Mitgliedstaaten ausgewählt werden.

Das erste Seminar zum Thema „Bevölkerungs- und Wohnungszensus“ wurde vom Vereinigten Königreich in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern Frankreichs und der Vereinigten Staaten organisiert. Die Vortragenden beleuchteten Rolle und Nutzung von Zensen, verschiedene Wege der technischen und methodischen Ausgestaltung sowie Herausforderungen der Einführung und des Managements von Zensen. Frankreich stellte u. a. das Verfahren der rollierenden Inventur vor. Deutschland berichtete in einem Supporting Paper über die Pläne zur Durchführung des Zensus in Deutschland. Insgesamt zeichnete sich eine Spaltung in Befürworter des herkömmlichen Zensus als Primärerhebung und in Befürworter der Nutzung von Registern ab, was eine weltweite Vergleichbarkeit der Ergebnisse der künftigen Zensusrunde vermutlich erschweren wird. Der deutsche Vertreter plädierte dafür, künftig stärker die Qualität des Outputs der verschiedenen Methoden zu untersuchen. Im Vordergrund stand die Verabschiedung von offiziellen Empfehlungen der CES für die Zensusrunde 2010. Der empfohlene Merkmalskranz ist maßgebliche Grundlage der Durchführung des Zensus in den europäischen Ländern. Nach derzeitigem Sachstand möchte das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) in dem geplanten Rechtsakt zum Zensus die Erhebung der von der CES empfohlenen Kernvariablen auf europäischer Ebene verpflichtend vorschreiben.

Das zweite Seminar war dem Thema „Humanressourcen und Fortbildung“ gewidmet. Die Vorbereitungsarbeiten hatte die Tschechische Republik in Zusammenarbeit mit Finnland, Kanada und Eurostat übernommen. Die Vortragenden beleuchteten moderne Methoden der Aus- und Fortbildung (eLearning) und der Personalentwicklung. Eurostat berichtete über die geplanten Aktivitäten zum Neuaufbau eines Europäischen Statistischen Trainings-Programms. Weitere Vorträge befassten sich mit der Rolle der amtlichen Statistik bei der Erziehung der Bevölkerung, wobei Fallbeispiele für nutzerfreundliches Lehrmaterial an Schulen und Universitäten vorgestellt wurden. Deutschland legte ein Invited Paper zum Personalentwicklungskonzept des Statistischen Bundesamtes vor und war intensiv an den Diskussionen beteiligt.

Neben den beiden Seminarthemen standen auch andere Fachthemen auf der Tagesordnung:

Die Konferenz verabschiedete „Leitlinien und Prinzipien für die Statistische Geheimhaltung und die Bereitstellung von Mikrodaten“, die unter Federführung des Leiters des australischen Statistikamtes entwickelt worden sind. In das Dokument sind die Ergebnisse einer Befragung bei den statistischen Ämtern eingeflossen. Die Leitlinien enthalten eine Reihe von Beispielen für „Good practices“ aus anderen Län-

dern und bieten auch für die amtliche Statistik in Deutschland wertvolle Ansätze.

Basierend auf Peer Reviews der statistischen Ämter der Niederlande und Italiens befasste sich die CES mit der Kriminalitätsstatistik. Insgesamt stellte die CES im Bereich der Kriminal- und Rechtspflegestatistiken ein großes Defizit an international vergleichbaren Daten fest. Zur Harmonisierung der Kriminalpolitik sei eine bessere Datengrundlage unverzichtbar. International vergleichbare Daten könnten am ehesten für den Bereich der Opferbefragungen (Viktimisierungsstudien) gewonnen werden; die internationalen Bemühungen sollten sich zunächst auf diesen Bereich konzentrieren.

Die nächste CES-Sitzung findet voraussichtlich Mitte Juni 2007 in Genf statt. Folgende Seminarthemen sollen behandelt werden:

- Ways to increase the Productivity of the Statistical Offices and to conduct Statistical Programmes more efficiently and effectively
- Measurement of Capital – Measurement of Intangibles (immaterielle Güter)

3. Sitzung des OECD-Statistikausschusses

Am 15. und 16. Juni 2006 tagte zum dritten Mal der Statistikausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) („Committee on Statistics“). Die wichtigsten Aufgaben dieses Ausschusses sind:

- Empfehlungen zur Ausrichtung der Statistikpolitik der OECD,
- Sicherstellung hoher Qualitätsstandards der OECD-Statistiken,
- Genehmigung methodologischer Empfehlungen und Annahme gemeinsamer Standards,
- Budget- und Programmplanung.

Der neue Generalsekretär der OECD, Angel Gurría (Mexiko), begrüßte die Mitglieder des Ausschusses und betonte die Bedeutung der Statistik für die verschiedenen Politikbereiche der OECD. Da Frankreich und Schweden aus dem Leitungsgremium (Büro) des OECD-Statistikausschusses ausgeschieden sind, fanden Neuwahlen statt. Als Vorsitzender wurde Dr. Ivan Fellegi (Kanada) wiedergewählt. Der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, und der Leiter des neuseeländischen Statistikamtes, Brian Pink, wurden für zwei Jahre zu Stellvertretenden Vorsitzenden des Büros gewählt.

Die wichtigsten Ergebnisse der Sitzung werden im Folgenden kurz dargestellt:

Die OECD versteht sich als Brücke zwischen Nordamerika, Asien und Europa und will deshalb die für 2008 anstehende Revision des „Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrech-

nungen“ (System of National Accounts – SNA) als Chance nutzen, eine bestmögliche internationale Vergleichbarkeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu gewährleisten. Die OECD-Working Party on National Accounts wird auf der Grundlage von noch festzulegenden Prioritäten die Revision vorbereiten. Die von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen beschlossene Aktualisierung („Update“) des SNA 1993 umfasst offiziell 44 Punkte (mit Unterpunkten sogar gut 50). Das dem OECD-Statistikausschuss vorgelegte Papier greift sechs dieser Punkte, die noch intensiver diskutiert werden müssen, heraus:

- Buchung selbst erstellter Forschung und Entwicklung als Investition
- Buchung militärischer Waffen als Investition
- Verzinsung für den Kapitalstock des Staates
- Pensionsverbindlichkeiten
- staatliche Bürgschaften
- Änderung der Berechnung für Schadensversicherungsleistungen

Deutschland und andere europäische Staaten (vor allem Frankreich und Dänemark) schlugen vor, kritische und methodisch noch nicht ausreichend geprüfte Themen zunächst im Rahmen von Satellitensystemen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abzubilden. Dies gilt vor allem für die Pensionslasten, die Aktivierung von selbst erstellter Forschung und Entwicklung und die Verzinsung für den Kapitalstock des Staates. Auch die Europäische Zentralbank und die Vereinigten Staaten unterstützten den Vorschlag zur Bildung von Satellitensystemen. Andere angelsächsische Länder und internationale Organisationen, wie der Internationale Währungsfonds, zeigten sich überrascht über diese Haltung und beharrten auf ihrer Forderung nach einer Abbildung im Kernsystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Eine kleine Arbeitsgruppe (unter Mitwirkung von Deutschland und Dänemark) wird sich mit dieser Problematik nochmals befassen.

Der Leiter der Statistikabteilung der OECD stellte ein umfangreiches Dokument mit Vorschlägen zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Verbreitungspolitik der OECD vor. Die Mitglieder begrüßten das sehr interessante Dokument, das auch wertvolle Impulse für die Statistikämter der Mitgliedstaaten geben kann. Die deutsche Delegation schlug vor, eine Expertengruppe unter Beteiligung der Mitgliedstaaten einzusetzen, die eine mögliche Umsetzung der Vorschläge prüfen soll.

Die OECD berichtete über das geplante zweite Weltforum zum Thema „Schlüsselindikatoren“. Die OECD wird es – in Zusammenarbeit mit dem türkischen Statistikamt – vom 27. bis 30. Juni 2007 in Istanbul ausrichten. Zu der Tagung werden etwa 800 Teilnehmer erwartet. Die OECD legte einen ersten, noch sehr groben, Programmwurf vor und bat um Benennung von Freiwilligen, die Interesse haben, in einer vorbereitenden Steering Group mitzuwirken. Deutschland

regte an, im Programm den Umweltaspekt stärker zu betonen.

Die OECD hat ein Projekt gestartet, das untersuchen soll, ob es notwendig und machbar ist, internationale Indikatoren über das Unternehmertum (Entrepreneurship) zu entwickeln (Schlagworte u. a.: Unternehmensgründungen, Unternehmensdemographie). Das von der OECD-Statistikabteilung vorgelegte Dokument präsentiert die Ergebnisse der ersten Phase der Studie, die hauptsächlich von der US-amerikanischen „Kauffman Foundation“ gesponsert wird. Der OECD-Statistikausschuss – darunter auch die deutsche Delegation – bemängelte, dass bislang keine klare Definition für dieses Phänomen vorliege. Er forderte, dass man sich auf bestehende Daten beschränken müsse. Für die weitere Diskussion des komplexen Themas wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, an der u. a. Dänemark, Finnland, Italien und die Vereinigten Staaten mitwirken.

Die OECD legte kurzfristig den zweiten Entwurf des Programms für die in den Jahren 2006 bis 2008 geplanten Tätigkeiten im Bereich der OECD-Statistik vor. Neu in dem Dokument sind Angaben über die benötigten Finanzmittel und eine Übersicht der vorab von den Mitgliedstaaten eingeholten schriftlichen Stellungnahmen. Auf Wunsch einiger Mitglieder des OECD-Statistikausschusses können die Mitgliedstaaten zu dem modifizierten Programm nochmals schriftlich Stellung nehmen.

Der OECD-Statistikausschuss nahm ein kurzes Dokument zum Thema Capacity Building in Entwicklungsländern zur Kenntnis. Notwendig sei eine gute Koordinierung der Aktivitäten. Die Welternährungsorganisation (FAO) wies darauf hin, dass vor allem im Bereich Agrarstatistik ein dringender Beratungsbedarf der betroffenen Länder bestehe.

Die OECD hat im Jahr 2003 – ähnlich wie auch zahlreiche nationale statistische Ämter – ein Programm systematischer Qualitätsreviews entwickelt und eingeführt. Das Programm sieht vor, dass jährlich eine Reihe ausgewählter Statistiken auf Basis einer Selbstbewertung hinsichtlich Verbesserungsmöglichkeiten überprüft wird. Das hierzu von der OECD erstellte Sitzungsdocument fasst die Ergebnisse der in den Jahren 2005 bis 2006 in den Bereichen Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Datenbank Soziale Ausgaben, Gesundheit, Schuldenstatistik, AIDS-Statistik, Leading Indicators und Globalisierung durchgeführten Reviews zusammen und gibt Empfehlungen zur Weiterentwicklung. Folgende Reviews sind bei der OECD 2006 bis 2007 vorgesehen:

- (1) Strukturelle Unternehmensstatistik
- (2) Außenhandel
- (3) PISA
- (4) Versicherungsstatistik

Die nächste Sitzung des OECD-Statistikausschusses findet im Juni 2007 in Genf statt.

Aus Europa

59. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm/ 48. EWR-Konferenz

Unter Beteiligung der Leiter der Statistischen Zentralämter der Europäischen Union (EU) fand am 18. und 19. Mai 2006 die 59. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)/48. EWR-Konferenz in Luxemburg statt. Die Leitung der Sitzung hatte der neue Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), Hervé Carré.

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, berichtete als Vorsitzender der ASP-Partnerschaftsgruppe über wichtige Themen aus der letzten Sitzung: die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in statistischen Rechtsakten, die bessere Einbeziehung der Mitgliedstaaten in die statistische Programmplanung und die Arbeiten an der Modernisierung des Europäischen Statistikgesetzes. Ende Juni 2006 wurden der Leiter des niederländischen Statistikamtes, Gosse van der Veen, und die Leiterin des slowenischen Statistikamtes, Irena Krizman, neue Mitglieder der Partnerschaftsgruppe. Sie lösten den französischen und den tschechischen Amtsleiter ab, die nach einer 2-jährigen Mitgliedschaft ausgeschieden sind.

Alle Mitgliedstaaten und die EFTA-Staaten stimmten folgenden Verordnungsentwürfen zu: Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken in Bezug auf die Ausnahmeregelungen für die Mitgliedstaaten, Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Durchführung der Verordnung Nr. 91/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Statistik des Eisenbahnverkehrs im Hinblick auf die technischen Modalitäten der Datenübermittlung, Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft zwecks Festlegung der zu übermittelnden Daten und der Übermittlungsfristen für das Jahr 2007.

Der ASP – mit Ausnahme Deutschlands – stimmte dem Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Durchführung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken im Hinblick auf die Definition der Variablen, die Liste der Variablen und die Häufigkeit der Datenerstellung zu. Aus deutscher Sicht ist die obligatorische Einbeziehung von „Subventionen“ in den „Umsatz“ aus Gründen des Mehraufwands nicht tragbar. Eurostat schlug deshalb vor, diese Variable fakultativ zu stellen.

Die Mehrheit der Mitgliedstaaten sprach sich im Grundsatz für den von Eurostat vorgelegten Verordnungsentwurf des Europäischen Parlaments und des Rates über Energiestatistik aus, Deutschland äußerte mehrere Vorbehalte gegenüber dem derzeitigen Entwurf: Die vorgesehene Lieferfrist für die Jahresdaten in Anhang B bis zum 30. September des

Folgejahres könne nicht eingehalten werden; Deutschland – unterstützt von anderen Mitgliedstaaten – sprach sich für eine Verlängerung der Lieferfrist bis zum 30. November aus. Eurostat sagte zu, die Frist entsprechend verlängern. Die deutsche Delegation merkte ferner an, dass Deutschland für einige der in den Anhängen aufgeführten Aggregate derzeit und auch in absehbarer Zukunft keine Daten liefern könne; dies gelte beispielsweise für die in Anhang D genannte Schnellstatistik (Short Term Questionnaires) für Strom und für Gas. Eurostat sagte zu, mit Deutschland bilaterale Gespräche hinsichtlich möglicher Ausnahmeregelungen zu führen. Deutschland kritisierte außerdem, dass der vorliegende Entwurf sehr wichtige Punkte dem Komitologieverfahren unterstelle, vor allem die Änderung der Liste der zu liefernden Daten. Diese grundlegenden Dinge müssten in der Rahmenverordnung von Rat und Parlament geregelt werden. Deutschland sprach sich für eine Bereitstellung von Regionalergebnissen auf der Ebene NUTS 1 (= Bundesländer) aus. Alle Mitgliedstaaten kritisierten deutlich die Formulierungen des Entwurfs zum Subsidiaritätsprinzip und baten um Neuformulierung unter Beachtung des Rechtsgutachtens des juristischen Dienstes des Rates zum Subsidiaritätsprinzip vom 28. April 2006. Eurostat wird den Entwurf überarbeiten und plant eine baldige Weiterleitung an Rat und Parlament im Rahmen des weiteren Gesetzgebungsverfahrens.

Die meisten Mitgliedstaaten – darunter auch Deutschland – befürworteten den Verordnungsvorschlag des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft. Einige Mitgliedstaaten votierten dafür, die Angaben zur Variablen „Einkommen“ weiterhin nur auf freiwilliger Basis zu erheben. Die Mitgliedstaaten forderten Eurostat nachdrücklich auf, in der Verordnung explizit auf die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips hinzuweisen. Eurostat wird diesen Entwurf ebenfalls überarbeiten.

Auf der Tagesordnung des ASP stand auch ein Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine gemeinschaftliche Statistik über offene Stellen. Der ASP sprach sich für die im Verordnungsentwurf vorgesehene vierteljährliche Statistik über offene Stellen aus, hatte aber große Vorbehalte hinsichtlich des geplanten Detaillierungsgrades der jährlichen Statistik. Deutschland forderte, auf die jährliche differenzierte Erfassung der offenen Stellen nach Berufsgruppen gemäß der Berufsklassifikation ISCO zu verzichten. Eurostat wird den Vorschlag überarbeiten und hierbei den Vorschlag einiger Mitgliedstaaten, gegebenenfalls zwei getrennte Verordnungen für die jährliche und die vierteljährliche Statistik vorzusehen, prüfen.

Der ASP begrüßte die Vorschläge Eurostats zur Revision der zentralen Güterklassifikation CPA. Eurostat sagte zu, weiterhin an der Verbesserung der Konsistenz der CPA mit anderen Klassifikationen zu arbeiten. Eurostat wird den Mitgliedstaaten die nach NACE Rev. 2/CPA 2008 erstellte PRODCOM-Liste bis Ende Juni 2006 zur Abstimmung im schriftlichen Verfahren vorlegen.

Der ASP sprach sich für eine Koordinierung der Arbeiten im Bereich der technischen Zusammenarbeit in Entwicklungsländern aus und unterstützte die Einrichtung einer Beratungsgruppe für die Koordinierung der technischen Zusammenarbeit in Afrika. Deutschland wird in der Arbeitsgruppe mitwirken.

Der ASP begrüßte im Grundsatz ein Dokument zur Umorganisation des Nutzergremiums CEIES, das eine Verschlingung des CEIES und eine Stärkung seiner Funktion im Rahmen der statistischen Programmplanung und Prioritätensetzung vorsieht. Einige Mitgliedstaaten votierten gegen das vorgesehene Stimmrecht des Generaldirektors von Eurostat. Deutschland plädierte dafür, die Zahl der Mitglieder nicht auf 23, sondern auf etwa 35 zu reduzieren. Denkbar sei, dass künftig nur ein privater Nutzer je Mitgliedstaat (derzeit zwei) im CEIES sitzt. Hinsichtlich der Statistikproduzenten ist es für Deutschland vorstellbar, dass die Zahl der vertretenen Leiter der nationalen statistischen Ämter auf 5 oder 6 (derzeit alle) sinkt.

Die Mehrheit der ASP-Mitglieder sprach sich für die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Einsetzung eines neuen hochrangigen beratenden Gremiums aus. Der Vorschlag der Kommission für den Einsetzungsbeschluss des Rates und des Parlamentes müsse aber die Schlussfolgerungen des ECOFIN vom 8. November 2005 widerspiegeln (Beschränkung auf die Überwachung der Umsetzung des Code of Practice und hierbei auf Eurostat). Das Gremium solle also nicht für das gesamte Europäische Statistische System (ESS) zuständig sein und dementsprechend auch nicht zum ESS insgesamt berichten, sondern nur zu Eurostat. Aus Sicht der Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschlands, sollte der ECOFIN-Rat die Mitglieder ernennen, um die Unabhängigkeit des Gremiums zu garantieren. Auch sollten die Sekretariatsaufgaben vom Rat wahrgenommen werden. Eurostat wird den Entwurf dementsprechend überarbeiten.

Der ASP nahm das von Eurostat vorgelegte Dokument zum Thema Centres and Networks of Excellence (CENEX) zur Kenntnis. Aus Sicht der Mitgliedstaaten läuft die Implementierung der CENEX immer noch sehr schleppend. Bisher hat lediglich das CENEX Statistische Geheimhaltung mit den Arbeiten begonnen. Eurostat sagt in dem Dokument zu, das interne und externe Management von CENEX zu verbessern, u. a. durch standardisierte Ausschreibungen, schnellere Information der Mitgliedstaaten und klarere Projektbeschreibungen. Deutschland forderte die Einrichtung eines zentralen CENEX Service Centers bei Eurostat, da hier die Abläufe standardisiert von einer Stelle für alle CENEX übernommen würden. Eurostat hat zugesagt, bis zur nächsten Sitzung der Partnerschaftsgruppe im September die Möglichkeiten zur Einrichtung eines CENEX-Sekretariats zu prüfen.

Deutschland erhob – unterstützt von einer Vielzahl anderer Mitgliedstaaten – erhebliche Bedenken gegen die Vorgehensweise von Eurostat beim Europäischen statistischen Weiterbildungsprogramm (ESTP). Inhalte und Struktur des ESTP seien nicht ausreichend in den Arbeitsgruppen und

im ASP diskutiert worden, bevor die Vorabinformation zur Ausschreibung des ESTP mit 14 Einzelaufträgen am 4. April 2006 im Internet veröffentlicht wurde.

Die deutsche Delegation schlug – unterstützt von anderen ASP-Mitgliedern – Lösungen vor (u. a. Integration in die Arbeitsplanungen, Einberufung der zuständigen Arbeitsgruppe), die Eurostat prüfen wird.

Der ASP begrüßte die Vorlage des Eurostat-Dokumentes zu einem EU-Aktionsplan zur Entwicklung einer umfassenden und kohärenten EU-Strategie zur Erfassung von Kriminalität und Strafrecht. Da die Rechtssysteme in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind, wird nach Ansicht der ASP-Mitglieder ein sachgerechter internationaler Vergleich der Kriminalität und der Justizsysteme erschwert. Soweit Kriminalstatistiken überhaupt existieren, sind sie sehr stark vom jeweiligen Strafrecht und der Behördenorganisation abhängig. Wichtig sei daher die Verständigung auf einheitliche bzw. harmonisierte Begriffe und Verarbeitungsregeln. Die Einrichtung einer Eurostat-Arbeitsgruppe „Statistiken über Kriminalität und Strafrecht“ wurde begrüßt.

Deutschland sprach sich gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates über Statistiken zu Pflanzenschutzmitteln (Pestiziden) aus, u. a. weil es die Verordnung bereits mehrfach als negative Priorität vorgeschlagen hatte. Der Entwurf wird im schriftlichen Verfahren des ASP weiter behandelt.

Die meisten ASP-Mitglieder begrüßten den von Eurostat vorgelegten Entwurf des Statistischen Jahresprogramms 2007. Deutschland stimmte dem Programm nicht zu. Vor allem fehle es an der notwendigen Entschlossenheit bei der Setzung von Prioritäten, um Kapazitäten für die vorgesehenen neuen Aufgaben zu schaffen.

Ein Großteil der Mitgliedstaaten begrüßte den von Eurostat vorgelegten Verordnungsentwurf für das Statistische Mehrjahresprogramm 2008 bis 2012. Deutschland lehnte den Entwurf in seiner derzeitigen Fassung ab, denn die von deutscher Seite bereits im Vorfeld der letzten ASP-Sitzung schriftlich vorgebrachten Anmerkungen wurden weitgehend nicht übernommen. Insgesamt sind aus deutscher Sicht die Anforderungen zu umfangreich. Wichtig sei eine klare Prioritätensetzung bei den bisherigen Arbeiten, um Kapazitäten für die vorgesehenen neuen Aufgaben zu schaffen. Dies solle durch konkrete Regelungsmechanismen unterlegt werden, zum Beispiel Sunset Legislation, Berechnung der Kosten und Belastungen, quantitative Vorgaben für negative Prioritäten. Nicht hinnehmbar ist für Deutschland – und die anderen Mitgliedstaaten – die im Entwurf gemachte Aussage, dass das Subsidiaritätsprinzip keine Geltung habe. Aus deutscher Sicht ist es unabdingbar, dass Abschnitt 4 des Vorgängerprogramms 2003 bis 2007 wörtlich in den Entwurf des neuen Mehrjahresprogramms übernommen wird. Eurostat wird die Anmerkungen der Mitgliedstaaten bei der Überarbeitung des Rechtstextes berücksichtigen.

Aus dem Inland

53. Jahrestagung 2006 des Statistischen Beirats

Der Statistische Beirat hat auf seiner 53. Tagung am 21. Juni 2006 in Wiesbaden seine Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Bundesstatistik in der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestags bekräftigt.

In diesem Zusammenhang stellte der Statistische Beirat fest: Die amtliche Statistik ist eine unverzichtbare Säule der Informationsinfrastruktur unseres Landes. Die amtliche Statistik liefert die notwendigen Informationen für politische und wirtschaftliche Entscheidungen, für administratives Handeln, für wissenschaftliche Analysen und für die Orientierung der Bürger. Qualitativ hochwertige amtliche Statistiken stellen daher einen bedeutsamen Standortvorteil dar und leisten einen wichtigen Beitrag zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Ein weiterer Beratungspunkt war der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Strategie- und Programmplan 2006 bis 2010, der als primär intern ausgerichtetes Planungsinstrument zur Aufstellung des Haushaltsvoranschlags und der mittelfristigen Finanzplanung, der IT-Planung und des Jahresarbeitsprogramms dient. Der Statistische Beirat ist der Auffassung, dass der Strategie- und Programmplan 2006 bis 2010 einen differenzierten Überblick über laufende Aufgaben und aktuelle Planungen des Statistischen Bundesamtes gibt und betont, dass durch die Angabe der Kosten wichtige Zusatzinformationen geliefert werden. Auch die Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik wurden, soweit das konzeptionell sinnvoll ist, in die interne Programm- und Ressourcenplanung des Statistischen Bundesamtes integriert. Der Statistische Beirat beschließt zugleich, die folgenden Maßnahmen der internen Programm- und Ressourcenplanung dadurch zu unterstützen, dass er sie in seine Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik aufnimmt:

- Weiterentwicklung des Unternehmensregisters im Hinblick auf die neue Unternehmensregisterverordnung,
- Untersuchung von Kostenstrukturen im Dienstleistungsbereich,
- Erhebung nach § 7 BStatG zur Geburtenentwicklung,
- Weiterentwicklung der Kulturstatistik,
- Integriertes Mikrodatenfile,
- Qualitätssicherung der Finanzstatistiken als Basis für das EU-Notifikationsverfahren und Umsetzung der Novelle des Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG).

Der Statistische Beirat spricht sich dafür aus, dass sich Deutschland mit einem registergestützten, durch Stichproben ergänzten Zensus an der für 2010/2011 EU-weit geplanten Zensusrunde beteiligt. Ein registergestützter Zensus ist wesentlich belastungsärmer und kostengünstiger als

eine herkömmliche Volkszählung. Ergänzt durch eine postalische Befragung der Gebäudeeigentümer/-verwalter und einige zusätzliche Stichprobenbefragungen liefert ein registergestützter Zensus zuverlässige Ergebnisse.

Um dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel angemessen Rechnung zu tragen, sind Statistiken immer wieder an neue Entwicklungen anzupassen. Als positive Beispiele nennt der Statistische Beirat insbesondere die Erweiterung der Statistik über Kindertagesbetreuung, die Revision des Lohnstatistiksystems, die Änderungen in der Finanzstatistik und die Einführung von Erzeugerpreisindizes für den Dienstleistungsbereich.

Im Interesse einer engen Kooperation zwischen Wissenschaft und Statistik fordert der Statistische Beirat, die Arbeit der Forschungsdatenzentren der statistischen Ämter als Daueraufgabe zu verstetigen.

Um die Belastung der Befragten zu reduzieren, empfiehlt der Statistische Beirat, alle technischen Möglichkeiten zur Vereinfachung von Erhebungen auszuschöpfen. Onlineerhebungen gehören seit Jahren zum Instrumentarium der amtlichen Statistik; insbesondere bei den zentralen Erhebungen gibt es für alle 27 internetfähigen Statistiken die Möglichkeit zur Meldung über das Internet. Ab 2007 sollen Onlineerhebungen für mehr als 40 weitere Statistiken flächendeckend angeboten werden. Seit Ende 2005 werden in zunehmendem Umfang Unternehmen dadurch entlastet, dass sie ihre statistischen Daten über ein Softwaremodul automatisch aus ihrem betrieblichen Rechnungswesen ermitteln und auf elektronischem Wege an eine gemeinsame Datenannahmestelle der statistischen Ämter (eSTATISTIK.core) übermitteln können.

Wichtigste Partner des Statistischen Bundesamtes bei der Gestaltung und der Weiterentwicklung von System und Programm der Bundesstatistik sind die im Statistischen Beirat vertretenen Institutionen. Der Statistische Beirat hat in seiner Tagung am 21. Juni 2006 einer regelmäßigen Messung der Zufriedenheit der Partner zugestimmt. Die Befragung, die künftig in dreijährlichem Rhythmus stattfinden soll, wurde im Frühjahr 2006 erstmals durchgeführt und die Ergebnisse wurden dem Beirat präsentiert. Für die Zukunft ist der Aufbau eines so genannten „Beirats-Barometers“ vorgesehen, das Veränderungen im Zeitablauf widerspiegelt. Die Umfrage zeigt, dass in allen Bereichen – trotz insgesamt positiver Voten – Verbesserungsmöglichkeiten gesehen werden. Der Statistische Beirat nimmt das Ergebnis der ersten Nutzerumfrage zur Messung der Partnerzufriedenheit zur Kenntnis und bittet das Statistische Bundesamt, die Erhebung im Jahr 2009 zu wiederholen.

In einer Präsentation stellte das Statistische Bundesamt das „Standardkosten-Modell (SKM) zur Ermittlung der durch bundesstaatliche Informationspflichten verursachten Bürokratielasten“ vor. Die Große Koalition hat das Thema Bürokratieabbau zu einem politischen Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Am 25. April 2006 hat das Bundeskabinett ein Maßnahmenpaket zur Reduzierung bürokratischer Lasten beschlossen. Das Programm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ hat vier inhaltliche Schwerpunkte:

1. Regelmäßige Einbindung eines Normenkontrollrates als unabhängiges Kontroll- und Beratungsgremium in die Gesetzgebung des Bundes,
2. Einführung eines Verfahrens zur Identifizierung und Messung bestimmter Bürokratiekosten auf Grundlage des Standardkosten-Modells,
3. Einsetzung einer Koordinatorin der Bundesregierung für Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung,
4. Verabschiedung eines Mittelstands-Entlastungs-Gesetzes.

Das Statistische Bundesamt wird – aufgrund seiner Erfahrungen bei der Messung der Belastung von Unternehmen durch statistische Berichtspflichten – die für den Bürokratieabbau verantwortlichen Stellen der Bundesregierung (den Staatssekretärsausschuss und die Geschäftsstelle Bürokratieabbau im Bundeskanzleramt) bei Einführung und Durchführung der Standardkostenmessung unterstützen. Zunächst sollen mit einer Bestandsmessung die durch bundesstaatliche Informationspflichten bei den Unternehmen verursachten jährlichen Kosten ermittelt und ein Berichtssystem für die Bewertung der Bürokratiekosten neuer Gesetzesvorhaben aufgebaut werden.

Weitere Tagesordnungspunkte waren der jährliche Bericht über die Aktivitäten und Ergebnisse des Europäischen Beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich, der Stand der Umsetzung des „Verhaltenskodex Europäische Statistiken“ (Code of Practice), ein Bericht zum Sachstand der Umsetzung der Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds zur Verbesserung/Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in Deutschland sowie ein Überblick über den Stand der Arbeiten bei den Vorbereitungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007.

Zum zweiten Mal hat das Statistische Bundesamt zur Verbesserung seiner Kunden- und Nutzerorientierung intern einen Preis für besonders kundenfreundliche statistische Produkte oder besonders gute statistische Services vergeben. Eine Jury aus drei Mitgliedern des Statistischen Beirats hat auf der Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten Kriterienkatalogs die diesjährigen Preisträger ausgewählt. Preisverleihung und Würdigung der Preisträger fanden in der Sitzung des Statistischen Beirats statt.

Die Tagung wurde abgeschlossen mit Berichten über den aktuellen Sachstand beim Bund-Länder-Projekt „Reform der Unternehmensstatistik“ sowie einer „Präsentation des Konzeptes für die Regelung der Langzeitarchivierung digitaler Mikrodaten im Statistischen Verbund“.

Reform der Unternehmensstatistik entlastet die Wirtschaft

In seiner Sitzung am 29. Juni 2006 hat der Deutsche Bundestag in 2. und 3. Lesung den Entwurf eines „Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft“ abschließend beraten. Artikel

10 des Gesetzentwurfs enthält eine Änderung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe, durch die unter anderem 25 000 Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten von der Berichtspflicht zum Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe befreit werden; sie werden künftig nur noch einmal jährlich befragt.

Mit dieser Änderung werden Vorschläge umgesetzt, welche die Arbeitsgruppe „Reform der Unternehmensstatistik“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder entwickelt hat. Diese Vorschläge sollen über eine Entlastung insbesondere kleinerer Betriebe von statistischen Berichtspflichten hinaus die Qualität der Unternehmensstatistik insgesamt verbessern, indem sich die Statistischen Ämter bislang statistisch unzureichend abgebildeten Bereichen widmen können.

Im Einzelnen sieht der vom Bundestag beschlossene Gesetzentwurf folgende Änderungen der Statistik im Produzierenden Gewerbe vor:

Im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes wird die so genannte Abschneidegrenze im Monatsbericht auf 50 und mehr tätige Personen angehoben; damit wird mehr als jeder zweite bisher berichtspflichtige Betrieb von der monatlichen Meldung befreit. Er muss künftig nur noch jährlich melden.

Auch zur monatlichen Produktionserhebung werden künftig nur noch Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen befragt.

Die vierteljährliche Produktionserhebung im Fertigteilbau entfällt ersatzlos.

Mit der Umsetzung dieser Vorschläge sieht die Arbeitsgruppe „Reform der Unternehmensstatistik“ ihre Aufgabe aber nicht als beendet an. Ziel bleibt, ein reformiertes, alle Wirtschaftsbereiche umfassendes, konsistentes System der Unternehmensstatistik zu entwickeln, das termingerecht fachlich und regional ausreichend tief gegliederte Ergebnisse bereitstellt. Dabei soll die Belastung der Befragten weiter durch den Einsatz moderner IT-Technik so weit wie möglich reduziert werden. Das Statistische Bundesamt appelliert bei dieser Gelegenheit an die Unternehmen, die von der amtlichen Statistik angebotenen Möglichkeiten, Statistikmeldungen über das Internet abzugeben, verstärkt zu nutzen.

Neuer Erzeugerpreisindex „Güterkraftverkehr, Frachtumschlag, Lagerei“

Nach der im Dezember 2005 gestarteten Vorbefragung zur Ableitung der Gewichte des neuen Erzeugerpreisindex läuft seit April 2006 die Feldarbeit zur Erhebung von Preisen für Leistungen in den Bereichen Güterkraftverkehr, Frachtumschlag und Lagerei nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Preisstatistik (Preisstatistikgesetz) vom 9. August 1958 (BGBl. III Gliederungs-Nr. 720-9). Im Rahmen dieser Erhebung werden etwa 500 Unternehmen und Einrichtungen des Speditions-, Logistik- und Umschlaggewerbes und damit

etwa 1% aller Unternehmen dieses Bereiches befragt. Um die Belastung von Kleinbetrieben so gering wie möglich zu halten, werden Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 250 000 Euro von der Befragung ausgenommen. Für kleine Unternehmen ist außerdem eine rollierende Stichprobe vorgesehen, das heißt die Firmen verbleiben etwa zwei bis drei Jahre in der Stichprobe und werden dann durch andere ersetzt.

Sowohl im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen als auch des Güterverkehrs herrscht bisher eine weitgehende Intransparenz der Preisentwicklung. Dies beeinträchtigt die Datengrundlagen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, wenn man sich die herausragende Bedeutung des Dienstleistungsbereichs für die deutsche Wirtschaft vor Augen führt. Für politische Entscheidungsprozesse fehlen wichtige Indikatoren, um die Einhaltung des Ziels Preisstabilität beobachten zu können. Generell haben Erzeugerpreisindizes zur Darstellung der Preisentwicklung auf der Herstellerseite, der konjunkturellen Entwicklung im Allgemeinen sowie als Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen von Wirtschaft und Politik eine erhebliche Bedeutung. Nach langjährigen Beratungen wurde die neue EU-Konjunkturstatistikverordnung [Verordnung (EG) Nr. 1158/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken (Amtsbl. der EU Nr. L 191, S. 1)] verabschiedet, in der die Bereitstellung von Erzeugerpreisindizes in bestimmten Dienstleistungssektoren auf Basis 2006=100 für alle Mitgliedstaaten vorgeschrieben ist. (Zu den neuen Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen allgemein siehe Roemer, P./Stroh, A./Lorenz, S.: „Entwicklung von Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen“ in WiSta 12/2005, S. 1248 ff.) Die verpflichtende Erhebung von Preisen für den Erzeugerpreisindex für Güterkraftverkehr, Frachturnschlag und Lagerei dient der Erfüllung dieser Berichtspflicht der EU-Konjunkturstatistikverordnung. Sie ermöglicht zum ersten Mal die Aufstellung eines Preisindex in Teilbereichen des Logistikmarktes und schließt damit eine weitere Lücke im Bereich der Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen. Die Sektoren Güterkraftverkehr, Frachturnschlag und Lagerei haben dabei im Logistikbereich Priorität erhalten; Preisindizes für Schienengüterverkehr, Binnenschifffahrt und Luftfrachtverkehr sind in Vorbereitung. Insbesondere aus ordnungs- und wettbewerbspolitischen Gründen sollen auf Anforderung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Preisindizes für alle Verkehrsträger gleichermaßen zur Verfügung stehen.

Die nun im Aufbau befindlichen Indizes weisen folgende Besonderheiten auf:

- Die bisher in den Güterverkehrsstatistiken verwendete Klassifikation „Güterverzeichnis für die Verkehrsstistik“ spiegelt die Marktgegebenheiten für Zwecke der Preisstatistik nicht ausreichend wider. Daher musste für den Bereich des *Güterkraftverkehrs* eine neue Systematik erarbeitet werden.

Zum einen konnten neun Leistungsfelder identifiziert werden, die weitgehend homogene Teilmärkte beschreiben:

- Mineralöltransporte in Tankfahrzeugen
- Sondertransporte (Gefahrgut, Schwertransporte, lebende Tiere usw.)
- Kühl-, Gefrier- und Isothermtransporte
- Containertransporte
- Fahrzeugtransporte
- Transporte in Fahrzeugen mit Silo- oder Tankaufbau
- Transporte loser Massengüter, land-, forstwirtschaftlicher und verwandter Erzeugnisse
- Transporte von Halb- und Fertigerzeugnissen aus Eisen und Stahl
- Allgemeine Ladungstransporte

Zum anderen erfolgt die Gliederung nach vier Entfernungskategorien:

- Nahverkehr (bis 50 km)
- Regionalverkehr (50 bis 150 km)
- Innerdeutscher Fernverkehr (ab 150 km)
- Grenzüberschreitender Fernverkehr

Äußerst heterogen erscheint der Bereich *Frachturnschlag*. Dort kann zwischen fünf verschiedenen Aktivitäten unterschieden werden:

- Seehäfen
- Frachtabfertiger auf Flughäfen
- Binnenhäfen
- Containerterminals zum Umschlag zwischen Straße und Schiene im Binnenland
- Hubs zur Sammlung und Verteilung von Stückgut

Dies bedingt den Einsatz von drei verschiedenen Erhebungsf formularen. Besonders der Luftfrachturnschlag unterscheidet sich von den anderen Bereichen durch andere Waren, Umschlagseinrichtungen und Verpackungen. Seehäfen haben, trotz der gleichen umzuschlagenden Waren, andere Preismechanismen als Binnenhäfen, Straße-Schiene-Terminals und Hubs. Deswegen erhalten Luftfrachtabfertiger und Umschlagbetriebe in den Seehäfen eigene Fragebogen. In der Gewichtung wird allerdings lediglich nach Luftfrachturnschlag und allgemeinem Frachturnschlag unterschieden, außerdem nach verschiedenen Gütertypen (z. B. Container, Stückgut, Massengut, Sauggut, Flüssigl adung).

Die *Lagerei* wiederum ist ein Bereich, in dem die Entwicklung in Richtung eines modernen integrierten Logistikdienstleisters am meisten augenfällig wird: „Durch die Zunahme logistischer Dienstleistungen entwickelt sich die Lageri zunehmend zu einem wichtigen Segment im Rahmen umfassender Logistikkonzepte. Gegenüber dem Jahr 2000

hat die Gesamtlagerfläche in der Spedition ... um rund 20% zugelegt.“ [Deutscher Speditions- und Logistikverband e.V. (DSLVL): „Zahlen – Daten – Fakten aus Spedition und Logistik 2005“, Bonn 2005, S. 37]. Dies ist vor allem auf das Outsourcing von logistischen Dienstleistungen durch das Verarbeitende Gewerbe zurückzuführen. Es überrascht daher nicht, dass der Bereich der Zusatzdienstleistungen 38,5% des Gesamtumsatzes im Lagereisektor ausmacht. Daher werden neben Preisen für die eigentliche Lagerung verschiedener Gutarten wie Stückgut, Kühlgut, Gefahrgut usw. auch Preismeldungen zu verschiedenen, mit der Lagerei verwandten Dienstleistungen, wie Konfektionierung, Kommissionierung oder Verpacken, von den Firmen verlangt.

Die eingebundenen Unternehmen der drei Bereiche erhalten nun vierteljährlich Fragebogen zur Angabe von Preisen der von ihnen erbrachten Logistikdienstleistungen. Eine Ausnahme bildet der Frachttumschlag in den Seehäfen; wegen der dort herrschenden Preisstabilität wird die Abfrage lediglich jährlich erfolgen. Im Bereich der Straßentransporte und der logistischen Zusatzdienstleistungen werden aufgrund der Vielfalt der Leistungen Preise für tatsächliche Geschäftsvorfälle abgefragt, die in regelmäßigen Zeitabständen wiederholt durchgeführt werden; für den Frachttumschlag und die Lagerung von Gütern werden die Unternehmen dagegen aufgefordert, Preise für vom Statistischen Bundesamt spezifizierte Modellfälle anzugeben, die gegebenenfalls den besonderen Bedingungen der individuellen Firma angepasst werden können. Nach einer grundsätzlichen Abstimmung mit dem federführenden Bundesressort wurden in die Erarbeitung des Fragenkatalogs sowohl Unternehmen als auch Verbandsvertreter sowie das Bundesamt für Güterverkehr aktiv eingebunden. Internationale Erfahrungen mit Preisindizes in diesem Bereich, zum Beispiel aus dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden oder der Schweiz, wurden ebenfalls berücksichtigt. Auch entsprechen Methodik und Berechnung des Index den Empfehlungen des „Methodological Guide for Developing Producer Price Indices for Services“, der von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von OECD und Eurostat erarbeitet wurde.

Für die Erhebung von Preisdaten müssen praktische Erfahrungen gesammelt werden und Lösungen für eventuell auftretende Fragen gefunden werden. Eventuell auftretende Anlaufschwierigkeiten sollen in kooperativer Weise zwischen den Befragten und dem Statistischen Bundesamt überwunden werden. Eine Erstveröffentlichung des Index ist für das Frühjahr 2007 vorgesehen, da dann zum ersten Mal Daten mit Bezug auf einen Vorjahreszeitraum zur Verfügung stehen werden. Preisindizes sollen zeitnah, möglichst 30 Tage nach Quartalsende veröffentlicht werden.

Weitere Auskünfte erteilt
Bernhard Goldhammer, Telefon 06 11/75-43 14,
E-Mail: bernhard.goldhammer@destatis.de.

Neuer Preismonitor für Verbraucher im Internet

Aufgrund der öffentlichen Diskussion über die Preiswirkungen der geplanten Mehrwertsteuererhöhung in Deutsch-

land gehen im Statistischen Bundesamt viele Anfragen zur Preisentwicklung bei Konsumgütern ein. Seit kurzem bietet das Statistische Bundesamt daher einen „Preismonitor“ im Internet an, mit dem sich Verbraucher unter www.destatis.de/preismonitor über die Preisentwicklung ausgewählter Waren und Dienstleistungen informieren können. Die Auswahl der Güterarten hat das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. vorgenommen; dabei wurde berücksichtigt, dass im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion oft die häufig gekauften Waren und Dienstleistungen stehen, auch wenn auf diese Güter manchmal nur ein kleiner Teil der Konsumausgaben der Haushalte entfällt.

Der Preismonitor wird regelmäßig aktualisiert und bis Mitte 2007 fortgeschrieben. Die Daten des Preismonitors beziehen sich immer auf den Monat Juni 2006. In den Grafiken ist angegeben, um wie viel Prozent die Preise im jeweiligen Monat höher oder niedriger liegen als im Bezugsmonat Juni 2006.

Der Preismonitor gibt keinen Aufschluss darüber, ob eine Preiserhöhung bei einer Güterart tatsächlich auf die Mehrwertsteueranhebung zurückzuführen ist oder ob sie auf anderen Ursachen beruht. Die Frage, ob eine Preiserhöhung bei einer bestimmten Güterart durch die Mehrwertsteuererhöhung verursacht wurde, kann vom Statistischen Bundesamt nicht beantwortet werden. Die amtliche Preisstatistik kann aber zuverlässige Daten zur Preisentwicklung der in Deutschland gekauften Waren und Dienstleistungen liefern und damit zur Versachlichung der Diskussion beitragen.

Die Daten der amtlichen Preisstatistik beruhen auf Preisbeobachtungen, die von den Preiserhebenden Monat für Monat in 40 000 Geschäften und Dienstleistungsbetrieben aus 188 Gemeinden in Deutschland durchgeführt werden. Mengen- oder Qualitätsänderungen werden bei der Preismessung berücksichtigt. Verringert zum Beispiel ein Anbieter die Packungsgröße eines Produktes bei gleich bleibendem Preis, so wird dies in der Preisstatistik als Preiserhöhung verbucht.

Weitere Informationen zur Erhebung der Verbraucherpreise und zur allgemeinen Preisentwicklung in Deutschland enthält die Broschüre „Im Blickpunkt: Preise in Deutschland 2006“, die unter <http://www.destatis.de/shop> kostenlos zur Verfügung steht; im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes sind auch vollständige, zusammengefasste Tabellenergebnisse zur Verbraucherpreisentwicklung kostenlos als Fachserie 17 „Preise“, Reihe 7 „Verbraucherpreisindizes für Deutschland“ erhältlich.

Neuerscheinungen

Kulturfinanzbericht 2006 erschienen

Bund, Länder und Gemeinden gaben im Jahr 2005 nach vorläufigen Berechnungen rund 8,03 Mrd. Euro für Kultur aus. In Relation zur Wirtschaftskraft Deutschlands erreichten die

öffentlichen Ausgaben für Kultur – wie in den Jahren zuvor – einen Anteil von knapp 0,4% am Bruttoinlandsprodukt.

Diese und weitere Ergebnisse bietet der Kulturfinanzbericht 2006, der in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz, dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und dem Deutschen Städtetag entstand und bereits zum dritten Mal seit dem Jahr 2000 von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder veröffentlicht wurde.

Detaillierte und endgültige Ergebnisse liegen aktuell auf Basis der Jahresrechnungsstatistik für das Jahr 2003 vor. Danach gaben die öffentlichen Haushalte insgesamt 8,07 Mrd. Euro für Kultur aus. Länder und Gemeinden einschließlich Zweckverbänden hatten 2003 in etwa gleich hohe Anteile an den Kulturausgaben (jeweils knapp 44% oder rund 3,50 Mrd. Euro). Der Bund beteiligte sich mit weiteren 1,01 Mrd. Euro (12,5%) an den öffentlichen Kulturausgaben. Insgesamt stellten die öffentlichen Haushalte hierfür 1,75% ihres Gesamtetats bzw. 98 Euro je Einwohner zur Verfügung.

Auf den Kulturbereich Theater und Musik entfiel der größte Teil der öffentlichen Kulturausgaben. Im Jahr 2003 waren dies 2,99 Mrd. Euro, das entspricht einem Anteil von 37,0% an allen Kulturausgaben. Weitere 1,30 Mrd. Euro (16,1%) flossen in die Finanzierung der Museen. Für Bibliotheken und Archive gab die öffentliche Hand 1,27 Mrd. Euro (15,8%) aus. Die Ausgaben für die auswärtige Kulturpolitik betrugen 304,4 Mill. Euro (davon Bund: 295,3 Mill. Euro). Für die Finanzierung der Kunsthochschulen brachten die öffentlichen Mittelgeber weitere 429,4 Mill. Euro auf. 810,5 Mill. Euro stellte die öffentliche Hand 2003 für den Bereich der Sonstigen Kulturpflege und 524,5 Mill. Euro für die Kulturverwaltung zur Verfügung.

In Relation zur Einwohnerzahl waren die Kulturausgaben in Berlin (159 Euro je Einwohner), Sachsen und Bremen (jeweils 157 Euro) am höchsten, in Schleswig-Holstein (52 Euro), Rheinland-Pfalz (53 Euro) und im Saarland (54 Euro) am niedrigsten.

Weiterhin enthält der Kulturfinanzbericht 2006 eine vergleichende Übersicht über die laufenden Kulturausgaben je Einwohner auf der Ebene ausgewählter Städte. Von allen Landeshauptstädten tätigte Dresden (130 Euro) im Jahr 2003 die höchsten laufenden Ausgaben je Einwohner, gefolgt von Düsseldorf (129 Euro) und Magdeburg (128 Euro). Bei den Großstädten über 500 000 Einwohner lag Frankfurt am Main mit 207 Euro an laufenden Ausgaben je Einwohner an der Spitze.

Als Neuerung im jetzt vorgelegten Bericht ist die ergänzende Darstellung des Bereichs Filmförderung hervorzuheben. Für die Filmförderung wurde 2003 ein Betrag von rund 160 Mill. Euro aufgewendet, der in den Gesamtausgaben für Kultur nur teilweise enthalten ist.

Die elektronische Version des Kulturfinanzberichtes 2006 wird als PDF-Datei im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) zum Preis von 12,- Euro angeboten. In gedruckter Form ist der Kulturfinanzbericht 2006 über den Statistik-Shop des Statisti-

schen Bundesamtes und den Buchhandel für 16,- Euro zu beziehen. Ergänzendes Zahlenmaterial zur Kulturfinanzierung von Bund und Ländern im Berichtszeitraum 1975 bis 2005 steht im Statistik-Shop zum Preis von 4,- Euro im Format Excel als Download-Angebot zur Verfügung. Ausführliche Tabellen zu den Kulturausgaben der deutschen kreisfreien Städte und aller Städte über 100 000 Einwohner sind im Statistik-Shop kostenfrei verfügbar.

Der Kulturfinanzbericht 2006 kann auch über das gemeinsame Statistik-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (<http://www.statistik-portal.de>) bezogen werden.

Neuer Bericht „Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Kreisvergleich“

Mit den Berichten über die Statistik der Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung, die seit 1999 zweijährlich durchgeführt wird, stellt das Statistische Bundesamt kostenlose elektronische Publikationen über die Ergebnisse dieser Statistik zur Verfügung.

Der 1. Bericht beinhaltet die Deutschlandergebnisse zu den Pflegebedürftigen sowie über die ambulanten Pflegedienste und die Pflegeheime einschließlich des Personals, im 2. Bericht werden die Länderergebnisse über die Pflegebedürftigen dargestellt, im 3. Bericht werden die Länderdaten über die ambulanten Pflegedienste verglichen und der 4. Bericht enthält die Länderergebnisse zu den Pflegeheimen.

Für das Jahr 2003 wurde erstmals eine gemeinsame Veröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erstellt, die einen Überblick über die Pflegebedürftigen und Pflegeeinrichtungen in allen 439 Kreisen in Deutschland gibt.

Dieser neue Bericht „Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Kreisvergleich“ steht, wie die übrigen Berichte zur Pflegeversicherung, im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>, Pfad: Publikationen→Fachveröffentlichungen→Sozialleistungen→Bericht zur Pflegestatistik 2003) zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Kompakt

Bevölkerungsentwicklung 2005

Am 31. Dezember 2005 hatte Deutschland 82 438 000 Einwohner, das sind 63 000 Einwohner oder 0,1% weniger als Ende 2004 (82 501 000). Von Ende 2003 bis Ende 2004 war die Bevölkerungszahl um 31 000 Personen zurückgegangen.

Die Entwicklung der Bevölkerung ergibt sich zum einen aus den Geburten und Sterbefällen und zum anderen aus den Wanderungsbewegungen (Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands). Der leichte Bevölkerungsrückgang im Jahr 2005 geht im Wesentlichen darauf zurück, dass es

143 000 mehr Sterbefälle als Geburten gab. Dem stand ein Zuwanderungsüberschuss von 79 000 Personen gegenüber, sodass das Geburtendefizit nicht ausgeglichen wurde. Gegenüber 2004 haben sich das Geburtendefizit um etwa 30 000 erhöht und der Wanderungsüberschuss um knapp 4 000 Personen geringfügig reduziert.

Im vereinigten Deutschland hat es seit 1990 – dem Beginn der gesamtdeutschen Bevölkerungsfortschreibung – in jedem Jahr mehr Sterbefälle als Geburten gegeben. In diesem Zeitraum war der Sterbefallüberschuss 1990 mit 16 000 am niedrigsten, 2003 mit 147 000 am höchsten. Die Bevölkerung nahm jedoch in den meisten Jahren aufgrund eines höheren Wanderungsüberschusses zu, mit Ausnahme der Jahre 1998, 2003, 2004 und nun auch 2005.

Der Zuwanderungsüberschuss im Jahr 2005 in Höhe von insgesamt 79 000 Personen ergab sich aus unterschiedlichen Wanderungstendenzen für deutsche und ausländische Personen. So erhöhte sich der Wanderungsüberschuss für ausländische Personen von 55 000 im Jahr 2004 auf 96 000 im Jahr 2005. Gleichzeitig ergab sich 2005 ein Wanderungsverlust von 17 000 deutschen Bürgerinnen und Bürgern, nachdem jahrelang mehr Deutsche zu- als fortgezogen waren.

Der Bevölkerungsrückgang vollzog sich vor allem in den neuen Ländern (–89 000 Personen bzw. –0,7%) und setzte damit die Entwicklung von 2004 (–91 000 Personen) fort. Die Einwohnerzahlen gingen außerdem, wenn auch in der Regel in geringerem Umfang, in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland zurück. Eine Bevölkerungszunahme verzeichneten lediglich Baden-Württemberg, Bayern und die Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Im früheren Bundesgebiet insgesamt blieb die Bevölkerung nahezu konstant (+18 000 gegenüber 2004).

Weitere Auskünfte erteilt

Dr. Claire Grobecker, Telefon 06 11/75-31 78,
E-Mail: claire.grobecker@destatis.de.

Einbürgerungen 2005 weiter rückläufig

Im Verlauf des Jahres 2005 wurden in Deutschland rund 117 240 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert. Das waren etwa 10 000 (–7,8%) Einbürgerungen weniger als 2004. Damit ist die Zahl der Einbürgerungen auf den niedrigsten Stand seit 1998 gefallen; damals waren knapp 106 800 Ausländer eingebürgert worden. Mit der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 hatte die Zahl der Einbürgerungen mit 186 700 eingebürgerten Personen ihren höchsten Stand erreicht. Seither sind die Zahlen jährlich zurückgegangen. Allerdings hat sich der Rückgang 2005 (–7,8%) gegenüber den Vorjahren deutlich abgeschwächt; im Jahr 2002 hatte der Rückgang noch –13,2%, im Jahr 2004 noch –9,6% betragen.

Von allen Eingebürgerten des Jahres 2005 erwarben rund 77 100 (65,8%) die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grundlage des § 10 Abs. 1 Staatsangehörigkeitsgesetz in

der Fassung vom 14. März 2005; das waren etwa 5 870 Personen (–7,1%) weniger, als 2004 nach § 85 Abs. 1 Ausländergesetz eingebürgert wurden. Rechtliche Voraussetzung zur Einbürgerung war in beiden Fällen ein mindestens achtjähriger rechtmäßiger Aufenthalt in Deutschland sowie der Besitz eines verfestigten Aufenthaltsstatus. In Deutschland lebende ausländische Ehegatten und minderjährige Kinder dieser Personen können nach kürzeren Zeiten eingebürgert werden. Die Zahl dieser Einbürgerungen fiel gegenüber dem Vorjahr von rund 19 900 auf rund 17 200 (–13,6%).

Mit knapp 32 700 Eingebürgerten stellten die Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit – wie schon in den Jahren zuvor – die größte Gruppe. Das waren knapp 28% aller Einbürgerungen; damit ist der Anteil von türkischen Personen an allen Eingebürgerten gegenüber 2004 (35%) deutlich zurückgegangen. An zweiter und dritter Stelle folgten Einbürgerungen von Personen aus Serbien und Montenegro (rund 8 820) und Polen (knapp 6 900).

2005 wurden insgesamt knapp 13 900 Personen mit Staatsangehörigkeit eines der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion eingebürgert, knapp 13 200 hatten die Nationalität eines der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Im Vergleich zu 2004 haben Einbürgerungen von Personen aus Serbien und Montenegro (+150%) und Kasachstan (+106%) ungewöhnlich stark zugenommen, während die Rückgänge von Einbürgerungen bei Personen aus dem Iran (–30%) und der Türkei (–27%) am höchsten waren, gefolgt von Personen aus Afghanistan (–23%).

Weitere Auskünfte erteilt

Dr. Gunter Brückner, Telefon 06 11/75-43 65,
E-Mail: gunter.brueckner@destatis.de.

Bauflächenausweisung durch die Gemeinden hat zugenommen

Die Gemeinden in Deutschland wiesen im Jahr 2004 rund 554 km² mehr Baufläche (+2,0%) aus als 2000. Dies geht aus den vorläufigen Ergebnissen der Flächenerhebung zum 31. Dezember 2004 hervor, die Auskunft über die in den kommunalen Flächennutzungsplänen dokumentierten langfristigen Planungsabsichten der Gemeinden gibt. In den Flächennutzungsplänen sind ohne Differenzierung sowohl die bereits existierende als auch die für die Zukunft geplante Flächennutzung nachgewiesen.

„Bauflächen“ und „versiegelte Flächen“ dürfen allerdings nicht gleichgesetzt werden: Die Bauflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbebauter und nicht versiegelter Flächen, wie zum Beispiel Hausgärten.

Die ausgewiesene Fläche für den überörtlichen Verkehr und die örtlichen Hauptverkehrsstraßen in den Flächennutzungsplänen der Gemeinden hat von 2000 bis 2004 geringfügig um 20 km² oder 0,3% zugenommen, die Planzahl für die Grünflächen erhöhte sich um 156 km² oder 2,1%. Die ausgewiesenen Flächen für die Landwirtschaft nahmen

dagegen um 1 366 km² oder 0,7% ab, während die Flächen für die Forstwirtschaft um 381 km² oder 0,4% zunahmen. Darüber hinaus ist auch ein Zuwachs bei den Wasserflächen (+ 105 km² oder + 1,6%) zu verzeichnen. Insgesamt halten damit die seit Beginn der vierjährigen Erhebung im Jahr 1989 im früheren Bundesgebiet bei den Planungsabsichten der Gemeinden beobachteten Trends an.

Die Struktur der geplanten Flächenverwendung ergibt zum 31.12.2004 folgendes Bild:

27 623 km² oder 7,7% der Bodenfläche Deutschlands (357 058 km²) sind für Bauflächen vorgesehen. Der Anteil dieser Bauflächen liegt in den Stadtstaaten Berlin (45,7%), Hamburg (42,0%) und Bremen (41,3%) am höchsten. In den anderen Bundesländern reicht die Spanne des Bauflächenanteils von 4,2% in Mecklenburg-Vorpommern bis 14,4% im Saarland.

Die in den Flächennutzungsplänen ausgewiesenen Flächen für den überörtlichen Verkehr und die örtlichen Hauptverkehrsstraßen nehmen 7 639 km² oder 2,1% der Bodenfläche Deutschlands ein. Sieht man von den Stadtstaaten ab, so reichen hier die Anteile an der Bodenfläche von 1,7% in Bayern bis 3,5% in Hessen.

Die ausgewiesenen Grünflächen bedecken 7 683 km² oder 2,2% der Bodenfläche Deutschlands. Der Anteil dieser Grünflächen ist in den Stadtstaaten Berlin (17,0%), Bremen (13,4%) und Hamburg (11,5%) am höchsten. In den anderen Bundesländern reicht die Spanne des Grünflächenanteils von 1,4% in Bayern bis 4,1% in Sachsen.

Die Flächen für die Landwirtschaft nehmen in den Flächennutzungsplänen der Gemeinden 191 124 km² oder 53,5% der Bodenfläche Deutschlands ein, die Flächen für die Forstwirtschaft 105 398 km² oder 29,5%.

Als Wasserflächen sind 6 758 km² oder 1,9% der Bodenfläche Deutschlands ausgewiesen. Betrachtet man die Binnenländer, so sind die Wasserflächen in Bayern (1 145 km²) am größten, gefolgt von Brandenburg (865 km²) und Nordrhein-Westfalen (468 km²).

Detailliertere Ergebnisse der Flächenerhebung zum 31.12.2004 bietet das Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter http://www.destatis.de/allg/d/veroe/d_eckzahlenn.htm.

Weitere Auskünfte erteilt
Michael Deggau, Telefon 06 11/75-27 30,
E-Mail: flaechenstatistik@destatis.de.

828 000 BAföG-Empfänger im Jahr 2005

Im Jahr 2005 haben in Deutschland rund 828 000 Personen (gut 321 000 Schüler und Schülerinnen sowie 507 000 Studierende) Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten. Dies waren rund 19 000 Personen oder 2% mehr als im Jahr 2004. Die Zahl der geför-

derten Studierenden stieg um rund 10 000 (+ 2%), die der geförderten Schüler und Schülerinnen um 9 000 (+ 3%).

Die Förderung erstreckte sich zum Teil nicht über ein volles Jahr. Im Durchschnitt wurden im vergangenen Jahr 544 000 Personen (199 000 Schüler und Schülerinnen, 345 000 Studierende) je Monat gefördert (+ 2%).

47% der BAföG-Empfänger erhielten Vollförderung, also den maximalen Förderungsbetrag. Dessen Höhe hängt ab von der Ausbildungsstätte (etwa Berufsfachschule oder Hochschule) und der Unterbringung (etwa bei den Eltern oder auswärts). 53% der BAföG-Empfänger bekamen eine Teilförderung, die geleistet wird, wenn das Einkommen der Geförderten oder deren Eltern bestimmte Grenzen übersteigt. In absoluten Zahlen gab es 2005 rund 393 000 Vollgeförderte, 13 000 mehr als 2004. Die Zahl der Teilgeförderten stieg auf 435 000, das sind 5 000 mehr als 2004.

Die Ausgaben des Bundes und der Länder nach dem BAföG betrugen im Jahr 2005 2 280 Mill. Euro, 69 Mill. Euro oder 3% mehr als im Vorjahr. Für die Schülerförderung wurden 726 Mill. Euro (+ 28 Mill. Euro) bereitgestellt und für die Studierendenförderung 1 555 Mill. Euro (+ 11 Mill. Euro). Im Durchschnitt erhielten geförderte Schülerinnen und Schüler monatlich 304 Euro pro Person und geförderte Studierende 375 Euro pro Person. Der durchschnittliche Förderungsbetrag je Person und Monat ist damit seit 2004 nahezu gleich geblieben.

31% aller Geförderten wohnten bei ihren Eltern, 69% außerhalb des Elternhauses.

Weitere Auskünfte erteilt
Udo Kleinegees, Telefon 06 11/75-28 57,
E-Mail: bildungsstatistik@destatis.de.

Hochschulpersonal 2005

Ende 2005 waren an deutschen Hochschulen und Hochschulkliniken nach vorläufigen Ergebnissen rund 498 000 Menschen beschäftigt. Das waren 1 200 oder 0,2% weniger als 2004. 259 200 Personen (52%) nahmen Aufgaben in nichtwissenschaftlichen Bereichen wahr, wie Verwaltung, Bibliothek, technischer Dienst und Pflegedienst; 238 800 oder 48% des Personals waren wissenschaftlich oder künstlerisch tätig.

51% (255 000) der Beschäftigten an den Hochschulen waren Frauen. Die Frauenanteile unterscheiden sich allerdings in Abhängigkeit von der ausgeübten Tätigkeit: Einem Frauenanteil von 70% beim nichtwissenschaftlichen Personal stand eine Quote von 31% beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gegenüber.

Ende 2005 lehrten und forschten 37 800 Professoren und Professorinnen an deutschen Hochschulen, das waren rund 600 weniger als im Vorjahr. Ihre Gesamtzahl ist seit Mitte der 1990er-Jahre nahezu unverändert. Stetig gewachsen ist allerdings seit 1995 der Frauenanteil innerhalb der Professorenschaft: Der Anteil der Lehrstuhlinhaberinnen stieg in diesem Zeitraum von 8% auf über 14% an. Die Zahl der

Professorinnen erreichte 2005 mit rund 5 400 einen neuen Höchststand.

Während in den Kunstwissenschaften (26%) sowie den Sprach- und Kulturwissenschaften (24%) etwa jeder vierte Lehrstuhl mit einer Frau besetzt war, lag der Anteil der Professorinnen in allen anderen Fächergruppen noch unter der 20%-Marke. Am deutlichsten unterrepräsentiert waren Professorinnen in den Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften (9%) sowie Ingenieurwissenschaften (6%).

Detaillierte Ergebnisse bietet die Arbeitsunterlage „Personal und Personalstellen an Hochschulen, vorläufiges Ergebnis 2005“, die im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop> kostenlos abrufbar ist.

Weitere Auskünfte erteilt
Ilka Willand, Telefon 06 11/75-45 45,
E-Mail: hochschulstatistik@destatis.de.

Hochschulausgaben 2004

Die öffentlichen und privaten Hochschulen in Deutschland gaben im Jahr 2004 insgesamt 30,5 Mrd. Euro aus. Damit gingen die Hochschulausgaben gegenüber 2003 um 0,5% zurück; im gleichen Zeitraum sanken die Studierendenzahlen um 2,8%.

Wie in den Jahren zuvor waren 2004 die Personalaufwendungen mit 18,6 Mrd. Euro der größte Ausgabeposten der Hochschulen. Das entspricht 61,0% aller Ausgaben. Der übrige laufende Sachaufwand betrug 8,9 Mrd. Euro. 2,9 Mrd. Euro wurden für Investitionen ausgegeben.

Von allen Hochschulen entfiel auf die Universitäten (ohne Medizinische Einrichtungen) 2004 ein Ausgabevolumen von 12,7 Mrd. Euro, das sind 1,0% weniger als 2003. Die Medizinischen Einrichtungen der Universitäten gaben 14,1 Mrd. Euro (– 0,2%) und die Fach- und Verwaltungsfachhochschulen 3,1 Mrd. Euro (+ 0,1%) aus. Etwa drei Viertel der Hochschulen befanden sich in öffentlicher Trägerschaft. Das Ausgabevolumen der privaten Hochschulen in Deutschland lag 2004 bei 441,6 Mill. Euro.

Auf die medizinischen Fachbereiche und Einrichtungen der Hochschulen entfielen 46,2% aller Hochschulausgaben; sie wurden sowohl für Lehre und Forschung als auch für Krankenbehandlung aufgewendet. Wie im Jahr zuvor gaben die Hochschulen 2004 für die Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften 3,4 Mrd. Euro, für die Ingenieurwissenschaften 2,7 Mrd. Euro und für die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 1,7 Mrd. Euro aus.

Die Hochschulen erzielten im Jahr 2004 Einnahmen in Höhe von 14,5 Mrd. Euro (+ 6,9%). Davon waren 9,9 Mrd. Euro Verwaltungseinnahmen (+ 5,9%), die zu 93,6% von den Medizinischen Einrichtungen, überwiegend als Entgelte für Krankenbehandlungen, erzielt wurden. Darüber hinaus warben die Hochschulen 3,5 Mrd. Euro an Drittmitteln bei privaten und öffentlichen Stellen ein (+ 0,9%). Wichtigste Drittmittelgeber der Hochschulen waren die Deutsche Forschungs-

gemeinschaft (1,0 Mrd. Euro), die gewerbliche Wirtschaft (937 Mill. Euro) sowie der Bund (718 Mill. Euro).

Weitere Auskünfte erteilt
Astrid Stroh, Telefon 06 11/75-41 13,
E-Mail: astrid.stroh@destatis.de.

Schwerbehinderte 2005

Nach vorläufigen Ergebnissen lebten zum Jahresende 2005 in Deutschland 6,7 Mill. schwerbehinderte Menschen; das waren rund 89 000 oder 1,3% mehr als am Jahresende 2003. Bezogen auf die gesamte Bevölkerung war in Deutschland jeder zwölfte Einwohner (8,2%) schwerbehindert. Knapp über die Hälfte (52%) der Schwerbehinderten waren Männer. Als schwerbehindert gelten Personen, denen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung von 50 oder mehr zuerkannt wurde.

Behinderungen treten vor allem bei älteren Menschen auf: So war gut die Hälfte (53%) der schwerbehinderten Menschen 65 Jahre und älter; knapp über ein Fünftel (21%) gehörte der Altersgruppe zwischen 55 und 65 Jahren an. 2% der Schwerbehinderten waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Überwiegend (zu 83%) wurde die Behinderung durch eine Krankheit verursacht; 5% der Behinderungen waren angeboren, 2% auf einen Unfall oder eine Berufskrankheit zurückzuführen.

Am häufigsten litten schwerbehinderte Menschen unter körperlichen Behinderungen (66%): Bei 26% der Personen waren die inneren Organe bzw. Organsysteme betroffen. Bei 14% waren Arme und Beine in ihrer Funktion eingeschränkt, bei weiteren 13% Wirbelsäule und Rumpf. In 5% der Fälle lag Blindheit bzw. Sehbehinderung vor. 4% litten unter Schwerhörigkeit, Gleichgewichts- oder Sprachstörungen.

Auf geistige oder seelische Behinderungen entfielen zusammen 9% der Fälle, auf zerebrale Störungen ebenfalls 9%. Bei den übrigen Personen (16%) war die Art der schwersten Behinderung nicht ausgewiesen.

Bei einem Viertel der schwerbehinderten Menschen (25%) war vom Versorgungsamt der höchste Grad der Behinderung von 100 festgestellt worden; 30% wiesen einen Behinderungsgrad von 50 auf.

Die dargestellten vorläufigen Ergebnisse beruhen auf 15 Landesergebnissen zum Jahresende 2005 sowie den Ergebnissen für Baden-Württemberg zum Jahresende 2003. Für Baden-Württemberg konnten aufgrund der Auswirkungen des Streiks im öffentlichen Dienst der Länder noch keine Ergebnisse für 2005 erstellt werden.

Zudem lagen zum Berechnungszeitpunkt noch keine vollständigen Daten für die Bevölkerung zum Jahresende 2005 in Deutschland vor. Die Anteile der schwerbehinderten Menschen an der Bevölkerung wurden daher einheitlich mit Bevölkerungswerten vom Jahresende 2004 berechnet.

Weitere Auskünfte erteilt
Ulrike Marten, Telefon 0 1888/6 44-81 47,
E-Mail: schwerbehinderte@destatis.de.

Schulden der öffentlichen Haushalte 2005

Die öffentlichen Haushalte (Bund und seine Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände) waren zum Jahresende 2005 mit 1 447,5 Mrd. Euro am Kreditmarkt verschuldet. Dies entspricht einer Schuldenlast von 17 552 Euro je Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Anstieg um 3,8% oder 643 Euro je Bundesbürger. Den größten Anteil an den Schulden bezogen auf den Bevölkerungsstand hatten der Bund und seine Sondervermögen mit 10 768 Euro, gefolgt von den Ländern mit 5 678 Euro, auf die Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände entfielen 1 190 Euro. Nicht enthalten sind dabei die zur kurzfristigen Deckung von Finanzierungseingüssen aufgenommenen Kassenkredite.

Der durchschnittliche Pro-Kopf-Wert der regional zurechenbaren Schulden der Kernhaushalte der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände hatte 2005 bei den Flächenländern eine Spanne von 3 133 Euro (+ 4,0%) in Bayern bis zu 9 066 Euro (+ 6,4%) in Sachsen-Anhalt. Die Pro-Kopf-Werte der Stadtstaaten liegen wie in den Vorjahren deutlich über denen der Flächenländer. Hier hat das kleinste Bundesland Bremen mit 18 564 Euro (+ 9,1%) den höchsten Schuldenstand pro Kopf, gefolgt von Berlin mit 16 919 Euro (+ 6,4%) und Hamburg mit 12 173 Euro (+ 3,9%).

Weitere detaillierte Daten enthält die Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 5 „Schulden der öffentlichen Haushalte 2005“, die zum kostenlosen Download im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop> zur Verfügung steht.

Weitere Auskünfte erteilt
Christian Kickner, Telefon 06 11/75-42 03,
E-Mail: schulden@destatis.de.

Erste Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2004

Alle vier Jahre wird nach europaweit einheitlichen Standards eine Arbeitskostenerhebung durchgeführt. In Deutschland wurden im Rahmen dieser Strukturerhebung bei rund 26 000 Unternehmen im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich alle Kosten, die im Lauf des Jahres 2004 für den Faktor Arbeit angefallen sind, erfragt.

Im Jahr 2004 betrugen in Deutschland die Arbeitskosten je geleistete Stunde im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 28,18 Euro. In den neuen Bundesländern lagen sie mit 21,08 Euro um 28,2% unter dem Niveau im früheren Bundesgebiet (29,36 Euro).

Der Abstand zum Westniveau resultierte auch aus längeren Arbeitszeiten. Im Jahr 2004 arbeiteten Vollzeitbeschäftigte

in den neuen Bundesländern mit 1 720 geleisteten Arbeitsstunden 55 Stunden oder 3,3% mehr als Vollzeitbeschäftigte im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin (1 665 Stunden). Das lag vor allem an der längeren vertraglich vereinbarten Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten: In den neuen Ländern war sie im Jahr 2004 mit durchschnittlich 39 Stunden und 29 Minuten um eine Stunde und 16 Minuten länger als im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin (38 Stunden und 13 Minuten). Entsprechend war der Abstand bei den Arbeitskosten je Vollzeitbeschäftigten zwischen Ost und West mit 25,8% etwas geringer als der bei den Arbeitskosten je geleistete Stunde.

Nach Wirtschaftszweigen betrachtet variierte der Abstand zum Westniveau deutlich. In den von öffentlichen Arbeitgebern dominierten Wirtschaftszweigen „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“, „Erziehung und Unterricht“ sowie „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“ war der Abstand der Arbeitskosten je geleistete Stunde in den neuen Bundesländern zu denen im früheren Bundesgebiet mit Werten zwischen 14 und 15% am geringsten, im privatwirtschaftlich geprägten Verarbeitenden Gewerbe mit 40,5% am größten. Hier spielten neben deutlich geringeren Kosten im Osten – die Arbeitskosten je Vollzeitbeschäftigten lagen um 36,0% unter Westniveau – erheblich längere Arbeitszeiten eine merkbare Rolle: Im Verarbeitenden Gewerbe der neuen Bundesländer lagen im Jahr 2004 die geleisteten Arbeitsstunden mit 7,5% am weitesten über dem Westniveau.

Die Arbeitskosten umfassen die Gesamtheit aller den Arbeitgebern im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitskräften entstehenden Aufwendungen. Dazu gehören die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer, die von den Arbeitgebern getragenen Sozialbeiträge, Kosten der beruflichen Aus- und Fortbildung und sonstige Kosten, wie Anwerbungskosten und Berufskleidung. Unter den Begriff „geleistete Arbeitsstunden“ fallen nur die tatsächlich geleisteten Stunden, das heißt dass zum Beispiel Krankheits-, Feier- und Urlaubstage nicht darin enthalten sind, während geleistete Überstunden – sowohl bezahlte als auch unbezahlte – einfließen. Um Teilzeitbeschäftigte vergleichbar einbeziehen zu können, wurden sie entsprechend ihrer Arbeitszeit in Vollzeitarbeitsplätze umgerechnet.

Weitere Auskünfte erteilt
Roland Günther, Telefon 06 11/75-38 58,
E-Mail: arbeitskosten@destatis.de.

Holzeinschlag im deutschen Wald 2004

Der Holzeinschlag in Deutschland ist im Jahr 2004 durch Zuwachs mehr als ausgeglichen worden. Der Wald wird also auf nachhaltige Weise genutzt: Nach Ergebnissen der Waldgesamtrechnung wurden 82% [35,4 Mill. Tonnen (t)] der Menge des nutzbaren Holzzuwachses des Jahres 2004 eingeschlagen.

Mit 70% (24,7 Mill. t) wurde der größte Teil des Einschlages im Holzgewerbe weiterverarbeitet, und zwar zu Bauholz,

Verpackungsmitteln, Lagerbehältern oder anderen Holzwaren. 21% des Holzeinschlags (7,5 Mill. t) wurden als Brennholz verwertet, die verbleibenden 9% (3,3 Mill. t) gingen in die Zellstoffindustrie. Die Verwendung von Rohholz spielt dort nur eine untergeordnete Rolle, da der Hauptrohstoff mit einem Anteil von 73% Altpapier ist. Dieses stammt wiederum zu 92% aus dem Recycling. Zur Verringerung des Verbrauchs von Holz trägt auch die Weiterverarbeitung von Altholz bei, etwa zur Herstellung von Spanplatten im Holzgewerbe oder zur Wärmeerzeugung.

Die Menge des im deutschen Wald geschlagenen Holzes (zuzüglich Altpapier und Altholz) entspricht in etwa den im Inland verwendeten Mengen an Holzprodukten (Brennholz, Schnittholz, Holzwerkstoffe, andere Holzprodukte und Papier). Allerdings wird nicht der gesamte heimische Holzeinschlag auch im Inland verarbeitet oder verwertet, sondern teilweise exportiert. Die exportierten Mengen an Holz und Holzprodukten sind insgesamt jedoch ähnlich groß wie die eingeführten Mengen. Auch bei den einzelnen Produkten der Weiterverarbeitung von Holz liegen Ein- und Ausfuhren meist in der gleichen Größenordnung. Lediglich beim Zellstoff ist der Import deutlich höher als der Export: Der Bedarf der deutschen Papierindustrie an Zellstoff wird zu gut einem Viertel aus dem Ausland gedeckt.

Wie die aktuellsten vorliegenden Zahlen aus dem Jahr 2003 zeigen, liefert die Forstwirtschaft mit 0,1% nur einen geringen Beitrag zur Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft. Bezieht man jedoch die Wertschöpfung der nachgelagerten Bereiche (Holzgewerbe, Papiererzeugung, Möbelherstellung) mit ein, so erhöht sich der Anteil auf rund 2,5%.

Diese Ergebnisse wurden vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft ermittelt. Weitere Resultate der Waldgesamtrechnung, zum Beispiel zu Waldflächen, Holzvorräten, ökonomischen Daten, Holzaufkommens- und Verwendungsbilanzen, Kohlenstoffbilanzen oder Waldschäden können einem Projektbericht zur Waldgesamtrechnung (<http://www.destatis.de/download/d/ugr/waldgesamtrechnung.pdf>) und einer zusammenfassenden Darstellung der Ergebnisse (http://www.destatis.de/download/d/ugr/WGR_Ergebnisse_und_Tabellen.pdf) entnommen werden.

Weitere Auskünfte erteilt

Regina Hoffmann-Müller, Telefon 06 11/75-26 76,

E-Mail: regina.hoffmann-mueller@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

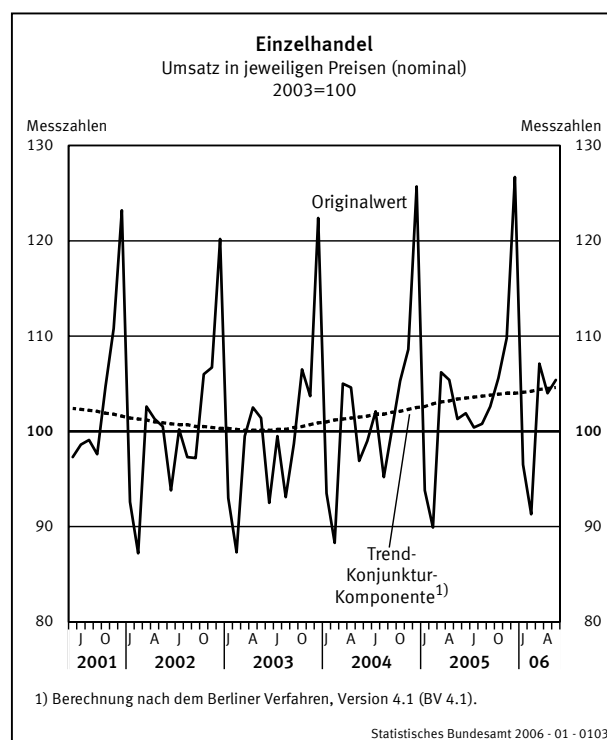
Einzelhandel

Der Einzelhandel in Deutschland setzte im *Mai 2006* nominal 4,0% und real 3,2% mehr um als im Mai 2005. Der Mai 2006 hatte mit 25 Verkaufstagen allerdings einen Verkaufstag mehr als der Mai 2005.

Nach Kalender- und Saisonbereinigung der Daten gab es im Vergleich zum April 2006 nominal keine Veränderung und real wurde 0,4% weniger umgesetzt.

Im Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren wurde im Mai 2006 nominal 0,7% mehr und real 0,9% weniger als im Vorjahresmonat abgesetzt. Dabei verzeichneten sowohl die Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte als auch der Facheinzelhandel mit Lebensmitteln reale Umsatzeinbußen von –1,0 bzw. –0,1%.

Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln wurde im Mai 2006 dagegen sowohl nominal als auch real mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat umgesetzt (nominal +6,5%, real +6,0%). Alle sechs Branchen in diesem Bereich verzeichneten nominale und reale Umsatzsteigerungen gegenüber dem Mai 2005. Die größten Steigerungen erzielten der Facheinzelhandel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf (nominal +8,2%, real 8,9%) und der Facheinzelhandel mit Bekleidung, Schuhen und Lederwaren (nominal +8,2%, real 9,2%).



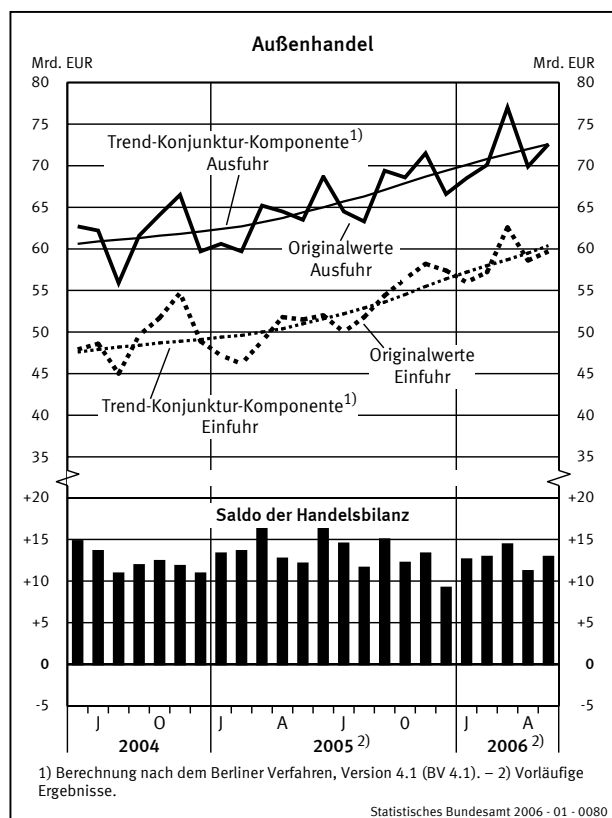
In den ersten fünf Monaten des Jahres 2006 wurde im Einzelhandel nominal 1,5% und real 0,9% mehr umgesetzt als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Außenhandel

Die deutschen Ausfuhren stiegen im *Mai 2006* im Vorjahresvergleich um 14,3% auf 72,6 Mrd. Euro. Die deutschen Einfuhren wiesen sogar ein Plus von 16,0% auf; sie beliefen sich auf 59,7 Mrd. Euro. Die Außenhandelspreise sind im gleichen Zeitraum ebenfalls gestiegen. Die Einfuhren verteuerten sich im Mai 2006 um 7,5% gegenüber dem Vorjah-

resniveau. Ohne Berücksichtigung von Erdöl und Mineralöl-erzeugnissen lag der Preisanstieg bei 4,2%. Die Preise der ausgeführten Waren stiegen gegenüber Mai 2005 um 2,7%.

Angestiegen ist auch der Überschuss der Außenhandelsbilanz gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahresmonat. Einem Saldo von 12,9 Mrd. Euro im Mai 2006 stand im gleichen Vorjahresmonat ein Saldo von 12,1 Mrd. Euro gegenüber. Im April 2006 hatte der Saldo 11,2 Mrd. Euro betragen. Zusammen mit den negativen Salden der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (-4,4 Mrd. Euro), der Dienstleistungsbilanz (-1,6 Mrd. Euro), der Bilanz der laufenden Übertragungen (-1,1 Mrd. Euro) und der Bilanz der Ergänzungen zum Außenhandel (-1,6 Mrd. Euro) ergibt sich aus dem Außenhandelsüberschuss im Mai 2006 nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank ein Leistungsbilanzsaldo von +4,3 Mrd. Euro. Im gleichen Vorjahresmonat hatte der Überschuss der Leistungsbilanz 5,4 Mrd. Euro betragen.



Gegenüber April 2006 stiegen die Ausfuhren aus Deutschland im Mai 2006 nominal um 4,0% und die Einfuhren um 1,8%. Saisonbereinigt war die Entwicklung hingegen rückläufig: Die Exporte verzeichneten im Mai gegenüber April 2006 ein Minus von 1,5%; die Importe sind saisonbereinigt um 2,6% gesunken. [\[1\]](#)

Dipl.-Ökonom Albert Braakmann, Dipl.-Volkswirt Dietrich Stache

Vierteljährliche Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors

Berechnungsgrundlage, Ergebnisse, Zuverlässigkeit

Mit diesem Artikel präsentiert das Statistische Bundesamt erstmals umfassend Angaben zu den vierteljährlichen Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995. Bisher wurden Quartalsdaten nur zu ausgewählten Einnahme- und Ausgabearten des Staates veröffentlicht. Wie der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.2 „Inlandsproduktsberechnung – Vierteljahresergebnisse“ zu entnehmen ist, handelt es sich hierbei um Komponenten zur Berechnung des Bruttoinlandsprodukts von der Entstehungs- und Verwendungsseite (Konsumausgaben des Staates, Gütersteuern und Gütersubventionen, Bruttoinvestitionen) sowie um Elemente für die Berechnung des Masseneinkommens. Daneben werden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die nichtfinanziellen Einnahmen und Ausgaben des Staates bis hin zum Finanzierungssaldo Halbjahreswerte veröffentlicht.¹⁾

Insbesondere von europäischer Ebene kamen, vor allem im Zusammenhang mit der Errichtung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ab 1. Januar 1999, verstärkte Anforderungen nach Quartalsdaten zum Staatssektor. Zunächst wird deshalb ein kurzer Überblick über die verschiedenen Größen gegeben, für die von den Mitgliedstaaten solche Quartalsdaten zu berechnen sind. Für die vierteljährlichen nichtfinanziellen Einnahmen und Ausgaben des Staates werden anschließend die Berechnungsgrundlagen dargestellt sowie Vierteljahresergebnisse hierzu präsentiert. Auf der Grundlage der Quartalsdaten von

1999 bis 2004 wird danach die Zuverlässigkeit dieser Werte untersucht. Damit liegt einerseits ein Auswahlkriterium für die Veröffentlichung dieser Quartalsdaten vor und andererseits kann das Ziel einer Qualitäts- und Nutzerorientierung der amtlichen Statistik²⁾ unterstützt werden.

1 Neue Statistikanforderungen durch europäische Institutionen

Konzeptionelle Grundlage für die Berechnung der Einnahmen und der Ausgaben des Staates auf europäischer Ebene ist das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995, das durch die Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996³⁾ für alle Mitgliedstaaten verbindlich vorgegeben ist. Eine eigenständige Finanzstatistik – wie in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten – existiert auf europäischer Ebene nicht. Der Grund dafür dürfte vor allem in der schwierigen Harmonisierung der stark voneinander abweichenden nationalen Finanzstatistiken liegen.

Die Lieferverpflichtungen der Mitgliedstaaten an die Europäische Kommission (konkret: an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat), die mit Einführung des ESVG 1995 ebenfalls verbindlich für alle Mitgliedstaaten vorgegeben wurden, bezogen sich bei den nichtfinanziellen Einnahmen und Ausgaben sowie dem Finanzierungssaldo des Staates zunächst nur auf Jahreswerte. Nach der

1) Siehe z. B. Räh, N./Braakmann, A.: „Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2005“ in WiSta 9/2005, S. 909 ff.

2) Siehe Blanc, M./Radermacher, W./Körner, T.: „Qualität und Nutzer“ in WiSta 10/2001, S. 799 ff.

3) Zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft (Amtsbl. der EG Nr. L 310, S. 1 ff.).

Errichtung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Anwendung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes wurden auf Wunsch der Europäischen Kommission mit Unterstützung der Europäischen Zentralbank die Verpflichtungen schrittweise auf die Lieferung von Quartalswerten ausgeweitet. Ergänzt wurde dieser Quartalsnachweis von Einnahmen und Ausgaben des Staates durch eine Verordnung zum Nachweis vierteljährlicher Sektorkonten für alle Sektoren sowie einer vierteljährlichen Finanzierungsrechnung und des vierteljährlichen „öffentlichen Schuldenstandes“ in der für das so genannte Verfahren bei einem übermäßigen Defizit nach Artikel 104 c des Maastricht-Vertrages vorgesehenen Abgrenzung. Nach einem kurzen Überblick über die einzelnen Rechenwerke konzentriert sich dieser Beitrag auf die vierteljährlichen nichtfinanziellen Konten des Staates, das heißt dessen vierteljährliche Einnahmen und Ausgaben.

1.1 Vierteljährliche Einnahme- und Ausgabearten

Im ersten Schritt beschränkte sich die Europäische Kommission auf die Lieferung folgender vierteljährlicher Einnahme- und Ausgabearten durch die Mitgliedstaaten:

- Produktions- und Importabgaben
- darunter: Mehrwertsteuer
- Einkommen- und Vermögensteuern
- vermögenswirksame Steuern
- tatsächliche Sozialbeiträge
- monetäre Sozialleistungen

Die Verordnung (EG) Nr. 264/2000 der Kommission vom 3. Februar 2000⁴⁾ schreibt weiterhin vor, dass die Mitgliedstaaten bis spätestens Mitte 2002 Zeitreihen ab dem ersten Quartal 1991 liefern. Die jeweils aktuellen Quartalswerte sind bis spätestens drei Monate nach dem jeweiligen Quartalsende zu übermitteln. Diese Daten werden bereits von Eurostat im Internet veröffentlicht.

In einem weiteren Schritt wurden durch die Verordnung (EG) Nr. 1221/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Juni 2002⁵⁾ die quartalsweisen Lieferverpflichtungen der Mitgliedstaaten für die übrigen nichtfinanziellen Einnahme- und Ausgabearten sowie für den Finanzierungssaldo des Staates geregelt. Danach sind Zeitreihen ab dem ersten Quartal 1999 spätestens bis Mitte 2002 sowie die aktuellen Werte mit einer Frist von drei Monaten nach dem Quartalsende zu liefern. Die vierteljährlichen Einnahmen und Ausgaben sind entsprechend der für die Jahreswerte vorgegebenen Untergliederung nach Arten⁶⁾ darzustellen. Außerdem müssen die Quartalswerte in der Summe

mit den Jahreswerten übereinstimmen. Bis zur Verabschiedung der Verordnung hatten nur das Vereinigte Königreich und Deutschland Erfahrung mit der Berechnung von unterjährigen nichtfinanziellen Konten des Staates. Im Statistischen Bundesamt werden die gesamten nichtfinanziellen Einnahme- und Ausgabekomponenten bereits seit Mitte der 1980er-Jahre quartalsweise für interne Kontrollzwecke ermittelt. In den anderen Mitgliedstaaten wurde mit diesen Anforderungen Neuland betreten. Daher sah die genannte europäische Verordnung in Artikel 8 zur Qualitätssicherung der Quartalsdaten vor, dass die Europäische Kommission (Eurostat) dem Europäischen Parlament und dem Rat bis Ende 2005 einen Bericht vorlegen musste, in dem die Zuverlässigkeit der von den Mitgliedstaaten gelieferten vierteljährlichen Daten beurteilt wird. Eurostat hatte sich zudem verpflichtet, zuvor keine der übermittelten nationalen Daten zu veröffentlichen. Die Europäische Kommission hat inzwischen einen Qualitätsbericht erstellt. Außerdem hat Eurostat 2006 mit der Veröffentlichung von Daten für die einzelnen Mitgliedstaaten im Internet begonnen.

1.2 Weitere Quartalsdaten zum Staatssektor

Die Übermittlung so genannter Finanzkonten des Staates auf Quartalsbasis ist in der Verordnung (EG) Nr. 501/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004⁷⁾ geregelt. Danach sind für bestimmte Finanzmittel (z. B. Bargeld, Wertpapiere, Kredite oder Anteilsrechte) die Zu- und Abgänge beim Staat innerhalb eines Quartals darzustellen. Als Saldo aus diesen finanziellen Transaktionen ist ebenfalls der Finanzierungssaldo des Staates ableitbar. Die Ergebnisse der vierteljährlichen Finanzierungsrechnung müssen mit dem vierteljährlichen nichtfinanziellen Konto des Staates kompatibel sein und insbesondere im Finanzierungssaldo übereinstimmen. In Deutschland wird die Finanzierungsrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von der Deutschen Bundesbank bearbeitet. Eurostat hat 2006 mit der Veröffentlichung der Daten für die einzelnen Mitgliedstaaten im Internet begonnen. Ergänzend zu dieser Verordnung ist die Leitlinie der Europäischen Zentralbank vom 21. November 2002 über die statistischen Berichtsanforderungen der Europäischen Zentralbank im Bereich der vierteljährlichen Finanzierungsrechnungen⁸⁾ zu beachten. Die Leitlinie regelt die Lieferverpflichtungen der Zentralbanken der Mitgliedstaaten an die Europäische Zentralbank.

Außerdem verpflichtet die Verordnung (EG) Nr. 501/2004 die Mitgliedstaaten, auch Daten über den Bestand an Forderungen und an Verbindlichkeiten des Staates am Ende jedes Quartals – wiederum untergliedert nach Finanzmitteln – zu liefern. Hieraus kann der Schuldenstand des Staates ermittelt werden. Dieser in der Finanzierungsrechnung ermittelte Schuldenstand geht über den Rahmen hinaus,

4) Zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates hinsichtlich der Übermittlung kurzfristiger öffentlicher Finanzstatistiken (Amtsbl. der EG Nr. L 29, S. 4 ff.).

5) Über die vierteljährlichen Konten des Staates für nichtfinanzielle Transaktionen (Amtsbl. der EG Nr. L 179, S. 1 ff.).

6) Siehe Verordnung (EG) Nr. 1500/2000 der Kommission vom 10. Juli 2000 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates im Hinblick auf die Ausgaben und Einnahmen des Staates (Amtsbl. der EG Nr. L 172, S. 3 ff.).

7) Über die vierteljährlichen Finanzkonten des Staates (Amtsbl. der EG Nr. L 81, S. 1 ff.).

8) Amtsbl. der EG Nr. L 334 vom 11. Dezember 2002, S. 24 ff., geändert durch die Leitlinie vom 17. November 2005 sowie die Leitlinie vom 20. April 2006.

der für das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit festgelegt ist. Nach der für dieses Verfahren in der Verordnung (EG) Nr. 3605/93 vom 23. November 1993⁹⁾ festgelegten Definition sind nicht alle Schuldenpositionen (z. B. Handelskredite) in den „öffentlichen Schuldenstand“ für das Defizitverfahren einzubeziehen. Ferner sind die Schulden mit dem Nennwert statt mit dem Marktwert zu bewerten. Auch wenn für das Defizitverfahren nur die Jahreswerte über den öffentlichen Schuldenstand maßgeblich sind, wurde mit Verordnung (EG) Nr. 1222/2004 des Rates vom 28. Juni 2004¹⁰⁾ auch die Lieferung des vierteljährlichen Schuldenstandes in der für das Defizitverfahren relevanten Definition vorgeschrieben. Nach dieser Verordnung sind Zeitreihen ab dem ersten Quartal 2000 bis Ende 2004 sowie die aktuellen Quartalswerte jeweils drei Monate nach Ende des Quartals an Eurostat zu liefern. Eurostat hat 2006 mit der Veröffentlichung der Daten für die einzelnen Mitgliedstaaten im Internet begonnen.

Ergänzend sei noch auf die Verordnung (EG) Nr. 1161/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2005¹¹⁾ hingewiesen, die die Übermittlung vierteljährlicher nichtfinanzieller Sektorkonten regelt. Danach sind Quartalswerte für die volkswirtschaftlichen Aggregate und für alle Sektoren als Zeitreihe ab dem ersten Quartal 1999 zu Beginn des Jahres 2006 an Eurostat zu übermitteln. Die Sektoren umfassen die Volkswirtschaft insgesamt, die nichtfinanziellen und die finanziellen Kapitalgesellschaften, den Staat, die privaten Haushalte (einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck) sowie die übrige Welt. Vierteljährliche Sektorkonten werden noch nicht von Eurostat veröffentlicht.

2 Berechnungsgrundlagen für die nichtfinanziellen Einnahmen und Ausgaben des Staates

Die Quartalsergebnisse über die Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen basieren im Wesentlichen auf vierteljährlichen Kassenergebnissen der Finanzstatistik über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes, der Länder, der Gemeinden (ohne Zweckverbände) und der Sozialversicherung (ohne gesetzliche Unfallversicherung). Dabei wird auf folgende Einzelquellen zurückgegriffen:

- vierteljährliche Kassenergebnisse aus dem Bundeshaushalt sowie der Sondervermögen des Bundes,
- vierteljährliche Kassenergebnisse der Finanzstatistik für Länder und Gemeinden (ohne Zweckverbände),
- vierteljährliche und zum Teil monatliche Ergebnisse der Sozialversicherungszweige (ohne gesetzliche Unfallversicherung),

- detaillierte Monatsangaben des Aufkommens an den gemeinsamen Steuern von Bund, Ländern und Gemeinden sowie der reinen Bundes- und Ländersteuern,
- Quartalsergebnisse für die reinen Gemeindesteuern,
- Quartalsergebnisse aus der Zahlungsbilanz.

Ergänzt werden diese Informationen um zusätzliche Aufgliederungen einzelner Haushaltstitel aus dem Bundeshaushalt. Für die Bauinvestitionen fließen statistische Ergebnisse aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach verschiedenen Baubereichen ein.

Die gesamten Ausgangsdaten für die Quartalsdaten am aktuellen Rand sind nicht immer vollständig verfügbar, sondern fallen zeitlich gestaffelt an. Um trotzdem die geforderten aktuellen Quartalsdaten bereitstellen zu können, werden zunächst vorläufige Ergebnisse berechnet, die anschließend überarbeitet werden, um die sukzessiv anfallenden vollständigeren Informationen einzubeziehen. Am aktuellen Rand müssen die vorläufigen Ausgangsdaten ergänzt werden um Schätzungen für die Teilbereiche, für die keine vierteljährlichen Basisinformationen (Zweckverbände, gesetzliche Unfallversicherung) erhoben werden bzw. für die am aktuellen Rand noch keine statistischen Ergebnisse vorliegen. Eine weitere Überarbeitung erfolgt nach Vorliegen der Ergebnisse aus der Jahresrechnungsstatistik der Finanzstatistik. Für die geforderte kohärente Darstellung müssen die Quartalswerte an das Niveau der Jahreswerte angepasst werden.

Aber selbst wenn die vierteljährlichen Basisdaten verfügbar sind, muss geprüft werden, welche Anpassungen an die Regeln des ESGV 1995 erforderlich sind. Die so genannten Kassenergebnisse der Finanzstatistik bilden die Ist-Einnahmen und die Ist-Ausgaben in den (überwiegend noch) kameral buchenden öffentlichen Haushalten ab. Zeitpunkt der Verbuchung einzelner Zahlungsströme ist der tatsächliche Zahlungsvorgang. Von den Kassenergebnissen der Finanzstatistik unterscheiden sich die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach den Konzepten des ESGV 1995 vor allem durch

- Buchung der Transaktionen (überwiegend) nach dem Grundsatz der periodengerechten Zurechnung (accrual basis), das heißt nicht nach dem Zahlungszeitpunkt, sondern zu dem Zeitpunkt, zu dem ein wirtschaftlicher Wert geschaffen, umgewandelt oder aufgelöst wird bzw. zu dem Forderungen oder Verbindlichkeiten entstehen, umgewandelt oder aufgehoben werden.¹²⁾
- „Bruttostellungen“, das heißt mit dem kassenmäßigen Steueraufkommen in den öffentlichen Haushalten technisch verrechnete Ausgaben des Staates werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Ausgaben (soziale Leistungen, Vermögenstransfers) darge-

9) Über die Anwendung des dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigefügten Protokolls über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit [Amtsbl. der EG Nr. L 332, S. 7 ff., geändert durch die Verordnungen (EG) Nr. 475/2000 und Nr. 2103/2005].

10) Über die Erhebung und Übermittlung von Daten zum vierteljährlichen öffentlichen Schuldenstand (Amtsbl. der EU Nr. L 233, S. 1 ff.).

11) Über die Erstellung von vierteljährlichen nichtfinanziellen Sektorkonten (Amtsbl. der EU Nr. L 191, S. 22 ff.).

12) ESGV 1995, Ziffer 1.5.

stellt. Entsprechend wird auf der Einnahmenseite das Steueraufkommen vor der technischen Verrechnung mit den Ausgaben gebucht. Es handelt sich hierbei um Leistungen wie steuerliches Kindergeld, Eigenheimzulage, Arbeitnehmersparzulage und Investitionszulagen.

- Trennung der finanziellen und der nichtfinanziellen Transaktionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Dies hat vor allem Konsequenzen auf die Höhe des Finanzierungssaldos des Staates in den beiden Rechenwerken, denn in der Finanzstatistik werden in die Einnahmen und Ausgaben und damit in den Finanzierungssaldo teilweise auch finanzielle Ströme, wie Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen sowie Gewährung und Tilgung von Darlehen, einbezogen.
- Buchung von nicht kassenwirksamen Vorgängen wie Schuldenübernahmen und Schuldenerlassen als Vermögenstransfers in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, während in der Finanzstatistik kein Zahlungsvorgang nachgewiesen wird.
- Umleitung von Zahlungsströmen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, um die Einkommensentstehung, -verteilung und -umverteilung besser darstellen zu können (z. B. im Zusammenhang mit direkten Arbeitgeberleistungen des Staates wie Pensionen und Beihilfen).
- unterschiedliche Zuordnung einzelner Transaktionen zum Beispiel zu den Personalausgaben und zum Sachaufwand in der Finanzstatistik und zum Arbeitnehmerentgelt und zu den Vorleistungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (z. B. Abgeordnetenbezüge).

Weitere Konzeptunterschiede können auftreten, etwa durch Änderungen in den Basisstatistiken, durch neue verwaltungswirtschaftliche Erscheinungen, durch Änderungen der Buchungsregeln des ESVG 1995 oder durch europäische Entscheidungen zur Klärung bestimmter Zweifelsfälle im Rahmen der europäischen Haushaltskontrolle und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

3 Ergebnisse

Im Jahr 2005 teilen sich die Einnahmen und Ausgaben sowie der Finanzierungssaldo des Staates auf die Quartale wie in Tabelle 1 dargestellt auf.

Die einzelnen Einnahme- und Ausgabearten zeigen unterjährig keinen einheitlichen Verlauf. Besonders starke Schwankungen können auf der Einnahmenseite bei den empfangenen Vermögenseinkommen auftreten. Dies ist vor allem auf den von der Deutschen Bundesbank ausgeschütteten Gewinn zurückzuführen, der von Jahr zu Jahr sehr stark schwanken kann und zudem nicht immer im gleichen Vierteljahr an den Bundeshaushalt abgeführt wird. Bei den Steuern und bei den Sozialbeiträgen wirkt sich vor allem aus, dass zum einen im vierten Quartal (Weihnachtsgeld) mehr Einkommen anfallen, zum anderen aber auch höhere Umsätze getätigt werden (Weihnachtsgeschäft). Der Weihnachtsgeldeffekt schwächt sich aber in den letzten Jahren

Tabelle 1: Vierteljährliche Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo des Staates 2005
Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2005			
	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion (einschl. Produktion für die Eigenverwendung)	10,0	10,7	11,1	12,1
+ Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,2
+ Vermögenseinkommen	2,9	3,5	3,9	3,3
+ Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)	119,1	121,1	117,6	133,4
+ Sozialbeiträge	94,8	98,4	97,4	106,4
+ Sonstige laufende Transfers ...	7,1	4,2	3,7	3,6
+ Vermögenstransfers	2,3	2,9	2,1	2,8
= Einnahmen ...	236,4	240,8	235,8	261,7
Vorleistungen	20,7	22,1	23,2	28,4
+ Arbeitnehmerentgelt	39,7	39,7	40,6	47,2
+ Sonstige Produktionsabgaben ..	0,0	0,0	0,0	0,0
+ Vermögenseinkommen	15,5	15,7	16,0	16,2
+ Subventionen	7,3	6,1	6,3	7,5
+ Soziale Sachleistungen	40,3	42,0	41,9	43,3
+ Monetäre Sozialleistungen	108,6	107,9	106,3	107,8
+ Sonstige laufende Transfers ...	11,2	8,0	8,9	8,0
+ Vermögenstransfers	14,0	5,4	5,1	10,4
+ Bruttoinvestitionen	4,8	8,0	8,3	8,0
+ Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
= Ausgaben ...	261,8	254,7	256,3	276,5
Finanzierungssaldo	-25,5	-13,8	-20,5	-14,7

deutlich ab. Beitragssatz- und Steuersatzänderungen sowie steuerinduzierte Vorzieheffekte können hier ebenfalls zu einem unterjährig unterschiedlichen Verlauf führen. Bei den empfangenen sonstigen laufenden Transfers werden unterjährige Schwankungen vor allem durch Einmalaktionen hervorgerufen (im Jahr 2005 z. B. durch die Rückzahlung unerlaubter Beihilfen durch die Landesbanken an die Länder). Bei den empfangenen Vermögenstransfers ist unterjährig normalerweise ein glatter Verlauf zu beobachten; Ausnahmen können zum Beispiel durch hohe Einnahmen bei der Erbschaftsteuer auftreten.

Auf der Ausgabenseite können sehr starke Schwankungen im unterjährigen Verlauf bei den Vorleistungen auftreten, u. a. durch größere Beschaffungen von Waffensystemen, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Vorleistungen gebucht werden, und durch Haushaltsmaßnahmen (u. a. Haushaltssperren). Das früher vielfach zu beobachtende Ausschöpfen von Haushaltsresten zum Jahresende ist in den letzten Jahren nicht mehr so ausgeprägt aufgetreten wie früher. Bei den sozialen Sachleistungen (insbesondere Arzt- und Zahnarztleistungen, Medikamenten, Krankenhausleistungen) können unterjährige Schwankungen unter anderem durch Rechtsänderungen und damit verbundene mögliche Vorzieheffekte bewirkt werden. Beim Arbeitnehmerentgelt war in den zurückliegenden Jahren durch die Zahlung von Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld ein deutliches unterjähriges Muster vorgegeben, das aber durch den Abbau dieser Leistungen im öffentlichen Dienst immer mehr „geglättet“ wird. Stärkere Schwankungen dürften künftig nur noch durch Nachzahlungen bei Gehaltserhöhungen

sowie durch Einmalzahlungen anstelle von Tarifänderungen auftreten. Die unterjährige Verteilung der geleisteten sonstigen laufenden Transfers wird vor allem von der Entwicklung der Beitragszahlungen an inter- und supranationale Einrichtungen geprägt. Bei den geleisteten Vermögens-transfers sind hohe Ausgaben in der Regel im ersten Quartal (u. a. Gewährung der Eigenheimzulage) und im vierten Quartal (u. a. höhere Ausgaben für Investitionszuschüsse) zu beobachten. Abweichungen von diesem Muster können sich durch unregelmäßig auftretende Schuldenerlasse und Schuldenübernahmen ergeben. Der unterjährige Verlauf der Bruttoinvestitionen wird vor allem durch Bauinvestitionen bestimmt.

Der Finanzierungssaldo des Staates als Saldo aus den Einnahmen und den Ausgaben zeigt unterjährig kein einheitliches Bild. Alle Sondereinflüsse bei den einzelnen Einnahme- und Ausgabekomponenten schlagen sich im Quartalssaldo nieder. In der Vergangenheit ergaben sich für das zweite Quartal oftmals durch hohe Ausschüttungen der Deutschen Bundesbank positive Finanzierungssalden. Das sehr uneinheitliche unterjährige Muster erlaubt nicht, dass man durch Vergleich mit der Entwicklung im Vorjahr auf das Ergebnis für das laufende Kalenderjahr schließen kann.

4 Qualitätsaspekte

Die Qualitätsanforderungen an Statistikergebnisse können ganz unterschiedlich sein. Neben den eher traditionellen Kriterien, wie Neutralität, Objektivität oder wissenschaftliche Unabhängigkeit, sind hier auch die Zuverlässigkeit und die Befragtenbelastung zu nennen.¹³⁾ Des Weiteren gefordert werden außerdem Aktualität, Vergleichbarkeit, Effizienz oder Transparenz. Die Priorität der Qualitätsanforderungen variiert dabei häufig mit dem jeweiligen Nutzer und dem Verwendungszweck.

Für die Statistikproduzenten stellen die Qualitätsanforderungen eine große und wichtige Herausforderung dar, insbesondere, wenn die Anforderungen in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. Ein offensichtliches Beispiel hierfür sind die Forderungen nach hoher Aktualität einerseits und nach hoher Zuverlässigkeit andererseits. Um das Qualitätsprofil eines bestimmten Statistikergebnisses einordnen zu können, sind Informationen über die Qualität einer Statistik nötig. Die Bereitstellung von Angaben zur Qualität einer Statistik liefert den Nutzern die Grundlage für eine objektive Einschätzung und für eine realistische Verwendung von Statistikdaten.

In diesem Beitrag näher beleuchtet werden sollen die so genannten produktorientierten Qualitätskriterien. Solche Kriterien wurden für Statistiken des Europäischen Statisti-

schen Systems (ESS) bereits im Mai 1998 auf der 84. Konferenz der Leiter der nationalen statistischen Ämter präsentiert¹⁴⁾ und im Juni 2002 vom Statistischen Beirat beim Statistischen Bundesamt als wichtig für die deutsche Statistik bezeichnet. In der leicht überarbeiteten Fassung des Verhaltenskodex für EU-Statistiken¹⁵⁾ sind dies folgende fünf Kriterien:

- Relevanz,
das heißt eine Statistik muss dem Nutzerbedarf entsprechen.
- Genauigkeit und Zuverlässigkeit,
das heißt eine Statistik muss die Realität genau und zuverlässig widerspiegeln. Genauigkeit bedeutet dabei die Übereinstimmung des statistischen Wertes mit dem wahren Wert. Zuverlässigkeit betrifft die Übereinstimmung eines früheren Schätzwertes mit einem späteren Ergebnis.
- Aktualität und Pünktlichkeit,
das heißt eine Statistik muss aktuell sein und pünktlich verbreitet werden. Hierbei bedeutet Aktualität die Nähe zwischen dem Ende einer Berichtsperiode und dem Veröffentlichungszeitpunkt. Pünktlichkeit beschreibt die Einhaltung angekündigter Veröffentlichungstermine.
- Kohärenz und Vergleichbarkeit,
das heißt Statistiken sollen untereinander und im Zeitablauf konsistent und zwischen Regionen und Ländern vergleichbar sein; es sollte möglich sein, miteinander zusammenhängende Daten aus unterschiedlichen Quellen zu kombinieren und zusammen zu verwenden.
- Zugänglichkeit und Klarheit,
das heißt eine Statistik sollte klar und verständlich präsentiert und in geeigneter und benutzerfreundlicher Weise verbreitet werden und zusammen mit einschlägigen Metadaten und Erläuterungen entsprechend dem Grundsatz der Unparteilichkeit verfügbar und zugänglich sein.

Das Qualitätskriterium Zuverlässigkeit steht im Mittelpunkt der nachfolgenden Ausführungen. Ein Grund dafür ist, dass die vierteljährlichen Daten über die Einnahmen, die Ausgaben und den Finanzierungssaldo des Staatssektors im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes verwendet werden könnten. Ein weiterer Grund ist die Anforderung eines Berichtes über die Zuverlässigkeit solcher vierteljährlichen Daten durch den Gesetzgeber.¹⁶⁾ Auch die Europäische Zentralbank hebt die Zuverlässigkeit von aufeinander folgenden Ergebnissen zum Finanzierungssaldo des Staates hervor.¹⁷⁾

13) Siehe Braakmann, A.: „Qualität und Genauigkeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in Allgemeines Statistisches Archiv 87, Heidelberg 2003, S. 184 ff.

14) Sie sind seit Februar 2005 Bestandteil des Verhaltenskodex für europäische Statistiken.

15) Eurostat: „Europäische Statistiken: Verhaltenskodex für die nationalen und gemeinschaftlichen statistischen Stellen“, angenommen vom Ausschuss für das Statistische Programm am 24. Februar 2005 und verkündet in der Empfehlung der Kommission vom 25. Mai 2005 zur Unabhängigkeit, Integrität und Rechenschaftspflicht der nationalen und gemeinschaftlichen statistischen Stellen.

16) Siehe Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 1221/2002 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 10. Juni 2002 über die vierteljährlichen Konten des Staates für nichtfinanzielle Transaktionen (Amtsbl. der EG Nr. L 179, S. 1).

17) Siehe Artikel 2 der Leitlinie der Europäischen Zentralbank vom 17. Februar 2005 über die statistischen Berichtsanforderungen der Europäischen Zentralbank und die Verfahren für den Austausch statistischer Daten im Europäischen System der Zentralbanken im Bereich der staatlichen Finanzstatistiken (Amtsbl. der EU Nr. L 109, S. 81 ff.).

4.1 Zuverlässigkeit

Das Qualitätskriterium Zuverlässigkeit betrifft die Übereinstimmung eines früheren Schätzwertes mit einem späteren bzw. endgültigen Ergebnis. Häufig werden von den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft möglichst frühe Ergebnisse gefordert. Andererseits liegen erst bei den endgültigen Berechnungen – in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) üblicherweise mehrere Jahre nach Ende der Berichtsperiode –, die vollständigen Basisdaten vor. Dieses Spannungsverhältnis wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gelöst, indem zunächst frühe vorläufige Ergebnisse bereitgestellt werden, die dann in den Folgeperioden überarbeitet bzw. revidiert werden, um die nach und nach anfallenden, vollständigeren Basisdaten einzubeziehen (laufende Revisionen). Daneben werden noch so genannte große Revisionen durchgeführt, die der Einführung neuer Konzepte und Definitionen sowie der Einbeziehung von Ergebnissen aus unregelmäßigen Erhebungen oder Zinsen dienen. Es wäre daher reiner Zufall, wenn erste vorläufige Angaben mit dem endgültigen Ergebnis genau übereinstimmen. Andererseits sind frühe Daten, die die Entwicklung falsch abbilden, aus Nutzersicht wertlos. Statistiken können dann als zuverlässig definiert werden, wenn zwischen einem vorläufigen und dem endgültigen Ergebnis eine hohe Übereinstimmung besteht. Im Idealfall beträgt die Abweichung Null, in den anderen Fällen ist zu fragen, ob der Zuverlässigkeitsgrad für den jeweiligen Verwendungszweck ausreichend ist. In diesem Artikel sollen zwei Aspekte der Zuverlässigkeit von vierteljährlichen Daten zu den Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors näher beleuchtet werden:

a) Revisionsdifferenzen

Eine Möglichkeit zur Abschätzung der Zuverlässigkeit von VGR-Angaben besteht in der Analyse von Revisionsdifferenzen. Dabei wird die Abweichung zwischen einer ersten Schätzung und dem späteren (endgültigen) Ergebnis untersucht. Hintergrund hierfür ist die Tatsache, dass sich die statistische Basis für die Berechnung von VGR-Ergebnissen erst sukzessiv verbreitert. Eine aktuelle erste Schätzung (der Quartale) fußt häufig auf ausgewählten Indizes und/oder Indikatoren. Erst nach und nach kann das jeweils neu anfallende statistische Material eingearbeitet und damit das Schätzergebnis untermauert werden. Mit der Berechnung von Revisionsdifferenzen erhält der Nutzer einen Eindruck darüber, wie hoch der durchschnittliche Korrekturbedarf bei den frühen Schätzungen anzusetzen ist.

b) Vorhersagefähigkeit

Ein anderer Zuverlässigkeitsaspekt betrifft die Vorhersagefähigkeit der Quartalsdaten. Hierbei geht es um die Frage, ob und inwieweit sich aus den Quartalsdaten Rückschlüsse auf den Jahreswert ziehen lassen. Diese Frage ist vor allem vor dem Hintergrund des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes von Bedeutung.

4.1.1 Revisionsdifferenzen

Für eine Analyse der Revisionsdifferenzen können verschiedene statistische Messgrößen herangezogen werden. Aufgrund seiner einfachen Handhabbarkeit wird in dieser Untersuchung als Messgröße zunächst die mittlere Abweichung (MA) zwischen vorläufigem und jeweils endgültigem Wert für eine Berichtsperiode betrachtet:

$$MA = \frac{\sum(E - V)}{n},$$

wobei E = endgültiger bzw. letztverfügbarer Wert,

V = vorläufiger Wert und

n = Beobachtungsfälle.

Da die Abweichung vom endgültigen Wert sowohl ein negatives als auch ein positives Vorzeichen haben kann, ist es möglich, dass sich bei der mittleren Abweichung MA die Differenzen über mehrere Berichtsperioden ausgleichen.¹⁸⁾ Um den Ausgleich von positiven und negativen Abweichungen zu vermeiden, kann die mittlere absolute Abweichung (MAA) herangezogen werden. In diese Größe geht der Betrag der Abweichung vom endgültigen Ergebnis ohne Vorzeichen ein:

$$MAA = \frac{\sum |E - V|}{n}$$

Dieses Maß zeigt die durchschnittliche Revisionsdifferenz zwischen einem vorläufigen und dem jeweils endgültigen Wert (ohne Einbeziehung des Vorzeichens) und vermittelt einen Eindruck von der Unsicherheit vorläufiger Werte.¹⁹⁾ Allerdings handelt es sich um einen Durchschnittswert, der sich theoretisch aus vielen Abweichungen in ähnlicher Größenordnung errechnen, aber auch aus wenigen, extrem starken Differenzen resultieren kann. Als zusätzliche Information wird daher auch die Streuung der Revisionsdifferenzen betrachtet. Ein mögliches Verfahren zur Verdeutlichung der Streuung ist, die Abweichung nach Größenklassen sortiert darzustellen.

Die Analyse der Revisionsdifferenzen zwischen den vorläufigen und dem jeweils endgültigen Quartalswert(en) für die Einnahmen, die Ausgaben und den Finanzierungssaldo des Staatssektors fußt auf Daten für alle Quartale der Jahre 1999 bis 2004. Als endgültiger Wert bzw. Vergleichsmaßstab dienen die Quartalsergebnisse der so genannten Frühjahrsrechnung vom Februar 2005. Da für die aktuellsten Jahre genau genommen noch keine endgültigen Werte vorliegen, ist endgültig im Sinne von letztverfügbar zu interpretieren; beide Begriffe werden hier synonym verwendet. Berechnet werden Quartalsdaten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen üblicherweise erstmals 55 Tage nach Quartalsende (erste Schätzung) und werden dann jeweils ein Quartal später überarbeitet (zweite Schätzung, dritte Schätzung usw.). Normalerweise sind im Sommer des Folgejahres ($t+1$) alle Informationen für die Quartale des Vorjahres verfügbar,

18) Häufig wird die mittlere Abweichung als systematischer Fehler interpretiert und zeigt damit an, ob zu bestimmten Berechnungszeitpunkten systematisch über- oder unterschätzt wird.

19) Die Unsicherheitsmarge kann doppelt so hoch sein, da die durchschnittliche Revisionsdifferenz sowohl nach unten als auch nach oben abweichen kann.

sodass danach die Quartalsdaten aufgrund der Anpassung an die Jahresrechnungsergebnisse – jeweils im Sommer – verändert werden. Nach drei bis vier Jahren werden die VGR-Daten als endgültig betrachtet (abgesehen von so genannten großen Revisionen).

Die Revisionsdifferenzen für vierteljährliche, quantitativ bedeutsame *Ausgabenposten* des Staates zeigt Tabelle 2. Dargestellt ist die Abweichung der frühen Schätzungen zum letztverfügbaren Ergebnis in Prozent des endgültigen Ergebnisses.

Tabelle 2: Revisionsdifferenzen (MAA)¹⁾ der vierteljährlichen Ausgaben vom endgültigen Ergebnis
Prozent

Ausgabeart	Jeweiliger Rechenstand			
	1. Schätzung	2. Schätzung	3. Schätzung	Sommer t + 2
Vorleistungen	1,26	0,78	0,72	0,75
Arbeitnehmerentgelt	0,83	0,49	0,39	0,16
Vermögenseinkommen ..	3,89	2,46	1,58	0,68
Soziale Sachleistungen ..	1,29	1,02	0,55	0,28
Monetäre Sachleistungen	0,22	0,12	0,12	0,15
Sonstige laufende				
Transfers	2,18	1,84	1,83	1,13
Vermögenstransfers	4,94	2,21	1,12	1,32
Bruttoinvestitionen	4,52	3,02	3,05	1,26
Ausgaben insgesamt ...	0,57	0,34	0,21	0,13

1) Mittlere absolute Abweichung.

Bei den gesamten Ausgaben beträgt die durchschnittliche Abweichung der ersten Schätzung (über alle betrachteten Quartale) knapp $\pm 0,6\%$ vom letztverfügbaren Wert. Auffallend sind die überproportionalen Abweichungen bei den Vermögensgrößen und den Bruttoinvestitionen über alle Rechenstände. In den nachfolgenden Berechnungen wird die Abweichung der ersten Schätzung dann deutlich reduziert. Die Verringerung der Abweichungen im Zeitablauf gilt generell für alle Aggregate, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Erklären lässt sich diese Entwicklung durch die Verfügbarkeit von statistischen Quellen für die Berechnung: Während bei der ersten Schätzung noch auf Indikatoren und sporadische Informationen zurückgegriffen werden muss, liegen ab der zweiten Schätzung – zeitlich gestaffelt nach staatlichen Teilebenen – so genannte vierteljährliche Kassenstatistiken vor. Etwa zwei Jahre nach Ende des Berichtsjahres stehen dann – wieder nach staatlichen Teilsektoren gestaffelt – die so genannten Jahresrechnungsergebnisse zur Verfügung, das heißt die umfassendste statistische Informationsgrundlage. Die vorläufigen Quartalsdaten werden dann auf die Jahresergebnisse abgestimmt.

Die anfänglich größeren Schätzunsicherheiten schlagen sich auch in der Streuung der Revisionsdifferenzen nach Größenklassen nieder. So sind für die gesamten Ausgaben bei der ersten Schätzung in 22% der Fälle relativ große Abweichungen von über 1% festzustellen. Ab der dritten Schätzung liegt dagegen die überwiegende Zahl der Fälle (61%) in der kleinsten Größenklasse der Abweichungen; gleichzeitig sind die obersten Größenklassen überhaupt nicht mehr besetzt. Tabelle 3 zeigt die Häufigkeitsverteilung der Revisionsdifferenzen zwischen frühen Schätzwerten für die gesamten Ausgaben und dem jeweils endgültigen Quartals-

Tabelle 3: Häufigkeitsverteilung der Revisionsdifferenzen für vierteljährliche Ausgaben nach Größenklassen und Rechenstand
Prozent

Größenklasse der Abweichung	Jeweiliger Rechenstand			
	1. Schätzung	2. Schätzung	3. Schätzung	Sommer t + 2
0,00 – 0,20%	26	33	61	92
0,21 – 0,40%	31	29	22	–
0,41 – 0,60%	17	29	17	8
0,61 – 0,80%	–	5	–	–
0,81 – 1,00%	4	–	–	–
$\geq 1,01\%$	22	5	–	–

ergebnis (ohne Vorzeichen) nach Größenklassen der Abweichungen.

Für ausgewählte vierteljährliche *Einnahmearten* des Staatssektors sind in Tabelle 4 die Revisionsdifferenzen dargestellt. Gezeigt wird die durchschnittliche Abweichung zwischen frühen Quartalsschätzwerten zum letztverfügbaren Ergebnis (ohne Vorzeichen) in Prozent des letztverfügbaren Ergebnisses.

Tabelle 4: Revisionsdifferenzen (MAA)¹⁾ der vierteljährlichen Einnahmen vom endgültigen Ergebnis
Prozent

Einnahmeart	Jeweiliger Rechenstand			
	1. Schätzung	2. Schätzung	3. Schätzung	Sommer t + 2
Verkäufe	1,86	0,65	0,41	0,27
Gütersteuern	0,74	0,10	0,03	0,01
Sonstige Produktionsabgaben	4,02	0,70	0,44	0,09
Einkommensteuer	1,23	0,51	0,37	0,01
Sozialbeiträge	0,51	0,36	0,24	0,06
Einnahmen insgesamt ...	0,54	0,26	0,21	0,10

1) Mittlere absolute Abweichung.

Für die gesamten Einnahmen des Staatssektors weicht der erste Schätzwert durchschnittlich (über alle Quartale) um gut $\pm 0,5\%$ vom endgültigen Ergebnis ab. Bereits beim zweiten Rechenstand wird die Abweichung zum endgültigen Ergebnis etwa halbiert und danach weiter verringert. Die Verringerung der Abweichungen im Zeitablauf gilt für alle gezeigten Einnahmearten. Besonders starke Verringerungen bereits beim zweiten Rechenstand sind für Verkäufe, für Gütersteuern, für sonstige Produktionsabgaben und für Einkommensteuern zu beobachten. Diese Entwicklungen lassen sich durch die verfügbaren statistischen Quellen erklären. Für wichtige Gütersteuern und für Sozialbeiträge liegen bereits beim ersten Rechenstand kassenmäßige Informationen vor, zumindest für zwei Monate. Allerdings entsteht vor allem bei den Gütersteuern eine Unsicherheit durch den vorgeschriebenen Nachweis zum Fälligkeitszeitpunkt; die erforderliche Phasenverschiebung der Kasseneinnahmen erfordert üblicherweise auch Informationen für zumindest den ersten Monat des Folgequartals.

Die anfänglich größeren Schätzunsicherheiten auf der Einnahmenseite spiegeln sich ebenfalls in der Streuung der Revisionsdifferenzen (ohne Vorzeichen) nach Größenklassen wider. So weisen beim ersten Rechenstand 17% der

Fälle eine relativ große Abweichung von über 1% zum endgültigen Wert auf. Ab der dritten Schätzung liegt bereits die weit überwiegende Zahl der Fälle (72%) in der kleinsten Größenklasse der Abweichungen; gleichzeitig sind die oberen Größenklassen, mit einer Ausnahme, nicht mehr besetzt. Tabelle 5 zeigt die Häufigkeitsverteilung der Revisionsdifferenzen zwischen frühen Schätzwerten für die gesamten Einnahmen und dem jeweils endgültigen Quartalsergebnis (ohne Vorzeichen) nach Größenklassen der Abweichungen.

Tabelle 5: Häufigkeitsverteilung der Revisionsdifferenzen für vierteljährliche Einnahmen nach Größenklassen und Rechenstand
Prozent

Größenklasse der Abweichung	Jeweiliger Rechenstand			
	1 Vj später	2 Vj später	3 Vj später	Sommer t + 2
0,00 – 0,20%	26	62	72	92
0,21 – 0,40%	22	24	22	–
0,41 – 0,60%	9	5	–	–
0,61 – 0,80%	17	–	–	–
0,81 – 1,00%	9	–	–	8
≥ 1,01%	17	9	6	–

Die Schätzsicherheit bei aktuellen Quartalsdaten für die Einnahmen des Staatssektors lässt sich auch nach einzelnen Quartalen betrachten. Insbesondere die aktuellen Schätzwerte für das erste Quartal weisen im Durchschnitt eine um 20% höhere Revisionsdifferenz auf als die erste Schätzung für alle Quartale. Möglicherweise ist hierfür vor allem der Zeitpunkt von Änderungen im Sozial- und Steuerrecht ausschlaggebend, die häufig zum Jahresanfang in Kraft treten.

Der *Finanzierungssaldo* des Staatssektors errechnet sich als Differenz zwischen den Ausgaben und den Einnahmen des Staates. Aufgrund des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes von 1998, in dem das Ziel der Vermeidung übermäßiger öffentlicher Haushaltsdefizite bekräftigt wird, spielt der jährliche Finanzierungssaldo für die Finanzpolitik eine besonders herausgehobene Rolle. Da möglicherweise auch die vierteljährlichen Daten zum staatlichen Finanzierungssaldo für die Beurteilung der Haushaltslage verwendet werden, sollten sie besonders hohen Zuverlässigkeitsanforderungen genügen. Tabelle 6 zeigt die Revisionsdifferenzen, das heißt die durchschnittliche Abweichung zwischen einem frühen Schätzwert und dem endgültigen Ergebnis.

Tabelle 6: Revisionsdifferenzen (MAA)¹⁾ des vierteljährlichen Finanzierungssaldos vom endgültigen Ergebnis
Prozent

Gegenstand der Nachweisung	Jeweiliger Rechenstand			
	1. Schätzung	2. Schätzung	3. Schätzung	Sommer t + 2
Finanzierungssaldo	14,37	13,71	8,24	7,08

1) Mittlere absolute Abweichung.

Deutlich wird die sehr große Unsicherheitsmarge bei den frühen Schätzungen des Finanzierungssaldos: So weicht der erste Schätzwert durchschnittlich fast 15% vom endgültigen Ergebnis ab und auch der zweite Schätzwert verharrt mit durchschnittlich fast 14% auf ähnlich hohem Niveau. Eine merkliche Verringerung der Revisionsdifferenz ist erst beim dritten Rechenstand festzustellen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die vergleichsweise sehr hohen prozentualen Revisionsdifferenzen beim Finanzierungssaldo teilweise durch einen so genannten Basiseffekt erklärt werden können. Während die vierteljährlichen Einnahmen im Durchschnitt 230 Mrd. Euro betragen und die vierteljährlichen Ausgaben sich in ähnlicher Größenordnung bewegen, liegt der durchschnittliche Finanzierungssaldo grob gerechnet zwischen 5 Mrd. und 20 Mrd. Euro. Damit schlagen die Änderungen bei den Einnahmen und Ausgaben, prozentual betrachtet, beim Finanzierungssaldo sehr viel stärker durch. Andererseits wird auch deutlich, dass eine Saldogröße äußerst schwierig in zuverlässiger Weise geschätzt werden kann, insbesondere, wenn die Ausgangsgrößen ein Vielfaches des Saldos betragen und sich Schätzabweichungen auch noch gegenseitig im Saldo verstärken können.

Aus finanzstatistischer Sicht dürften vor allem die anfänglichen Schätzunsicherheiten bei der staatlichen *Defizitquote* (Verhältnis des Finanzierungssaldos des Staatssektors zum Bruttoinlandsprodukt) von Interesse sein. Die Auswirkungen der Revisionsdifferenzen auf die Defizitquote zeigt Tabelle 7.

Tabelle 7: Revisionsdifferenzen (MAA)¹⁾ der vierteljährlichen Defizitquote vom endgültigen Ergebnis
Prozentpunkte

Gegenstand der Nachweisung	Jeweiliger Rechenstand			
	1. Schätzung	2. Schätzung	3. Schätzung	Sommer t + 2
Defizitquote	0,25	0,18	0,15	0,10

1) Mittlere absolute Abweichung.

Deutlich wird, dass bei der ersten Schätzung der Defizitquote von einer durchschnittlichen Unsicherheitsmarge von etwa $\pm 1/4$ Prozentpunkt auszugehen ist. Dies bedeutet, dass eine anfänglich geschätzte vierteljährliche Defizitquote von 3% letztendlich zwischen 2,75 und 3,25% liegen kann. Eine Verringerung der Unsicherheitsmarge im Zeitablauf ist auch hier zu beobachten, allerdings ist der Rückgang in den ersten Quartalen eher verhalten.²⁰⁾

Die Häufigkeitsverteilung der Revisionsdifferenzen bei der Defizitquote nach Rechenständen getrennt verdeutlicht die anfänglichen Schätzunsicherheiten, wie Tabelle 8 zeigt. So weichen beim ersten Rechenstand noch etwa 20% der Fälle zwischen 0,40 und 0,80 Prozentpunkten vom endgültigen Rechenstand ab. Dagegen befinden sich beim dritten Rechenstand fast 80% der Fälle in der kleinsten Größenklasse der Abweichungen. Aber selbst hier zeigt sich,

20) Änderungen in der Defizitquote können auch aus einer Veränderung des Bruttoinlandsprodukts resultieren. Eine getrennte Untersuchung hierzu ergab, dass sich die Defizitquote nur in wenigen Fällen unerheblich durch eine Änderung des Quartalswertes des Bruttoinlandsprodukts änderte.

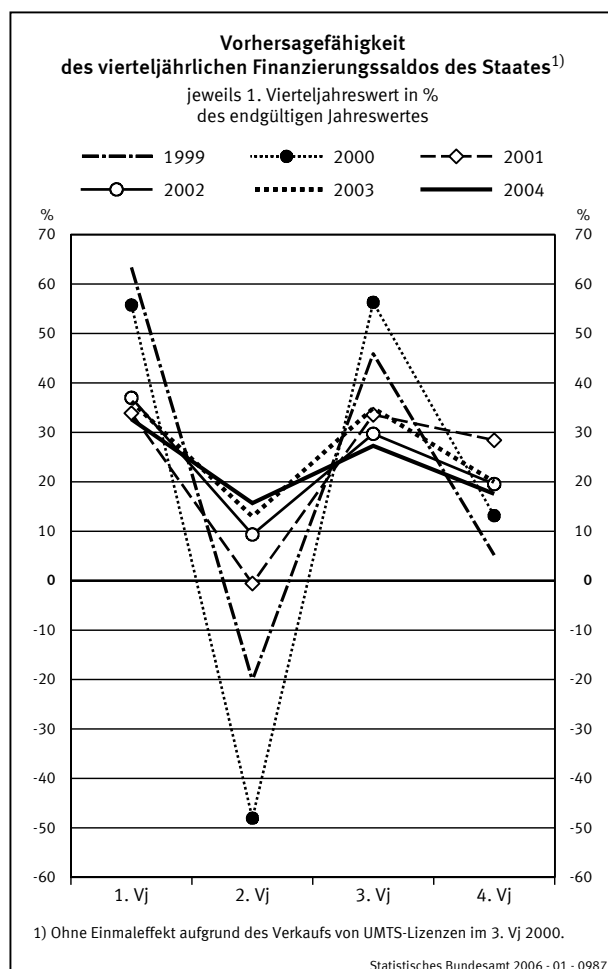
Tabelle 8: Häufigkeitsverteilung der Revisionsdifferenzen bei der vierteljährlichen Defizitquote nach Größenklassen und Rechenständen

Größenklasse der Abweichung	Jeweiliger Rechenstand			
	1. Schätzung	2. Schätzung	3. Schätzung	Sommer $t + 2$
0,00 – 0,20%	39	71	78	83
0,21 – 0,40%	39	19	17	17
0,41 – 0,60%	17	5	–	–
0,61 – 0,80%	4	5	5	–
≥ 0,81%	–	–	–	–

dass man vor Ausreißern nicht gänzlich gefeit ist, denn 5% der Fälle beim dritten Rechenstand weisen noch eine relativ hohe Abweichung von der endgültigen Defizitquote von über 0,6 Prozentpunkten auf.

4.1.2 Vorhersagefähigkeit

Quartalsdaten können auch verwendet werden, um das voraussichtliche Jahresergebnis abzuleiten. Damit ein solcher Rückschluss zuverlässig möglich ist, sollte die Relation zwischen dem jeweils gleichen Quartal und dem Jahreswert im Zeitablauf konstant sein (so genannte Strukturkonstanz). Das Schaubild zeigt für den Finanzierungssaldo das Verhältnis der jeweiligen Quartalswerte zum Jahreswert.



Deutlich wird, dass das Verhältnis eines bestimmten Quartalswertes zum Jahreswert beim Finanzierungssaldo weit davon entfernt ist, konstant zu sein. So kann der Wert für das erste Quartal zwischen knapp 33 und gut 63% des endgültigen Jahreswertes betragen. Noch stärker ist die Abweichung beim zweiten Quartal. Hier lag der Quartalswert zwischen fast 16 und –50% des Jahreswertes. Auch die Werte für das dritte und vierte Quartal weisen keine konstante Relation zum Jahreswert auf. Ein Schluss von den anfänglichen Quartalsdaten zum Finanzierungssaldo des Staates auf den jährlichen Finanzierungssaldo ist daher wegen der fehlenden Strukturkonstanz in zuverlässiger Weise nicht möglich.

5 Fazit

Vierteljährliche Daten zu den nichtfinanziellen Einnahmen und Ausgaben sowie zum Finanzierungssaldo des Staates können auf der Grundlage der verfügbaren Daten schätzungsweise ermittelt werden. Allerdings bleibt bei diesen Quartalsdaten am aktuellen Rand eine merkliche Unsicherheitsmarge. Quartalsdaten zum Finanzierungssaldo scheinen darüber hinaus nicht geeignet, den Jahreswert vorzuschätzen. Unter dem Gesichtspunkt der Zuverlässigkeit, der vom Rat der Europäischen Union und der Europäischen Zentralbank betont wird, ist eine zeitlich abgestufte Veröffentlichung der verschiedenen Einnahme- und Ausgabearten nahe liegend: Einige wenige Posten können bereits nach weniger als einem Vierteljahr nach Quartalsende relativ zuverlässig geschätzt werden, auch wenn die Mehrzahl der Einnahme- und Ausgabearten erst etwa drei Quartale später einen zufrieden stellenden Zuverlässigkeitsgrad erreicht. Abzuraten ist von einer Veröffentlichung des vierteljährlichen Finanzierungssaldos am aktuellen Rand. [u](#)

Dr. Irene Kahle, Dipl.-Soziologin Ulrike Timm

Internetnutzung und die Aneignung von E-Skills

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind aus dem modernen (Arbeits-)Alltag kaum mehr fortzudenken. Initiiert durch den Aktionsplan „eEurope 2005“ und weiterhin gestützt von der Initiative „i2010: Informationsgesellschaft 2010“ des Europäischen Rates werden seit 2002 statistische Erhebungen zur Verbreitung und Nutzung von IKT durchgeführt, an denen sich auch die deutsche amtliche Statistik regelmäßig beteiligt hat. Im Rahmen des Europäischen Statistischen Systems liegen daher seit 2002 vergleichbare Ergebnisse für die meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) zur Nutzung von IKT in privaten Haushalten vor. Die jährlich durchgeführten Piloterhebungen liefern Daten, welche die Entwicklung der IKT-Nutzung und die Stellung von Deutschland im europäischen Kontext zeigen. An der IKT-Erhebung 2005 nahmen 10 079 Personen ab 10 Jahren in 4 733 privaten Haushalten teil.

Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse der Erhebung 2005 vorgestellt: Wie stellt sich die Internetnutzung in der Bevölkerung Deutschlands im Vergleich zur Europäischen Union dar? Wie gestaltet sich der Umgang mit dem Internet in verschiedenen Teilen der Bevölkerung, und wie werden die dafür notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten erworben? In welchem Umfang wird das Internet von Privatpersonen für Onlineeinkäufe genutzt oder welche Argu-

mente sprechen bei den Befragten gegen E-Commerce?¹⁾ Alle in diesem Beitrag vorgestellten Ergebnisse beziehen sich auf das erste Vierteljahr des jeweiligen Jahres, sofern nicht anders angegeben.

Deutschland liegt im Jahr 2005 beim Anteil privater Haushalte, die einen Internetzugang besitzen, wie auch beim Anteil der Personen, die privat, beruflich oder im Rahmen der Ausbildung das Internet nutzen, deutlich über dem Durchschnitt der Europäischen Union (EU-15)²⁾. Der Trend zum Internet hat sich auch 2005 weiter fortgesetzt. Allerdings fällt die Steigerung gegenüber dem Vorjahr in Deutschland geringer aus als in der gesamten EU-15. Ob sich ein Haushalt für einen Internetanschluss entscheidet, hängt dabei nicht nur vom Alter der Haushaltsmitglieder und vom Bedarf ab, sondern auch vom Einkommen.

Der Umgang mit PC und Internet ist dabei anscheinend relativ leicht zu erlernen: Nur der kleinere Teil der Onliner hat entsprechende Kurse besucht, sei es im Rahmen der beruflichen Fortbildung (24%) oder in einem privaten Kurs, zum Beispiel an der Volkshochschule (16%). Die meisten Anwender/-innen eignen sich die notwendigen Kenntnisse durch Hilfe aus dem Verwandten- oder Bekanntenkreis an (75%) oder auch durch „Learning by Doing“ (60%).

1) Weitere Ergebnisse enthalten die Pressebroschüre „Informationstechnologie in Unternehmen und Haushalten 2005“ sowie das umfangreiche Tabellenmaterial, das zusammen mit den vollständigen Erhebungsunterlagen als Download auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/informationsgesellschaft>) erhältlich ist. Ergebnisse und Erhebungsunterlagen der Erhebungen 2003 und 2004 sind ebenfalls über diesen Link zugänglich.

Darüber hinaus wurden bereits verschiedene Aufsätze zum Thema in dieser Zeitschrift veröffentlicht. Zum Ausstattungsbestand siehe Deckl, S.: „Zur Ausstattung privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologie“ in WiSta 4/2003, S. 354 ff. Zu den Ergebnissen der IKT-Erhebung 2002 siehe Pötzsch, O./Decker, J./Kühnen, C.: „Private Haushalte in der Informationsgesellschaft“ in WiSta 2/2003, S. 94 ff. Zu den Ergebnissen der IKT-Erhebung 2003 siehe Kahle, I./Timm, U./Schäfer, D.: „Internetnutzung in privaten Haushalten“ in WiSta 10/2004, S. 1110 ff. Ergebnisse der Erhebung 2004 siehe Timm, U./Kahle, I.: „E-Government und andere Zwecke der Internetnutzung“ in WiSta 7/2005, S. 717 ff.

2) Europäische Union mit 15 Mitgliedstaaten; ohne die zum Mai 2004 beigetretenen Mitgliedsländer.

1 Internetnutzung in Deutschland und in Europa

In Deutschland hatten im ersten Quartal 2005 62% der privaten Haushalte einen Internetzugang³⁾; einbezogen in den europäischen Vergleich sind Haushalte mit mindestens einem Haushaltsmitglied unter 75 Jahren. Damit geht nach wie vor ein deutlich größerer Teil der deutschen Haushalte online als im europäischen Durchschnitt (53%).⁴⁾ Auch der Anteil der Personen im Alter von 16 bis 74 Jahren, die regelmäßig, das heißt mindestens einmal pro Woche⁵⁾, das Internet privat oder beruflich nutzten, lag im ersten Quartal 2005 in Deutschland mit 54% weiterhin über dem Durchschnitt der EU-15 (46%).

Die Zunahme des Ausstattungsgrads der privaten Haushalte liegt im gesamten Zeitraum zwischen 2002 und 2005 in Deutschland etwas höher als im EU-Durchschnitt. Der Anteil der Haushalte mit Internetzugang hat sich in der EU-15 von

39 auf 53% und damit um 14 Prozentpunkte erhöht. In Deutschland stieg der entsprechende Anteil um 16 Prozentpunkte: von 46% (2002) auf 62% (2005). Die zunehmende Verbreitung von Internetzugängen spiegelt sich auch in der Entwicklung der Internetnutzung der Bevölkerung wider: Der Anteil der mindestens einmal pro Woche das Internet nutzenden Personen an der 16- bis 74-jährigen Bevölkerung stieg in Deutschland von 44% im ersten Quartal 2003 auf 54% im ersten Vierteljahr 2005 an. Damit nahm die Internetbeteiligung der Bevölkerung im gesamten Zeitraum von 2003 bis 2005 geringfügig stärker zu als in der gesamten EU-15, wo der Anteil von 38% (2003) auf 46% (2005) anstieg. Die Entwicklung fällt im Einzelnen jedoch durchaus unterschiedlich aus. Während in Deutschland beim Internetzugang privater Haushalte gegenüber 2004 kaum mehr Veränderungen zu verzeichnen sind, waren in der Europäischen Union (EU-15) gerade von 2004 auf 2005 vergleichsweise starke Zunahmen zu beobachten. Und auch bei der Internetnutzung durch Personen ist die Veränderung gegenüber 2004 in Deutschland im Vergleich zur EU-15 etwas geringer.

Schaubild 1

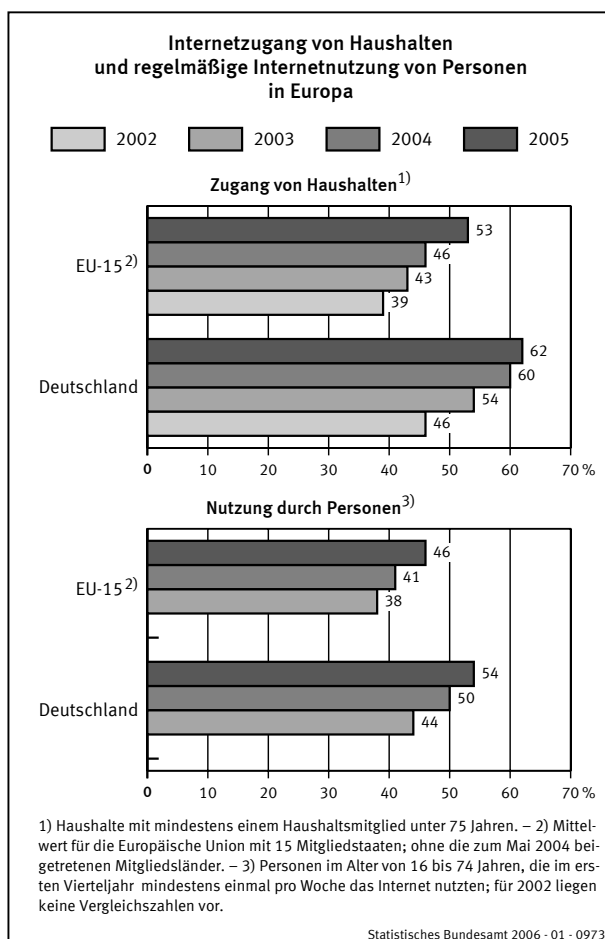
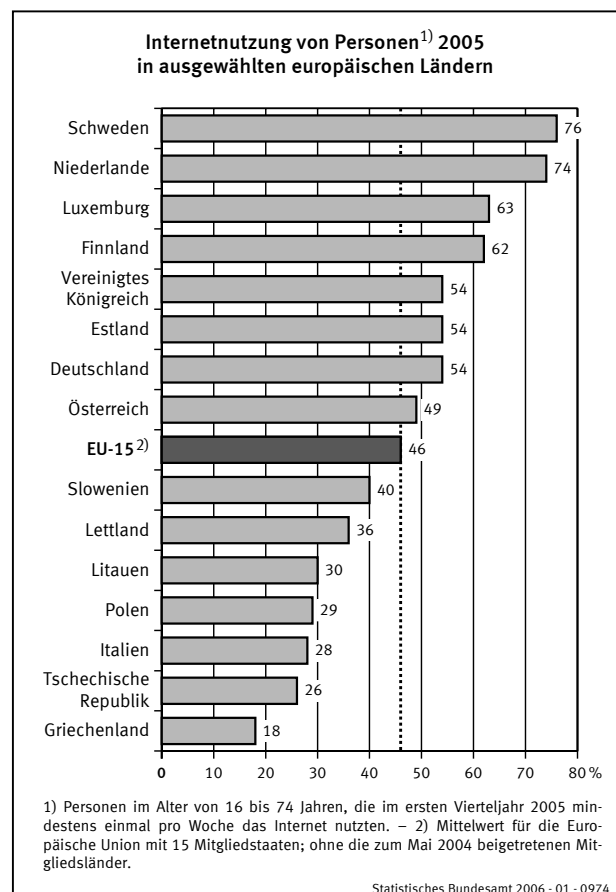


Schaubild 2



3) Da hier ältere Rentnerhaushalte, in denen alle Haushaltsmitglieder über 74 Jahre alt sind, unberücksichtigt bleiben, liegt der Ausstattungsgrad für Deutschland mit 62% bei dieser Abgrenzung etwas über den 58%, die in Schaubild 3 für alle Haushalte in Deutschland angegeben sind.

4) Die Ergebnisse für andere Länder und für die Europäische Union (EU-15) wurden der Eurostat Online Datenbank über den EDS Europäischer Datenservice (<http://www.eds-destatis.de>) entnommen. Die Ergebnisse für die EU-15 enthalten nicht immer Daten für sämtliche Mitgliedsländer der EU-15. Im EDS sind Werte für die EU-15 immer dann ausgewiesen, wenn die Länder, für die Daten vorliegen, mindestens 60% der Bevölkerung und 55% der Mitgliedstaaten abdecken. Da bei einzelnen Indikatoren und Berichtsjahren für unterschiedliche Länder keine Angaben vorliegen, wird an dieser Stelle auf eine exakte Dokumentation der jeweils einbezogenen Länder verzichtet. Die Angaben für die EU-15 sind daher als Größenordnungen von Niveau und Entwicklung der einzelnen Indikatoren zu verstehen.

5) Die Beschränkung auf die regelmäßige Nutzung ist im internationalen Vergleich üblich.

Auch wenn sowohl der Anteil der deutschen Haushalte mit Internetzugang als auch der Anteil der regelmäßig das Internet nutzenden Personen im europäischen Vergleich überdurchschnittlich ausfallen, hat Deutschland dabei keine Spitzenposition in Europa inne. Schaubild 2 zeigt, dass in den skandinavischen Ländern Schweden (76%) und Finnland (62%), aber auch in den Niederlanden und Luxemburg (74 bzw. 63%) ein zum Teil deutlich größerer Teil der Bevölkerung regelmäßig das Internet nutzte. In den meisten neuen Mitgliedsländern, aber auch in Griechenland (18%) und Italien (28%), war die Internetnutzung von Personen hingegen deutlich weniger verbreitet als im Durchschnitt der EU-15.

Bei diesen Vergleichszahlen ist zu berücksichtigen, dass bei der Internetnutzung durch Personen im internationalen Vergleich nur die Bevölkerung im Alter von 16 bis 74 Jahren dargestellt wird, bei den Haushalten nur Haushalte mit mindestens einem Haushaltsmitglied unter 75 Jahren. Die nationalen Ergebnisse in den folgenden Kapiteln decken alle Personen ab 10 Jahren bzw. alle Haushalte ab.

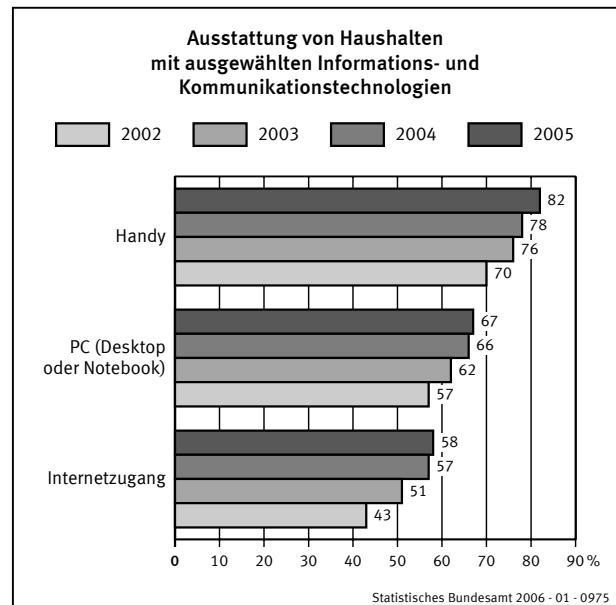
2 Ausstattung von Haushalten mit Informationstechnologien in Deutschland

Der Vergleich mit anderen europäischen Ländern verdeutlicht, dass die deutschen Haushalte im Rahmen der EU zwar nach wie vor überdurchschnittlich gut ausgestattet sind, dass aber die Zunahme der Ausstattung gegenüber dem Vorjahr relativ verhalten verlaufen ist. Auch bei der nationalen Betrachtung – die alle Haushalte unabhängig vom Alter der Haushaltsmitglieder einbezieht – zeigt sich, dass gegenüber 2004 bei der Ausstattung mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnologie nur noch ein geringer Zuwachs zu verzeichnen war.

Im Bereich der PC-Ausstattung und des häuslichen Internetzugangs im Jahr 2005 sind Anzeichen einer Sättigung zu erkennen. 58% der Haushalte hatten 2005 einen Internetzugang von zu Hause aus, 2004 waren es bereits 57%. Und ähnlich wie die Verbreitung des Internets hat auch die PC-Ausstattung im Jahr 2005 nicht mehr so stark zugenommen wie in den Jahren zuvor: 2005 hatten 67% der privaten Haushalte einen Personalcomputer (PC, einschließlich Notebook). Im Vergleich zu 2004 ist damit der Ausstattungsgrad nur noch um einen Prozentpunkt angestiegen (siehe Schaubild 3). Werden allerdings Desktop-PCs und Notebooks getrennt betrachtet, so lässt sich in einem nicht unerheblichen Ausmaß eine „Doppelausstattung“ erkennen: Immerhin besitzen 15% aller Haushalte sowohl einen Desktop-PC als auch zusätzlich ein Notebook (2002: 7%).

Bei der Ausstattung mit Handys hat es im Jahr 2005 noch einmal einen leichten Zuwachs gegeben: Während 2004 in 78% der Haushalte mindestens eine Person ein Handy besaß, waren es 2005 82%. In einem Haushalt besitzt zwar nicht jede Person ein eigenes Handy, doch auch bei der Bevölkerung ab 10 Jahren hat der Anteil der Handy-Besitzer noch einmal leicht zugelegt: 2004 besaßen 68%

Schaubild 3



ein eigenes Handy, 2005 73%. Jüngere Kinder unter 10 Jahren sind hingegen nur in geringem Umfang selbst Handy-Besitzer: 7% der Eltern statteten ihre unter 10-jährigen Kinder mit Handys aus.

Der Ausstattungsgrad mit PCs schwankt sehr stark mit dem Haushaltsnettoeinkommen. Während nur 46% der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 1 300 Euro einen PC (Desktop oder Notebook) besitzen, sind es bei den Haushalten mit einem Einkommen über 3 600 Euro 93%. Ähnliche Differenzen zeigen sich bei der Doppelausstattung mit einem Desktop-PC und einem Notebook: Bei den Haushalten mit weniger als 1 300 Euro Einkommen sind es 6%, die beides besitzen, bei den Haushalten mit 3 600 Euro oder mehr Einkommen hingegen 42%.

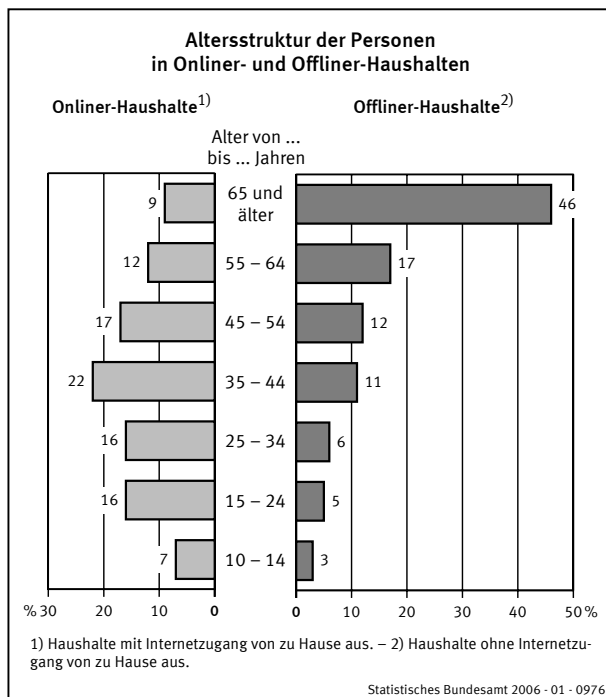
Ob Haushalte über einen Internetanschluss zu Hause verfügen, hängt im Einzelfall von unterschiedlichen Einflussfaktoren ab. 2005 hatten 42% aller Haushalte keinen Internetzugang von zu Hause aus (Offliner-Haushalte). Dabei steigt der Anteil der Offliner-Haushalte mit sinkendem Haushaltsnettoeinkommen: 2005 waren nur 12% der Haushalte mit einem Einkommen von 3 600 Euro oder mehr ohne häuslichen Internetzugang, dagegen zählten 63% der Haushalte mit einem Einkommen von weniger als 1 300 Euro zu den Haushalten ohne Internet.

Zugleich sind es die Haushalte mit höherem Einkommen, bei denen seit 2002 der Offliner-Anteil am stärksten zurückgegangen ist: In der Gruppe der Haushalte mit einem Einkommen von 3 600 Euro und mehr ist der Anteil der Offliner-Haushalte um die Hälfte gesunken, bei der gering verdienenden Einkommensgruppe unter 1 300 Euro nur um knapp ein Fünftel.

Relativ großen Einfluss darauf, ob ein Internetzugang zu Hause angeschafft wird, hat auch das Alter der Haushaltsmitglieder. Von allen 10- bis 24-jährigen lebten 2005 nur 13% in einem Haushalt ohne Internetanschluss. Bei den

25- bis 54-Jährigen hatte mit 20% bereits ein etwas höherer Anteil keinen häuslichen Zugang zum Internet, bei den Personen ab 55 Jahren waren es sogar 59%. Die Altersverteilung der Personen, die in Onliner- bzw. Offliner-Haushalten leben, verdeutlicht, dass die Offliner mehrheitlich älter sind: Fast die Hälfte aller Personen (46%) in Offliner-Haushalten ist 65 Jahre und älter.

Schaubild 4



Aber auch im Hinblick auf die soziale Stellung bestehen erhebliche Unterschiede zwischen Onliner- und Offliner-Haushalten. Während nur 19% aller Berufstätigen in einem Haushalt ohne Internetanschluss leben, fällt der Anteil bei Arbeitslosen (41%) und vor allem bei Rentnerinnen und Rentnern (63%) deutlich höher aus. Der Anteil der Studierenden in Offliner-Haushalten ist mit Abstand am geringsten: Nur jeder zwanzigste Studierende lebt in einem Haushalt ohne Internetzugang.

Eine Betrachtung der Gründe dafür, weshalb die bisher „internetlosen“ Haushalte sich noch keinen Anschluss angeschafft haben, zeigt, dass viele offensichtlich nicht von der Nützlichkeit dieses Mediums überzeugt sind: 61% der Haushalte ohne Internet gaben an, keinen Bedarf zu haben. Damit ist dies der am häufigsten genannte Grund, zu Hause kein Internet zu haben. Erst mit deutlichem Abstand dahinter folgen mit 28 bzw. 29% die hohen Zugangs- und Anschaffungskosten, gefolgt von der Möglichkeit, von woanders auf das Internet zugreifen zu können (27%), sowie mangelnde Kenntnisse über das Internet (27%). Bedenken wegen Datenschutz (17%) oder die Sorge, bedenklichen Inhalten ausgesetzt zu werden (9%), sind dagegen nur vergleichsweise selten ein Argument, ohne Internetanschluss zu leben. Insbesondere für Haushalte mit niedrigem Einkommen sind Anschaffungs- und Zugangskosten ein sub-

stanzielles Argument gegen das Internet: 37% der Haushalte mit einem Einkommen unter 1300 Euro nennen die Anschaffungs- oder Zugangskosten als Grund, sich kein Internet anzuschaffen. Und fast jeder fünfte Haushalt gibt gleichzeitig an, zwar Bedarf für einen Internetanschluss zu haben, sich diesen aus Kostengründen aber nicht anzuschaffen.

3 Computernutzung

Allein die Ausstattung eines Haushaltes mit Informationstechnologie sagt nichts aus über die tatsächlichen Nutzungsgewohnheiten der einzelnen Haushaltsmitglieder. Personen, die zu Hause auf einen Computer und/oder den Internetzugang verzichten, können trotzdem an anderen Orten Zugriff darauf haben. Daher lohnt es sich, den persönlichen Umgang mit PC und Internet, unabhängig vom Ort der Nutzung, näher zu betrachten.

Wer nutzt Computer?

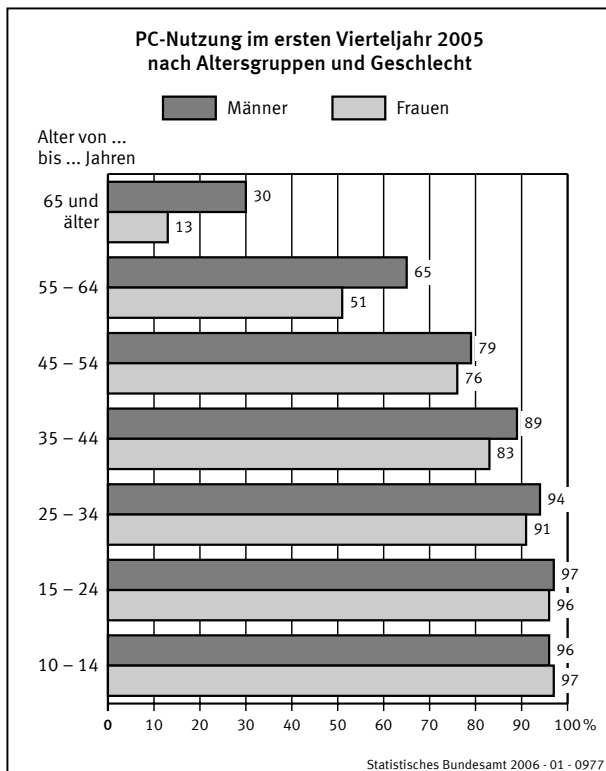
Die Nutzung von Computern ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen: Während im ersten Quartal 2002 61% der Bevölkerung ab 10 Jahren den PC genutzt haben, waren es im ersten Vierteljahr 2005 bereits 70%. Nach den Ergebnissen der IKT-Erhebung 2005 haben daher in Deutschland etwa 52 Mill. Menschen ab 10 Jahren im ersten Quartal 2005 mindestens einmal am PC gesessen, sei es privat, beruflich oder im Rahmen der Schule oder Ausbildung.

Nach wie vor findet der Computer in Abhängigkeit vom Alter unterschiedlich starke Akzeptanz. Bei den 10- bis 14-Jährigen haben bereits 97% den Computer im ersten Vierteljahr 2005 genutzt, bei den 15- bis 24-Jährigen waren es ebenfalls 97%. Erst in höheren Altersgruppen nimmt die Computernutzung langsam ab, wobei größere „Computer-Distanz“ höchstens unter den Senioren/Seniorinnen zu beobachten ist: Bei den Personen über 65 Jahren setzten sich lediglich 20% im ersten Quartal 2005 an den PC.

In den höheren Altersgruppen zeigt sich bei der Computernutzung auch eine stärkere Differenzierung zwischen den Geschlechtern. Insgesamt liegt der Anteil der Computer nutzenden Männer (76%) im ersten Vierteljahr 2005 nach wie vor über dem der Frauen (64%). Während bis zum Alter von 55 Jahren Männer und Frauen bei der PC-Nutzung etwa gleichauf liegen (siehe Schaubild 5 auf S. 726), nutzten im Alter zwischen 55 und 64 Jahren mit 65% deutlich mehr Männer als Frauen (51%) den PC. Bei den über 64-Jährigen ist der Anteil der Männer, die einen PC nutzen, sogar mehr als doppelt so groß (30% im Vergleich zu 13% bei Frauen).

Deutliche Unterschiede ergeben sich auch nach dem Bildungsgrad: Lediglich 44% der Haupt- oder Volksschulabgänger/-innen haben im ersten Quartal 2005 einen Computer genutzt; bei Personen mit mittlerem Bildungsabschluss (Realschulabschluss oder Abschluss der polytechnischen Oberschule der ehemaligen DDR) waren es 77%, bei Personen mit Fachhochschulreife und Abiturienten/Abiturientinnen sogar 87%.

Schaubild 5



Computernutzung im Zeitvergleich

Während bei der jüngeren Bevölkerung unter 25 Jahren vor allem in den letzten zwei Jahren auf hohem Niveau vergleichsweise geringe Steigerungen festzustellen sind (von 91% im Jahr 2002 auf 97% im ersten Quartal 2005), zeigen sich in den Personengruppen des mittleren und höheren Alters stärkere Zuwächse. So ist der Anteil der Computernutzer/-innen bei den 25- bis 54-Jährigen seit 2002 um 11 Prozentpunkte, bei den über 54-Jährigen um 10 Prozentpunkte gestiegen.

Dabei nutzten auch solche Personengruppen vermehrt den Computer, die nicht am Arbeitsplatz oder durch die Ausbildung bereits mit dem PC zu tun haben. So hatten beispielsweise 2002 57% der Arbeitslosen einen PC genutzt, 2005 waren es 71%. Ein ähnliches Bild ergibt sich für Personen im Ruhestand (Anstieg der Computernutzung von 19% im Jahr 2002 auf 30% im Jahr 2005) sowie bei Hausfrauen und -männern (von 42% im Jahr 2002 auf 51% im Jahr 2005).

4 Internetnutzung

Die Nutzung von PC und Internet hängen in hohem Maße zusammen. Wenn die Möglichkeit des Zugriffs auf einen Computer besteht, wird meist auch im Internet „gesurft“. Dabei ist zu beobachten, dass diejenigen Personen, die ausschließlich den PC, nicht aber das Internet nutzen, zunehmend weniger werden: Während 2002 drei Viertel aller PC-Nutzer auch das Internet in Anspruch nahmen, waren es 2005 bereits 87%. Alle folgenden Zahlen beziehen sich, anders als die Ergebnisse im europäischen Vergleich, auf Personen ab 10 Jahren.

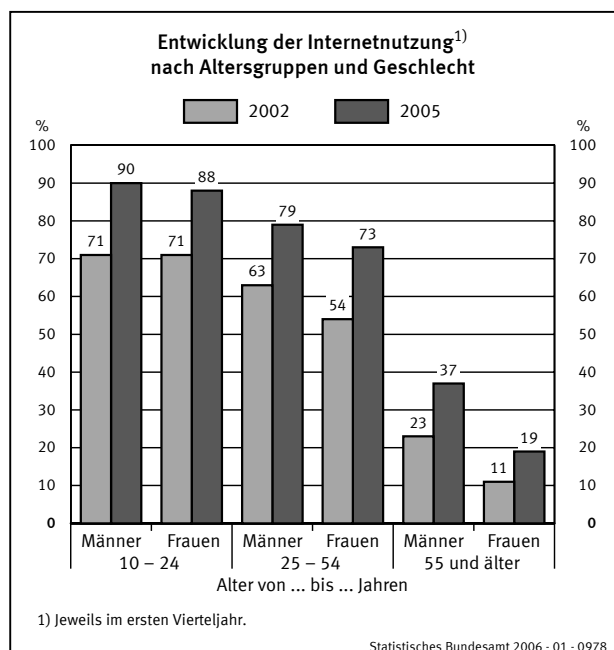
Nach wie vor ist bei der Internetnutzung eine Steigerung zu beobachten: Im ersten Vierteljahr 2005 haben 61% der Bevölkerung ab 10 Jahren, das entspricht etwa 45 Mill. Menschen, das Internet für private oder berufliche Zwecke bzw. im Rahmen von Schule und Ausbildung mindestens einmal in Anspruch genommen. Im Jahr 2004 waren es 58%, 2002 erst 46%. Damit ist das im Aktionsprogramm „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“ der Bundesregierung im Jahr 2003 bekundete Ziel, 75% der Bevölkerung ab 14 Jahren ins Internet zu bringen, ein Stück näher gerückt. Denn wird nur die Gruppe der mindestens 14-Jährigen hinsichtlich der Frage betrachtet, ob überhaupt schon einmal das Internet genutzt wurde, so lag der Anteil im Jahr 2005 bei 66%.

Wer nutzt das Internet?

Ein weiteres Ziel im genannten Aktionsprogramm der Bundesregierung von 2003 war eine gleiche oder gleichwertige Internetbeteiligung von Frauen, denn auch bei der Nutzung des Internets werden auf den ersten Blick geschlechtsspezifische Unterschiede deutlich: Im ersten Quartal 2005 haben 68% der Männer im Internet „gesurft“, bei den Frauen waren es nur 55%. Dieser Unterschied war auch in den Vorjahren in ähnlicher Größenordnung erkennbar. Eine Annäherung der Internetbeteiligung zwischen den Geschlechtern ist daher nicht zu erkennen.

Die zusätzliche Betrachtung nach dem Alter der Internetnutzenden Männer und Frauen in Schaubild 6 verdeutlicht aber, dass das Ziel gleicher Internetbeteiligung zumindest in den jüngeren Altersgruppen annähernd erreicht ist. Bei den unter 25-Jährigen gibt es praktisch keinen Unterschied mehr. Bei den über 54-Jährigen tritt dieser jedoch deutlich hervor: 37% Nutzern bei den Männern stehen hier 19% Nutzerinnen bei den Frauen gegenüber. Es zeigt sich damit auch bei der Internetnutzung der gleiche Effekt von Alter und Geschlecht wie bei der PC-Nutzung.

Schaubild 6



Insgesamt ist das Internet jedoch ein Medium, das immer noch vorwiegend von Jüngeren nachgefragt wird. So gingen im ersten Vierteljahr 2005 89% der unter 25-Jährigen online, aber nur 14% der über 65-Jährigen. Insbesondere die Studierenden liegen bei der Internetnutzung vorn (99%), gefolgt von Schülern und Schülerinnen ab 15 Jahren (95%) sowie den Auszubildenden (92%). Schüler/-innen und Auszubildende haben dabei im Vergleich zum Vorjahr nur noch um jeweils 2 Prozentpunkte zugelegt. Personen im Ruhestand nutzen das Internet nur zu 22% (2004: 18%).

Wer sind die „Offliner“?

Im vorangegangenen Abschnitt sind die Nutzer/-innen des Internets bereits kurz charakterisiert worden. Wer sind hingegen die Personen, die anhaltende Distanz zum Internet wahren? Lassen sich bestimmte Bevölkerungsgruppen identifizieren, die vom Medium Internet derzeit und vielleicht auch in Zukunft nicht erreicht werden und dies möglicherweise auch nicht wollen?

In der Gruppe der so genannten Offliner, also der Personen, die weder im ersten Vierteljahr 2005 noch jemals vorher das Internet genutzt haben, finden sich besonders viele ältere Personen. Unter den über 65-Jährigen waren 82% noch nie im Internet. Zum Vergleich: Bei den unter 25-Jährigen sind es nur 6%. Dementsprechend ist der Anteil der Offliner unter den Rentnerinnen und Rentnern mit 73% fast fünf Mal so hoch wie unter den Berufstätigen (16% der Berufstätigen waren noch niemals im Internet).

Auch der Bildungsabschluss spielt eine Rolle: Je geringer der Bildungsabschluss, umso größer ist die Distanz zum Internet; 58% der Personen mit Hauptschulabschluss gegenüber lediglich 14% derjenigen mit (Fach-)Hochschulreife waren im ersten Vierteljahr 2005 noch „offline“. Darüber hinaus ist die Internetnutzung auch eine Frage des Einkommens: Je geringer das monatliche Nettoeinkommen, desto höher ist der Anteil der Offliner in der jeweiligen Einkommensgruppe. 12% der Personen mit einem persönlichen Nettoeinkommen ab 3 600 Euro waren „offline“; bei den Personen mit einem Einkommen unter 1 300 Euro waren es 39%.

Wie intensiv wird das Internet genutzt?

Jede(r) zweite Internetnutzende (50%) ging im ersten Quartal 2005 jeden oder fast jeden Tag aus beruflichen oder privaten Gründen online, weitere 32% taten dies mindestens einmal die Woche, jedoch nicht täglich. Seit 2003 zeigt sich damit ein langsamer, aber anhaltender Trend zur häufigeren Nutzung: 2003 lag der Anteil der täglichen Nutzer/-innen bei 46%. Bei der Nutzungsintensität zeigen sich dieselben geschlechtsspezifischen Nutzungsmuster wie in den Vorjahren: Insbesondere bei der (fast) täglichen Nutzung liegen die Männer mit 57% deutlich über dem entsprechenden Anteil der das Internet nutzenden Frauen (41%). Genau umgekehrt sieht die Verteilung bei der Internetnutzung mindestens einmal im Monat (jedoch nicht wöchentlich) oder noch seltener aus: 23% der Frauen, aber nur 14% der Männer ordnen sich in diese Kategorie ein.

Ähnliche geschlechtsspezifische Muster wie bei der Nutzungshäufigkeit zeigen sich auch bei der Dauer der Nutzung. 36% der Internetnutzenden waren 2005 nur maximal eine Stunde pro Woche online, 43% der das Internet nutzenden Frauen, aber nur 29% der das Internet nutzenden Männer. Andererseits gab es auch weitere 24% aller Internetnutzenden, die mehr als fünf Stunden pro Woche im Netz verbrachten: 30% bei den Männern, aber nur 16% bei den Frauen.

Auch die Nutzungsdauer steht in engem Zusammenhang mit der persönlichen Situation der Befragten. Es waren vor allem die jüngeren Personen in Ausbildung, die im ersten Quartal 2005 eine besonders lange Nutzungsdauer aufwiesen. So sind 51% der Studierenden, 33% der Schülerinnen und Schüler sowie 29% der Auszubildenden, die das Internet nutzen, sechs oder mehr Stunden pro Woche online. Umgekehrt verbringen nur 11% der Studierenden eine Stunde oder weniger pro Woche im Netz, dagegen trifft dies auf 51% der Hausfrauen bzw. -männer und 44% der Personen im Ruhestand zu.

An welchen Orten wird das Internet genutzt?

Mit Abstand am häufigsten wurde im ersten Vierteljahr 2005 die Möglichkeit genutzt, von zu Hause aus online zu gehen. 87% aller Internetnutzenden haben im ersten Quartal 2005 auch von zu Hause aus den Weg ins Netz gefunden, und etwas mehr als die Hälfte dieser Personen nutzte ausschließlich diesen Weg. Jeweils 17% aller Onliner nutzten den Internetzugang am Ort der Ausbildung, also zum Beispiel an Schule oder Hochschule, bzw. den Zugang bei Freunden oder Verwandten zu Hause, um im Internet zu „surfen“. Andere Orte des Internetzugangs, wie beispielsweise Internet-Cafés oder Internet-PCs in öffentlichen Einrichtungen, spielen zumindest in Deutschland eine untergeordnete Rolle.

Mehr als jede(r) vierte Internetnutzende ging aber auch vom Arbeitsplatz aus ins World Wide Web. Auffallend ist, dass nur ein geringer Anteil (16%) dieser Personen ausschließlich am Arbeitsplatz das Internet nutzte. Der weitaus größte Teil (84%) ging zusätzlich auch an anderen Orten ins Netz, beispielsweise zu Hause. Von den Berufstätigen ist jede(r) Zweite im ersten Quartal 2005 am Arbeitsplatz ins Internet gegangen. Dabei gibt es hinsichtlich der Stellung im Beruf relativ große Diskrepanzen, was jedoch zu einem erheblichen Teil dem beruflichen Aufgabenfeld zuzuschreiben sein dürfte: Während Beamte und Angestellte mit 56% überdurchschnittlich oft am Arbeitsplatz ins Netz gingen, waren es bei den Arbeitern nur 18%.

77% der das Internet nutzenden Studierenden gingen an der Hochschule ins Netz, 59% der das Internet nutzenden Schülerinnen und Schüler sind im ersten Quartal 2005 in der Schule online gegangen und 46% der Auszubildenden haben am Ort der Ausbildung im Internet gesurft. Interessant ist, dass der Anteil derjenigen, die ausschließlich am Ort der Ausbildung ins Internet gehen, sehr gering ist. Nur 8% der Schüler/-innen, Studierenden oder Auszubildenden, die das Internet am Ort der Ausbildung nutzten, taten

dies ausschließlich dort, die große Mehrheit (86%) „surfte“ zusätzlich auch zu Hause im Internet.

Wie sicher ist die private Internetnutzung?

Im Jahr vor der Befragung hatten nach eigenen Angaben insgesamt 66% der Internetnutzenden mindestens eines der folgenden fünf (Sicherheits-)Probleme: Ihr PC war von einem Virus befallen worden, sie hatten einen Missbrauch persönlicher Informationen oder der Kreditkarte festgestellt, ihnen waren unerwünschte E-Mails, so genannte „Spams“, zugeschickt worden oder es waren weitere, nicht näher benannte Sicherheitsprobleme aufgetreten. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass die „Spams“ den größten Teil dieser Schwierigkeiten ausmachen: Allein 58% der Internetnutzenden gaben an, unerwünschte E-Mails erhalten zu haben. Bei 33% war im selben Zeitraum ein Virus aufgetreten. Der Missbrauch von persönlichen Informationen oder der Missbrauch von Kreditkarteninformationen wurde hingegen so gut wie nie genannt.

Je häufiger im Internet „gesurft“ wird, umso stärker treten unterschiedliche Sicherheitsprobleme auf. 41% der Internetnutzenden, die jeden oder fast jeden Tag im Netz sind, berichteten von mindestens zwei verschiedenen Sicherheitsproblemen. Von denjenigen, die nur einmal die Woche ins Internet gingen, gaben nur 21% an, dass sie sich mit zwei oder mehr Sicherheitsproblemen beschäftigen mussten. Wer seltener als einmal pro Woche „surfte“, erlebte dies sogar nur zu 13%. Ähnliches lässt sich erkennen, wenn die Länge der im World Wide Web verbrachten Zeit betrachtet wird. Knapp 17% derjenigen, die höchstens eine Stunde pro Woche im Netz waren, aber 32% derjenigen, die bis zu 5 Stunden pro Woche „surften“, und 42% der Onliner, die mehr als 5 Stunden im Netz zubrachten, wurden nach eigenen Angaben mit mehreren Sicherheitsproblemen konfrontiert.

Die Konfrontation mit diesen Risiken hat aber zugleich dazu geführt, dass der überwiegende Teil der Internetnutzenden über einen häuslichen Internetanschluss verfügt, der mit entsprechender Software geschützt ist. Immerhin bei der Hälfte aller Personen, die im ersten Vierteljahr 2005 zu Hause das Internet genutzt haben, war auf dem häuslichen PC sowohl ein Antivirenprogramm als auch eine Firewall installiert. Weitere 32% verfügten auf dem PC zu Hause zwar über keine Firewall, aber über ein Antivirenprogramm. Nur bei 7% war weder das eine noch das andere auf dem privaten PC installiert.

5 E-Skills: Fertigkeiten und Kenntnisse im Umgang mit PC und Internet

Computer und Internet sind aus der modernen (Arbeits-)Welt kaum mehr fortzudenken: In fast alle Bereiche des öffent-

lichen und privaten Lebens haben sie Einzug gehalten. Über drei Viertel der Bevölkerung ab 10 Jahren haben bereits einmal einen PC genutzt, allein 70% im ersten Vierteljahr 2005. Zwei Drittel waren schon einmal im Internet, 61% im ersten Quartal 2005. Die Bundesregierung hat sich im Jahr 2003 mit dem Aktionsprogramm „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“⁶⁾ über die bloße Verbreitung der neuen Medien hinaus ausdrücklich die Qualifizierung der Bevölkerung für die Nutzung von PC und Internet zum Ziel gesetzt. Dies verdeutlichen auch zahlreiche Initiativen, u. a. in Kooperation mit oder unter der Schirmherrschaft verschiedener Bundesministerien: beispielsweise die gemeinsame Initiative „Frauen ans Netz“ der Deutschen Telekom AG, der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Zeitschrift „Brigitte“; die Initiativen „Jugend ans Netz“ und „Online-Kompetenz für die Generation 50plus“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, oder auch die Stiftung „Digitale Chancen“ unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Welche Tätigkeiten wurden nun im ersten Quartal 2005 im Einzelnen ausgeübt, und auf welchem Wege wurden die dafür notwendigen Kenntnisse (so genannte E-Skills) erworben?

Tätigkeiten am Computer und im Internet

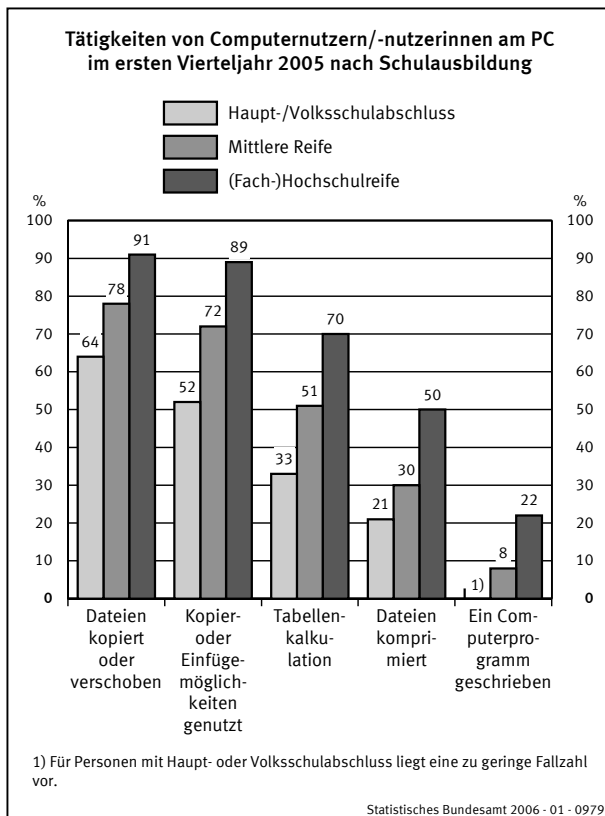
Die Spannweite der Tätigkeiten, die am PC oder im Internet ausgeübt werden, reicht von einfachen Techniken, wie der Mausbenutzung, bis hin zu anspruchsvollen Programmierfähigkeiten, die weit über die „alltägliche“ Anwendung hinausgehen. Bei den PC-Nutzerinnen und -Nutzern im ersten Vierteljahr 2005 zeigt sich: Basistechniken wie kopieren, verschieben oder einfügen von Dateien oder Textteilen gehören für mehr als 70% zum Repertoire. Und jede(r) Zweite (50%) verfügt über Fertigkeiten, mit Tabellenkalkulationsprogrammen (z. B. Microsoft Excel o. Ä.) umzugehen. Seltener werden Dateien komprimiert (33%), und lediglich 11% haben schon einmal selbst ein Computerprogramm geschrieben.

Erheblich stärker als beispielsweise vom Alter oder vom Geschlecht ist der Umgang mit dem PC vom Bildungsabschluss bestimmt (siehe Schaubild 7). Dies macht sich bereits bei Basistätigkeiten bemerkbar, wie dem Kopieren oder Verschieben von Dateien, das 91% der Computernutzer/-innen mit Hochschulreife, aber nur 64% derjenigen mit Hauptschulabschluss am PC tun. Der Effekt verstärkt sich noch, wenn es um die weniger alltägliche Handhabung des Computers geht, etwa um die Nutzung von Tabellenkalkulationsprogrammen (70 gegenüber 33%) oder um das Schreiben eigener Programme, das – vermutlich u. a. berufsbedingt – von Personen mit Hochschulreife deutlich häufiger ausgeübt wird.

Bei Aktivitäten im Internet nimmt der Einsatz so genannter Suchmaschinen die Spitzenposition ein – 89% der Internetnutzenden im ersten Quartal 2005 nutzten entsprechende Dienste des Internets –, gefolgt vom Versenden von E-Mails

6) Siehe Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit/Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“, Aktionsprogramm der Bundesregierung 2003.

Schaubild 7



mit Anhang (70%). Immerhin jede(r) Dritte hat bereits Erfahrung im „Chatten“ oder hat ein Diskussionsforum besucht, wobei dies eher bei jüngeren Personen beliebt ist. 58% der unter 25-jährigen und 27% der zwischen 25 und 54 Jahre alten Internetnutzenden haben die entsprechenden Angebote genutzt, von den über 55-Jährigen hingegen nur 9%. Vergleichsweise selten gestalten Onliner eigene Internetseiten (13%) oder nutzen so genannte Tauschbörsen für den Austausch von Musikdateien (11%). Und lediglich 9% telefonieren über das Internet. Auch die drei letztgenannten Tätigkeiten sind in erster Linie eine Sache jüngerer Onliner. Immerhin haben 21% der unter 25-jährigen schon einmal eine Tauschbörse genutzt, 18% haben eine Internetseite erstellt; bei den älteren Internetnutzenden spielten diese Tätigkeiten keine nennenswerte Rolle.

Erwerb von Kenntnissen im Umgang mit PC und Internet

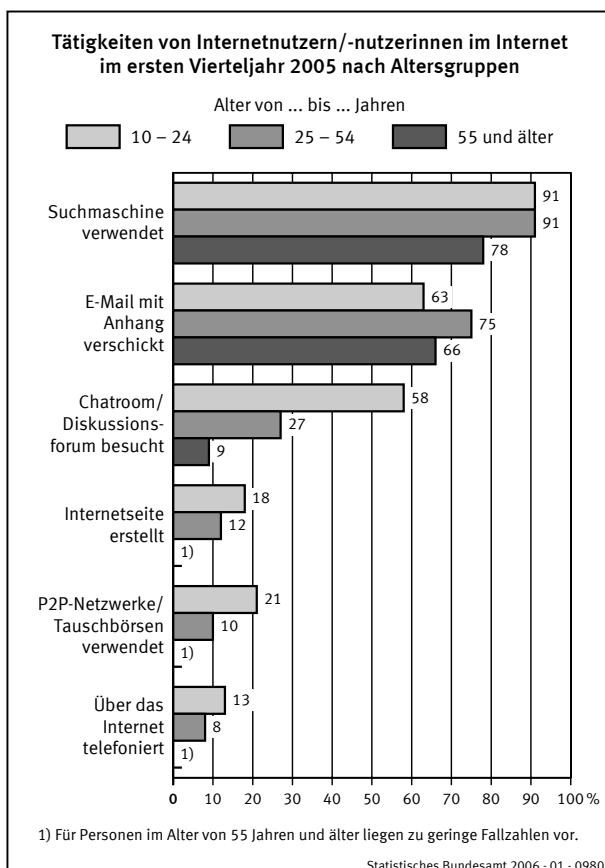
Wie werden die E-Skills, also die notwendigen Kenntnisse für den Umgang mit PC und Internet erworben? Die wichtigste Quelle sind Hilfestellungen aus dem Freundes-, Kollegen- oder Verwandtenkreis: Drei Viertel (75%) der Personen, die im ersten Quartal 2005 entweder den Computer oder das Internet nutzten, haben sich mit Hilfe anderer ihre Kenntnisse erworben. 60% eigneten sich die Fertigkeiten selbstständig an durch „Learning by Doing“. Erst mit einigem Abstand folgt der Wissenserwerb im eher institutionellen Rahmen, sei es in der Ausbildung oder der beruflichen Weiterbildung oder durch private Kurse (siehe die Tabelle). 27% ziehen weitere Medien, wie Bücher, CD-ROMs und Ähnliche, heran.

Dabei werden Kenntnisse und Fertigkeiten für PC und Internet in der Regel nicht eingleisig erworben: Lediglich ein Viertel (24%) derjenigen, die im ersten Quartal 2005 den PC oder das Internet nutzten, haben ihr Wissen nur aus einer der angegebenen Quellen bezogen und dabei hauptsächlich auf die Unterstützung aus dem Bekanntenkreis gesetzt. Die große Mehrheit stützt sich auf Informationen aus verschiedenen Zusammenhängen. Am häufigsten wird das eigene Experimentieren durch Hilfe von Bekannten ergänzt: 47% derjenigen, die sich auf mehr als eine Quelle beim Wissenserwerb stützen, nannten diese Kombination.

Aneignung von Kenntnissen und Fertigkeiten im Umgang mit PC und Internet
Prozent

Art der Aneignung	Anteil an allen Computernutzern/-nutzerinnen im 1. Vj 2005
Hilfe von Freunden, Verwandten oder Kollegen	75
Selbst beigebracht durch „Learning by Doing“	60
Kurse in Schule, Universität, Berufsschule	31
Selbst beigebracht durch Bücher, CD-ROMs usw.	27
Berufliche Weiterbildung (z.B. durch den Arbeitgeber) .	24
Private Kurse in Weiterbildungseinrichtungen (z.B. Volkshochschule)	16

Schaubild 8



Es liegt nahe, dass es vor allem die Jüngeren im Alter von 10 bis 24 Jahren sind, die sich im Rahmen der Ausbildung im Umgang mit PC und Internet üben: 58% besuchten entsprechende Kurse in der Schule oder der Universität, gegenüber „nur“ 12% der über 54-Jährigen. Gerade die Älteren sind auch zurückhaltender, was das Ausprobieren angeht – 44% eigneten sich das notwendige Wissen selbst an, von den Jüngeren wählten über 60% diesen Weg. Dafür nahmen Ältere eher das Angebot privater Kurse in Weiterbildungseinrichtungen (z. B. an der Volkshochschule) wahr, um sich für die Informationsgesellschaft fit zu machen (27% gegenüber 5% der unter 25-Jährigen). Insgesamt setzten Männer stärker auf Eigeninitiative: 66% praktizierten „Learning by Doing“, 35% nutzten Fachliteratur oder CD-ROMs; bei den Frauen waren dies jeweils 53 bzw. 17%. Frauen legten dagegen stärkeres Gewicht auf gemeinschaftliches Lernen im Rahmen von Schule, Universität usw. (34%) oder in privaten Kursen (19%; Männer: 29 bzw. 13%).

6 E-Commerce: Einkauf über das Internet

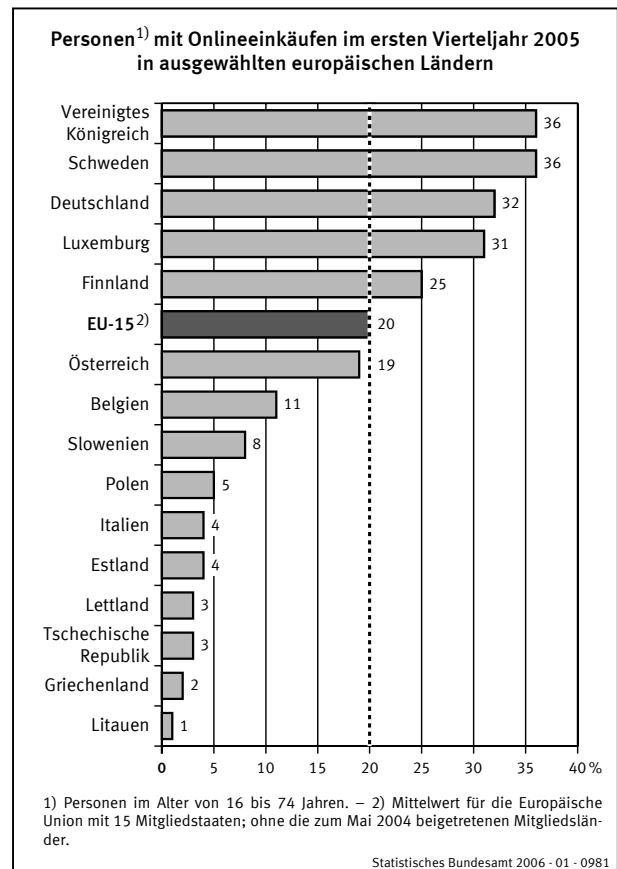
Das Internet hat sich in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Medium im nationalen und internationalen Wirtschaftsverkehr entwickelt. E-Commerce, also der Handel über das Internet, zählt zu den europäischen Benchmarking-Indikatoren, mit denen die Umsetzung des Aktionsplanes „eEurope 2005“ überprüft wird. Immer mehr Unternehmen sind im Internet vertreten und auf Seiten der privaten Nutzer/-innen ist der Online-Einkauf zunehmend von Bedeutung. Dabei werden heute nicht nur Waren, sondern auch eine Vielzahl von Dienstleistungen im Internet angeboten.

Onlineeinkäufe von Privatpersonen im europäischen Vergleich

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei der Nutzung des Internets für Onlineeinkäufe bei Privatpersonen im vorderen Bereich. 32% aller Personen zwischen 16 und 74 Jahren kauften im ersten Quartal 2005 über das Internet ein. Damit steht Deutschland knapp vor Luxemburg (31%) oder Finnland (25%) und wird nur noch übertroffen von Schweden und dem Vereinigten Königreich (je 36%). Im EU-15-Durchschnitt waren es 20%, im Durchschnitt aller 25 EU-Mitgliedstaaten 17%.

Was die zeitliche Entwicklung der Internetkäufe in Deutschland betrifft, so ist seit 2002 der Anteil der Internetkäufer/-innen in der Bevölkerung von 17 auf 32% gestiegen. Damit hat sich der Anteil beinahe verdoppelt. Der Zuwachs liegt über der durchschnittlichen Zuwachsrate für die EU-15-Staaten; hier nahm der Anteil der Onlinekäufer/-innen von 13% im Jahr 2002 um etwa die Hälfte auf 20% im Jahr 2005 zu. Höhere Zuwachsraten haben vor allem solche Länder zu verzeichnen, in denen 2002 der Anteil der Onlinekäufer wesentlich niedriger lag: Die höchste Zuwachsrate verzeichnet Österreich, dort hat sich der Anteil mehr als verdoppelt (von 8 auf 19%).

Schaubild 9



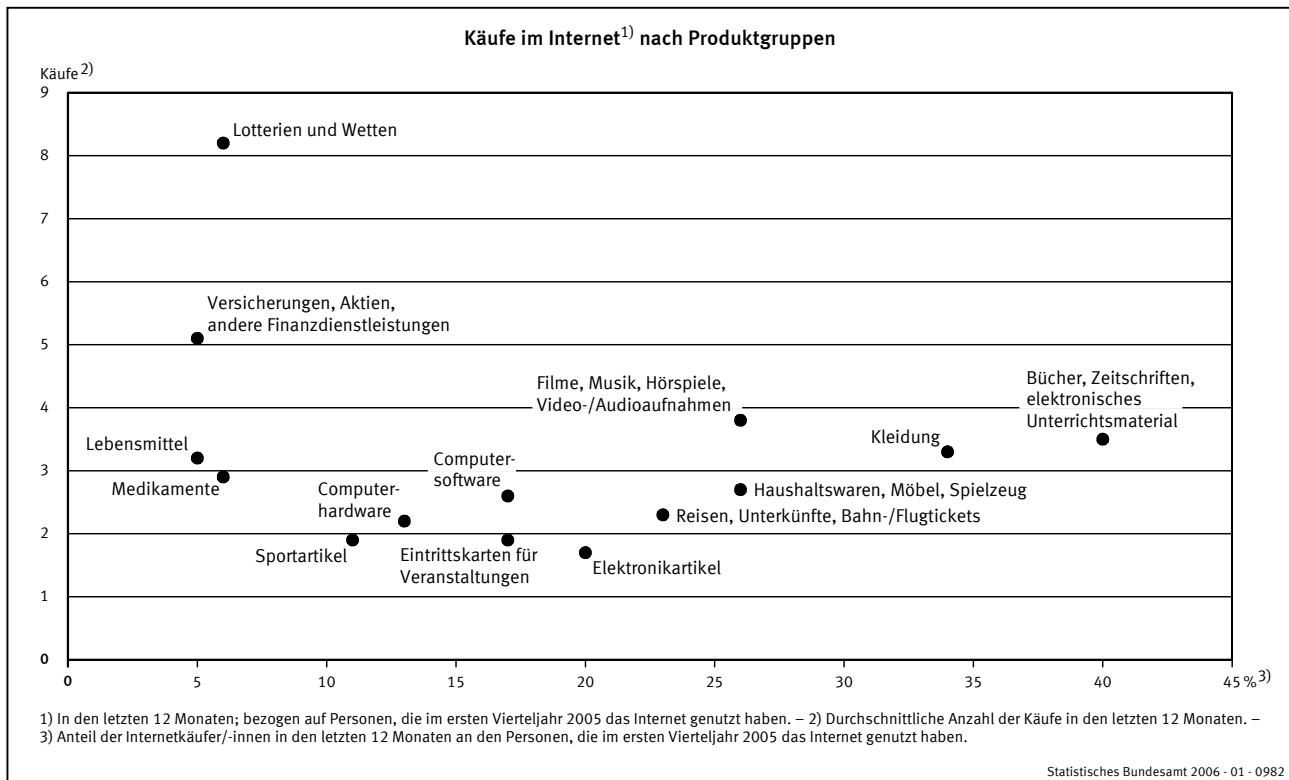
Einkauf über das Internet in Deutschland

Dass der E-Commerce in der Bevölkerung insgesamt zugenommen hat, hängt auch mit der steigenden Internetbeteiligung zusammen. Aber auch, wenn nur die kleinere Gruppe der Internetnutzenden betrachtet wird, ist beim Onlineeinkauf eine beachtliche Zunahme zu beobachten: Der Anteil der Internetnutzenden, die für das Kaufen und Bestellen von Waren und Dienstleistungen online gehen, hat seit 2002 um 13 Prozentpunkte zugelegt. 46% der Internetnutzenden haben im ersten Quartal 2005 mindestens einmal etwas im Internet gekauft (das entspricht etwa 21 Mill. Menschen), weitere 18% haben dies zwar nicht im ersten Quartal, aber zu einem früheren Zeitpunkt getan. Im ersten Vierteljahr 2002 hatten erst 33% der Internetnutzenden im Internet eingekauft.

Die folgenden Analysen beziehen sich ausschließlich auf die Onlinekäufer, das heißt diejenigen Personen, die während des ersten Quartals 2005 das Internet genutzt haben und in den zurückliegenden zwölf Monaten mindestens einmal etwas im Internet eingekauft haben.

Mit Abstand am beliebtesten sind beim Internetkauf Printzeugnisse, zum Beispiel Bücher oder Zeitschriften, sowie elektronisches Unterrichtsmaterial. 40% der Onlinekäufer haben in den vergangenen zwölf Monaten vor der Befragung derartige Produkte im Netz gekauft, wobei dieser Anteil im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben ist

Schaubild 10



(2003: 40%, 2004: 42%). Auf Platz zwei liegt bei deutschen Internetkäufern/-käuferinnen der Einkauf von Kleidung (34%), gefolgt von Filmen, Musik, Hörspielen, Audio- und Videoaufnahmen (26%) sowie Haushaltswaren, Möbeln oder Spielzeug (26%). Reisedienstleistungen, wie zum Beispiel Hotelbuchungen oder Bahnfahrkarten, haben 23% der Onlinekäufer/-innen erworben; im Vergleich zu 2004 (17%) ist in diesem Bereich ein besonders starker Zuwachs zu verbuchen. Ein Anstieg von 12% im Jahr 2004 auf 17% 2005 ist auch bei den online bestellten Eintrittskarten für Veranstaltungen zu verzeichnen. Hier könnte durchaus die Bestellung von Eintrittskarten für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland eine Rolle gespielt haben. Diese Vermutung liegt vor allem vor dem Hintergrund nahe, dass 57% der Personen, die Eintrittskarten bestellten, dies nur ein einziges Mal getan haben. Der Onlinekauf von Medikamenten spielt hingegen eine eher untergeordnete Rolle (6%).

Der Anteil der Onlinekäufer, der eine bestimmte Produktgruppe kauft, sagt noch nichts darüber aus, wie häufig bestimmte Produkte über das Internet gekauft wurden. Tatsächlich differiert die Häufigkeit der Bestellungen zwischen den Warengruppen erheblich (siehe Schaubild 10). Besonders häufig wurden Lotterien und Wetten nachgefragt, also zum Beispiel das Online-Lotto im Internet abgewickelt. Es haben zwar nur 6% der Internetkäufer/-innen diese Dienstleistung nachgefragt, dieses dafür aber umso häufiger: Im Durchschnitt wurde in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung acht Mal online Lotto gespielt (bzw. ein Lotterielos bestellt, eine Sportwette getätigt usw.). Auch Finanzdienstleistungen werden recht häufig über das Internet in Anspruch genommen, nämlich im Durchschnitt fünf Mal in

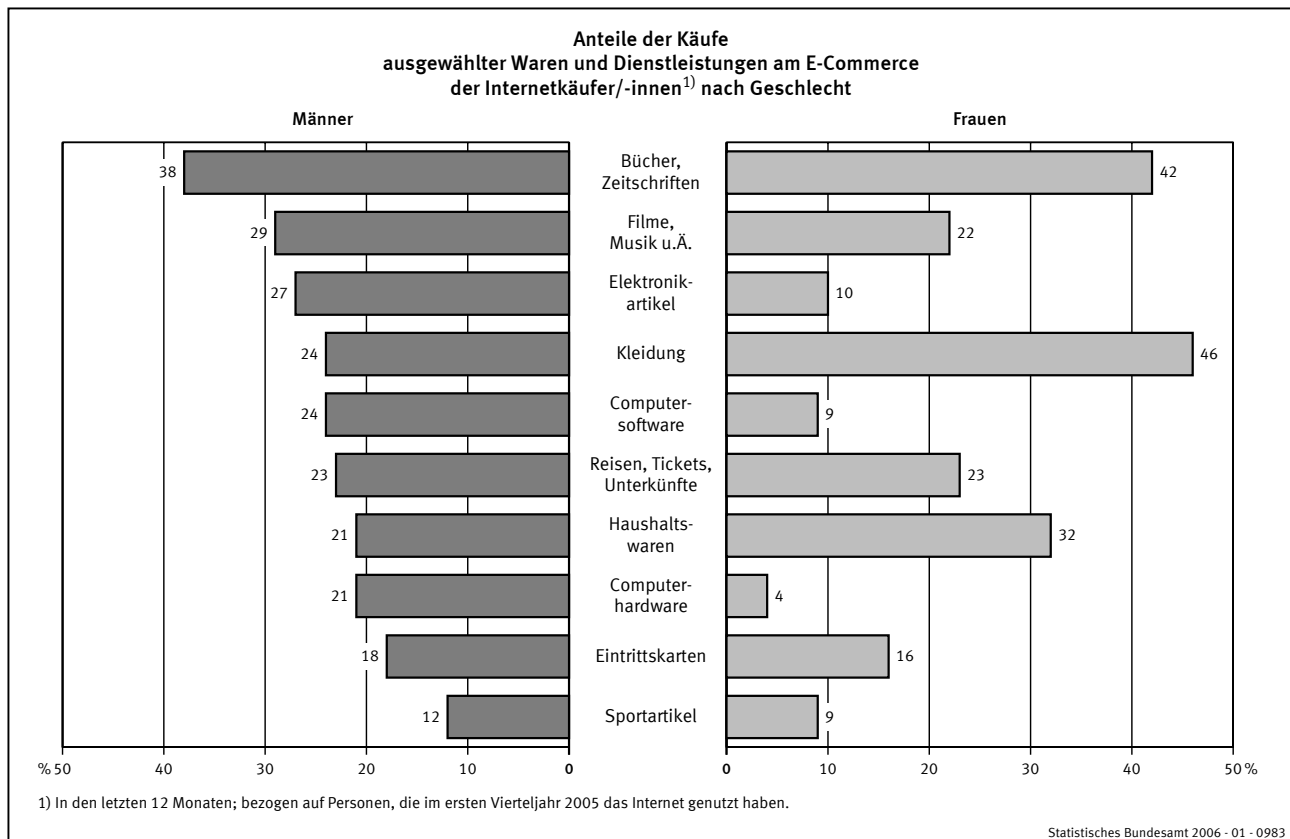
den letzten zwölf Monaten vor der Befragung. Dabei handelt es sich aber ebenfalls nur um einen recht kleinen Kreis der Onlinekäufer/-innen (knapp 5%). Die von einem großen Teil der Onlinekäufer/-innen nachgefragten Produkte wie Bücher oder Kleidung wurden hingegen über die zurückliegenden zwölf Monate vor der Befragung nur jeweils etwa drei Mal, also vergleichsweise weniger oft, bestellt. Sport- oder Elektronikartikel wurden sogar durchschnittlich weniger als zwei Mal im zurückliegenden Jahr bestellt.

35% der Onlinekäuferinnen und -käufer haben ausschließlich bei solchen Anbietern eingekauft, die ihnen aus dem Internet bekannt waren bzw. die es nur im Internet gibt. 33% kauften hingegen nur bei solchen Anbietern online ein, die sie auch schon unabhängig vom Internet kannten, wie beispielsweise Versand- oder Warenhäuser oder andere Unternehmen, die auch über konventionelle Ladengeschäfte verfügen. Das weitere Drittel der Käufer/-innen entschied sich sowohl für Bestellungen bei Unternehmen, die über das Internet, als auch bei solchen, die über den herkömmlichen Versandhandel bekannt waren.

Wer kauft im Internet?

Insgesamt haben 46% der Onliner im ersten Quartal 2005 etwas im Internet gekauft oder bestellt. Wie die generelle Nutzung des Internets wird auch der E-Commerce besonders stark von Studierenden wahrgenommen. 66% der Internet nutzenden Studierenden haben im ersten Vierteljahr 2005 etwas im Internet gekauft. Aber auch Hausfrauen und -männer gehören zu den Personen, die gern online einkaufen: 55% von ihnen haben dies im ersten Quartal 2005 getan.

Schaubild 11



Und wie bei vielen anderen Aspekten der Internetnutzung verhalten sich auch beim E-Commerce die Rentnerinnen und Rentner eher zurückhaltend (40% der das Internet nutzenden Rentner/-innen haben im ersten Quartal 2005 online eingekauft). Auch beim Einkaufen im Netz waren die Männer etwas stärker vertreten als die Frauen: Jeder zweite das Internet nutzende Mann (50%) und 41% der das Internet nutzenden Frauen haben mindestens einmal Waren oder Dienstleistungen im Netz bestellt. Die verschiedenen Warengruppen wurden aber von Männern und Frauen zum Teil sehr unterschiedlich stark nachgefragt (siehe Schaubild 11).

Produktgruppen, die vor allem von Männern bestellt wurden, sind Elektronikartikel sowie Produkte, die mit dem Computer zu tun haben. Bezogen auf diese Warengruppen war der Anteil der männlichen Onlinekäufer jeweils drei- bis fünfmal so groß wie der der online einkaufenden Frauen. Frauen hingegen lagen bei der Bestellung von Kleidung wie auch von Haushaltswaren im Internet eindeutig vorn. Ihr Anteil war fast doppelt so hoch wie der der Männer, wenn es um den Onlinekauf von Bekleidung geht (46 gegenüber 24%). Beim beliebtesten Produkt im Bereich Onlinekauf, den Büchern und Zeitschriften, halten sich Männer- und Frauenanteil allerdings die Waage, ebenso beim Buchen von Reisediensten im Internet oder dem Erwerb von Eintrittskarten.

Bezogen auf die Produktpalette gab es auch hinsichtlich der persönlichen Situation Unterschiede. Diejenigen Rentnerinnen und Rentner, die den Weg ins Netz und zum Onlinekauf gefunden haben, haben überdurchschnitt-

lich stark Bücher (44%) sowie Reisedienstleistungen nachgefragt (30%). Hausfrauen kauften vor allem Haushaltswaren, Möbel oder Spielzeug (43%), aber auch Kleidung (44%). Studierende lagen bei der Bestellung von Büchern mit Abstand vorn: Während von allen Onlinekäufern 40% Bücher bestellt haben, waren es unter den Studierenden 66%. Aber auch Filme und Musik wurden von Studierenden überdurchschnittlich nachgefragt (40%; Onlinekäufer insgesamt: 26%).

Probleme beim Onlinekauf

Fast die Hälfte aller Internetnutzenden hat im ersten Vierteljahr 2005 etwas im Internet gekauft oder bestellt. Von dem Kreis der Onlinekäufer/-innen waren nur 11% mit Problemen bei der Bestellung oder bei der Lieferung konfrontiert. Es stellt sich die Frage, ob diese spezielle Art des Einkaufens im Gegensatz zum „normalen“ Bestellen bei Versandhandelsunternehmen möglicherweise auch besondere Probleme mit sich bringt. Dies ist offenbar nicht der Fall: Das am häufigsten genannte Problem war eine verspätete Lieferung. 5% der Onlinekunden haben angegeben, dass die Lieferzeit länger war als vorgesehen. Andere Probleme, wie die Lieferung von beschädigter Ware (3%) oder Probleme mit Rücksendung oder Reklamation (2%), traten noch seltener auf. Dies sind jedoch Schwierigkeiten, wie sie beim herkömmlichen Einkauf über den Versandhandel ebenso auftreten können. Spezielle Probleme, wie sie beispielsweise der Zahlungsverkehr über das Internet mit sich bringt,

treten eher noch seltener auf: Tatsächlich spielten aufgetretene Sicherheitsmängel im Zahlungsverkehr praktisch keine Rolle. Generelles Misstrauen gegenüber dem Medium „Online-Shop“ dürfte daher unbegründet sein.

Gründe gegen den Einkauf im Internet

Nur 36% der Internetnutzenden im ersten Quartal 2005 haben noch nie etwas im Internet gekauft oder bestellt. Welche Gründe sprechen aus der Sicht dieses Personenkreises gegen Onlineeinkäufe?

Der mit Abstand wichtigste Grund war, dass generell kein Bedarf am Online-Shopping gesehen wird. 62% der Onliner, die noch nie im Internet eingekauft haben, nannten dies als Begründung. Der Anteil der Personen, die diesen Grund genannt haben, hat gegenüber 2002 (50%) deutlich zugenommen. Der Wunsch, Waren persönlich in Augenschein zu nehmen, ist hingegen nach wie vor für 42% ein wichtiger Grund, auf den Onlineeinkauf zu verzichten, hat jedoch – ebenso wie andere Gründe – im Vergleich zu 2002 (49%) an Bedeutung verloren. Während 2002 noch 38% Bedenken hatten, Kreditkarteninformationen weiterzugeben, waren es 2005 nur noch 24%. Das bedeutet: Jeder vierte Nicht-Onlinekäufer befürchtete zwar einen Missbrauch der Kreditkarteninformationen, dieser trat jedoch – wie bereits im vorangegangenen Abschnitt beschrieben – in der Praxis so gut wie nie auf. Bedenken wegen des Datenschutzes sanken im selben Zeitraum von 31 auf 19%.

Insgesamt deutet die generelle Entwicklung darauf hin, dass spezifische, mit dem Medium Internet zusammenhängende Bedenken im Hinblick auf das Einkaufen (Datenschutz, Zahlungssicherheit) möglicherweise durch eigene positive Erfahrungen oder positive Erfahrungen anderer zunehmend in den Hintergrund treten. Der Kreis derer, die auf den Onlineeinkauf verzichten, konzentriert sich – so lassen sich die Ergebnisse deuten – zunehmend auf diejenigen Internetnutzenden, die dafür keinen Bedarf sehen.

7 Ausblick

Die Informations- und Kommunikationstechnologien zeichnen sich durch eine ausgesprochen dynamische Entwicklung aus, der politisch hohe Aufmerksamkeit zuteil wird. Auf europäischer Ebene hat die Bereitstellung von Indikatoren zur IKT-Verbreitung und -nutzung hohe Bedeutung. Das Europäische Statistische System – bestehend aus Eurostat und den nationalen statistischen Ämtern – beobachtet daher auch nach Abschluss der Pilotstudien in Haushalten weiterhin die Verbreitung der Informationstechnologie in Europa und in Deutschland. Um ab 2006 weiterhin die Bereitstellung IKT-bezogener Daten zu gewährleisten, wurde eine europäische Verordnung verabschiedet, die die Lieferung entsprechender Informationen durch alle Mitgliedsländer vorschreibt.⁷⁾ Dem wurde auch auf nationaler Ebene Rechnung getragen: Mit dem Gesetz über die Statis-

tik zur Informationsgesellschaft (InfoGesStatG)⁸⁾ wurde eine nationale Rechtsgrundlage verabschiedet, auf deren Grundlage die Erhebung „Informationstechnologie in Haushalten“ ab 2006 als reguläre Erhebung fortgesetzt wird. Somit wird die amtliche Statistik auch in Zukunft die Kontinuität jährlicher Ergebnisse sichern. [u](#)

7) Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (Amtsbl. der EU Nr. L 143, S. 49).

8) Gesetz über die Statistik zur Informationsgesellschaft (Informationsgesellschaftsstatistikgesetz – InfoGesStatG) vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3685).

Dipl.-Betriebswirt (FH) Ottmar Hennchen

Strukturdaten zum Verarbeitenden Gewerbe

Methode und Ergebnisse der Strukturerhebungen 2004

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung 2004 bei Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr Beschäftigten sowie der zeitgleich mit der Kostenstrukturerhebung durchgeführten Strukturerhebung bei kleinen Unternehmen dieses Wirtschaftsbereichs dargestellt. Die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden erwirtschafteten 2004 einen Jahresumsatz von 1 592,4 Mrd. Euro und beschäftigten insgesamt 7,3 Mill. Personen; auf die Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten entfallen 93,8% des Umsatzes und 85,0% der Beschäftigten.

Mit den Ergebnissen dieser beiden Erhebungen stehen wichtige Basisinformationen für bereichsübergreifende Untersuchungen, wie zum Beispiel über die wirtschaftliche Bedeutung von kleinen und mittleren Unternehmen oder über die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen, die Güter der Informations- und Kommunikationstechnologie herstellen, zur Verfügung.

Hauptziel der Kostenstrukturerhebung ist die Bestimmung der Bruttowertschöpfung als eigentlicher Unternehmensleistung. Nach den Ergebnissen dieser Erhebung erwirtschafteten die Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten im Jahr 2004 insgesamt eine Bruttowertschöpfung von 391,8 Mrd. Euro. Das entspricht einem Jahresdurchschnittswert von 63 838 Euro je Beschäftigten. Gleichzeitig inves-

tierte die Industrie 41,3 Mrd. Euro in die innerbetriebliche Forschung und Entwicklung.

Die Strukturerhebungen sind sehr komplex konzipiert und stellen vergleichsweise hohe Anforderungen an die auskunftspflichtigen Unternehmen. Um die Belastung der Unternehmen im Rahmen dieser Erhebungen zu reduzieren wird daher ab 2007 das Erhebungsverfahren eSTATISTIK.core¹⁾ angeboten, das eine automatische Datengewinnung aus dem betrieblichen Rechnungswesen unterstützt.

1 Methodische Erläuterungen

Die Kostenstrukturerhebung bei Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden stellt das Kernstück der Jahreserhebungen dar und liefert umfassende Informationen über die Struktur und Tätigkeit der deutschen Industrie. Die Strukturerhebung bei kleinen Unternehmen erweitert für eine eingeschränkte Zahl von Merkmalen den Berichtskreis um die Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten. Beide Erhebungen ergänzen sich zu einem vollständigen Bild über alle Unternehmensgrößen hinweg und stellen als Ergebnisse der „strukturellen Unternehmensstatistik“ die Grundlage für nationale und internationale Strukturanalysen dar.

Rechtsgrundlage für die Kostenstrukturerhebung sowie die Strukturerhebung bei kleinen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von

1) Fachliche und technische Informationen zu eSTATISTIK.core bietet das Statistik-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (<http://www.statistik.portal.de/>) → Online-Erhebungen).

Steinen und Erden ist das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe²⁾ in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002. In dieser Fassung wurde die Erhebung bei den kleinen Unternehmen erstmals gesetzlich angeordnet. Ausgelöst wurde die Gesetzesänderung durch die Ratsverordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik von 1996³⁾, die von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) Unternehmensangaben fordert, die sich auf alle Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe, beziehen.

Die jährliche Kostenstrukturhebung (KSE) befasst sich vor allem mit den Aufwands- und Ertragsgrößen der Unternehmen. Vorrangiges Ziel ist es, für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Produktionswerte und Wertschöpfungsgrößen zu ermitteln. Dabei wird nur die für das Unternehmen typische und spezifische Leistungserstellung einbezogen; die so genannten betriebsfremden und außerordentlichen Aufwendungen und Erträge bleiben unberücksichtigt. Für die Produktionswerte und Wertschöpfungsgrößen gelten folgende definitorischen Beziehungen, die zugleich die Übergänge zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erkennen lassen:

- Bruttoproduktionswert – Materialverbrauch
= Nettoproduktionswert
- Nettoproduktionswert – Sonstige Vorleistungen
= Bruttowertschöpfung
- Bruttowertschöpfung – sonstige indirekte Steuern
abzüglich Subventionen
= Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten
- Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten – Abschreibungen
= Nettowertschöpfung zu Faktorkosten

Bei der Abgrenzung der Tatbestände in der Kostenstrukturhebung müssen auch betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Daraus ergeben sich gewisse definitorische Unterschiede zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die jedoch hier außer Acht gelassen werden. Bei den verschiedenen Produktionsbegriffen handelt es sich um Residualgrößen, die auf Fehler in den Abzugsgrößen sehr empfindlich reagieren. Um belastbare Ergebnisse in tiefer Gliederung zu erhalten, sind deshalb zusätzliche Anforderungen an die Stichprobe, die Erhebung und die Aufbereitung zu stellen.

Die zentrale Kostenstrukturhebung ist als hochrechnungsfähige Stichprobe konzipiert. Einbezogen werden 18 000 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr (Abschneidegrenze), dies entspricht einem Auswahlatz von rund 45% aller Unternehmen des Berichtskreises. Der Stichprobenplan ist so aufgebaut, dass mit den Stichprobenunternehmen etwa 75% der Beschäftigten und 85% des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe erfasst werden. Die Stichprobe wird in regelmäßigen Zeitabständen neu gezogen, mit dem Ziel, die auskunftspflichtigen Unternehmen nach Möglichkeit auszutauschen. Als Auswahlgrundlage dient das statistische Unternehmensregister. Die Stichprobenergebnisse

werden in einem ersten Schritt frei auf die Auswahlgrundlage hochgerechnet. In einem zweiten Schritt erfolgt eine Angleichung der frei hochgerechneten Werte der Kostenstrukturhebung an die aktuellen Ergebnisse der Investitionserhebung beim gleichen Berichtskreis. Das Hochrechnungsverfahren liefert absolute Werte, sodass die einzelnen Produktions- und Ertragsgrößen von Jahr zu Jahr miteinander verglichen und die zwischenzeitlichen relativen Veränderungen mit ausreichender Sicherheit festgestellt werden können. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), und bezieht sich auf die Abschnitte C „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ und D „Verarbeiten des Gewerbe“. Untergliedert werden die Ergebnisse nach Abteilungen (Zweisteller), Gruppen (Dreisteller) und Klassen (Viersteller) dieser Systematik. Zusätzlich können die Ergebnisse auch nach Beschäftigtengrößenklassen dargestellt werden.

Die Strukturhebung bei kleinen Unternehmen (SE) bezieht die Unternehmen unterhalb der Abschneidegrenze von 20 Beschäftigten ein und komplettiert den Berichtskreis, sodass über alle Unternehmensgrößen hinweg Strukturdaten für das Verarbeitende Gewerbe, den Bergbau sowie die Gewinnung von Steinen und Erden zur Verfügung stehen. Diese Erhebung wurde 2001 eingeführt, um die Anforderungen der europäischen Verordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik (SUS) zu erfüllen, die Informationen für alle Unternehmen von den Mitgliedstaaten anfordert. Das Statistische Bundesamt stellt die deutschen Unternehmensdaten dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) jährlich in zwei Datenserien zur Verfügung. Untergliedert sind diese Ergebnisse nach Wirtschaftsklassen insgesamt und für einige wenige Merkmale nach Wirtschaftsgruppen und Beschäftigtengrößenklassen.

Die Liste der Erhebungsmerkmale der Strukturhebung bei kleinen Unternehmen ist wesentlich kürzer als der KSE-Fragebogen. Sie enthält vorrangig die Merkmale, die für eine Gliederung nach Größenklassen gemäß der europäischen Strukturverordnung vorgesehen sind. Alle übrigen Variablen dieser Verordnung werden auf der Basis der aus der Kostenstrukturhebung vorliegenden Informationen über eine Verhältnisschätzung ergänzt.

Die kleinere Zahl der Nachweisungen im Rahmen der strukturellen Unternehmensstatistik sowie das relativ geringe Volumen der Aktivitäten der Unternehmen unter 20 Beschäftigten, gemessen an den Ergebnissen aller Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland, lassen es zu, bei der Konzeption der Stichprobe für die Genauigkeitsanforderungen gegenüber der Kostenstrukturhebung weiter herabzustufen. Deshalb reicht ein Stichprobenumfang von 6 000 Einheiten aus. Damit werden nur rund 3% der Unternehmen der Auswahlgesamtheit befragt. Die Stichprobenziehung wird jährlich wiederholt. Dabei werden die berichtspflichtigen Unternehmen nahezu vollständig ausgetauscht. Die Stichprobenergebnisse werden nach der Plausibilitäts-

2) Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Artikel 104 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304).

3) Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die strukturelle Unternehmensstatistik (EG-VO Nr. 58/97) (Amtsbl. der EG Nr. L 14, S. 1), zuletzt geändert durch Anhang III Nr. 69 der Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (Amtsbl. der EU Nr. L 284, S. 1).

prüfung und nach der ergänzenden Schätzung in einem einstufigen Verfahren frei auf die Auswahlgesamtheit hochgerechnet.

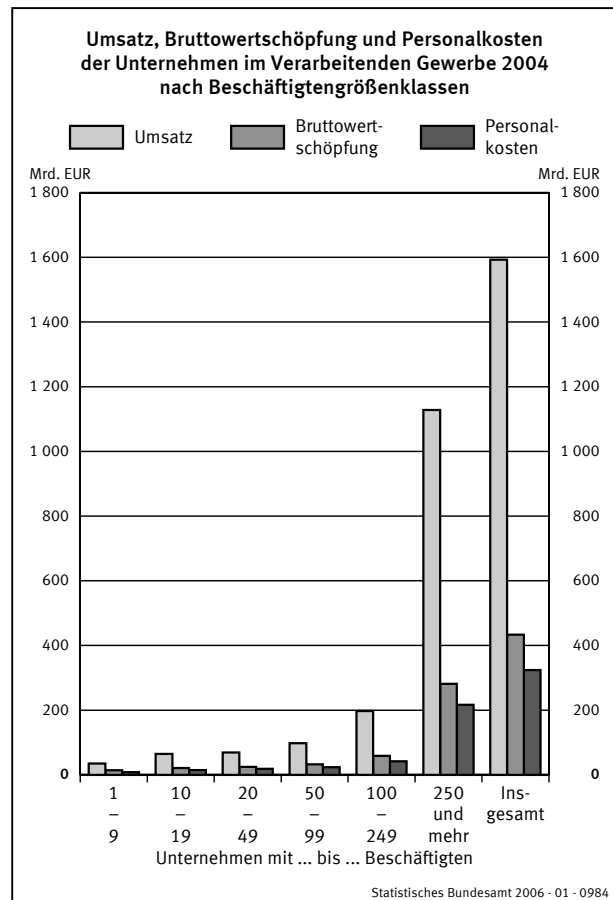
Die hochgerechneten Ergebnisse der Strukturhebung bei kleinen Unternehmen sind zu entsprechenden Bestandsauswertungen des Unternehmensregisters nicht kohärent. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Auswahlgesamtheit für diese Erhebung aus dem Bestand des statistischen Unternehmensregisters nicht vollständig über laufende Statistiken gepflegt werden kann. Das Register importiert in diesem Segment die für die Stichprobenziehung relevanten Informationen – mit einem zeitlichen Nachlauf von zwei Jahren – aus überwiegend externen Dateien. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass eine Verwendung dieser Informationen für statistische Zwecke nicht uneingeschränkt möglich ist; dies betrifft insbesondere die Angaben zu den Wirtschaftszweigen in den externen Quellen. Das Statistische Bundesamt plant daher im Zusammenhang mit der zum 1. Januar 2007 vorgesehenen Einführung der revidierten internationalen und europäischen Wirtschaftszweigklassifikationen⁴⁾ eine gezielte Überprüfung der Klassifizierung. Probleme treten auch bei der Durchführung dieser Erhebung auf, da die kleinen Unternehmen wegen des geringen Auswahlatzes und der Rotation in der Regel Erstmelder sind und daher keine oder nur geringe Erfahrungen mit statistischen Fragestellungen haben. Die Meldungen dieser Unternehmen weisen daher eine größere Fehlerquote auf, als dies zum Beispiel bei der Kostenstrukturhebung der Fall ist.

2 Ergebnisse der Strukturhebungen im Verarbeitenden Gewerbe 2004

Die Ergebnisse der Unternehmensstatistiken im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden werden in Deutschland in der Regel für einen Berichtskreis ab 20 Beschäftigten dargestellt. Für internationale Strukturvergleiche – insbesondere auf europäischer Ebene – werden hingegen alle Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe, in die Betrachtung einbezogen. Fasst man die Ergebnisse der Kostenstrukturhebung und der Strukturhebung bei kleinen Unternehmen zusammen, können auch für Deutschland Ergebnisse für alle Unternehmen abgebildet werden (siehe Schaubild 1).

Die Unternehmen im Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden insgesamt erzielten 2004 einen Gesamtumsatz in Höhe von 1 592,4 Mrd. Euro und erwirtschafteten dabei eine Wertschöpfung von 433,2 Mrd. Euro. Von dieser Wertschöpfung entfallen auf die Einkommen aus unselbstständiger Arbeit (Personalkosten) 324,1 Mrd. Euro.

Schaubild 1



Die für die einzelnen Größenklassen der Unternehmen ermittelten aktuellen Daten zu Umsatz, Wertschöpfung und Personalkosten ergeben eine für den Berichtskreis typische Struktur, aus der eindeutig hervorgeht, dass es vor allem die Aktivitäten der Unternehmen mit 250 Beschäftigten und mehr sind, die das Verarbeitende Gewerbe insgesamt prägen. Der Anteil dieser Unternehmen an der Bruttowertschöpfung des Gesamtbereichs liegt bei 65,0%. Aber auch die Unternehmen mittlerer Größe mit 50 bis 249 Beschäftigten tragen mit 21,1% in erheblichem Umfang zur Wertschöpfung insgesamt bei. Auf die kleinen Unternehmen mit zwischen 20 und 49 Beschäftigten entfällt ein Anteil von 5,7% und auf die Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten ein Anteil von 8,2%.

Bei der Betrachtung der einzelnen Branchen lassen sich die strukturellen Unterschiede anschaulicher darstellen, wenn man die absoluten Werte zum Beispiel des gesamten Material- und Dienstleistungsbezugs oder der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit zusätzlich auf den Umsatz bezieht (siehe Tabelle 1⁵⁾).

4) Siehe Greulich, M.: „Revision von Wirtschaftsklassifikationen bis 2007 – ein Zwischenbericht“ in WiSta 4/2004, S. 381 ff.

5) Die hier gezeigte Struktur kann nur einen groben Überblick über die Ergebnisse der produzierenden Tätigkeit der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden vermitteln. Eine wesentlich feiner gegliederte Kostenstruktur wird im Rahmen der Ergebnisdarstellung der Kostenstrukturhebung veröffentlicht. Die Kostenstrukturtafel dient vor allem den Unternehmen als Orientierungshilfe. Sie können die branchenspezifische Struktur mit der Kostenstruktur des eigenen Unternehmens vergleichen und hieraus Schlüsse über ihre Wettbewerbssituation ziehen. Die detaillierte Kostenstrukturtafel weist Ergebnisse für nahezu alle Wirtschaftszweige der WZ 2003, teilweise zusätzlich nach Beschäftigtengrößenklassen, aus. Die Produktionskosten werden insgesamt nach 14 Kategorien unterteilt. Die Kostenstrukturtafel kann wegen ihrer Informationsfülle nicht im Rahmen dieses Beitrags behandelt werden. Es wird daher auf die einschlägigen Ergebnisse in der Fachserie 4 „Produzierendes Gewerbe“, Reihe 4.3 „Kostenstruktur der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 2004“ verwiesen.

Tabelle 1: Tätige Personen, Umsatz, Waren- und Dienstleistungskäufe sowie Personalkosten 2004 im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Tätige Personen	Umsatz	Waren- und Dienstleistungskäufe	Personalkosten
		Anzahl	Mill. EUR	Anteil am Umsatz in %	
C, D	Insgesamt	7 323 848	1 592 429	70,3	20,4
CA 10	Kohlenbergbau, Torfgewinnung	55 398	4 019	99,9	67,3
CA 11	Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Erbringung damit verbundener Dienstleistungen	6 046	4 598	58,5	11,5
CB 14	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	34 197	5 754	61,9	23,4
DA 15	Ernährungsgewerbe	846 965	161 684	76,7	14,0
DA 16	Tabakverarbeitung	11 581	18 694	41,9	6,0
DB 17	Textilgewerbe	108 233	14 341	67,7	24,2
DB 18	Bekleidungsgewerbe	59 002	10 298	75,5	16,8
DC 19	Ledergewerbe	22 816	3 569	73,3	18,2
DD 20	Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	166 602	21 116	69,2	22,8
DE 21	Papiergewerbe	148 440	32 478	70,5	19,9
DE 22	Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	368 295	48 331	60,6	28,0
DF 23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	21 210	116 372	65,5	1,5
DG 24	H. v. chemischen Erzeugnissen	459 802	145 933	70,7	19,0
DH 25	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	386 613	61 551	66,9	24,2
DI 26	Glasgewerbe, H. v. Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	248 331	38 557	65,6	25,2
DJ 27	Metallerzeugung und -bearbeitung	261 640	73 607	75,4	17,5
DJ 28	H. v. Metallerzeugnissen	779 541	95 994	61,1	28,9
DK 29	Maschinenbau	1 064 189	177 703	65,0	29,0
DL 30	H. v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	41 926	16 579	75,4	14,5
DL 31	H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä. ..	498 902	95 322	68,0	27,3
DL 32	Rundfunk- und Nachrichtentechnik	146 932	45 241	75,8	17,1
DL 33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren	324 343	40 352	56,9	31,7
DM 34	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	873 785	298 176	79,8	18,0
DM 35	Sonstiger Fahrzeugbau	139 844	28 462	70,3	28,4
DN 36	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	232 163	28 760	66,0	26,1
DN 37	Recycling	17 053	4 935	80,4	11,0

1) Kurzbezeichnungen aus der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

In Deutschland arbeiteten im Jahr 2004 7,324 Mill. Beschäftigte in den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden; die Unternehmen erzielten einen Gesamtjahresumsatz von 1 592,4 Mrd. Euro. Die Maschinenbauunternehmen beschäftigten mit 1 064 189 die meisten Personen, die Unternehmen der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erzielten mit 298,2 Mrd. Euro den höchsten Umsatz in der Betrachtung nach Branchen.

Die Käufe von Waren und Dienstleistungen machten im Wirtschaftsbereich insgesamt 70,3% des Umsatzes aus. Unter den bedeutendsten Branchen wiesen die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit einem Anteil am Umsatz von 79,8% den höchsten Wert aus, während der Umsatzanteil der bezogenen Waren und Dienstleistungen bei den Maschinenbauunternehmen mit 65,0% vergleichsweise niedrig war. Die Personalkosten für den Wirtschaftsbereich insgesamt hatten im Jahr 2004 einen Anteil am Umsatz von 20,4%. Die Unternehmen des Bergbaus nahmen wegen der staatlichen Zuwendungen eine Sonderstellung ein.

Die Strukturerhebungen als Datengrundlage für Querschnittsbetrachtungen

Für die Darstellung komplexer wirtschaftlicher Zusammenhänge müssen häufig statistische Informationen aus unterschiedlichen Fachstatistiken herangezogen werden. Eine dieser Fragestellungen ist zum Beispiel die nach der wirtschaftlichen Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Deutschland. Bei der Abgrenzung dieser Unternehmensgruppe spielt die eindeutige Bestimmung der Größenordnung der Unternehmen eine wichtige Rolle.

Bei den in Schaubild 1 gewählten Beschäftigtengrößenklassen handelt es sich um die Einteilung der Unternehmen gemäß der Vorgaben der Europäischen Union (EU). An dieser Gliederung orientiert sich auch die aktuelle Definition der EU für die kleinen und mittleren Unternehmen. Die Empfehlungen der EU zur Definition der Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen berücksichtigen als Einteilungskriterium jeweils die Zahl der Beschäftigten in Kombination mit dem Jahresumsatz oder der Bilanzsumme. Als definitio-

rische Obergrenzen gelten eine Beschäftigtenzahl bis 249 Personen und ein Jahresumsatz von bis zu 50 Mill. Euro oder eine Bilanzsumme von 43 Mill. Euro. Zusätzlich zu den Mitarbeiterzahlen und den finanziellen Schwellenwerten werden qualitative Kriterien wie zum Beispiel der Unternehmenstyp „eigenständiges Unternehmen“ herangezogen. Diese qualitativen Kriterien sind im Rahmen der Strukturstatistik nicht bekannt und können deshalb bei der Abgrenzung der Unternehmen nicht berücksichtigt werden.

Für die Gruppe der mittleren Unternehmen mit bis zu 249 Beschäftigten und gleichzeitig einem Jahresumsatz bis zu 50 Mill. Euro können jedoch Ergebnisse aus den Strukturhebungen gewonnen werden (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Ergebnisse der Strukturhebungen im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ 2004 nach Größenklassen

Wirtschaftszweig Beschäftigtengrößenklasse	Unter- nehmen	Beschäftigte	Umsatz
	Anzahl		Mill. EUR
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt (1 und mehr Beschäftigte)	201 606	7 323 848	1 592 429
dar.: Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten sowie bis zu 50 Mill. EUR Umsatz (= Unternehmen mittlerer Größe)	196 654	3 253 246	383 452
Anteil dieser Unternehmen am Verarbeitenden Gewerbe insgesamt in %	97,5	44,4	24,1

1) Abschnitte C und D der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Die Ergebnisse der strukturellen Unternehmensstatistik stellen aufgrund ihres umfassenden Ansatzes und ihrer Flexibilität hinsichtlich der Größenklassenbildung eine zunehmend wichtige Datenbasis dar, insbesondere für solche nationalen und internationalen Untersuchungen, die als Querschnittsbetrachtungen über die einzelnen Wirtschaftsbereiche hinausgehen, und weniger tief gegliederte Ergebnisse benötigen. Neben Auswertungen für kleine und mittlere Unternehmen sowie Studien über Wirtschaftsdaten der Anbieter von Informations- und Kommunikationstechnologien soll künftig auch ein Ergebnis für die im Verarbeitenden Gewerbe tätigen Handwerksunternehmen auf der Basis dieser Daten erstellt werden.

3 Ergebnisse der Kostenstrukturhebung 2004

Die jährliche Kostenstrukturhebung (KSE) im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden liefert ein geschlossenes Bild des Produktionsergebnisses, der dafür eingesetzten Produktionsfaktoren sowie der Wertschöpfung in ihren verschiedenen Abstufungen über alle Zweige des Wirtschaftsbereiches hinweg. Mit der Erhebung wird regelmäßig eine ganze Fülle von statistischen Basisinformationen zur Verfügung gestellt, deren breit gefächerte Anwendungsmöglichkeiten im Rah-

men dieses Beitrags nicht erschöpfend dargestellt werden können. Im Vordergrund der folgenden Ausführungen steht daher vor allem die Präsentation der aktuellen Produktionswert- und Wertschöpfungsgrößen sowie der Kostenstruktur. Dabei wird auch der Frage nachgegangen, in welcher Weise die Kostenstrukturhebung Informationen zu aktuellen Fragestellungen liefern kann.

Bestimmung der Produktionswert- und Wertschöpfungsgrößen

Die Gegenüberstellung der in der Kostenstrukturhebung erfragten jährlichen Aufwendungen und Erträge führt zum Produktionskonto, aus dem verschiedene Leistungsgrößen abgeleitet werden können (siehe Schaubild 2).

Die wirtschaftlichen Aktivitäten der Unternehmen können in einem ersten Ansatz durch die erzielten Umsatzerlöse beschrieben werden. Für die Abbildung einer periodengerechten Leistung müssen diese Umsatzerlöse um die Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion korrigiert und um die selbst erstellten Anlagen zum Bruttoproduktionswert ergänzt werden.

Der Bruttoproduktionswert der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 Beschäftigten und mehr betrug im Jahr 2004 1 499,7 Mrd. Euro. Der Bruttoproduktionswert gibt jedoch nicht die in den Unternehmen erbrachte eigene Leistung wieder, denn er enthält noch die von anderen Unternehmen bezogenen Vorleistungen. Zieht man vom Bruttoproduktionswert den Materialverbrauch, den Einsatz an Handelsware und die Kosten für durch andere Unternehmen ausgeführte Lohnarbeiten ab, erhält man den Nettoproduktionswert. Der Nettoproduktionswert ist eine in der Industriestatistik häufig verwendete Größe und entspricht dem Rohertrag in der betriebswirtschaftlichen Terminologie. Der Nettoproduktionswert belief sich im Jahr 2004 auf 651,7 Mrd. Euro. Subtrahiert man vom Nettoproduktionswert die Kosten für industrielle/handwerkliche Dienstleistungen, die Kosten für Leiharbeitskräfte, die Mieten und Pachten und die sonstigen Kosten, erhält man die Bruttowertschöpfung. Die Unternehmen erzielten im Jahr 2004 eine Bruttowertschöpfung in Höhe von 446,8 Mrd. Euro. Vermindert man die Bruttowertschöpfung um die indirekten Steuern (ohne Umsatzsteuer) abzüglich Subventionen, erhält man die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten. Sie betrug 2004 397,7 Mrd. Euro. Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ist die eigentliche Unternehmensleistung, wobei die Erhaltung des Vermögensbestandes noch zu berücksichtigen ist. Zieht man schließlich die Abschreibungen⁶⁾ von der Bruttowertschöpfung ab, kommt man zur Nettowertschöpfung zu Faktorkosten. Die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten dient der Entlohnung der im Produktionsprozess eingesetzten Produktionsfaktoren und erreichte im Jahr 2004 einen Wert von 351,8 Mrd. Euro. Von der Verwendungsseite teilt sie sich in das Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit, in die Fremdkapitalzinsen, in die Grundrente für

6) Die Abschreibungen stellen den kritischsten Punkt auf der Kostenseite dar. Die Messung der Beträge nach einem einheitlichen Wertansatz lässt sich in der Erhebungspraxis kaum durchsetzen.

Schaubild 2

Ableitung der Leistungsgrößen ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe sowie den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden 2004						
Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr						
Mill. EUR						
Verbrauch an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen		638 985		Brutto- produktionswert 1 499 741	Umsatz aus eigenen Erzeugnissen und aus industriellen/ handwerklichen Dienstleistungen (Lohnarbeiten usw.)	1 259 209
Einsatz an Handelsware		173 158				
Kosten für durch andere Unternehmen ausgeführte Lohnarbeiten		35 879				
Kosten für sonstige industrielle/ handwerkliche Dienstleistungen (nur fremde Leistungen)		28 182		Netto- produktionswert 651 719	Umsatz aus Handelsware und Handelsvermittlung	208 178
Kosten für Leiharbeitnehmer		7 090				
Mieten und Pachten		23 244				
Sonstige Kosten		146 411				
Sonstige indirekte Steuern abzüglich Subventionen für die laufende Produktion		52 584		Brutto- wertschöpfung 446 793	Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen/ nichthandwerklichen Tätigkeiten	25 247
Abschreibungen		45 822				
Nettowertschöpfung zu Faktorkosten darunter: Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit		351 842 301 152				
		Brutto- wertschöpfung zu Faktorkosten 397 664			Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen (einschl. Gebäude und selbst durchgeführter Großrepa- raturen), soweit aktiviert	7 107

1) Verhältnis der Leistungsgrößen zueinander nicht maßstabsgerecht. –
Ohne Umsatzsteuer.

Statistisches Bundesamt 2006 - 01 - 0985

den Produktionsfaktor Boden und in das Unternehmerein-
kommen auf.

Die langfristige Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Eine der wichtigsten Aufgaben der Kostenstrukturerhebung
ist die Bestimmung der Bruttowertschöpfung. Sie umfasst
– nach Abzug sämtlicher Vorleistungen – die insgesamt
produzierten Güter und Dienstleistungen zu den am Markt
erzielten Preisen und ist somit der Wert, der den Vorleis-
tungen durch Bearbeitung hinzugefügt wird. Dieser Wert
bestimmt die Beiträge der einzelnen Wirtschaftsbereiche
zum Bruttoinlandsprodukt. In der wirtschaftswissenschaft-
lichen Diskussion über Wachstum und Beschäftigung nimmt
die Entwicklung der Bruttowertschöpfung daher eine zen-
trale Stellung ein (siehe Schaubild 3).

Die in der Kostenstrukturerhebung 2004 ermittelte nominale
Bruttowertschöpfung für die Unternehmen des Bereichs Ver-
arbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen
und Erden mit 20 Beschäftigten und mehr betrug 446,8 Mrd.
Euro. Im Jahr 1995 lag der entsprechende Wert bei 375,4
Mrd. Euro. Das entspricht einer durchschnittlichen jähr-
lichen Steigerung von etwa 2,0%. Damit ist die Bruttowert-
schöpfung in den vergangenen Jahren wesentlich geringer

gestiegen als in weiter zurückliegenden Perioden. So lag der
jährliche Zuwachs in der Zeit zwischen 1988 und 1992 bei
durchschnittlich 5,6%.⁷⁾ In den Jahren 1996 und 2002 gab
es Rückgänge des nominalen Wertes der Bruttowertschöp-

Schaubild 3



⁷⁾ Siehe Möncke, A.: „Kostenstrukturerhebungen im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe 1988 bis 1992“ in WiSta 1/1995, hier: S. 44.

fung um 2,1 bzw. 0,5%. Den stärksten Anstieg der nominalen Bruttowertschöpfung gab es im Jahr 2000 mit 4,9%.

Neben der Entwicklung der Wertschöpfung ist auch interessant zu beobachten, wie sich der Einfluss der Vorleistungen auf die Gesamtleistung entwickelt. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Vergabe von Unternehmensaufgaben an Drittunternehmen – eine globale Entwicklung, die in den 1990er-Jahren einsetzte und als “Outsourcing” bezeichnet wird – ist von einer Zunahme des Einflusses der Vorleistungen auf den Bruttoproduktionswert auszugehen. Als geeigneter Maßstab zur Beurteilung der Auswirkungen der Vorleistungen auf die Gesamtleistung bietet sich die Nettoquote an, die das Verhältnis des Nettoproduktionswertes zum Bruttoproduktionswert ausdrückt. Schaubild 3 zeigt, dass die Nettoquote in den vergangenen Jahren – von 48,3% im Jahr 1995 auf 43,5% im Jahr 2004 – kontinuierlich gefallen ist. Lediglich im Jahr 2003 ist sie noch einmal geringfügig angestiegen. Damit scheint sich die These von einer zunehmenden Bedeutung der Vorleistungen als eine der Auswirkungen der Globalisierung zu bestätigen.

Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten als Unternehmensleistung

Ausgehend vom Bruttoproduktionswert werden sämtliche Vorleistungen abgesetzt und das Ergebnis um die staatlichen Transaktionen [indirekte Steuern (ohne Umsatzsteuer) abzüglich Subventionen] bereinigt. Als Ergebnis erhält man die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten. Sie ist die Summe der Bruttoerträge aus den betrieblichen Aktivitäten und beschreibt die in einer Rechnungsperiode erzielte Unternehmensleistung.⁸⁾

Nach den Ergebnissen der Kostenstrukturhebung 2004 belief sich der Bruttoproduktionswert (BPW) oder die Gesamtleistung der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe mit 20 Beschäftigten und mehr auf 1487 Mrd. Euro und die Bruttowertschöpfung auf 391,8 Mrd. Euro (siehe Tabelle 3).

Gemessen am Bruttoproduktionswert sind die wirtschaftlichen Aktivitäten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen

Tabelle 3: Bruttoproduktionswert und Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe 2004

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Bruttoproduktionswert	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttowertschöpfungsquote	Beschäftigte	Bruttowertschöpfung je Beschäftigten
		Mill. EUR		%	Anzahl	EUR
D	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 487 159	391 767	26,3	6 136 908	63 838
	davon in Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten					
	20 – 49	68 185	24 380	35,8	555 237	43 910
	50 – 99	97 201	32 185	33,1	658 593	48 869
	100 – 249	196 688	58 343	29,7	1 051 239	55 499
	250 – 499	167 243	50 552	30,2	824 963	61 278
	500 – 999	177 634	47 736	26,9	710 823	67 155
	1 000 und mehr	780 207	178 572	22,9	2 336 053	76 442
DA 15	Ernährungsgewerbe	134 379	28 752	21,4	599 358	47 972
DA 16	Tabakverarbeitung	18 539	1 573	8,5	11 512	136 630
DB 17	Textilgewerbe	13 336	4 151	31,1	92 620	44 821
DB 18	Bekleidungsgewerbe	9 192	2 159	23,5	45 139	47 830
DC 19	Ledergewerbe	3 151	769	24,4	17 311	44 420
DD 20	Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	15 467	4 155	26,9	84 515	49 157
DE 21	Papiergewerbe	31 856	9 192	28,9	141 943	64 759
DE 22	Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	41 042	15 356	37,4	290 860	52 793
DF 23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	116 449	7 249	6,2	20 926	346 409
DG 24	H. v. chemischen Erzeugnissen	144 660	41 693	28,8	445 634	93 558
DH 25	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	58 269	19 306	33,1	351 058	54 994
DI 26	Glasgewerbe, H. v. Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	33 808	11 622	34,4	205 401	56 584
DJ 27	Metallerzeugung und -bearbeitung	71 928	18 186	25,3	247 657	73 434
DJ 28	H. v. Metallerzeugnissen	81 972	31 144	38,0	579 103	53 780
DK 29	Maschinenbau	169 976	59 811	35,2	958 679	62 389
DL 30	H. v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	16 138	3 874	24,0	37 531	103 210
DL 31	H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä. ...	92 837	29 612	31,9	469 681	63 046
DL 32	Rundfunk- und Nachrichtentechnik	44 633	10 739	24,1	134 800	79 667
DL 33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren	33 783	14 006	41,5	221 695	63 176
DM 34	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	298 353	61 031	20,5	863 027	70 717
DM 35	Sonstiger Fahrzeugbau	28 165	8 532	30,3	133 476	63 919
DN 36	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	24 984	8 089	32,4	173 490	46 625
DN 37	Recycling	4 241	767	18,1	11 490	66 765

1) Kurzbezeichnungen aus der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

8) Die Abschreibungen werden hier wegen der Bewertungsprobleme nicht berücksichtigt. Die nachfolgenden Tabellen beziehen sich – wegen der Besonderheiten im Teilbereich Bergbau und Gewinn von Steinen und Erden – ausschließlich auf das Verarbeitende Gewerbe.

sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Unternehmen des Fahrzeugbaus erwirtschafteten mit 298,4 Mrd. Euro den höchsten Bruttoproduktionswert, gefolgt vom Maschinenbau mit 170,0 Mrd. Euro, der chemischen Industrie mit 144,7 Mrd. Euro, dem Ernährungsgewerbe mit 134,4 Mrd. Euro und der Mineralölindustrie mit 116,4 Mrd. Euro. In der Summe entfallen rund 864 Mrd. Euro oder 58% des Bruttoproduktionswertes im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt auf diese fünf Wirtschaftsgruppen. Vergleichsweise geringe wirtschaftliche Aktivitäten gingen von den Unternehmen der Recyclingbranche, der Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie sowie des Holzgewerbes aus. Mit einem Bruttoproduktionswert von zusammen 45,4 Mrd. Euro erreichten sie 3% des Gesamtwertes des Verarbeitenden Gewerbes. Wie weiter oben dargelegt, ist der Bruttoproduktionswert oder die Gesamtleistung in hohem Maß durch die Vorleistungen geprägt und aus diesem Grund für die Beurteilung der Leistungskraft der Unternehmen nicht relevant.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen fällt die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten erwartungsgemäß sehr unterschiedlich aus. In der Reihenfolge der Branchen mit den höchsten Werten fällt die Mineralölindustrie mit ihren hohen Verbrauchsteuern hinter die Elektroindustrie zurück. Mit 224 Mrd. Euro oder 57,1% an der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt erzielten die fünf leistungsstärksten Branchen jedoch einen ähnlich hohen Anteil wie beim Bruttoproduktionswert. Die Ergebnisse zeigen, dass mehr als die Hälfte der wirtschaftlichen Leistungskraft der deutschen Industrie auf die Unternehmen weniger Wirtschaftsgruppen konzentriert ist.

Auch bei den Bereichen mit den geringsten wirtschaftlichen Aktivitäten ergibt sich bei der Betrachtung der Bruttowertschöpfung keine wesentliche Änderung in der Reihenfolge. Durch das Herausrechnen der Verbrauchsteuer in der Tabakverarbeitung fällt diese Branche mit einem Wert von 1,6 Mrd. Euro in der Rangfolge noch weiter zurück. Die Bruttowertschöpfung der fünf leistungsschwächsten Branchen lag in der Summe bei 9 Mrd. Euro oder 2,3% der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt.

Zusätzliche Erkenntnisse über die strukturellen Unterschiede der Unternehmen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen lassen sich gewinnen, wenn die absoluten Werte der Bruttowertschöpfung zum Bruttoproduktionswert oder zu den Beschäftigten in Beziehung gesetzt werden. Der Anteil der Bruttowertschöpfung am Bruttoproduktionswert (Wertschöpfungsquote) gibt an, welcher Gesamtleistungsanteil den Vorleistungen durch die wirtschaftlichen Tätigkeiten hinzugefügt worden ist. Die Quote lag im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt im Jahr 2004 bei 26,3%. In den einzelnen Wirtschaftsgruppen variiert dieser Anteilswert je nach Umfang der bei der Produktion eingesetzten Vorleistungen. Branchen mit einer relativ hohen Wertschöpfungsquote sind die Medizin-, Mess- und Steuerungstechnik und die Metallindustrie. Niedrige Quoten weisen die Unternehmen der Mineralölindustrie und der Tabakverarbeitung auf. Die Ergebnisse nach Größenklassen zeigen darüber hinaus,

dass die Wertschöpfungsquote mit zunehmender Unternehmensgröße aufgrund der gleichzeitig wachsenden Bedeutung der Vorleistungen zurückgeht.

Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten bezogen auf die Zahl der Beschäftigten zeigt, in welchem Maß der einzelne Beschäftigte zur gesamten Unternehmensleistung beiträgt. Mit 346 409 Euro je Mitarbeiter wurde im Jahr 2004 in der Mineralölindustrie mit großem Abstand der höchste Wert erwirtschaftet, gefolgt von der Tabakindustrie und den Unternehmen der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen. Die niedrigsten Unternehmensleistungen je Beschäftigten wurden im Jahr 2004 im Ledergewerbe mit 44 420 Euro, im Textilgewerbe mit 44 821 Euro und im Bekleidungs Gewerbe mit 47 830 Euro erwirtschaftet. Die Zahlen machen deutlich, wie stark das Ausmaß der Bearbeitung, das angewandte Produktionsverfahren und das eingesetzte Sachkapital die je Beschäftigten erzielten Werte beeinflussen.

Bei der Bewertung dieser Ergebnisse muss einschränkend berücksichtigt werden, dass sich die Beschäftigtenzahl auf einen bestimmten Stichtag bezieht und in der Regel alle Beschäftigte, unabhängig von ihrer tatsächlichen Leistung, erfasst.

Die Bruttowertschöpfung als Ausgangsgröße zur Berechnung der Produktivität und des Bruttobetriebsüberschusses

In der allgemeinen Diskussion über die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes Deutschland stehen Äußerungen zu Produktivität und Effizienz der Produktionsprozesse der Unternehmen vielfach an zentraler Stelle. Das Statistische Bundesamt führt zum Beispiel im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Produktivitätsberechnung für den Produktionsfaktor Arbeit durch. Dabei wird die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität definiert als Quotient aus preisbereinigtem Bruttoinlandsprodukt und Menge der eingesetzten Arbeitsstunden oder alternativ Zahl der Erwerbstätigen.⁹⁾

Die Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe bieten jährlich detaillierte Informationen und können unter den gegebenen methodischen Voraussetzungen zur Bestimmung einer Arbeitsproduktivität in tiefer Gliederung beitragen. Dabei bildet die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten als Indikator für die Unternehmensleistung die relevante Ausgangsgröße zur Berechnung eines einfachen Produktivitätsmaßes für den Produktionsfaktor Arbeit. Die einfache Arbeitsproduktivität in jeweiligen Preisen kann dadurch bestimmt werden, dass die Unternehmensleistung auf die Zahl der Arbeitnehmer bezogen wird. Die Zahl der Arbeitnehmer entspricht dabei der Zahl der Vollzeitbeschäftigten und der in Vollzeit umgerechneten Teilzeitbeschäftigten (Vollzeitäquivalente).

Aus den Ergebnissen der Kostenstrukturerhebung kann fern-er ein Bruttobetriebsüberschuss aus der produzierenden

⁹⁾ Siehe auch Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.4 „Inlandsproduktsberechnung“, Tabellen 2.1.13, 2.2.13 und 2.2.14.

Tätigkeit abgeleitet werden. Der Bruttobetriebsüberschuss errechnet sich aus der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten abzüglich der Personalkosten. Häufig werden Überschussgrößen auf den Umsatz oder das eingesetzte Kapital bezogen, um entsprechende Renditen zu ermitteln. Im Rahmen der Kostenstrukturhebung bietet es sich an, den Bruttobetriebsüberschuss auf den Umsatz zu beziehen. Der Anteil des Bruttobetriebsüberschusses gemessen am Umsatz wird auch als „Bruttobetriebsrate“ bezeichnet. Der Bruttobetriebsüberschuss muss die hier nicht berücksichtigten Abschreibungen auf Sachanlagen und die Fremdkapitalzinsen abdecken und sollte darüber hinaus möglichst noch einen Beitrag zum Unternehmereinkommen leisten. Definitorisch unterscheidet sich der Bruttobetriebsüberschuss daher deutlich vom einzelwirtschaftlichen Gewinnbegriff.

Tabelle 4 vermittelt einen Überblick über die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten je Mitarbeiter (Arbeitsproduktivität) und den Bruttobetriebsüberschuss in den einzelnen Wirtschaftsgruppen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes sowie im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt nach Größenklassen.

Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt und nach Branchen

Bei einer Bruttowertschöpfung von 391,8 Mrd. Euro und 5,3 Mill. Vollzeitbeschäftigten (die Teilzeitbeschäftigten sind auf Vollzeitbeschäftigte umgerechnet) im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt errechnet sich für das Jahr 2004 eine jährliche Bruttowertschöpfung je Mitarbeiter im Wert von 74 076 Euro. Die Beschäftigten der Unternehmen in der Mineralölindustrie erzielt mit 368 713 Euro je Mitarbeiter und Jahr den mit großem Abstand höchsten Wert, gefolgt von der Tabakverarbeitung mit 155 697 Euro und den Herstellern von Büro- und Datenverarbeitungsgeräten mit 116 976 Euro. Diese Branchen arbeiten – bedingt durch den Grad der maschinellen Ausstattung – im Sinne des hier angelegten Maßstabs am produktivsten. Überdurchschnittlich produktiv gestalteten sich auch die Produktionsprozesse in der chemischen Industrie mit 107 750 Euro je Mitarbeiter, im Druck- und Verlagsgewerbe mit 90 013 Euro, im Wirtschaftsbereich Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik mit 88 097 Euro, in der Metall erzeugenden und bearbeitenden Industrie mit 78 009 Euro und in der Recyclingbranche mit 75 918 Euro. Auch in diesen Bereichen bestimmt die

Tabelle 4: Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten und Bruttobetriebsüberschuss im Verarbeitenden Gewerbe 2004

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Vollzeitbeschäftigte	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten je Vollzeitbeschäftigten	Personalkosten	Bruttobetriebsüberschuss	Umsatz	Bruttobetriebsüberschuss gemessen am Umsatz
		Mill. EUR	Anzahl	EUR	Mill. EUR			%
D	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	391 767	5 288 749	74 076	296 912	94 856	1 480 046	6,4
	davon in Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten							
	20 – 49	24 380	429 114	56 815	18 289	6 091	67 930	9,0
	50 – 99	32 185	536 529	59 987	23 626	8 559	96 667	8,9
	100 – 249	58 343	900 498	64 789	41 801	16 542	195 990	8,4
	250 – 499	50 552	714 864	70 716	36 831	13 721	166 355	8,2
	500 – 999	47 736	622 734	76 655	34 583	13 153	177 088	7,4
	1 000 und mehr	178 572	2 085 010	85 646	141 781	36 790	776 016	4,7
DA 15	Ernährungsgewerbe	28 752	400 224	71 840	18 936	9 817	134 236	7,3
DA 16	Tabakverarbeitung	1 573	10 102	155 697	1 127	446	18 649	2,4
DB 17	Textilgewerbe	4 151	76 419	54 323	3 240	911	13 346	6,8
DB 18	Bekleidungsgewerbe	2 159	30 101	71 725	1 552	607	9 134	6,6
DC 19	Ledergewerbe	769	13 889	55 366	544	225	3 154	7,1
DD 20	Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	4 155	75 815	54 798	3 104	1 051	15 421	6,8
DE 21	Papiergewerbe	9 192	128 116	71 749	6 294	2 898	31 838	9,1
DE 22	Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von							
	beispielten Ton-, Bild- und Datenträgern	15 356	170 592	90 013	11 605	3 750	41 041	9,1
DF 23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und							
	Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	7 249	19 660	368 713	1 726	5 523	116 327	4,7
DG 24	H. v. chemischen Erzeugnissen	41 693	386 940	107 750	27 327	14 366	144 051	10,0
DH 25	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	19 306	310 389	62 200	14 050	5 256	57 861	9,1
DI 26	Glasgewerbe, H. v. Keramik, Verarbeitung von Steinen							
	und Erden	11 622	185 885	62 525	8 707	2 916	33 683	8,7
DJ 27	Metallerzeugung und -bearbeitung	18 186	233 133	78 009	12 464	5 723	71 478	8,0
DJ 28	H. v. Metallerzeugnissen	31 144	518 974	60 011	23 502	7 642	81 494	9,4
DK 29	Maschinenbau	59 811	882 947	67 740	48 832	10 979	167 636	6,5
DL 30	H. v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten							
	und -einrichtungen	3 874	33 114	116 976	2 295	1 578	16 084	9,8
DL 31	H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	29 612	407 176	72 724	25 251	4 361	92 636	4,7
DL 32	Rundfunk- und Nachrichtentechnik	10 739	121 901	88 097	7 473	3 266	44 389	7,4
DL 33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik,							
	Herstellung von Uhren	14 006	186 233	75 206	10 506	3 500	33 592	10,4
DM 34	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	61 031	812 213	75 141	53 523	7 508	296 971	2,5
DM 35	Sonstiger Fahrzeugbau	8 532	124 626	68 459	7 925	607	27 913	2,2
DN 36	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten,							
	Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	8 089	150 195	53 857	6 510	1 579	24 890	6,3
DN 37	Recycling	767	10 105	75 918	420	347	4 223	8,2

1) Kurzbezeichnungen aus der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

überwiegend maschinengesteuerte Fertigung die Höhe der Bruttowertschöpfung je Mitarbeiter. Vergleichsweise niedrig liegt dagegen die Bruttowertschöpfung je Mitarbeiter im Wirtschaftsbereich Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw. mit 53 857 Euro, im Textilgewerbe mit 54 323 Euro, im Holzgewerbe mit 54 798 Euro und im Ledergewerbe mit 55 366 Euro.

Arbeitsproduktivität nach Größenklassen

Eine Gliederung der Ergebnisse der Gesamtindustrie nach Beschäftigtengrößenklassen zeigt zudem, dass die Bruttowertschöpfung je Beschäftigten mit der Größe der hier beobachteten Einheiten korreliert. Mit zunehmender Beschäftigtenzahl je Unternehmen steigen die Werte an, sodass sich die These „Größere Unternehmen verfügen in der Regel über bessere Ressourcen bezüglich der maschinellen Ausstattung bei den Fertigungsprozessen und können diese in einen Produktivitätsvorteil im Hinblick auf den Produktionsfaktor Arbeit umsetzen“ zu bestätigen scheint. Ein allgemein gültiger Schluss bezüglich der Produktivität im Zusammenhang mit der Unternehmensgröße kann hieraus dennoch nicht gezogen werden, da die unterschiedliche Besetzung der einzelnen Größenklassen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen hier nicht berücksichtigt ist.

Entwicklung im Zeitablauf

Nach den Ergebnissen der Kostenstrukturerhebungen für die Jahre 2002 bis 2004 hat sich die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten je Mitarbeiter im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt positiv entwickelt. Insbesondere in den Jahren 2003 und 2004 stieg die Bruttowertschöpfung je Beschäftigten um 5,8 bzw. 5,5% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr an:

Tabelle 5: Entwicklung der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten je Mitarbeiter im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt

Jahr	Bruttowertschöpfung je Beschäftigten	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	EUR	%
2001	66 013	–
2002	66 319	+ 0,5
2003	70 196	+ 5,8
2004	74 076	+ 5,5

Bruttobetriebsüberschuss

Mit dem Bruttobetriebsüberschuss aus der produzierenden Tätigkeit soll annäherungsweise eine Erfolgsgröße bestimmt werden. In Tabelle 4 ist der Bruttobetriebsüberschuss zusätzlich auf den Umsatz bezogen (Bruttobetriebsrate). Nach den Ergebnissen der Kostenstrukturerhebung 2004 wiesen hier die Unternehmen der Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik mit 10,4 % und die chemische Industrie mit 10,0% die höchsten Werte aus. Es folgen die Unternehmen der Datenverarbeitung mit 9,8%, der Metallverarbeitung mit 9,4% sowie die Unternehmen der Papierindustrie mit 9,1%. Relativ niedrig fallen die Raten für das Tabakgewerbe mit 2,4%, die Mineralölindustrie mit 4,7% und die Unter-

nehmen des sonstigen Fahrzeugbaus mit 2,2% aus. Während in der Genussmittel- und Mineralölindustrie der Bruttobetriebsüberschuss an einem durch die Verbrauchsteuern stark erhöhten Umsatz gemessen wird und dadurch in der Aussage nicht vergleichbar ist, sind im sonstigen Fahrzeugbau die Sonderbedingungen bei der Fertigung im Schiffbau für die niedrige Rate verantwortlich. Vergleichsweise niedrig sind auch die Raten im Straßenfahrzeugbau mit 2,5% und in der Elektroindustrie mit 4,7%, zwei großen Industriegruppen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes.

Die Ergebnisse zum Bruttobetriebsüberschuss aus der operativen Tätigkeit der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes können nur eine grobe Orientierung hinsichtlich des betriebswirtschaftlichen Erfolgs der produzierenden Tätigkeit in den einzelnen Wirtschaftsgruppen und im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt geben. Die Bruttobetriebsrate ist zudem durch eine Reihe von wirtschaftszweigspezifischen Bedingungen, die in besonderer Weise die Bezugsgröße Umsatz betreffen, beeinflusst und daher für einen branchenübergreifenden Vergleich kaum geeignet. Zu diesen Einflussfaktoren zählen zum Beispiel die gewählten Produktionsverfahren, der Umfang der Vorleistungen sowie die im Umsatz enthaltenen Gütersteuern. Für die Unternehmen selbst, die ihre eigene Wettbewerbssituation innerhalb einer Branche überprüfen wollen, sind diese Ergebnisse dennoch hilfreich und können zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit herangezogen werden.

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, dass die Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung über die eigentliche Aufgabe dieser Erhebung hinaus – unter bestimmten Voraussetzungen – auch zu aktuellen wirtschaftspolitischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fragen einen Beitrag leisten können, und zwar insbesondere dann, wenn branchenspezifische Darstellungen, untergliedert in Gruppen oder Klassen, gefragt sind, da die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur bis zur Tiefe der Wirtschaftsabteilungen vorliegen. Bei der Bewertung der Ergebnisse sind jedoch in jedem Fall die konzeptionellen Besonderheiten dieser Erhebung zu berücksichtigen.

Die Industrie unternimmt erhebliche Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen

Aufwendungen für Forschung und experimentelle Entwicklung (FuE) sind Schlüsselinvestitionen zur Sicherung der technologischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer modernen Volkswirtschaft. Statistische Informationen über das Forschungs- und Entwicklungsverhalten von Unternehmen sind daher von großer Bedeutung. In Deutschland gibt es seit Jahren eine umfangreiche Erhebung, mit der regelmäßig und detailliert über die Forschungsaktivitäten von Unternehmen und Dienstleistern berichtet wird. Sie wird von der Wissenschaftsstatistik gGmbH, einer Tochter des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchgeführt. Bis zum Erhebungsjahr 1999 waren die vom Stifterverband alle zwei Jahre ermittelten FuE-Aktivitäten deutscher Unternehmen alleinige Datenbasis für die nationale

und internationale Berichterstattung. Seit dem Jahr 1999 erhebt auch das Statistische Bundesamt auf der rechtlichen Grundlage der StrukturVO im Rahmen der Kostenstruktur-erhebung im Verarbeitenden Gewerbe jährlich Angaben zu den FuE-Aufwendungen und zu den in der Forschung und Entwicklung beschäftigten Personen¹⁰⁾.

Die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt investierten im Jahr 2004 41,3 Mrd. Euro in die innerbetriebliche Forschung und Entwicklung und setzten dafür rund 290 000 Mitarbeiter ein.¹¹⁾ Gemessen am Bruttoproduktionswert betragen die Forschungs- und Entwicklungs-

aufwendungen 2,8%. Der Anteil der in der Forschung und Entwicklung eingesetzten Mitarbeiter liegt bei 4,7%, gemessen an allen Mitarbeitern der Unternehmen. Im Rahmen der Kostenstruktur-erhebung haben von den 37 349 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt 8 773 Unternehmen Aktivitäten in Forschung und Entwicklung angegeben, das entspricht einem Anteil von 23,9%. Die Situation in den einzelnen Wirtschaftsgruppen zeigt Tabelle 6.

Gemessen an den absoluten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sind die Unternehmen des Kraftfahrzeugbaus mit Abstand die größten Investoren: Sie investierten

Tabelle 6: Forschung und Entwicklung 2004 in der Industrie

Nr. der Klassi- fikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Verarbeitendes Gewerbe						
		insgesamt		dar.: innerbetriebliche Forschung und Entwicklung				
		Unter- nehmen	Beschäf- tigte	Unter- nehmen mit Forschung und Ent- wicklung	Beschäf- tigte in der Forschung und Ent- wicklung	Anteil der Beschäftig- ten in der Forschung und Ent- wicklung an den Beschäftig- ten ins- gesamt	Aufwen- dungen für Forschung und Ent- wicklung	Anteil der Aufwen- dungen für Forschung und Ent- wicklung an der Bruttowert- schöpfung zu Faktor- kosten
D	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	37 349	6 136 908	8 773	289 581	4,7	41 266	10,5
	davon in Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten							
	20 – 49	16 912	555 237	1 886	6 602	1,2	338	1,4
	50 – 99	9 501	658 593	2 013	9 947	1,5	642	2,0
	100 – 249	6 822	1 051 239	2 401	20 642	2,0	1 699	2,9
	250 – 499	2 385	824 963	1 282	24 417	3,0	2 309	4,6
	500 – 999	1 046	710 823	660	26 742	3,8	2 792	5,8
	1 000 und mehr	682	2 336 053	531	201 231	8,6	33 485	18,8
DA 15	Ernährungsgewerbe	4 979	599 358	327	2 742	0,5	219	0,8
DA 16	Tabakverarbeitung	23	11 512	6	328	2,8	21	1,3
DB 17	Textilgewerbe	881	92 620	218	1 139	1,2	102	2,4
DB 18	Bekleidungsgewerbe	408	45 139	44	301	0,7	18	0,8
DC 19	Ledergewerbe	180	17 311	25	99	0,6	8	1,1
DD 20	Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	1 045	84 515	87	288	0,3	24	0,6
DE 21	Papiergewerbe	837	141 943	134	867	0,6	65	0,7
DE 22	Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	2 522	290 860	59	746	0,3	80	0,5
DF 23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	51	20 926	23	234	1,1	86	1,2
DG 24	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 384	445 634	784	39 237	8,8	6 160	14,8
DH 25	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	2 637	351 058	669	8 191	2,3	744	3,9
DI 26	Glasgewerbe, H. v. Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1 642	205 401	363	2 957	1,4	299	2,6
DJ 27	Metallerzeugung und -bearbeitung	910	247 657	182	2 791	1,1	364	2,0
DJ 28	H. v. Metallerzeugnissen	6 164	579 103	879	7 249	1,3	653	2,1
DK 29	Maschinenbau	5 976	958 679	2 171	45 600	4,8	4 716	7,9
DL 30	H. v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	173	37 531	96	4 192	11,2	438	11,3
DL 31	H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä. ..	1 932	469 681	845	41 275	8,8	5 683	19,2
DL 32	Rundfunk- und Nachrichtentechnik	550	134 800	315	18 314	13,6	2 907	27,1
DL 33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren	2 047	221 695	819	18 295	8,3	1 768	12,6
DM 34	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	992	863 027	324	83 651	9,7	15 142	24,8
DM 35	Sonstiger Fahrzeugbau	314	133 476	99	8 425	6,3	1 595	18,7
DN 36	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	1 543	173 490	288	2 633	1,5	173	2,1
DN 37	Recycling	160	11 490	15	26	0,2	1	0,1

1) Kurzbezeichnungen aus der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

10) Die Ergebnisse der Kostenstruktur-erhebung zu Forschung und Entwicklung weichen von den Angaben des Stifterverbandes ab. Siehe Haug, H.-F./Revermann, C.: „Statistik für Forschung und experimentelle Entwicklung im Vergleich“ in WiSta 12/2003, S. 1130 ff. Die Gründe für die Abweichungen sind vor allem in den methodischen Unterschieden, insbesondere im Hinblick auf die einzubeziehenden Einheiten, beider Erhebungen zu sehen. So werden bei der Kostenstruktur-erhebung die großen Unternehmen vollständig erfasst, und mittelgroße Einheiten werden nach einer geschichteten Zufallsauswahl einbezogen. Bei der Feststellung des Berichtskreises kann auf das statistische Unternehmensregister zurückgegriffen werden.

11) Zum Vergleich: Gemäß Fachserie 4 „Produzierendes Gewerbe“, Reihe 4.2 „Beschäftigte, Umsatz und Investitionen der Unternehmen und Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden“ betrug im gleichen Zeitraum der Zugang an Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe 47,3 Mrd. Euro.

im Jahr 2004 15,1 Mrd. Euro in die Forschung und Entwicklung. Mit 6,2 Mrd. Euro folgen die Unternehmen der chemischen Industrie. Die elektrotechnische Industrie verbuchte im Jahr 2004 Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Höhe von 5,7 Mrd. Euro, der Maschinenbau 4,7 Mrd. Euro und die Unternehmen der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik 2,9 Mrd. Euro. Von den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt entfallen somit 83,8% auf die hier genannten fünf Wirtschaftsabteilungen. Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung bestehen zum überwiegenden Teil aus den Arbeitsentgelten der in diesem Bereich eingesetzten Beschäftigten. So ist es nur folgerichtig, dass 78,8% aller in der Forschung und Entwicklung eingesetzten Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe von diesen fünf Branchen gestellt werden.

In den Wirtschaftsgruppen Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, Bekleidungs-, Leder- und Holzgewerbe sowie im Druck- und Verlagsgewerbe und in der Recyclingbranche wurden dagegen nur geringe Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten festgestellt. Aus diesen Bereichen wurden insgesamt lediglich knapp 1% der gesamten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung gemeldet.

Die Forschungs- und Entwicklungsintensität wird auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene definiert als Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP)¹²⁾. In der so genannten Lissabonner Strategie¹³⁾ wurde für die Europäische Union bis 2010 ein Zielwert von 3% vorgegeben. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften hat für Deutschland auf der Datenbasis des Stifterverbandes für 2004 einen Anteil von 2,49% gemessen am Bruttoinlandsprodukt berechnet.¹⁴⁾

Der größte Teil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben insgesamt wird in Deutschland von den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes getätigt.¹⁵⁾ Bezieht man die Ausgaben für Forschung und Entwicklung der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes nicht auf das Bruttoinlandsprodukt, sondern auf die eigentliche Unternehmensleistung, so zeigt sich, in welchem Ausmaß die erwirtschaftete Leistung in der Industrie in Forschung und Entwicklung fließt. Nach den Ergebnissen der Kostenstrukturhebung wurden im Verarbeitenden Gewerbe 2004 10,5% der Wertschöpfung in Forschung und Entwicklung investiert. Die Spitzenposition halten hierbei die Unternehmen in der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, die 27,1% ihrer erwirtschafteten Leistung in die Forschung und Entwicklung investierten. Auch beim Kraftfahrzeugbau, beim sonstigen Fahrzeugbau, in der Elektrotechnik und in der chemischen Industrie wurden beachtliche Anteile der Unternehmensleistung in Forschung und Entwicklung investiert.

Bezieht man die Unternehmensgröße mit in die Betrachtung ein, so stellt man fest, dass die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zwar mit der Unternehmensgröße steigen,

sich im Wesentlichen aber auf die großen Unternehmen konzentrieren. Auf die Unternehmen mit 1000 Beschäftigten und mehr entfielen Aufwendungen in Höhe von 33,5 Mrd. Euro oder 81,1% aller Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen im Verarbeitenden Gewerbe. Auf die Klasse zwischen 500 und 999 Beschäftigten entfielen 2,8 Mrd. Euro oder 6,7% der Gesamtaufwendungen und in der Größenklasse zwischen 20 und 49 Beschäftigten wurden noch 338 Mill. Euro oder 0,8% aller Aufwendungen für Forschung und Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe investiert.

4 Automatisierte Datengewinnung aus dem betrieblichen Rechnungswesen

Als Informationsdienstleister ist das Statistische Bundesamt bestrebt, aktuelle und zuverlässige statistische Daten anzubieten. Für die Wirtschaftsstatistiken liefern in der Regel die Auskunft gebenden Unternehmen die statistischen Daten, womit eine gewisse Belastung für die Unternehmen verbunden ist. Um diese Belastung zu verringern und eine Effizienzsteigerung bei den Unternehmenserhebungen zu erzielen, haben die statistischen Ämter im Rahmen ihres Masterplans zur Reform der amtlichen Statistik das Projekt eSTATISTIK.core initiiert, das die automatisierte Gewinnung von statistischen Daten aus dem betrieblichen Rechnungswesen zum Ziel hat. Voraussetzung für die automatisierte Gewinnung der Daten ist, dass die benötigten betrieblichen Daten in elektronischer Form in den Unternehmen zur Verfügung stehen.

Die jährlichen Strukturerhebungen sind aufgrund des umfangreichen Fragebogens, insbesondere für die Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr, sehr komplex und belasten die berichtspflichtigen Unternehmen. Da die benötigten Daten zu den Aufwendungen und Erträgen in den Unternehmen auf den Konten der Geschäftsbuchhaltung gesammelt werden und im Allgemeinen in elektronischer Form zur Verfügung stehen, hat das Statistische Bundesamt diese Erhebungen in das Projekt eSTATISTIK.core einbezogen. Konkret geht es um die Kostenstrukturhebungen im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sowie um die ergänzenden Strukturerhebungen bei kleinen Unternehmen in beiden Wirtschaftsbereichen.

Unerlässlich für die erfolgreiche Einführung eines automatisierten Erhebungsverfahrens ist die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten auskunftspflichtigen Unternehmen, den Anbietern von Unternehmens- oder ERP-Software (Enterprise Resource Planning) und den statistischen Ämtern. Die Arbeitsgruppe „Datenaustausch mit statistischen Ämtern“, in der die beteiligten Interessengruppen vertreten sind, ist hier als übergreifendes Gremium koordinierend tätig und unterstützt die Einzelprojekte.

12) Alternativ dazu könnten die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen auch auf die Bruttowertschöpfung oder den Umsatz bezogen werden, um die Forschungs- und Entwicklungsintensität zu beurteilen.

13) Die Lissabonner Strategie umfasst sämtliche Maßnahmen zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung der EU.

14) Siehe Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): „Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Europa“, Statistik kurz gefasst – Wissenschaft und Technologie – 6/2006.

15) Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Statistisches Jahrbuch 2005 für die Bundesrepublik Deutschland“, S. 160.

Bei den bisherigen Diskussionen ist deutlich geworden, dass vor allem zwei Schwierigkeiten zu überwinden sind: Zunächst ist festzustellen, dass den Merkmalen der Strukturerhebungen betriebliche Tatbestände aus verschiedenen Unternehmensbereichen (Finanzbuchhaltung, Material- und Personalwirtschaft) gegenüberstehen. Das sind Unternehmensbereiche, in denen unterschiedliche IT-Anwendungen von zum Teil verschiedenen Softwareanbietern eingesetzt sein können. Es muss daher auch über geeignete Schnittstellen nachgedacht werden, um eine „Kommunikation“ zwischen den einzelnen IT-Anwendungen zu ermöglichen. Zum anderen sind nicht alle statistischen Merkmale inhaltlich so abgegrenzt, dass sie ohne weiteres aus dem betrieblichen Rechnungswesen in die Statistik übernommen werden können. Am Anfang steht daher ein aufwändiges Beschreiben und Abgleichen der verschiedenen Inhalte, bevor diese dann mit spezifischen Anweisungen in eine Stammdaten-datei übernommen werden können.

Ein erster konkreter Schritt auf dem Weg zur automatisierten Datenerhebung im Rahmen der Strukturerhebungen wurde in Zusammenarbeit mit der DATEV, einer Vereinigung der Steuerberater, unternommen. Die DATEV plant, für die Strukturerhebungen im Jahr 2007 ihren Anwendern ein spezifisches Statistikmodul anzubieten. Um jedoch möglichst vielen Unternehmen die Chance einzuräumen, von der vorteilhaften automatisierten Meldeweise profitieren zu können, ist es notwendig, weitere Anbieter von Unternehmenssoftware für dieses Projekt zu gewinnen.

Außerdem ist es wichtig, die an den statistischen Erhebungen beteiligten Unternehmen darüber zu informieren, dass die Strukturstatistiken künftig von eSTATISTIK.core unterstützt werden. Im Rahmen der Kostenstrukturhebung 2005 hat das Statistische Bundesamt daher die beteiligten Stichprobenunternehmen erstmals individuell über diese Möglichkeiten der Datengewinnung ab 2007 informiert und die interessierten Firmen gebeten, ihrerseits die sie betreuenden Softwareanbieter auf die neue Erhebungstechnik aufmerksam zu machen und gleichzeitig aufzufordern, entsprechende Module in ihrer Software anzubieten. [\[1\]](#)

Dipl.-Ing. Horst Winter

Binnenschifffahrt 2005 – Güterbeförderung nimmt weiter zu

Nachdem sich die Menge der auf deutschen Binnenwasserstraßen beförderten Güter von 2003 auf 2004 um 7,2% erhöht hatte, betrug im vergangenen Jahr die entsprechende Zuwachsrate nur 0,4%. Mit 236,8 Mill. t wurden 2005 etwa 900 000 t Güter mehr befördert als im Jahr zuvor. Die Gütertransportleistung nahm um 0,7% und damit etwas stärker als die Güterbeförderung zu. Der Anstieg von 63,7 Mrd. Tonnenkilometern (tkm) im Jahr 2004 auf 64,1 Mrd. tkm im Jahr 2005 bedeutet, dass sich der durchschnittliche Weg, den ein Gut auf Binnenschiffen zurücklegte, wieder etwas verlängert hat. Der Güterumschlag in der Binnenschifffahrt entwickelte sich etwas besser als die Beförderung: Wurden 2004 noch 267,4 Mill. t Güter umgeschlagen, so waren es im Jahr 2005 271,2 Mill. t, eine Zunahme um etwa 3,8 Mill. t (+ 1,4%).

Während 2004 bei allen Hauptverkehrsbeziehungen Zuwächse zu verzeichnen waren, übertrafen 2005 lediglich der grenzüberschreitende Versand und der Verkehr zwischen deutschen Häfen das Vorjahresergebnis. Sie nahmen um 3,9 bzw. 2,6% zu. Der grenzüberschreitende Empfang und insbesondere der Transitverkehr durch Deutschland verringerten sich dagegen um 1,8 bzw. 2,5%.

2004 hatten sich mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse alle anderen Wirtschaftsabteilungen positiv entwickelt. Im vergangenen Jahr zeigten sich dagegen stark unterschiedliche Veränderungen. Bei Nahrungs- und Futtermitteln, festen mineralischen Brennstoffen, Steinen und Erden, Düngemitteln sowie Erzen und Metallabfällen sind Rückgänge zwischen 0,7 und 6,1% festzustellen. Die Wirtschaftsabteilungen „Erdöl, Mineralöl-erzeugnisse, Gase“, „Eisen, Stahl und NE-Metalle“, „Chemische Erzeugnisse“, „Andere Halb- und Fertigwaren“ und

„Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse“ weisen dagegen Zuwächse auf, die sich zwischen 0,5% und knapp 27% bei der letztgenannten Abteilung bewegen.

Der Containerverkehr nahm wie schon in den Vorjahren kontinuierlich zu. Nach einem Zuwachs um 17,3% im Jahr 2004 erhöhte sich im vergangenen Jahr die in Containern beförderte Gütermenge um 8,8%. Um den gleichen Prozentsatz wuchs auch die absolute Zahl der Container, die nunmehr bei knapp 1,4 Mill. liegt.

Duisburg bleibt weiterhin der mit Abstand größte deutsche Binnenhafen, auch wenn hier der Umschlag nur um knapp 1% zugenommen hat. Der Hafen Köln, der seit Jahren den zweiten Platz unter den deutschen Binnenhäfen einnimmt, weist mit 1,8% zwar eine höhere Zuwachsrate auf, bleibt aber damit noch weit hinter der Entwicklung des drittplatzierten Binnenhafens Hamburg zurück. Dort hat der Umschlag in der Binnenschifffahrt – der Seeverkehr, bei dem Hamburg den ersten Platz einnimmt, bleibt hier unberücksichtigt – um fast 25% zugenommen.

Von den im Jahr 2005 insgesamt knapp 237 Mill. t auf deutschen Wasserstraßen beförderten Gütern wurden nur etwa 81 Mill. t auf Schiffen unter deutscher Flagge transportiert. Gegenüber 2004 war dies ein Rückgang um etwa 0,7 Mill. t. Schiffe unter niederländischer Flagge konnten ihren Anteil dagegen wie schon im Jahr zuvor bei 53% halten. Einige Veränderungen an den Verkehrsanteilen dürften auf den Beitritt ost- und mitteleuropäischer Staaten zur Europäischen Union im Jahr 2004 zurückzuführen sein. So nahm die Transportmenge auf Schiffen unter polnischer Flagge um über 25% zu. Polen konnte damit die Schweiz auf Position 5 verdrängen und selbst Platz 4 unter den auf deutschen Wasserstra-

ßen vertretenen Nationen einnehmen. Eine noch stärkere Zunahme zeigt sich bei der Güterbeförderung von Schiffen unter tschechischer Flagge. Diese nahm von 2004 auf 2005 um knapp 40% zu. Die Tschechische Republik schob sich damit sogar um zwei Plätze nach vorn und liegt jetzt vor Luxemburg und Frankreich auf dem siebten Platz.

Güterbeförderung und Güterumschlag nehmen weiter zu

Nachdem sich die Menge der auf deutschen Binnenwasserstraßen beförderten Güter von 2003 auf 2004 um 7,2% erhöht hat, betrug im vergangenen Jahr die entsprechende Zuwachsrate nur 0,4%. Mit 236,8 Mill. t wurden 2005 etwa 900 000 t Güter mehr befördert als im Jahr zuvor. Wie Tabelle 1 zeigt, ist dies die größte Gütermenge, die innerhalb der letzten fünf Jahre auf deutschen Flüssen und Kanälen transportiert wurde. Im langfristigen Vergleich stellt diese Tonnage allerdings keinen Rekord dar. So wurde schon 1975 mit 237,3 Mill. t eine größere Transportmenge verzeichnet, ebenso in den Jahren 1980, 1995 und 2000. In Schaubild 1 lässt sich die Entwicklung seit den 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts verfolgen. Nach einem nahezu kontinuierlichen Anstieg zwischen 1960 und 1970 bewegte sich die Transportmenge in der Binnenschifffahrt in der Folgezeit in der Regel etwas unterhalb der 240 Mill. t-Linie mit

leichten Ausschlägen nach oben und unten. Das in nahezu allen Regierungserklärungen der letzten Jahre und in den Weißbüchern der Europäischen Union (EU) enthaltene Ziel, Verkehre von der Straße auf Schiene und Wasserstraße zu verlagern, hat sich demnach bisher für die Binnenschifffahrt nicht realisieren lassen.

Die Gütertransportleistung¹⁾ nahm 2005 um 0,7% und damit etwas stärker als die Güterbeförderung zu. Der Anstieg von 63,7 Mrd. Tonnenkilometer (tkm) im Jahr 2004 auf 64,1 Mrd. tkm im Jahr 2005 bedeutet, dass sich der durchschnittliche Weg, den 2005 ein Gut auf Binnenschiffen zurücklegte, wieder etwas verlängert hat. Während die mittlere Wegstrecke 2004 noch bei knapp 270 km je Tonne lag, waren es ein Jahr später etwa 271 km. Im Jahr 2003, in dem die Binnenschifffahrt durch lang anhaltende Niedrigwasserstände geprägt war, lag dieser Wert bei nur rund 264 km, 2002 – einem hinsichtlich der Transportverhältnisse auf Binnenwasserstraßen „normalen“ Jahr – allerdings bei durchschnittlich noch über 277 km.

Unterschieden wird in der Binnenschifffahrtsstatistik grundsätzlich zwischen „Güterumschlag“ und „Güterbeförderung“. Der Umschlag stellt dabei eine „raum-(punkt- oder flächen-)bezogene“ Information dar, die sowohl Empfangs- (Löschungs-) als auch Versand- (Ladungs-)angaben einbezieht. Eine derartige Darstellung ist unter anderem bei hafenbezogenen Auswertungen sinnvoll. Werden Angaben aller Häfen zusammengefasst, hat dies allerdings zur Folge, dass bei rein innerdeutschen Transporten die bewegte Gütermenge doppelt erfasst wird – zum einen im Ein-, zum anderen im Ausladehafen –, wogegen Binnenschifffahrtsverkehre, die durch Deutschland hindurch zwischen zwei ausländischen Häfen stattfinden, unberücksichtigt bleiben. Bei „streckenbezogenen“ Auswertungen dagegen, wenn also beispielsweise Binnenschiffsverkehre auf Wasserstraßen oder Wasserstraßenabschnitten abgebildet werden sollen, empfiehlt sich eine Tabellierung der Güterbeförderung. Bei dieser werden innerdeutsche Transporte nur einmal berücksichtigt, Durchgangsverkehre dagegen mit einbezogen. Statistische Auswertungen müssen deshalb je nach Aussagewert für Umschlag oder Beförderung vorgenommen werden. So ist in Tabelle 2, die Güter nach Ein- und Auslade-regionen abbildet, und in Tabelle 6, die Ergebnisse für einzelne Häfen zeigt, eine Darstellung nach dem Güterumschlag sinnvoll, da hier ein Raum-(Punkt- oder Flächen-)bezug vorliegt. In den Tabellen 3, 4, 5 und 7 werden dagegen Güter- oder bestimmte Ladungsarten dargestellt. Aufgrund der Doppelzählungen von Empfang und Versand würde hier eine Auswertung nach Umschlag wenig Sinn ergeben, wohl aber eine über die Menge der beförderten Güter. In Tabelle 1 wird in Form einer „langen Reihe“ die Entwicklung sowohl der Güterbeförderung als auch des Umschlags für ausgewählte Jahre zwischen 1950 und 2005 dargestellt.

Der Güterumschlag in der Binnenschifffahrt hat sich 2005 mit +1,4% etwas besser entwickelt als die Beförderung. Wurden hier 2004 noch 267,4 Mill. t verzeichnet, so waren es im Jahr 2005 271,2 Mill. t, eine Zunahme um etwa

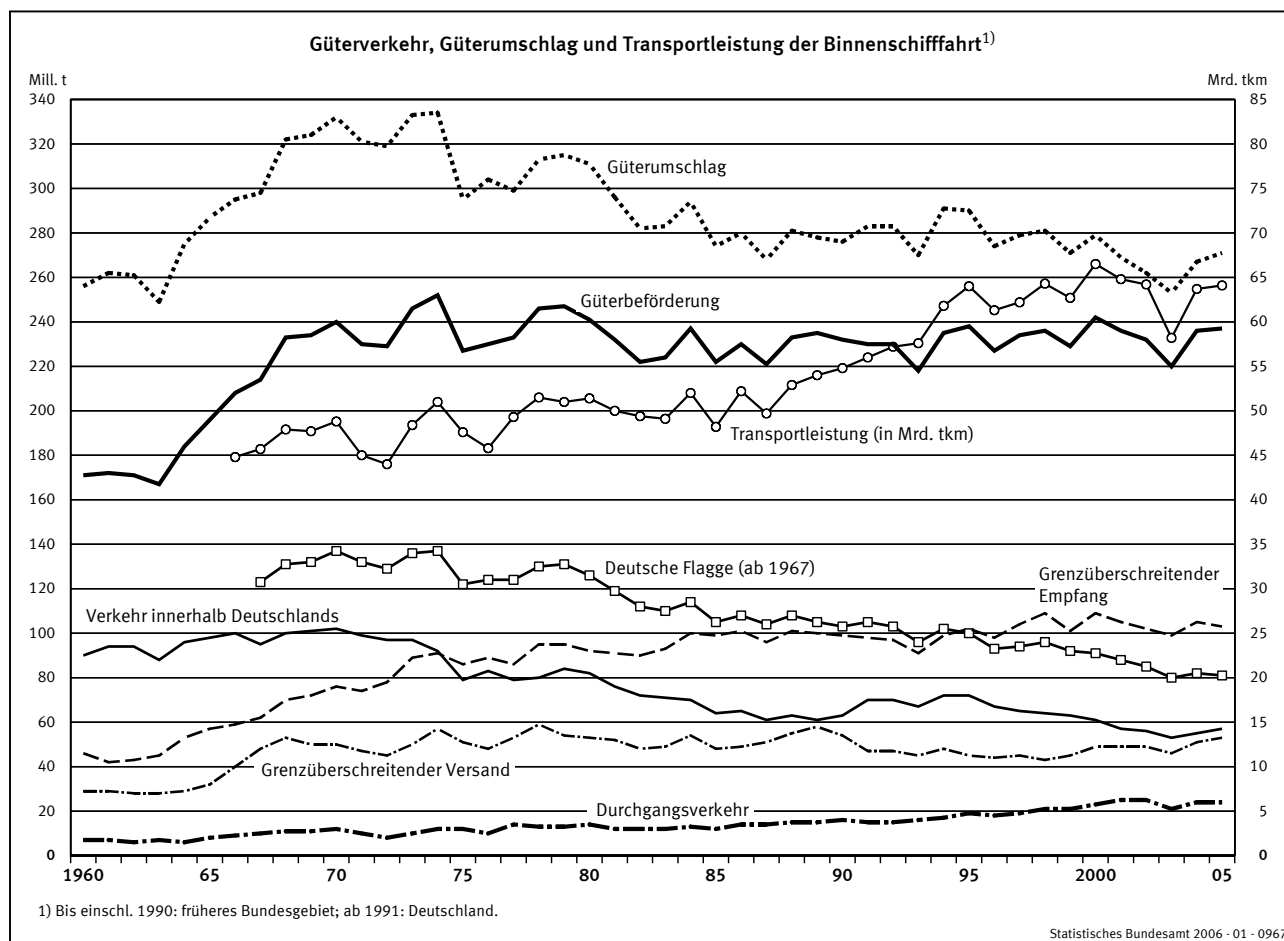
Tabelle 1: Entwicklung der Güterbeförderung und des Güterumschlages in der Binnenschifffahrt¹⁾
1 000 t

Jahr	Güterbeförderung	Güterumschlag
1950	71 855	101 243
1955	124 612	167 216
1960	171 362	256 233
1965	195 695	286 879
1970	239 959	331 752
1975	237 330	294 811
1980	240 985	310 643
1985	222 408	274 189
1986	229 494	279 677
1987	220 998	268 428
1988	233 322	280 575
1989	234 775	271 176
1990	231 574	271 466
1991	229 967	283 327
1992	229 924	283 406
1993	218 331	270 293
1994	235 007	290 601
1995	237 884	289 986
1996	227 019	274 080
1997	233 455	279 032
1998	236 365	280 480
1999	229 136	270 673
2000	242 223	278 871
2001	236 101	268 955
2002	231 746	262 068
2003	219 999	252 534
2004	235 861	267 374
2005	236 765	271 159

1) Bis 1990 beziehen sich die Angaben auf das frühere Bundesgebiet; ab 1991 beziehen sich die Angaben auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

1) Produkt aus beförderter Gütermenge in Tonnen und Transportstrecke in Kilometern im Inland.

Schaubild 1



3,8 Mill. t (siehe Tabelle 2 auf S. 750). Die höhere Zuwachsrates beim Umschlag ist darauf zurückzuführen, dass der innerdeutsche Binnenschiffsverkehr, der hier doppelt berücksichtigt wird, mit einer Zunahme von 2,6% überdurchschnittlich gewachsen ist, wogegen der nur bei der Beförderung einbezogene Transitverkehr mit einem Minus von 2,5% rückläufig war (siehe Tabelle 3 auf S. 751).

Wieder etwas zurückgefallen ist die Binnenschifffahrt gegenüber ihrem wichtigsten Konkurrenten, der Eisenbahn. Betrug 2004 die Differenz zwischen den jeweils beförderten Gütern noch etwas über 74 Mill. t oder etwa 24% – die Eisenbahn transportierte etwa 310 Mill. t, die Binnenschifffahrt etwa 236 Mill. t –, so lag der Unterschied 2005 bei einer Transportmenge der Bahn von über 317 Mill. t²⁾ bei knapp 81 Mill. t oder etwas über 25%.

Starker Rückgang der Güterbeförderung im letzten Quartal 2005

Mit Ausnahme der Monate Februar und März lag die Güterbeförderung auf den deutschen Binnenwasserstraßen in den ersten neun Monaten 2005 deutlich über dem Niveau

von 2004. Bis September wurde das entsprechende Vorjahresergebnis um knapp 4% übertroffen. Im Oktober brach diese positive Entwicklung dann aber ab. Für diesen und die beiden nachfolgenden Monate mussten starke Rückgänge festgestellt werden, die die Beförderungsmenge zum Teil bis knapp 16% (November 2005 gegenüber November 2004) unter das Vorjahresniveau drückten. Diese Entwicklungen sind in den Schaubildern 2 und 3 dargestellt, die den Jahresverlauf der Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt abbilden.

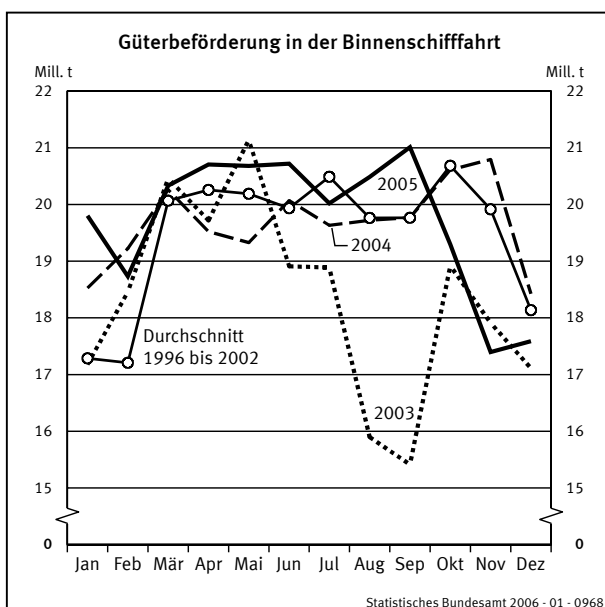
Mit etwas über 21 Mill. t erreichte im Jahr 2005 die beförderte Gütermenge im September ihr höchstes Monatsergebnis. Die von Streckensperrungen, Unfällen und Niedrigwasser geprägten Monate November und Dezember 2005 weisen mit Gütermengen von 17,4 Mill. bzw. 17,6 Mill. t dagegen so niedrige Werte auf, wie sie in keinem Monat des Jahres 2004 aufgetreten waren. In jenem Jahr lag der niedrigste Wert bei 18,4 Mill. t für den Monat Dezember. Wie Beförderungsdaten von unter 18 Mill. t zu bewerten sind, wird bei einer Betrachtung monatlicher Ergebnisse der letzten 40 Jahre deutlich. Die niedrigste seit Anfang 1966 in der deutschen Binnenschifffahrt festgestellte Beförderungsmenge wurde im Januar 1987 mit 12,2 Mill. t registriert, gefolgt von knapp 12,3 Mill. t im Februar 1970.

2) Statistisches Bundesamt, Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 1.1 „Verkehr aktuell 04/2006“.

Tabelle 2: Ein- und ausgeladene Güter nach Ein- und Ausladeregionen

Land/Wasserstraßengebiet	Insgesamt			Und zwar					
				eingeladene Güter			ausgeladene Güter		
	2005	2004	Veränderung	2005	2004	Veränderung	2005	2004	Veränderung
	Mill. t		%	Mill. t		%	Mill. t		%
Güterumschlag insgesamt									
Deutschland	271,2	267,4	+ 1,4	111,3	107,1	+ 4,0	159,8	160,3	- 0,3
Elbegebiet	21,5	18,7	+ 15,2	12,7	11,4	+ 11,0	8,9	7,3	+ 21,7
dar.: Hamburg	11,2	9,0	+ 24,4	6,8	5,9	+ 14,4	4,4	3,0	+ 43,8
Wesergebiet	12,2	12,7	- 4,2	5,8	6,0	- 3,1	6,4	6,7	- 5,3
Mittellandkanalgebiet	16,4	15,8	+ 3,3	7,2	6,4	+ 13,0	9,2	9,5	- 3,2
Westdeutsches Kanalgebiet	34,3	33,9	+ 1,0	13,2	13,7	- 3,8	21,1	20,2	+ 4,3
Rheingebiet	173,2	173,7	- 0,3	67,1	64,7	+ 3,7	106,1	108,9	- 2,6
Donauegebiet	6,8	6,6	+ 2,2	2,7	2,5	+ 8,7	4,1	4,1	- 1,8
Gebiet Berlin	3,5	2,8	+ 23,2	0,2	0,1	+ 69,2	3,3	2,7	+ 21,0
Gebiet Brandenburg und Binnengebiet Mecklenburg- Vorpommern	3,4	3,1	+ 9,3	2,4	2,2	+ 9,8	1,0	0,9	+ 8,2
Küstengebiet Mecklenburg- Vorpommern	0,0	0,0	- 93,5	0,0	0,0	- 93,5	-	-	-
Grenzüberschreitender Verkehr									
Ausland insgesamt	156,5	156,5	± 0,0	53,4	51,4	+ 3,9	103,2	105,1	- 1,8
Niederlande	111,4	111,6	- 0,2	3,1	29,3	+ 5,2	80,6	82,3	- 2,1
Belgien	24,3	26,5	- 8,5	12,1	14,7	- 17,4	12,1	11,9	+ 2,5
Frankreich	6,6	7,0	- 7,1	2,2	1,8	+ 20,1	43,8	5,2	- 16,5
Polen	2,2	2,1	+ 3,2	0,4	0,3	+ 16,8	18,0	1,8	+ 0,8
Schweiz	1,6	1,5	+ 3,6	1,4	1,2	+ 10,0	0,2	0,3	- 24,7
Vereinigtes Königreich	1,6	1,7	- 6,8	1,1	1,1	- 4,5	0,5	0,5	- 11,5
Tschechische Republik	0,9	0,6	+ 50,0	0,3	0,4	- 2,2	0,6	0,2	+ 125,2
Österreich	1,6	1,5	+ 9,2	1,0	1,0	+ 4,9	0,6	0,5	+ 18,2
Ungarn	1,3	1,3	- 4,2	0,3	0,4	- 24,4	1,0	0,9	+ 4,1
Luxemburg	0,4	0,6	- 20,7	0,3	0,4	- 15,0	0,1	0,2	- 33,1
Sonstiges Ausland	4,8	2,0	+ 139,7	3,4	0,8	+ 351,3	1,4	1,2	+ 11,6
Durchgangsverkehr									
Ausland insgesamt	23,6	24,2	- 2,5	23,6	24,2	- 2,5	23,6	24,2	- 2,5
Niederlande	17,7	17,3	+ 2,3	11,5	11,5	+ 0,2	6,2	5,8	+ 6,4
Frankreich	13,3	13,9	- 4,2	6,1	6,1	- 1,3	7,3	7,8	- 6,4
Schweiz	6,0	6,3	- 5,4	1,2	1,3	- 9,8	4,8	5,0	- 4,3
Belgien	5,6	6,6	- 14,5	3,2	4,0	- 20,0	2,4	2,6	- 5,8
Österreich	1,8	1,8	- 1,2	0,4	0,4	+ 21,2	1,4	1,5	- 6,7
Ungarn	1,2	1,1	+ 9,7	0,5	0,4	+ 18,8	0,6	0,6	+ 3,1
Luxemburg	0,9	0,9	- 1,6	0,2	0,2	+ 7,7	0,8	0,8	- 3,4
Polen	0,0	0,0	+ 289,7	0,0	0,0	+ 226,4	0,0	0,0	X
Tschechische Republik	0,0	0,0	+ 21,1	0,0	0,0	- 10,0	0,0	0,0	+ 65,6
Sonstiges Ausland	0,4	0,3	+ 45,4	0,3	0,2	+ 106,8	0,0	0,1	- 29,9

Schaubild 2



Mit knapp 23,9 Mill. t wurde innerhalb der letzten vier Jahrzehnte im Juli 1979 die größte Gütermenge transportiert. Monatliche Beförderungsmengen von über 22 Mill. t, die insbesondere in den 70er-, vereinzelt noch Anfang der 80er-Jahre des letzten Jahrhunderts keine Seltenheit waren, traten letztmalig im März 1995 auf. Obwohl aus einzelnen Monatsergebnissen grundsätzlich nicht auf die Gesamtentwicklung eines Jahres geschlossen werden kann, verdeutlichen diese Zahlen die Stagnation, die für die Güterbeförderung der Binnenschifffahrt insgesamt in den letzten Jahrzehnten festgestellt werden muss.

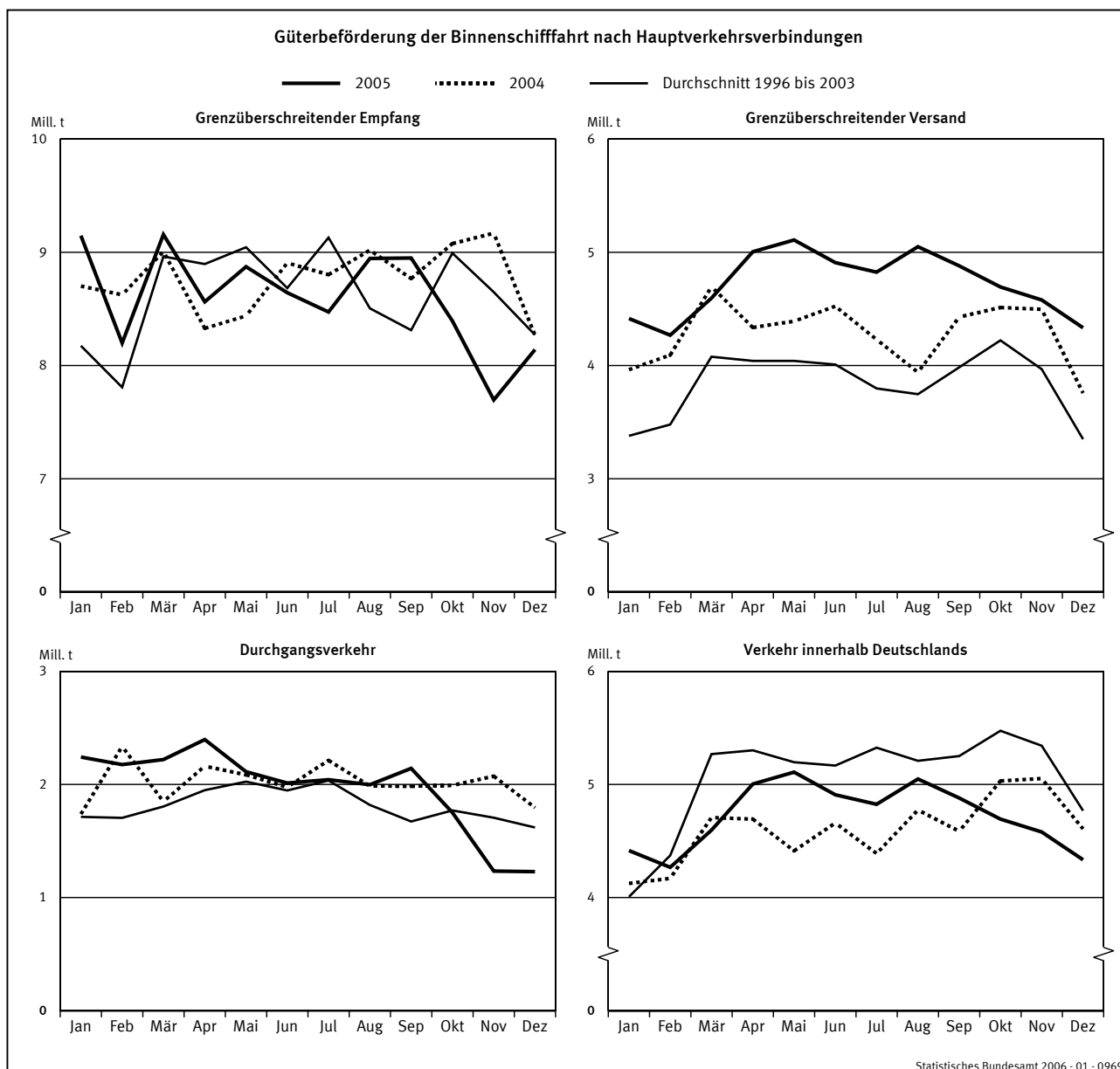
Wachstum nur beim grenzüberschreitenden Versand und innerdeutschen Verkehr

Während 2004 bei allen Hauptverkehrsbeziehungen Zuwächse zu verzeichnen waren, übertrafen 2005 lediglich der grenzüberschreitende Versand und der Verkehr zwischen deutschen Häfen das Vorjahresergebnis (siehe Tabelle 3

Tabelle 3: Güterbeförderung der Binnenschifffahrt nach Güterabteilungen

Güterabteilung	Gesamtverkehr			Und zwar											
				grenz- überschreitender Empfang			grenz- überschreitender Versand			Verkehr innerhalb Deutschlands			Durchgangsverkehr		
	2005	2004	Verän- derung	2005	2004	Verän- derung	2005	2004	Verän- derung	2005	2004	Verän- derung	2005	2004	Verän- derung
	Mill. t		%	Mill. t		%	Mill. t		%	Mill. t		%	Mill. t		%
Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse ...	11,2	8,8	+26,9	2,0	1,8	+11,6	3,3	2,7	+21,1	2,6	1,6	+56,2	3,3	2,6	+25,6
Andere Nahrungs- und Futtermittel	15,8	15,9	-0,7	6,9	7,2	-4,8	3,3	3,3	+2,7	3,4	3,2	+6,0	2,1	2,1	-1,9
Feste mineralische Brennstoffe	33,7	34,1	-1,2	21,2	20,9	+1,2	1,0	1,0	+7,5	7,6	8,0	-4,8	3,9	4,3	-8,2
Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase	38,8	38,6	+0,5	15,5	15,9	-2,8	4,2	3,8	+8,8	14,8	14,7	+0,6	4,4	4,2	+5,5
Erze und Metallabfälle	35,8	38,2	-6,1	28,7	30,4	-5,6	2,3	2,4	-2,8	3,1	3,4	-8,6	1,8	2,0	-12,2
Eisen, Stahl und NE-Metalle	13,2	12,9	+2,0	4,8	4,4	+7,5	5,3	5,5	-3,1	1,5	1,3	+19,8	1,6	1,8	-8,6
Steine und Erden (einschl. Baustoffen)	44,2	45,4	-2,7	8,9	9,7	-8,5	17,0	17,4	-2,2	15,7	15,2	+2,9	2,7	3,2	-15,3
Natürliche und chemische Düngemittel	6,1	6,4	-4,9	2,8	3,0	-4,4	1,7	1,8	-5,9	1,0	1,1	-1,3	0,6	0,6	-10,5
Chemische Erzeugnisse	20,0	19,1	+4,5	7,6	7,3	+3,8	6,6	6,1	+9,0	5,3	5,2	+1,1	0,5	0,5	-3,9
Andere Halb- und Fertigwaren	17,9	16,3	+9,6	4,9	4,4	+10,0	8,6	7,5	+14,5	1,7	1,6	+12,1	2,7	2,8	-5,4
Insgesamt ...	236,8	235,9	+0,4	103,2	105,1	-1,8	53,4	51,4	+3,9	56,7	55,2	+2,6	23,6	24,2	-2,5

Schaubild 3



sowie die Schaubilder 1 und 3). Sie nahmen um 3,9 bzw. 2,6% zu. Der grenzüberschreitende Empfang und insbesondere der Transitverkehr durch Deutschland verringerten sich dagegen um 1,8 bzw. 2,5%. In absoluten Werten liegen die Transporte aus dem Ausland aber weiterhin an der Spitze. Mit 103,2 Mill. t entfallen knapp 44% der Güterbeförderung auf deutschen Binnenwasserstraßen auf diese Verkehrsrelation. An zweiter Stelle liegt mit 56,7 Mill. t oder einem knappen Viertel der innerdeutsche Verkehr, gefolgt vom grenzüberschreitenden Versand mit 53,4 Mill. t und einem Anteil von etwa 23%. Der Durchgangsverkehr – hier handelt es sich überwiegend um Verkehr auf dem Rhein von und nach den niederländischen Nordseehäfen – umfasst ein Transportvolumen von 23,6 Mill. t und ist mit knapp 10% am Güteraufkommen der Binnenschifffahrt beteiligt.

In welchem Umfang sich die Anteile der vier Verkehrsrelationen verändert haben, zeigt ein langfristiger Vergleich (siehe Schaubild 1). So machten 1960 die innerdeutschen Transporte mit etwa 53% noch mehr als die Hälfte des Binnenschiffsverkehrs aus, gefolgt vom grenzüberschreitenden Empfang mit etwa 27%. An dritter Stelle lag der Versand ins Ausland, dessen Anteil damals 17% betrug. Mit nur etwa 4% der auf deutschen Binnenwasserstraßen beförderten Güter hatte der Durchgangsverkehr eine weitaus geringere Bedeutung. In absoluten Zahlen zeigt sich, dass sich die zwischen deutschen Binnenhäfen transportierte Gütermenge im Zeitraum von 1960 und 2005 von 90 Mill. t auf etwa 57 Mill. t verringert hat, also um über ein Drittel zurückgegangen ist. Diese Verkehrsrelation ist damit die einzige, bei der das jetzige Güteraufkommen geringer ist als vor 45 Jahren. Das größte in diesem Zeitraum zwischen deutschen Häfen ermittelte Transportvolumen lag bei etwa 102 Mill. t im Jahr 1970. Um über 80% zugenommen hat dagegen der grenzüberschreitende Versand, bei dem sich die beförderte Gütermenge von etwa 29 Mill. t im Jahr 1960 auf 53 Mill. t im Jahr 2005 erhöht hat. 1978 wurde hier mit 59 Mill. t allerdings auch schon einmal ein erheblich größeres Transportvolumen gemessen. Mehr als verdoppelt hat sich der Empfang aus dem Ausland. Bei dieser Verkehrsbeziehung nahm die Beförderungsmenge von 46 Mill. t auf 103 Mill. t zu. Spitzenwerte wurden hier in den Jahren 1998 und 2000 mit jeweils etwa 109 Mill. t festgestellt. Den prozentual größten Zuwachs verzeichnete der Transitverkehr. So entspricht die heutige Transportmenge dem Drei- bis Vierfachen der Transportmenge von 1960 mit etwa 7 Mill. t. Die hier im letzten Jahr ermittelten etwa 24 Mill. t lagen nur geringfügig unter den Höchstwerten von 2001 und 2002, die etwa 25 Mill. t betrugen.

Güterbeförderung in fünf von zehn Güterabteilungen rückläufig

Während sich 2004 mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse die Güterbeförderung der Binnenschifffahrt in allen anderen Güterabteilungen positiv

entwickelt hatte, zeigten sich im vergangenen Jahr stark unterschiedliche Veränderungen (siehe Tabelle 3). Bei Nahrungs- und Futtermitteln, festen mineralischen Brennstoffen, Steinen und Erden, Düngemitteln sowie Erzen und Metallabfällen sind Rückgänge zwischen 0,7 und 6,1% festzustellen. Die Güterabteilungen „Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase“, „Eisen, Stahl und NE-Metalle“, „Chemische Erzeugnisse“, „Andere Halb- und Fertigwaren“ und „Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse“ verzeichnen dagegen Zuwächse, die sich zwischen 0,5% und knapp 27% bei der letztgenannten Abteilung bewegen. Zurückzuführen sein dürfte dieser starke Anstieg zum Teil auf von 2004 auf 2005 verlagerte Getreidetransporte als Folge der überdurchschnittlichen Ernte 2004 und des damit einhergehenden Preisverfalls.

Absolut gesehen waren auch im Jahr 2005 Steine und Erden (einschl. Baustoffen) die mengenmäßig bedeutendsten in der Binnenschifffahrt transportierten Güter. Mit 44,2 Mill. t machten sie knapp 19% der Beförderungsmenge aus. An zweiter Stelle folgten Güter der Abteilung „Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase“ (38,8 Mill. t), danach „Erze und Metallabfälle“ (35,8 Mill. t).

Differenziert nach Verkehrsbeziehungen waren auch 2005 Erze und Metallabfälle wieder die meisten der aus dem Ausland empfangenen Güter. Hiervon wurden im vergangenen Jahr 28,7 Mill. t über Binnenschiffe nach Deutschland eingeführt. 2004 waren es noch 30,4 Mill. t. Beim grenzüberschreitenden Versand sowie im innerdeutschen Verkehr stand die Güterabteilung „Steine und Erden“ mit 17,0 Mill. bzw. 15,7 Mill. t (2004: 17,4 Mill. bzw. 15,2 Mill. t) an der Spitze, wogegen im Durchgangsverkehr diesmal Erdöl, Mineralölerzeugnisse und Gase mit 4,4 Mill. t den ersten Platz einnahmen und damit die festen mineralischen Brennstoffe ablösten, die 2004 mit 4,3 Mill. t diese Position belegten.

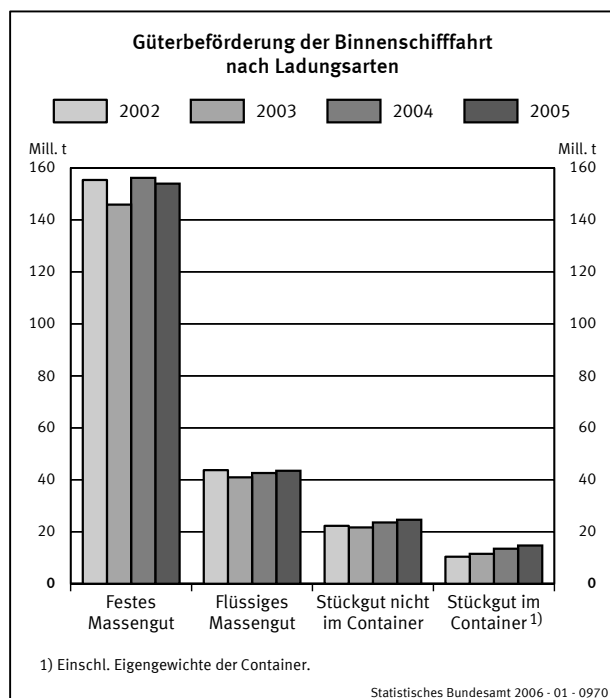
Anteil des festen Massenguts bei zwei Dritteln der Transportmenge

Mit knapp 154 Mill. t transportierter Güter dominierte wie schon in den Vorjahren auch 2005 in der Binnenschifffahrt das feste Massengut³⁾ (siehe Schaubild 4). Hierbei handelt es sich um Güter, die in großen Mengen ohne Verpackung transportiert werden, zum Beispiel Kohle, Erze oder Getreide. Gegenüber 2004 hat die Menge des festen Massengutes allerdings um 2,2 Mill. t oder 1,4% abgenommen. Damit ist das feste Massengut die einzige Ladungsart, bei der von 2004 auf 2005 ein Rückgang der Transportmenge festzustellen ist. Mit einem Anteil von über 65% entfallen aber immer noch fast zwei Drittel aller auf Binnenwasserstraßen beförderten Güter auf diese Kategorie.

Die zweitwichtigste Ladungsart in der Binnenschifffahrt bildet das flüssige Massengut. Mit etwa 43,5 Mill. t wurden im vergangenen Jahr von diesen Gütern knapp 1 Mill. t oder

3) Die Art der Ladung wird von der Statistik nicht separat erhoben. Die quantitative Ermittlung der Ladungsarten erfolgt daher gemäß den Eigenschaften der 175 Gütergruppen. Die Zuordnung der einzelnen Gütergruppen zu den Ladungsarten ist nicht für jede Gütergruppe trennscharf. Das hier angegebene absolute Niveau der drei Ladungsarten festes Massengut, flüssiges Massengut und Stückgut ist daher mit Unsicherheiten behaftet. Die aufgezeigten Entwicklungen dürften jedoch sehr genau sein.

Schaubild 4



1,9% mehr transportiert als 2004. Der Anteil des flüssigen Massenguts lag damit bei etwas über 18% der Gesamttransportmenge. Wesentlich stärker gewachsen als die Massenguttransporte sind die Transporte in den beiden Stückgutkategorien. So erhöhte sich die Tonnage des nicht in Containern transportierten Stückgutes um knapp 5% auf etwa 25 Mill. t. Die Transportmenge von Stückgut in Containern nahm sogar um fast 9% auf etwas unter 15 Mill. t zu. Trotz dieses überdurchschnittlichen Anstiegs beträgt der Anteil des Stückguts insgesamt an allen in der Binnenschifffahrt beförderten Gütern aber immer noch nur knapp 17%. In diesen Anteilen wird sichtbar, in welchen Bereichen auch weiterhin die eigentliche Stärke der Binnenschifffahrt liegt: in der Beförderung von Massengütern, für die Transportzeiten nicht die ausschlaggebende Rolle spielen, wohl aber aufgrund der großen zu befördernden Mengen die niedrigen Transportkosten, die ein Binnenschiff verglichen mit anderen Verkehrsträgern aufweist. Nicht zu übersehen ist allerdings auch die zunehmende Bedeutung von Containertransporten. Zwar erreichen diese in der Binnenschifffahrt bei weitem noch nicht die Bedeutung wie im Seeverkehr – dort erfolgen etwa 34% der Transporte in Containern –, nehmen aber auch hier Jahr für Jahr überdurchschnittlich zu, wie im nachfolgenden Kapitel beschrieben ist.

Mehr Ladung in Containern befördert

Grundsätzlich lassen sich Angaben zu Containerverkehr nach drei Merkmalen differenzieren: nach der Zahl der Container, nach der in 20-Fuß-Containern gewichteten Containerzahl (TEU)⁴⁾ und nach dem Gewicht der in Con-

tainern transportierten Ladung. Wie schon in den Vorjahren zeigten sich auch 2005 für alle drei Kategorien kontinuierliche und den Güterumschlag insgesamt übertreffende Zuwächse (siehe Tabelle 4). So nahm nach einem Zuwachs um 17,3% im Jahr 2004 im vergangenen Jahr die in Containern beförderte Gütermenge um 8,8% zu. Um den gleichen Prozentsatz erhöhte sich auch die absolute Zahl der Container, die nunmehr bei knapp 1,4 Mill. liegt. Bei den TEU ist eine Zunahme um 8,5% festzustellen, womit die Gesamtzahl der TEU in der Binnenschifffahrt erstmals die 2-Millionen-Grenze überschritten hat.

Tabelle 4: Containerverkehr der Binnenschifffahrt

Verkehrsbeziehung	Einheit	2005	2004	Veränderung in %
Verkehr innerhalb Deutschlands	1000 TEU	204	172	+18,6
beladen	1000 TEU	106	103	+3,1
Gewicht der Ladung ¹⁾	1000 t	1354	1278	+6,0
Zahl der Container	Anzahl	136913	114421	+19,7
Grenzüberschreitender Empfang	1000 TEU	810	728	+11,3
beladen	1000 TEU	353	323	+9,0
Gewicht der Ladung ¹⁾	1000 t	3413	3132	+9,0
Zahl der Container	Anzahl	525791	471874	+11,4
Grenzüberschreitender Versand	1000 TEU	853	781	+9,2
beladen	1000 TEU	731	680	+7,5
Gewicht der Ladung ¹⁾	1000 t	8229	7365	+11,7
Zahl der Container	Anzahl	510026	508135	+0,4
Durchgangsverkehr	1000 TEU	243	263	-7,7
beladen	1000 TEU	165	177	-6,6
Gewicht der Ladung ¹⁾	1000 t	1696	1726	-1,7
Zahl der Container	Anzahl	154598	164951	-6,3
Gesamtverkehr	1000 TEU	2110	1944	+8,5
beladen	1000 TEU	1355	1283	+5,6
Gewicht der Ladung ¹⁾	1000 t	14692	13501	+8,8
Zahl der Container	Anzahl	1369958	1259381	+8,8

1) Ohne Eigengewichte der Container.

Differenziert nach Verkehrsrelationen wies der Verkehr innerhalb Deutschlands die größte Zunahme auf. Hier nahmen die TEU um knapp 19%, die Zahl der Container um fast 20% und die beförderte Gütermenge um 6% zu. Im grenzüberschreitenden Empfang wurden über 11% mehr TEU und Container gezählt, die Ladungsmenge erhöhte sich um 9%. Mit dieser Entwicklung koppeln sich die Containertransporte von der Gesamtentwicklung dieser Verkehrsrelation stark ab, die – wie bereits beschrieben – um 1,8% rückläufig war. Beim grenzüberschreitenden Versand nahmen die TEU um etwas über 9%, das Gewicht der Ladung sogar um knapp 12% zu. Auffallend ist hier, dass sich bei einem starken Zuwachs an TEU die Containerzahl nur um 0,4% erhöht hat. Dies deutet darauf hin, dass beim Versand in ausländische Häfen eine Verlagerung von den kleineren 20- und 30-Fuß-Containern auf die größeren 40-Fuß-Container stattgefunden hat. Eine Sonderentwicklung wies im vergangenen Jahr der Durchgangsverkehr auf. War dieser 2004 noch mit weit über 25% von allen Verkehrsrelationen am stärksten gewachsen, so sind hier 2005 Rückgänge von knapp 8% bei den TEU, etwas über 6% bei der Zahl der Container und immerhin noch fast 2% bei der Gütermenge festzustellen. Mit diesen Abnahmen entsprechen die Containertransporte im Durchgangsverkehr der Gesamtentwicklung dieser Ver-

4) Ein TEU (= Twenty-foot-Equivalent-Unit) entspricht dabei einem 20-Fuß-Container mit 6,1 m Länge, 2,4 m Breite und 2,6 m Höhe.

kehrsrelation, deren Gütertransporte 2005 um 2,5% rückläufig waren.

Insgesamt betrug der Anteil der in Containern transportierten Güter im Jahr 2005 etwa 6,2%, 2004 waren es etwa 5,7% und im Jahr 2000 knapp 4%.

Mehr Güter auf dem Main-Donau-Kanal transportiert

Nach einem Anstieg um 12,5% im Jahr 2004 stieg die Güterbeförderung auf dem Main-Donau-Kanal im vergangenen Jahr um weitere 7,6% an (siehe Tabelle 5). Mit gut 7,8 Mill. t beförderter Güter wurden wieder Ergebnisse wie 2001 und 2002 erreicht. Im Jahr 2000 waren mit knapp 8,5 Mill. t allerdings schon erheblich mehr Güter auf dieser Wasserstraße befördert worden. Während sich generell in der Binnenschifffahrt der Anteil der in Containern transportierten Güter kontinuierlich erhöht hat, kann dies für den Main-Donau-Kanal nicht festgestellt werden. So ging hier in den letzten sechs Jahren der Containeranteil von 2,5% (2000) auf nur noch 1,0% (2005) der gesamten Transportmenge zurück. In absoluten Zahlen nahm die Tonnage der auf dem Main-Donau-Kanal in Containern transportierten Gütermenge von 0,2 Mill. t im Jahr 2000 auf nur noch 0,1 Mill. t im Jahr 2005 ab, was einem Rückgang von über 60% entspricht. Zu untersuchen, worauf diese im Vergleich zur Gesamtentwicklung der Binnenschifffahrt abweichende Entwicklung zurückzuführen ist, bleibt weiteren Analysen vorbehalten.

Tabelle 5: Entwicklung der Güterbeförderung auf dem Main-Donau-Kanal

Jahr	Güterbeförderung insgesamt		Und zwar:			
			in Containern		auf Schiffen unter deutscher Flagge	
	1 000 t	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1 000 t	Anteil an insgesamt in %	1 000 t	Anteil an insgesamt in %
2000	8 449,9	+9,6	210,9	2,5	4 366,8	51,7
2001	7 812,1	-7,5	172,5	2,2	4 317,1	55,3
2002	7 806,5	-0,1	101,9	1,3	3 944,9	50,5
2003	6 474,4	-17,1	68,9	1,1	3 384,9	52,3
2004	7 286,8	+12,5	87,1	1,2	3 734,7	51,3
2005	7 837,4	+7,6	81,9	1,0	3 780,8	48,2

Rückläufig ist der Anteil der mit Schiffen unter deutscher Flagge beförderten Güter auf dem Main-Donau-Kanal. War dieser Anteil zwischen 2000 und 2004 mit 50 bis 55% verhältnismäßig stabil, wurde im vergangenen Jahr erstmals mehr als die Hälfte der Güter auf Schiffen unter ausländischer Flagge transportiert. Auf deutschen Schiffen waren es dagegen nur noch etwas über 48%. Ob sich in diesen Zahlen schon die Erweiterung der Europäischen Union (EU) um Donauanliegerstaaten und eine damit verstärkte Übernahme von Transporten durch Binnenschiffer aus diesen Ländern widerspiegelt, wird erst die Entwicklung in den nächsten Jahren verdeutlichen.

Tabelle 6: Güterumschlag ausgewählter deutscher Häfen in der Binnenschifffahrt

Hafen	Gesamtverkehr			Und zwar					
				Empfang			Versand		
	2005	2004	Veränderung	2005	2004	Veränderung	2005	2004	Veränderung
	Mill. t		%	Mill. t		%	Mill. t		%
Duisburg	49,2	48,9	+0,6	39,0	40,0	-2,5	10,2	8,9	+14,6
Köln	15,0	14,7	+1,8	7,2	7,1	+1,4	7,8	7,6	+2,2
Hamburg	11,2	9,0	+24,4	4,4	3,0	+43,8	6,8	6,0	+14,4
Mannheim	8,1	7,7	+5,5	5,7	5,6	+1,8	2,4	2,1	+15,7
Ludwigshafen	7,2	7,3	-1,1	2,1	5,5	-5,8	5,2	1,8	+13,0
Karlsruhe	6,5	6,7	-2,8	2,8	3,2	-12,8	3,7	3,5	+6,6
Neuss	6,1	5,7	+7,8	4,1	3,8	+9,0	2,0	1,9	+5,5
Bremen/Bremerhaven ...	5,5	6,0	-8,6	3,8	4,0	-4,7	1,7	2,0	-16,3
Heilbronn	4,4	4,3	+3,3	2,3	2,3	+0,6	2,1	2,0	+6,3
Gelsenkirchen	3,6	3,7	-4,2	1,0	0,9	+9,5	2,6	2,8	-8,6
Regensburg	3,5	3,5	+0,2	2,0	2,0	-1,6	1,5	1,5	+2,8
Berlin	3,5	2,8	+23,2	3,3	2,7	+21,0	0,2	0,1	+69,2
Marl	3,4	3,3	+4,8	2,3	2,3	+1,9	1,1	1,0	+11,4
Krefeld/Uerdingen	3,4	3,3	+2,7	2,6	2,5	+6,8	0,7	0,8	-9,7
Kehl	3,3	3,5	-5,9	2,4	2,5	-4,1	0,9	1,0	-10,1
Wesseling	3,2	3,0	+7,0	0,4	0,3	+60,0	2,8	2,7	+1,9
Frankfurt am Main	3,1	3,4	-9,0	2,4	2,7	-10,0	0,7	0,7	-5,5
Hamm	2,9	2,3	+23,0	2,5	1,9	+31,0	0,4	0,5	-9,8
Mainz	2,8	2,9	-5,7	1,9	2,0	-5,7	0,9	1,0	-5,7
Saarlouis/Dillingen	2,8	2,9	-3,3	1,6	2,0	-18,8	1,2	0,9	+31,1
Andernach	2,6	2,8	-7,9	9,7	1,0	-1,4	1,5	1,8	-11,5
Essen	2,6	2,4	+6,4	0,6	0,7	-9,4	1,9	1,7	+12,8
Magdeburg	2,5	2,2	+15,2	1,3	1,2	+2,3	1,2	0,9	+32,6
Salzgitter	2,4	2,7	-12,4	1,7	2,1	-17,7	0,7	0,7	+3,8
Düsseldorf	2,4	2,3	+1,9	1,5	1,6	-5,2	0,8	0,7	+17,6
Dortmund	2,4	2,3	+1,7	1,0	1,4	-1,8	1,4	0,9	+7,0
Leverkusen	2,3	2,2	+1,0	1,7	1,7	-1,3	0,6	0,5	+8,4
Brunsbüttel	2,2	2,3	-4,2	0,8	0,7	+6,8	1,4	1,5	-9,4
Orsoy	2,0	2,7	-24,8	1,6	2,3	-30,0	0,4	0,4	+3,1
Sonstige Häfen	101,2	100,5	+0,8	51,4	51,4	+0,0	49,8	49,0	+1,6
Insgesamt ...	271,2	267,4	+1,4	159,8	160,3	-0,3	111,3	107,1	+4,0

Duisburg weiterhin mit Abstand der wichtigste Binnenhafen

Nach einem Anstieg um fast 6% im Jahr 2004 gegenüber 2003 hat sich im vergangenen Jahr der Güterumschlag deutscher Binnenhäfen weiter um 1,4% erhöht. Mit gut 271 Mill. t wurde im Jahr 2005 das Vorjahresergebnis um knapp 4 Mill. t übertroffen (siehe Tabelle 6).

Für einzelne Häfen zeigen sich dabei zum Teil stark unterschiedliche Entwicklungen. So konnte Duisburg, der bei weitem größte deutsche Binnenhafen, seinen Umschlag nur um knapp 1% steigern. Der Hafen Köln, der seit Jahren den zweiten Platz unter den deutschen Binnenhäfen einnimmt, weist mit 1,8% zwar eine höhere Zuwachsrates auf, die auch das durchschnittliche Wachstum aller Häfen überschreitet, bleibt damit aber weit hinter der Entwicklung des drittplatzierten Binnenhafens Hamburg zurück. Dort hat der Umschlag in der Binnenschifffahrt – der Seeverkehr, bei dem Hamburg den ersten Platz einnimmt, bleibt hier unberücksichtigt – um fast 25% zugenommen. Damit hat sich für die drei wichtigsten Binnenhäfen Deutschlands im vergangenen Jahr eine Entwicklung ergeben, die genau entgegengesetzt zu der von 2004 verlaufen ist. Damals waren Duisburg und Köln mit über 6 bzw. 11% weit überdurchschnittlich gewachsen, wogegen Hamburg einen Rückgang von 0,6% aufgewiesen hatte.

Unverändert in der Ranking-Liste der deutschen Binnenhäfen bleiben die Positionen vier bis sechs, die von den Häfen Mannheim, Ludwigshafen und Karlsruhe belegt sind. Mannheim konnte dabei seinen Umschlag überdurchschnittlich um 5,5% steigern, die anderen beiden Häfen weisen geringe Rückgänge auf. Eine Veränderung in der Reihenfolge ergibt sich 2005 zwischen Bremen/Bremerhaven und Neuss. Lagen die Bremischen Häfen 2004 mit 6 Mill. t noch an siebter Stelle, so mussten sie diese Position im vergangenen Jahr Neuss überlassen. Zurückzuführen ist dieser „Tausch“ darauf, dass in Neuss mit einer Zunahme von fast 8% nunmehr ein Güterumschlag von 6,1 Mill. t verzeichnet wurde, Bremen/Bremerhaven bei einem Rückgang von fast 9% dagegen auf 5,5 Mill. t Güterumschlag kam.

Im Zusammenhang mit dem Hafen Neuss sei hier noch ein definitorischer Hinweis zur Darstellung von Hafenanlagen in der amtlichen Statistik gegeben. Alle Häfen, die innerhalb einer Gemeinde liegen, werden grundsätzlich zu einem Hafen zusammengefasst und nachgewiesen. Kooperationen, organisatorische oder unternehmerische Zusammenschlüsse von Häfen über Gemeindegrenzen hinaus, wie zum Beispiel zwischen Neuss und Düsseldorf der Fall, führen infolgedessen nicht dazu, dass diese Häfen als eine Einheit dargestellt werden.

Insgesamt weisen von den in Tabelle 6 ausgewiesenen 29 Häfen 17 positive und 12 negative Veränderungsrates gegenüber 2004 auf. Die Entwicklungen reichen dabei von einem Plus von über 24% in Hamburg bis zu einem Minus von fast 25% für Orsoy. Mit Zunahmen im zweistelligen Bereich ragen ebenfalls die Häfen von Berlin, Hamm und Magdeburg heraus, mit einer Abnahme in dieser Größenordnung der Hafen von Salzgitter.

Anteil der niederländischen Flagge stabil

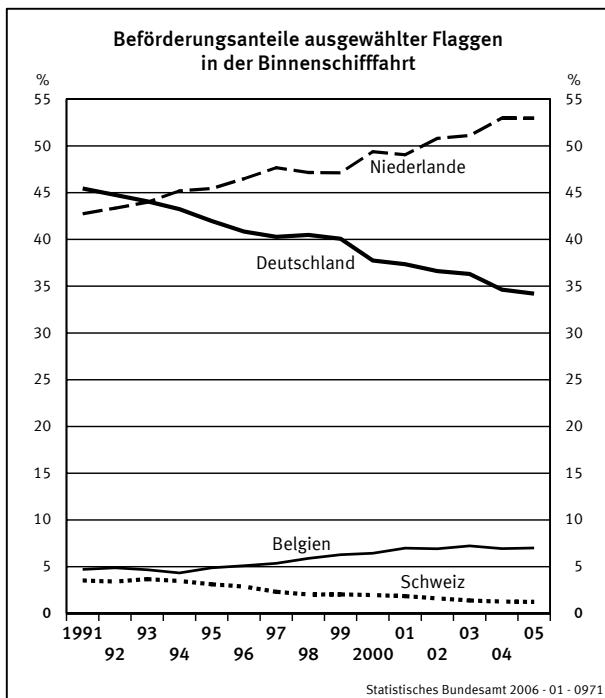
Von den im Jahr 2005 insgesamt knapp 237 Mill. t auf deutschen Wasserstraßen beförderten Gütern wurden nur etwa 81 Mill. t auf Schiffen unter deutscher Flagge transportiert (siehe Tabelle 7). Gegenüber 2004 war dies ein Rückgang um etwa 0,7 Mill. t; der Anteil der deutschen Schiffe an der Güterbeförderung hat sich weiter verringert und beträgt jetzt nur noch 34,2%, verglichen mit 34,6% im Jahr 2004 und über 45% 1991. Damit hat sich der seit Jahren zu beobachtende Trend der abnehmenden Beteiligung deutscher Schiffe am Gütertransport weiter fortgesetzt (siehe die Schaubilder 5 und 6 auf den Seiten 756 und 757).

Schiffe unter niederländischer Flagge, die 2002 erstmals über die Hälfte der Transportmenge auf deutschen Binnenwasserstraßen befördert hatten, konnten ihren Anteil dagegen halten und liegen wie schon im Jahr zuvor bei 53%. 2003 waren es noch 51,1% und 1991 nur knapp 43%. Insgesamt wurden 2005 über 125 Mill. t auf niederländischen

Tabelle 7: Güterbeförderung nach Flaggen

Flagge	Gesamtverkehr		Veränderung 2005 gegenüber 2004		Anteil am Verkehr insgesamt	
	2005	2004			2005	2004
	1 000 t				%	
Niederlande	125 404,0	124 993,5	+410,5	+0,3	53,0	53,0
Deutschland	80 997,6	81 667,0	-669,4	-0,8	34,2	34,6
Belgien	16 582,3	16 365,2	+217,1	+1,3	7,0	6,9
Polen	2 970,5	2 364,1	+606,4	+25,7	1,3	1,0
Schweiz	2 923,5	2 986,7	-63,2	-2,1	1,2	1,3
Österreich	1 347,0	1 289,7	+171,5	+14,6	0,6	0,5
Tschechische Republik	1 275,4	916,7	+358,7	+39,1	0,5	0,4
Frankreich	1 231,9	1 183,1	+48,8	+1,4	0,5	0,5
Luxemburg	1 078,3	1 175,5	-211,4	-16,4	0,5	0,5
Ungarn	386,0	416,1	-30,1	-7,2	0,2	0,2
Übrige Flaggen	1 946,4	2 502,8	-556,4	-22,2	0,8	1,1
Insgesamt ...	236 765,2	235 860,7	+904,5	+0,4	100	100

Schaubild 5



Schiffen transportiert, eine im Vergleich zur Gesamtbeförderung leicht unterdurchschnittliche Zunahme um 0,3%.

Weiterhin die zweitwichtigste ausländische Flagge auf deutschen Binnenwasserstraßen ist die von Belgien. Auf Schiffen unter dieser Flagge wurden 2005 etwa 16,6 Mill. t befördert. Ihr Anteil am Gesamtverkehr in der Binnenschifffahrt hat sich damit wieder auf 7% erhöht, nachdem er 2004 auf 6,9% zurückgefallen war.

Während die ersten drei Positionen hinsichtlich der Güterbeförderung nach der Flagge der Schiffe gleich geblieben sind, zeigen sich ab Position vier Veränderungen, die auf den EU-Beitritt einiger ost- und mitteleuropäischer Staaten im Jahr 2004 zurückzuführen sein dürften. So konnten Schiffe unter polnischer Flagge, die 2004 bei der Güterbeförderung noch an fünfter Stelle lagen, erstmals die Schweiz auf diese Position verdrängen und damit den vierten Platz einnehmen. Auffallend ist dabei der hohe Zuwachs von über 25% bei der auf Schiffen dieser Flagge transportierten Gütermenge, wogegen sich bei der Schweiz die schon in den Vorjahren festzustellende negative Entwicklung mit einer Abnahme von etwas über 2% weiter fortsetzte.

Eine noch stärkere Zunahme als bei den Schiffen unter polnischer Flagge zeigt sich bei der Güterbeförderung von Schiffen unter tschechischer Flagge. Diese nahm von 2004 auf 2005 um knapp 40% zu. Die Tschechische Republik schob sich damit sogar um zwei Plätze nach vorn und liegt jetzt vor Luxemburg und Frankreich auf dem siebten

Platz. Nicht für alle der der EU beigetretenen Staaten ist die Entwicklung allerdings so positiv verlaufen. Schiffe unter ungarischer Flagge transportierten 2005 über 7% bzw. 30 000 t weniger Güter auf deutschen Binnenwasserstraßen als noch 2004.

Entwicklung der Binnenschifffahrt im Vergleich mit anderen Verkehrsträgern

Alle Verkehrsträger zusammengefasst hat der Güterverkehr im Jahr 2005 nur geringfügig um 0,4% zugenommen, wobei diese Angabe hinsichtlich einiger Verkehrszweige noch auf vorläufigen Informationen beruht. Bezüglich der Menge der transportierten Güter weist die Luftfahrt mit knapp 9% die größte Zuwachsrate auf, gefolgt vom Seeverkehr mit etwas unter 5% und der Eisenbahn mit gut 2%. Bei Rohrleitungen ist eine Zunahme der beförderten Menge des Rohöls um knapp 2% festzustellen, im Straßenverkehr ein geringer Rückgang der Transporte von 0,3%⁵⁾.

Trotz der leichten Abnahme der Gütertransporte auf der Straße bleibt der Straßengüterverkehr mit über 3 Mrd. t beförderter Güter der bei weitem wichtigste Verkehrsträger, mit dem mehr Güter transportiert werden als von allen anderen Verkehrsträgern zusammen. So entfallen auf die Eisenbahn, die an zweiter Stelle steht, nur gut 317 Mill. t bzw. knapp 11% der im Straßengüterverkehr beförderten Menge. Auf dem dritten Platz – allerdings in den letzten Jahren stark überdurchschnittlich wachsend – hat sich der Seeverkehr mit einer Beförderungsmenge von rund 281 Mill. t etabliert. Erst an vierter Stelle folgt dann die Binnenschifffahrt, deren Transporte nunmehr knapp 237 Mill. t ausmachen. Rohrleitungen und Luftverkehr spielen mit etwa 96 Mill. t bzw. knapp 3 Mill. t im Gütertransport weiterhin nur eine untergeordnete Rolle.

Über die Gründe der stark unterschiedlichen Entwicklungen und Größenordnungen der Gütertransporte der einzelnen Verkehrsträger wurde bereits in einem Aufsatz in dieser Zeitschrift im letzten Jahr berichtet.⁶⁾ Eine Stärkung der Binnenschifffahrt sehen der Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung sowie der mehrjährige Aktionsplan „Naiades“⁷⁾ der EU-Kommission, der bis zum Jahr 2013 angelegt ist, vor. Dabei soll der Binnenschifffahrt Vorrang eingeräumt werden, damit diese verstärkt Gelder aus bestehenden EU-Programmen zur Förderung von Verkehrsnetzen nutzen kann.

Ausblick auf das Jahr 2006

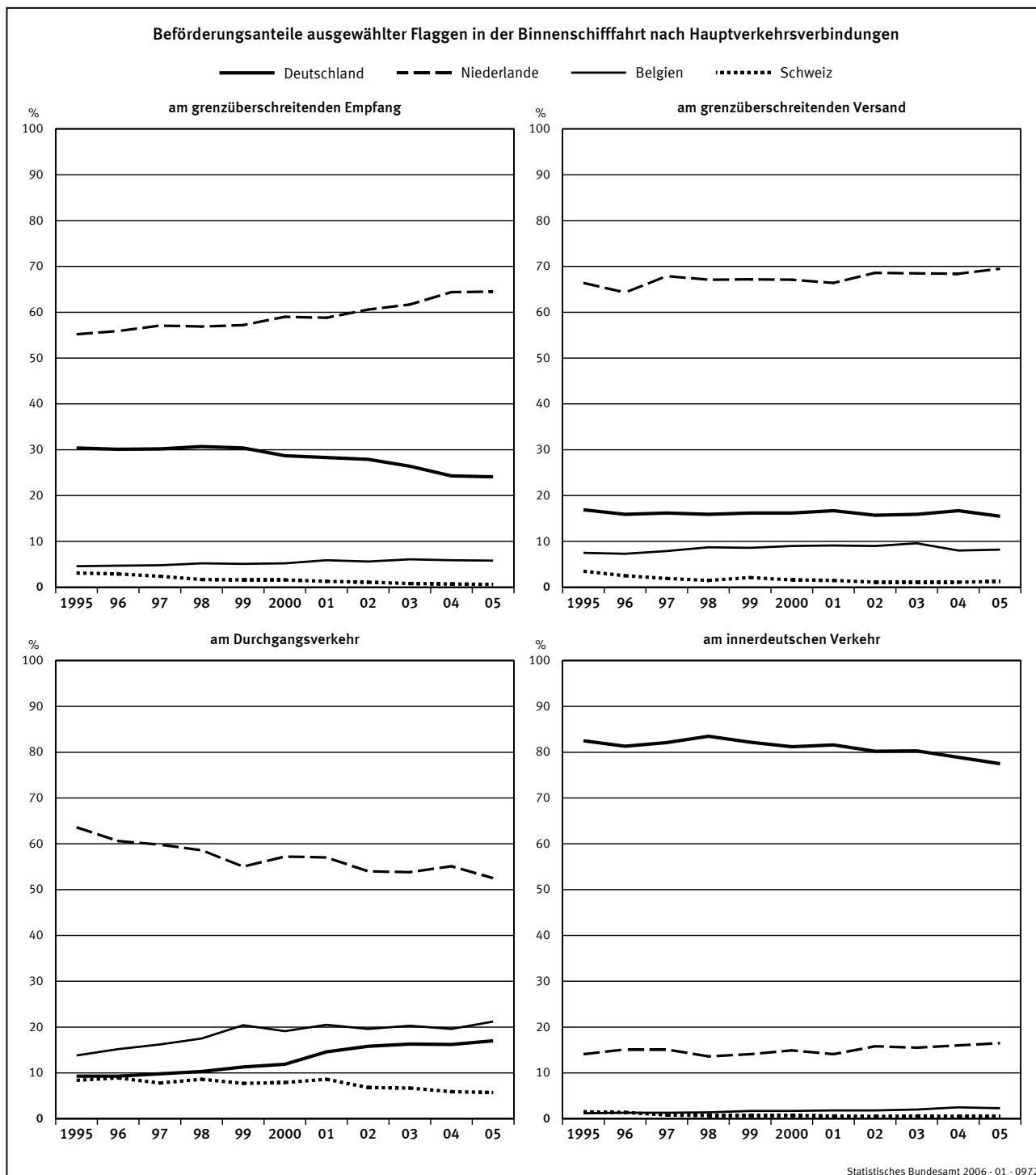
Für das Jahr 2006 lagen bei Redaktionsschluss nur endgültige Ergebnisse für Januar und geschätzte Ergebnisse für

5) Statistisches Bundesamt, Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 1.1 „Verkehr aktuell 04/2006“; Pressemitteilung vom 17. Januar 2006 „2005: Transportaufkommen im Güterverkehr leicht gesunken“; Pressemitteilung vom 22. Februar 2006 „Luftfracht 2005: Einladungen + 6,8%, Ausladungen + 10,8%“.

6) Siehe Winter, H.: „Binnenschifffahrt 2004 – Güterbeförderung nimmt um über 7% zu“ in WiSta 6/2005, S. 601 ff.

7) http://ec.europa.eu/transport/iw/prospect/index_de.htm.

Schaubild 6



Februar und März vor. In den ersten beiden Monaten ist eine Fortsetzung des negativen Trends im letzten Quartal 2005 festzustellen. So hat der Güterverkehr der Binnenschifffahrt im Januar um über 10%, im Februar sogar um über 13% abgenommen. Sogar im Containerverkehr, der sich in der Regel durch ständige Zuwächse auszeichnet, ist ein Rückgang von gut 3 bzw. 7% zu verzeichnen. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass in beiden Monaten die Binnenschifffahrt durch anhaltende Niedrigwasserstände auf dem Rhein

sowie Eisgang und zugefrorene Flüsse und Kanäle im Süden und Osten Deutschlands stärker beeinträchtigt war als 2005. Im März 2006, der für die Binnenschifffahrt wieder erheblich günstigere klimatische Bedingungen mit sich brachte, konnte dann auch wieder ein Gesamtzuwachs von knapp 6% geschätzt werden. Das erste Quartal 2006 unterschreitet das Vorjahresergebnis damit nach ersten Berechnungen um etwa 5,7% bei der Güter- und etwa 2% bei der Containerbeförderung.

Insgesamt ist es auf Basis dieser sehr unterschiedlichen Monatsergebnisse verfrüht, hieraus eine Prognose für das ganze Jahr 2006 abzuleiten. Wie bereits beschrieben, liegt die große Stärke der Binnenschifffahrt im Transport von Massengütern. Gerade bei Wirtschaftsbereichen, die derartige Güter nachfragen – Stahlindustrie, Baubranche – zeichnet sich derzeit eine weitere Erholung der Konjunktur ab, was zu einer erhöhten Nachfrage nach Massengütern führen könnte. Dies gilt insbesondere auch für die Binnenkonjunktur, die sich in den letzten Jahren sowohl im Vergleich mit der inländischen Exportwirtschaft als auch der wirtschaftlichen Entwicklung vieler Nachbarstaaten als sehr schwach erwiesen hatte. [u](#)

Dipl.-Sozialwissenschaftlerin Hannah Alter

Möglichkeiten der Erfassung von Arbeitszeit in Unternehmensbefragungen

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich mit den Möglichkeiten der Erfassung der verschiedenen Formen der Arbeitszeit in Unternehmensbefragungen. Dabei werden drei Messkonzepte der Arbeitszeit zugrunde gelegt: vertragliche Stunden, bezahlte Stunden und geleistete Stunden. Im Rahmen eines vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) finanzierten Forschungsprojektes wurde begleitend zur Feldarbeit der Arbeitskostenerhebung 2004 von den Statistischen Ämtern der Länder Rheinland-Pfalz und Sachsen eine Studie durchgeführt, in der die Möglichkeiten der Erfassung von Arbeitszeit in der Arbeitskostenerhebung 2004 untersucht wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass in einer Unternehmensbefragung die Erhebung von geleisteten Stunden am schwierigsten ist. Angaben zu den bezahlten Stunden können dagegen von den Unternehmen deutlich besser geliefert werden. Die qualitativ besten Angaben können Unternehmen zur Wochenarbeitszeit des am häufigsten vertretenen Arbeitszeitmodells machen.

Vorbemerkung

Angaben zur Arbeitszeit sind nicht nur als wirtschaftlicher Indikator von Bedeutung, sondern auch als sozialer Indikator sehr wichtig. So werden Daten zur Arbeitszeit etwa für die Erstellung verschiedener Arbeitsmarktindikatoren wie Stundenverdienste, Arbeitskosten je Stunde und Arbeitsproduktivität benötigt. Aktuelle Daten über die Arbeitszeit sind ein wichtiger Konjunkturindikator. Neben der Möglichkeit wirtschaftliche Entwicklungen zu untersuchen, bietet das Messen des Niveaus und der Gestaltung der Arbeitszeit für verschiedene Gruppen von Beschäftigten auch die Chance,

Arbeits- und Lebensbedingungen zu beobachten. Genutzt werden die Daten über die Arbeitszeit beispielsweise von Regierungsstellen, Zentralbanken, Gewerkschaften, Wissenschaft oder privaten Unternehmen. Je nach Verwendungszweck werden Angaben für unterschiedliche Arbeitszeitkonzepte, wie zum Beispiel vertragliche, bezahlte oder geleistete Arbeitsstunden, benötigt. Die verschiedenen Messkonzepte der Arbeitszeit werden im ersten Kapitel des Beitrags dargestellt.

Das Merkmal Arbeitszeit wird von der amtlichen Statistik in einer Reihe von Erhebungen erfasst, zum Beispiel in der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union (EU), die in den Mikrozensus integriert ist, in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung und in der Arbeitskostenerhebung. Angaben zur Arbeitszeit werden also sowohl in Unternehmensbefragungen als auch in Haushaltsbefragungen erhoben. Die Vor- und Nachteile dieser unterschiedlichen Ansatzpunkte zur Erfassung der Arbeitszeit werden im zweiten Kapitel beschrieben.

Wie gut Arbeitszeit durch Unternehmensbefragungen erfasst werden kann, wird dann mit Hilfe der Begleitstudie zur Arbeitskostenerhebung 2004 untersucht, deren Ergebnisse im dritten Kapitel dargestellt werden. Die Begleitstudie entstand im Rahmen eines von Eurostat finanzierten Forschungsprojekts.¹⁾ Ziel des Projektes war es zu prüfen, mit welchen Methoden, Maßnahmen und Belastungen Deutschland in der Lage wäre, eine frist- und sachgemäße Datenlieferung der Merkmale Bruttolöhne und -gehälter und geleistete Arbeitsstunden für Betriebe ausgewählter

¹⁾ Siehe Statistisches Bundesamt: „Endbericht der Machbarkeitsstudie: Bruttolöhne und -gehälter und geleistete Arbeitsstunden in anderen Dienstleistungen“, Wiesbaden 2006.

Dienstleistungsbereiche zu gewährleisten. Hintergrund dieser Studie ist eine mögliche Ausweitung der Merkmale des Anhangs D der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken (Amtsbl. der EG Nr. L 162, S. 1).

1 Messkonzepte der Arbeitszeit

Üblicherweise werden drei Messkonzepte der Arbeitszeit unterschieden, die auch auf internationaler Ebene definiert sind: vertragliche Stunden, bezahlte Stunden und tatsächlich geleistete Stunden.²⁾

1.1 Vertragliche Stunden

Unter den vertraglichen (normal gearbeiteten) Stunden versteht man die Stundenzahl, die durch gesetzliche Bestimmungen, durch Tarifverhandlungen oder auf Verhandlungsbasis zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern festgesetzt wurde.

1.2 Bezahlte Stunden

Bezahlte Stunden setzen sich zusammen aus den vertraglichen Stunden und den bezahlten Überstunden. Stunden, die nicht geleistet, aber trotzdem bezahlt wurden (z. B. Jahresurlaub, Krankheit, Feiertage), sind eingeschlossen.

1.3 Tatsächlich geleistete Stunden

Eingeschlossen in die tatsächlich geleisteten Stunden sind:

- Stunden, die im Rahmen der Normalarbeitszeit gearbeitet werden;
- Zeit, die über die Normalarbeitszeit hinaus gearbeitet wird: erstens Überstunden, die bezahlt werden (bezahlte definitive Überstunden), zweitens Überstunden, die auf Arbeitszeitkonten angesammelt werden (transitorische Überstunden) und drittens Überstunden, die nicht bezahlt oder mit Freizeit ausgeglichen werden können (unbezahlte definitive Überstunden);
- Zeit, die mit Aufgaben wie Arbeitsvorbereitung verbracht wird;
- am Arbeitsplatz verbrachte Zeit, während der nicht gearbeitet wurde, zum Beispiel wegen Maschinenstillstands, Unfalls oder Arbeitsmangels, die aber gemäß dem Arbeitsvertrag bezahlt wird;
- kurze Ruhezeiten am Arbeitsplatz, zum Beispiel Tee- oder Kaffeepausen.

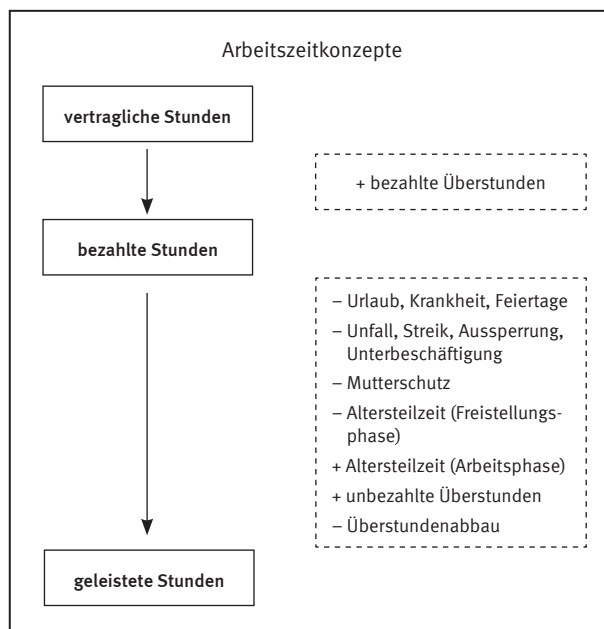
Nicht zu den tatsächlich geleisteten Stunden zählen:

- bezahlte, aber nicht gearbeitete Stunden, wie Urlaub, Feiertage, Abwesenheit aufgrund von Krankheit, Mutterschutzzeiten, Altersteilzeit (Freistellungsphase);

- Essenspausen;
- Fahrzeiten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz.

In Schaubild 1 werden die drei Messkonzepte der Arbeitszeit im Überblick dargestellt.

Schaubild 1



2 Konzepte der Beobachtungseinheit

Angaben zur Arbeitszeit werden sowohl in Befragungen von Haushalten als auch in Unternehmensbefragungen erhoben. Im Folgenden werden die wesentlichen Vor- und Nachteile dieser beiden Beobachtungseinheiten diskutiert.

2.1 Unternehmensbefragungen

Unternehmensbefragungen haben als Datenquelle für Arbeitsstunden den Vorteil, dass sich die Angaben zumindest teilweise auf Aufzeichnungen in Verträgen, Tarifen, aus der Zeiterfassung oder dem Rechnungswesen stützen können. So gehen Informationen über vertragliche Stunden direkt aus den Tarif- oder Betriebsverträgen hervor. Zur Angabe der bezahlten Stunden kann sich das Unternehmen zusätzlich auf die Aufzeichnungen der bezahlten Überstunden in der Lohnabrechnung stützen. Bei Arbeitern mit Stundenlohn sollten Informationen über die bezahlten Stunden direkt in der Lohnabrechnung vorliegen.

Auch die Angaben zu geleisteten Stunden können zum Teil auf Aufzeichnungen im Unternehmen basieren. Angaben zu Teilkomponenten der geleisteten Stunden – wie zum Beispiel bezahlte Überstunden, Jahresurlaub, Feiertage, Krankheitstage, Unfall, Streik oder Aussperrung – liegen in den Unternehmen vor. Problematisch ist dagegen die Erfassung

²⁾ Siehe International Labour Organization (ILO): "Resolution concerning statistics of hours of work, adopted by the Tenth International Conference of Labour Statisticians", Oktober 1962, <http://www.ilo.org/public/english/bureau/stat/download/res/hours.pdf> (Stand: 27. Juli 2006).

der unbezahlten Überstunden. Gibt es in den Unternehmen eine elektronische Zeiterfassung, dann liegen die Daten vor. Das heißt aber noch nicht, dass die Überstunden auch gut statistisch erfassbar sind, da das Konzept, wie die Stunden im Unternehmen erfasst werden, nicht mit dem statistischen Messkonzept übereinstimmen muss. In Unternehmen ohne direkte Zeiterfassung ist die Erfassung der unbezahlten Überstunden schwierig. Zudem legen Unternehmen unentgeltlich geleistete Überstunden möglicherweise nicht gerne offen.

Erschwert wird die Erfassung der unbezahlten Überstunden durch den zunehmenden Trend zur Arbeitszeitflexibilisierung. So haben laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK-Umfrage) von 2004 rund zwei Drittel der Unternehmen ihre Arbeitszeit flexibilisiert.³⁾ Das hat zur Folge, dass in den Unternehmen unterschiedliche Arbeitszeitmodelle angewendet werden; so kann die Arbeitszeit der Beschäftigten zum Beispiel mittels Arbeitszeitkonten oder Gleitzeit geregelt sein. Die Verbreitung von Arbeitszeitkonten steigt stetig an. Ergebnisse der DIHK-Befragung, einer Studie des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen, Köln, (ISO-Befragung) und Auswertungen des Betriebspanels des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB-Betriebspanel) zeigen, dass etwa ein Drittel der Unternehmen Arbeitszeitkonten verwendet.⁴⁾

Je mehr Arbeitszeitkonten verbunden mit elektronischer Zeiterfassung verbreitet sind, desto mehr wird die Erfassung von geleisteten Stunden erleichtert. Bei der Mehrheit der Unternehmen sind Arbeitszeitkonten allerdings noch nicht verbreitet. Demnach sind geleistete Stunden nicht in allen Unternehmen gleich gut zu erfassen, da häufig Aufzeichnungen über geleistete Stunden fehlen.

Um Informationen über die Erfassung dieses Merkmals zu gewinnen, befragte das Statistische Bundesamt in zwei Studien Unternehmen nach ihren Möglichkeiten, Angaben zu geleisteten Stunden an die amtliche Statistik zu liefern. In der ersten Studie wurden Unternehmen des Handels und des Gastgewerbes befragt. Die Hälfte der Handelsunternehmen und mehr als zwei Drittel der Gastgewerbeunternehmen gaben an, dass sie Angaben zu den geleisteten Stunden machen können.⁵⁾ In der zweiten Studie wurden Unternehmen aus den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Datenverarbeitung und Datenbanken sowie Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt, um Auskunft darüber gebeten, ob ihrem Berichtswesen quartalsweise Angaben zu den geleis-

teten Stunden zu entnehmen sind.⁶⁾ 54% der Unternehmen gaben an, dass sie Informationen über die geleisteten Stunden aus ihrem Berichtswesen liefern können.

Zusammenfassend gesehen zeichnen sich Unternehmensbefragungen vor allem durch die Möglichkeit aus, bei der Angabe der Arbeitsstunden auf Aufzeichnungen zurückgreifen zu können. Gleichzeitig ist gerade die Erfassung der geleisteten Stunden dann problematisch, wenn in den Unternehmen keine direkte Zeiterfassung vorhanden ist und daher die unbezahlten Überstunden unterschätzt werden. Ein weiterer Nachteil von Unternehmensbefragungen ist, dass häufig nicht alle Wirtschaftszweige erfasst und durch Abschnidegrenzen kleine Unternehmen nicht befragt werden.

2.2 Haushaltsbefragungen

Bei Haushaltsbefragungen stützen die Befragten ihre Antworten nicht auf Aufzeichnungen, sondern geben eine Einschätzung ihrer persönlichen Arbeitszeit ab. Die jeweilige Antwort ist dabei von einer Vielzahl von Einflussgrößen abhängig. Eine große Bedeutung fällt der Interpretation und dem Verständnis der Frage zu.

In einer Untersuchung⁷⁾ wurden die Ergebnisse von fünf Befragungen⁸⁾, die die Arbeitszeit erfassen, verglichen. Bei den Ergebnissen der untersuchten Befragungen zeigten sich Unterschiede in der Länge der Wochenarbeitszeit von bis zu drei Stunden. Dabei erklären die unterschiedliche Frageformulierung und Fragereihenfolge in den einzelnen Erhebungen einen Teil der aufgetretenen Unterschiede. Diejenigen Befragungen, die nach der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit fragen, weisen als Ergebnis eine deutlich längere Wochenarbeitszeit nach als Befragungen, die nach der normalerweise geleisteten Wochenarbeitszeit fragen. Außerdem ist es entscheidend, ob explizit nach Überstunden gefragt wird oder aus dem Kontext der Frage zu erschließen ist, dass sie einbezogen werden sollen. In beiden Fällen werden höhere wöchentliche Arbeitszeiten genannt als im Falle keiner Erwähnung der Überstunden.

Zeigt sich die persönliche Angabe zu den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden für die Befragten schon als schwierig, dann vergrößert sich das Problem noch weiter, wenn Proxy-Antworten⁹⁾ gegeben werden. Unter Proxy-Antworten werden Angaben verstanden, die bei einer Haushaltsbefragung von einem Haushaltsmitglied für ein anderes Haushaltsmitglied gemacht werden. In diesem Fall sind die Angaben abhängig vom Wissen über die geleisteten Arbeitsstunden

3) Siehe DIHK: „Individuell und flexibel. Wettbewerbsfaktor Arbeitszeitgestaltung. Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensbefragung“, Berlin 2004.

4) Siehe Fußnote 3; sowie Bauer, F. u. a.: „Arbeits- und Betriebszeiten 2001“, Kurzfassung der Ergebnisse einer repräsentativen Betriebsbefragung zu neuen Formen des betrieblichen Arbeits- und Betriebszeitmanagements im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Köln 2002; Ellguth, P./Promberger, M.: „Arbeitszeiten in der öffentlichen und privaten Dienstleistungswirtschaft. Eine Branchenanalyse mit Daten des IAB-Betriebspanels“ in Bellmann, L./Schnabel, C. (Hrsg.): „Betriebliche Arbeitszeitpolitik im Wandel“, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 288, Nürnberg 2004.

5) Siehe Statistisches Bundesamt: „Abschlussbericht zum Projekt: Erfassung von Arbeitsstunden und Bruttolöhnen und -gehältern im Rahmen der unterjährlichen Handels- und Gastgewerbestatistik“, Wiesbaden 2005.

6) Siehe Statistisches Bundesamt: „Untersuchung zur Verfügung von konjunkturstatistischen Angaben im Dienstleistungsbereich“, Wiesbaden 2004.

7) Siehe Schief, S.: „Arbeitszeiten in Deutschland – Eine Frage der Messung?“ in Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2/2003, S. 187 ff.

8) Folgende Erhebungen wurden untersucht: European Labour Force Survey (Europäische Arbeitskräftestichprobe); Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); „Arbeitszeit '99“, eine Befragung des ISO Köln; European Working Conditions Survey; Employment Options of the Future Survey.

9) Es gibt wenig Forschung zum Einfluss von Proxy-Antworten auf die Angaben der geleisteten Stunden. Eine Studie konnte keinen Unterschied bezüglich des Antwortfehlers in der Arbeitskräfteerhebung zwischen den Proxy-Antworten und den Nicht-Proxy-Antworten aufzeigen. Siehe Lemaître, G.: „A look at response errors in the labour force survey“ in The Canadian Journal of Statistics, 16, S. 127 ff. (Zitiert in „Statistics on working time“, Konferenzpapier zur Working Group Labour Market Statistics, Oktober 2005).

des anderen Haushaltsmitglieds und führen dadurch zu weiteren Verzerrungen der Ergebnisse. Insgesamt kann es bei Haushaltsbefragungen häufiger zu Antwortfehlern kommen als bei Unternehmensbefragungen, da dort zumindest teilweise auf betriebliche Aufzeichnungen zurückgegriffen werden kann.

Von Vorteil ist bei einer Haushaltsbefragung, dass im Grunde kein Wirtschaftszweig ausgeschlossen ist und auch die Arbeitszeit von Arbeitnehmern in kleinen Betrieben erfasst werden kann. In Unternehmensbefragungen werden dagegen meist nur bestimmte Wirtschaftszweige und Unternehmen ab einer bestimmten Größe befragt. Zudem besteht der Vorteil einer Haushaltsbefragung bei der Erfassung der Arbeitszeit vor allem darin, dass die Befragten auch ohne Aufzeichnungen eine zumindest ungefähre Erinnerung an ihre Arbeitszeit haben und daher eine Angabe machen können. Gerade bei der Erfassung der unbezahlten Überstunden können auch Unternehmen selten auf Aufzeichnungen zurückgreifen und eine Einschätzung der unbezahlten Überstunden aller Beschäftigten fällt daher schwer. So kann ein Unternehmen zwar auf Grundlage der vertraglichen Stunden mit Hilfe der Angaben zu Urlaubstagen, Krankheitstagen, Feiertagen, bezahlten Überstunden und sonstigen Ausfalltagen geleistete Arbeitsstunden angeben, dabei bleiben aber meist die unbezahlten Überstunden und der Überstundenabbau unberücksichtigt. Der Arbeitnehmer selbst kann leichter eine Schätzung seiner geleisteten unbezahlten Überstunden abgeben. Wenn also die Arbeitszeitangaben vor allem genutzt werden, um Schwankungen in der Zahl der unbezahlten Überstunden abzubilden, dann sind Haushaltsbefragungen offenbar besser geeignet. Angaben zu vertraglichen und bezahlten Arbeitsstunden können dagegen auf Aufzeichnungen in den Unternehmen basieren und lassen sich daher gut durch Unternehmensbefragungen abbilden.

3 Begleitstudie zur Feldarbeit der Arbeitskostenerhebung

Im Rahmen einer von Eurostat finanzierten Machbarkeitsstudie wurden von den Statistischen Ämtern der Länder Sachsen und Rheinland-Pfalz Begleitstudien zur Feldarbeit der Arbeitskostenerhebung (AKE) 2004 durchgeführt.¹⁰⁾ Die Arbeitskostenerhebung ist eine vierjährlich durchgeführte Strukturerhebung mit einem Stichprobenumfang von höchstens 34 000 Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs. Gegenstand der Erhebung sind Angaben über die Höhe und Struktur der Arbeitskosten. In der Arbeitskostenerhebung 2004 wurde die Arbeitszeit nach verschiedenen Messkonzepten erfragt: Wochenarbeitszeit des im Unternehmen am häufigsten vertretenen Arbeitszeitmodells, bezahlte Stunden und geleistete Stunden. Diese Merkmale wurden getrennt für Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte erhoben. Mit den Begleitstudien sollten gezielt die Möglichkeiten der Erfassung von Arbeitszeit in Unternehmensbefragungen untersucht werden.

3.1 Vorgehen

In Rheinland-Pfalz haben 1 312 Unternehmen Angaben zur Arbeitskostenerhebung 2004 gemeldet und wurden in die Begleitstudie einbezogen. Nach Eingang der Fragebogen der Arbeitskostenerhebung 2004 im Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz erfolgten die Plausibilitätsprüfungen. Im Anschluss fand eine schriftliche Rückfrage bei den Unternehmen statt, die unplausible Angaben geliefert hatten. Dabei wurden die nicht plausiblen bzw. fehlenden Angaben im Einzelnen aufgelistet und mit zusätzlichen Hinweisen, wie die Angaben zu ermitteln sind, versehen. Daraufhin sollten die Unternehmen verbesserte Angaben zurück an das Statistische Landesamt schicken. Die Anteile der unplausiblen Angaben zur Arbeitszeit, der daher notwendigen Rückfragen und der Antworten mit geänderten, plausiblen Angaben werden im Folgenden ausgewertet.

Neben diesen Auswertungen, die auf Basis von Aufzeichnungen zur Plausibilitätsprüfung erfolgten, fand zudem im Rahmen der Begleitstudie eine Zusatzbefragung der Unternehmen statt. Unternehmen, die keine oder unplausible Angaben zur Zahl der geleisteten Stunden gemacht hatten, erhielten zusätzlich zur normalen schriftlichen Rückfrage einen Fragebogen, in dem sie auf freiwilliger Basis Angaben zum Arbeitsaufwand für die Ermittlung des Merkmals geleistete Arbeitsstunden machen konnten. 234 dieser Zusatzfragebogen konnten für die Analyse herangezogen werden.

3.2 Ergebnisse

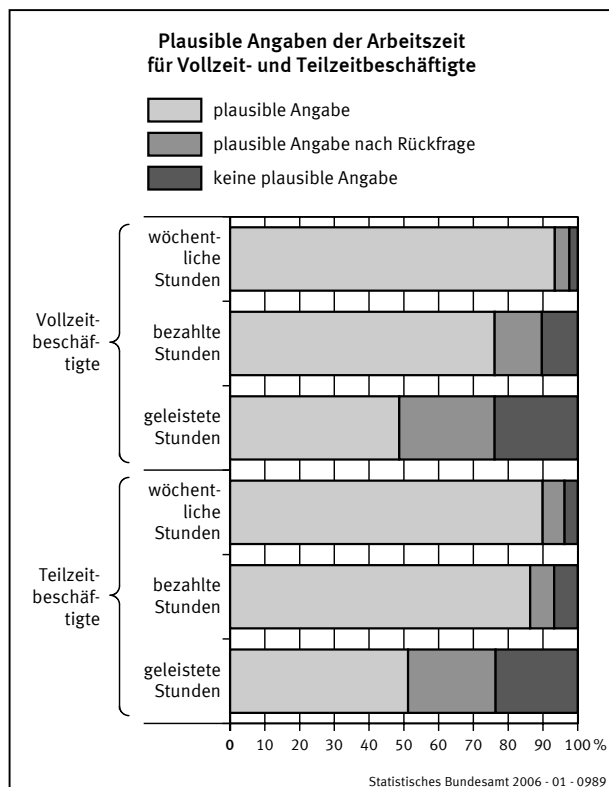
In Schaubild 2 sind die Anteile der plausiblen Angaben zur Wochenarbeitszeit des am häufigsten vertretenen Arbeitszeitmodells, der bezahlten Stunden und der geleisteten Stunden von Voll- und Teilzeitbeschäftigten abgebildet. 93,4% der Unternehmen konnten plausible Angaben zur Wochenarbeitszeit des am häufigsten vertretenen Arbeitszeitmodells der Vollzeitbeschäftigten liefern (für das der Teilzeitbeschäftigten: 89,9%). Nach Rückfrage durch das Statistische Landesamt konnten weitere 4,2% der Unternehmen plausible Angaben machen (für Teilzeitbeschäftigte: 6,3%). Fast alle Unternehmen können also die Wochenarbeitszeit des am häufigsten vertretenen Arbeitszeitmodells der Vollzeit- bzw. Teilzeitbeschäftigten angeben.

76,1% der Unternehmen konnten die bezahlten Stunden der Vollzeitbeschäftigten plausibel angeben (für Teilzeitbeschäftigte: 86,3%). Weitere 13,6% der Unternehmen lieferten nach Rückfrage plausible Angaben für die Vollzeitbeschäftigten (für die Teilzeitbeschäftigten: 6,9%). Demnach konnten mehr Unternehmen plausible Angaben zu der Wochenarbeitszeit des am häufigsten vertretenen Arbeitszeitmodells machen als zu den bezahlten Stunden.

Die Angabe der geleisteten Stunden ist für die Unternehmen noch schwieriger. Nur 48,7% der Unternehmen konnten plausible Angaben zu den geleisteten Stunden der Vollzeitbeschäftigten machen (für Teilzeitbeschäftigte: 51,2%). Nach Rückfrage lieferten allerdings weitere 27,4% der

10) Die folgenden Darstellungen und Ergebnisse beziehen sich auf die Studie des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz. Die Studie des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen zeigt vergleichbare Ergebnisse, unterscheidet sich jedoch etwas in der angewandten Methode.

Schaubild 2



Unternehmen plausible Angaben (für Teilzeitbeschäftigte: 25,2%). Folglich konnte fast ein Viertel der Unternehmen auch nach Rückfragen keine plausiblen Angaben zu den geleisteten Stunden liefern.

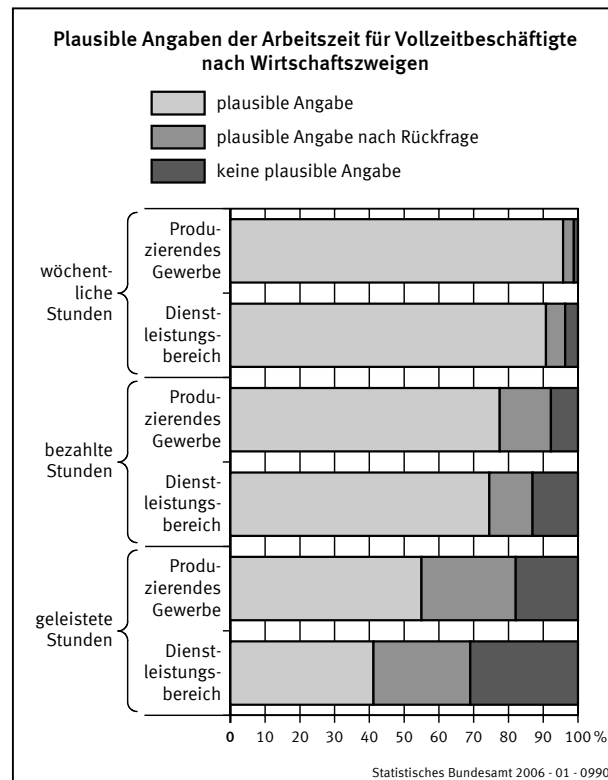
Die Angaben zur Arbeitszeit für die Teilzeitbeschäftigten sind insgesamt betrachtet etwas besser als die Angaben für die Vollzeitbeschäftigten. Der Grund dafür ist vermutlich, dass es nicht in allen Unternehmen Teilzeitbeschäftigte gibt, die Unternehmen daher zum Teil keine Angaben machen mussten und es deshalb seltener zu Fehlern kam. In diesen Fällen ist keine Angabe auch eine plausible Angabe. Daher beschränken sich die folgenden Analysen (Schaubild 3 und 4) auf die Angaben für die Vollzeitbeschäftigten.

Angaben zur Arbeitszeit nach den drei Messkonzepten, die in der Arbeitskostenerhebung 2004 erfragt wurden, zu liefern, fällt den Berichtspflichtigen unterschiedlich schwer. Die qualitativ besten Angaben wurden zu dem Merkmal Wochenarbeitszeit des am häufigsten vertretenen Arbeitszeitmodells gemacht. Schwieriger als die Angabe der Wochenarbeitszeit des am häufigsten vertretenen Arbeitszeitmodells war für die Unternehmen die Angabe der bezahlten Stunden.¹¹⁾ Am schlechtesten konnten die Unternehmen plausible Angaben zu den geleisteten Stunden liefern.

Schaubild 3 stellt die plausiblen Angaben für die Merkmale Wochenarbeitszeit des am häufigsten vertretenen Arbeits-

zeitmodells, bezahlte Stunden und geleistete Stunden für Vollzeitbeschäftigte getrennt für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs dar.¹²⁾ Unternehmen des Dienstleistungsbereichs lieferten für alle drei Messkonzepte der Arbeitszeit qualitativ schlechtere Angaben als Unternehmen des Produzierenden Gewerbes. So konnten 95,7% der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes plausible Angaben zur Wochenarbeitszeit des am häufigsten vertretenen Arbeitszeitmodells machen im Vergleich zu 90,8% der Unternehmen des Dienstleistungsbereichs. Zu den bezahlten Stunden konnten – nimmt man die unmittelbar und die nach Rückfrage plausiblen Angaben zusammen – 92,2% der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes plausible Angaben machen im Vergleich zu 86,9% der Unternehmen des Dienstleistungsbereichs. Der größte Unterschied zeigt sich bei der Angabe der geleisteten Stunden. 55% der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes machten plausible Angaben zu den geleisteten Stunden, aber nur 41,2% der Angaben der Unternehmen des Dienstleistungsbereichs waren hier plausibel. Der Anteil der Unternehmen, die nach Rückfrage plausible Angaben zu den geleisteten Stunden machten, war in beiden Fällen identisch. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass Unternehmen des Produzierenden Gewerbes häufiger als Unternehmen des Dienstleistungsbereichs die Möglichkeit haben auf Aufzeichnungen zur Arbeitszeit zurückzugreifen, die für die Angabe der geleisteten Stunden bedeutend sind.

Schaubild 3



11) Die Ergebnisse der Studie des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen zeigen hier abweichende Ergebnisse zu der Studie des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz. Das Merkmal bezahlte Stunden wurde deutlich häufiger mit unplausiblen Angaben geliefert.

12) In der Arbeitskostenerhebung 2004 wurden Unternehmen der Abschnitte C bis K, N und O der europäischen Wirtschaftszweigklassifikation NACE Rev. 1 (Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft – nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne) befragt. Das Produzierende Gewerbe umfasst die NACE-Abschnitte C bis F und der Dienstleistungsbereich die NACE-Abschnitte G bis K, N und O.

Die Studie zeigt, dass größere Unternehmen für alle drei Arbeitszeitkonzepte häufiger plausible Angaben machen können als kleinere Unternehmen (siehe Schaubild 4). So lieferten beispielsweise 81,8% der Unternehmen mit 1 000 bis 2 999 Beschäftigten plausible Angaben zu bezahlten Stunden, aber nur 72,5% der Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten. Die größten Unternehmen mit über 3 000 Beschäftigten gaben sogar zu 100% plausible Angaben für die Wochenarbeitszeit des am häufigsten vertretenen Arbeitszeitmodells und die bezahlten Stunden an. Bei den geleisteten Stunden ist dieser Zusammenhang nicht ganz so linear; in der Tendenz lieferten die größeren Unternehmen aber auch hier häufiger plausible Angaben.

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse der Studie, dass die Anzahl der plausiblen Angaben für die drei Arbeitszeit-

konzepte mit der Größenklasse der Unternehmen zunimmt und dass Unternehmen des Produzierenden Gewerbes häufiger plausible Angaben machen als Unternehmen des Dienstleistungsbereichs.

Außer den Merkmalen Wochenarbeitszeit des am häufigsten vertretenen Arbeitszeitmodells, bezahlte Stunden und geleistete Stunden wurden in der Arbeitskostenerhebung 2004 mit den bezahlten Urlaubstagen, bezahlten Krankheitstagen und sonstigen bezahlten betrieblichen oder tariflichen arbeitsfreien Tagen weitere Angaben zur Arbeitszeit erhoben. In den meisten Fällen lieferten die Unternehmen plausible Angaben zu den bezahlten arbeitsfreien Tagen (siehe Schaubild 5). So konnten nur 4,7% der Unternehmen auch nach Rückfrage Urlaubstage nicht plausibel angeben. Die Angaben zu den Krankheitstagen waren bei 93,5%

Schaubild 4

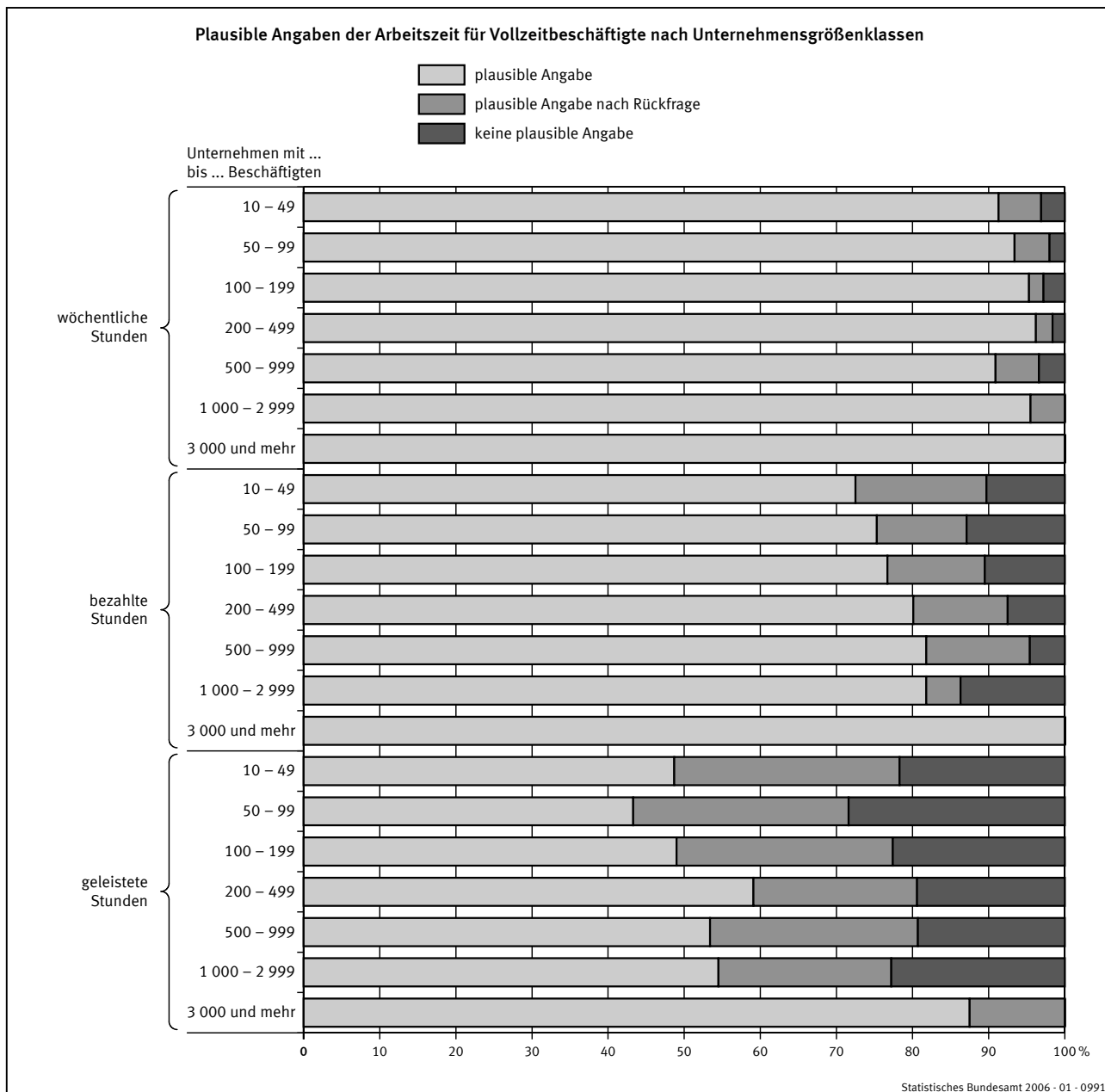
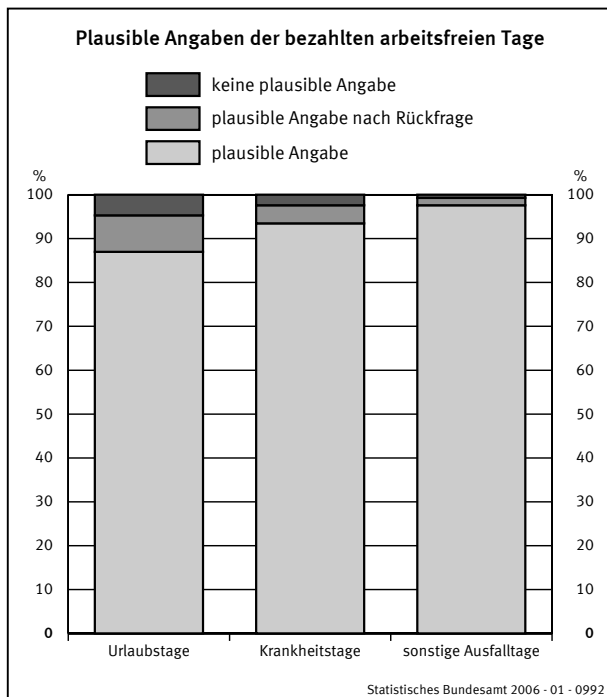


Schaubild 5

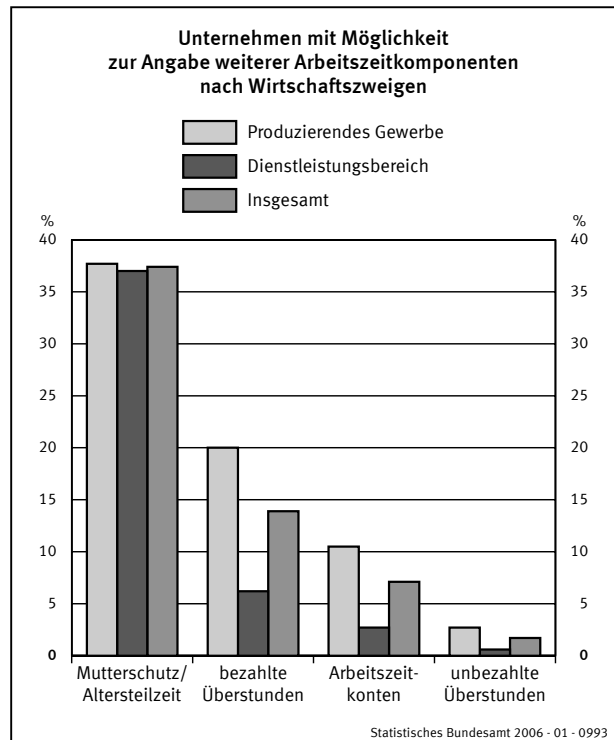


der Unternehmen plausibel und weitere 4,1% der Unternehmen konnten nach Rückfrage plausible Angaben machen. Nur 0,7% der Unternehmen konnten weder bei der Befragung noch nach Rückfrage plausible Angaben zu sonstigen betrieblichen und tariflichen Ausfalltagen machen.

Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen erfragte in der Begleitstudie zur Arbeitskostenerhebung 2004 zusätzlich, ob neben Urlaubstagen, Krankheitstagen und sonstigen Ausfalltagen bei der Angabe der bezahlten und geleisteten Stunden weitere Arbeitszeitkomponenten – Mutterschutz-/Altersteilzeit, bezahlte Überstunden, unbezahlte Überstunden und Arbeitszeitkonten – berücksichtigt wurden (siehe Schaubild 6). 37,4% der Unternehmen hatten Mutterschutz- und Altersteilzeiten bei der Angabe der Arbeitszeit berücksichtigt. Bezahlte Überstunden wurden von 13,9% der Unternehmen berücksichtigt. Dabei zeigte sich, dass der Anteil der Unternehmen, die Angaben zu bezahlten Überstunden einbeziehen, im Produzierenden Gewerbe bei 20,0% lag gegenüber nur 6,2% im Dienstleistungsbereich. Dieses Ergebnis ist darauf zurückzuführen, dass im Produzierenden Gewerbe bezahlte Überstunden verbreiteter sind als im Dienstleistungsbereich. Hier ist allerdings zu beachten, dass nicht in allen Unternehmen Mutterschutz-/Altersteilzeit und bezahlte Überstunden vorkommen.

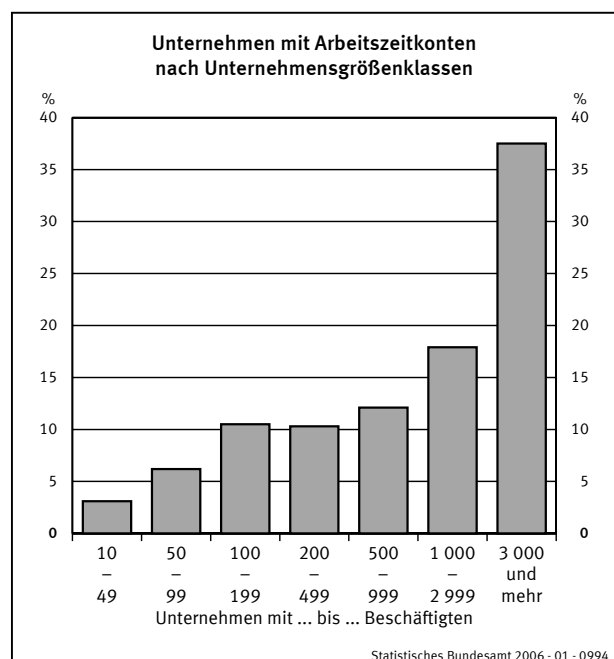
Angaben zu unbezahlten Überstunden wurden nur von 1,7% der Unternehmen mit berücksichtigt. 7,1% der Unternehmen gaben an, Angaben von Arbeitszeitkonten mit verwenden zu können. Demnach verfügen nur sehr wenige Unternehmen über die Möglichkeit, die unbezahlten Überstunden ihrer Beschäftigten über Arbeitszeitkonten abzubilden und somit bei der Angabe der Arbeitszeitkonten zu berücksichtigen. Auch hier fällt auf, dass Unternehmen des Dienstleistungsbereichs deutlich seltener auf Angaben von

Schaubild 6



Arbeitszeitkonten zurückgreifen konnten als Unternehmen des Produzierenden Gewerbes. In Schaubild 7 ist der Anteil der Unternehmen, die Arbeitszeitkonten bei den Angaben der Arbeitszeit mit berücksichtigten, nach der Größenklasse der Unternehmen abgebildet. Mit Arbeitszeitkonten wird in erster Linie bei größeren Unternehmen gearbeitet. 37,5% der Unternehmen mit mehr als 3 000 Beschäftigten konnten auf Angaben von Arbeitszeitkonten zurückgreifen. Dagegen hatten nur 3,1% der Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäf-

Schaubild 7



tigten die Möglichkeit, Angaben von Arbeitszeitkonten heranzuziehen.

Ergebnisse der Zusatzbefragung

Alle Unternehmen, die keine plausiblen Angaben zu den geleisteten Stunden in der Arbeitskostenerhebung machten und bei denen daher eine schriftliche Rückfrage erfolgte, bekamen vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz einen (freiwillig zu beantwortenden) Fragebogen mit Fragen zum Arbeitsaufwand für die Ermittlung der geleisteten Stunden zugesandt.

Im Schnitt brauchten die Unternehmen 7,4 Stunden um die geleisteten Stunden zu ermitteln. Die Streuung der Angaben zum zeitlichen Aufwand der Ermittlung war dabei extrem groß und reichte von fünf Minuten bis zu 102 Stunden. Deutliche Unterschiede im Zeitaufwand der Unternehmen gab es nach der Anzahl der Beschäftigten: Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten gaben einen durchschnittlichen Zeitaufwand von 16,8 Stunden für die Ermittlung der geleisteten Stunden an. Dagegen benötigten Unternehmen mit 100 bis 499 Beschäftigten hierfür im Schnitt nur 8,1 Stunden. Den geringsten Aufwand, um die Angaben zu den geleisteten Stunden zur Verfügung stellen, hatten die Unternehmen mit 10 bis 99 Beschäftigten (durchschnittlich 5,7 Stunden).

Zusätzlich sollten die Unternehmen angeben, zu welchen Teilen dieser zeitliche Aufwand auf die Geschäftsleitung, die Sachbearbeitung oder eine externe Bearbeitung verteilt ist. Der Anteil der Sachbearbeitung war mit durchschnittlich 73,5% am größten. Danach folgen die externe Bearbeitung mit 16,7% und die Geschäftsleitung mit 9,8% der aufgewandten Zeit. Externe Bearbeitung kommt vor allem bei kleineren Unternehmen vor. Durchschnittlich 26,8% des Zeitaufwands für die Ermittlung der geleisteten Stunden bei Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten wurden durch externe Bearbeitung erbracht (z.B. durch Steuerberater). Bei den größeren Unternehmen ist dagegen der Anteil der Sachbearbeitung am Zeitaufwand noch höher als bei den kleinen Unternehmen. Die Geschäftsleitung verwendete vor allem in den kleineren Unternehmen Zeit für die Ermittlung der geleisteten Stunden: Bei Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten wurden durchschnittlich 14% der zeitlichen Aufwendungen von der Geschäftsleitung erbracht. Überraschend ist, dass sich die Geschäftsleitung auch in den Unternehmen mit 200 bis 999 Beschäftigten durchschnittlich noch mit über 5% des Zeitaufwandes einbrachte.

Weiter wurde gefragt, woher die Angaben zu den geleisteten Stunden stammen (Mehrfachnennungen waren möglich). Die Unternehmen benutzten durchschnittlich zu 23,1% unveränderte Daten und zu 34,3% bearbeitete Daten aus dem betrieblichen Rechnungswesen. Durchschnittlich 18,2% der Angaben kamen aus unveränderten und 24,4% der Angaben aus bearbeiteten anderen Quellen. Dabei griffen allerdings nur 9% der Unternehmen ausschließlich auf unveränderte Daten aus dem betrieblichen Rechnungswesen zurück. Diese Ergebnisse sind insofern überraschend, als es sich schließlich um Unternehmen handelte, die ursprünglich überhaupt keine oder nicht plausible Anga-

ben gemacht hatten. Vermutlich haben diese Unternehmen unveränderte Daten übernommen, die nicht mit der Definition der geleisteten Stunden in der Arbeitskostenerhebung übereinstimmten.

4 Fazit

Die Ergebnisse der Begleitstudie zur Arbeitskostenerhebung 2004 zeigen, dass je nach Arbeitszeitkonzept die Möglichkeiten der Erfassung der Arbeitszeit sehr unterschiedlich sind. Am schlechtesten konnten die Unternehmen die geleisteten Stunden angegeben. Für das Merkmal geleistete Stunden lagen in über der Hälfte der Fragebogen keine oder unplausible Angaben vor, sodass bei den Unternehmen Rückfragen erforderlich wurden. Nach Rückfrage und weiteren Erläuterungen konnte etwa ein Viertel der Unternehmen seine Angaben zu den geleisteten Stunden korrigieren, ein weiteres Viertel der Unternehmen konnte aber auch nach Rückfrage keine plausiblen Angaben machen. Die Rückfragen waren mit einem großen Zeitaufwand sowohl für die beteiligten Statistischen Landesämter als auch für die Unternehmen verbunden. Dies zeigen auch die Ergebnisse des Zusatzfragebogens. Viele Unternehmen gaben an, dass die Zusammenstellung der geleisteten Stunden für alle Arbeitnehmer für ein Jahr aufwändig sei, da verschiedene Zahlen zum Teil erst strukturiert oder sogar manuell addiert werden müssen. Angaben zu den bezahlten Stunden waren in den Unternehmen deutlich einfacher verfügbar: Drei Viertel der Unternehmen machten sofort plausible Angaben und weitere 13,6% lieferten nach Rückfrage plausible Angaben. Die Wochenarbeitszeit des am häufigsten vertretenen Arbeitszeitmodells konnte von den Unternehmen sehr gut angegeben werden; nur 2,4% der Unternehmen konnten auch nach Rückfrage dieses Merkmal für Vollzeitbeschäftigte nicht plausibel angeben.

Die Möglichkeiten der Unternehmen, plausible Angaben zu liefern, hängen offensichtlich auch von deren Größe und ihrer Wirtschaftszweigzugehörigkeit ab. So machten Unternehmen des Produzierenden Gewerbes häufiger plausible Angaben als Unternehmen des Dienstleistungsbereichs. Ferner nahm die Zahl der plausiblen Angaben mit der Zahl der Beschäftigten im Unternehmen zu.

Wie lässt sich nun die Frage, ob Arbeitszeit durch eine Unternehmensbefragung gut zu erfassen ist, beantworten? Die Wochenarbeitszeit des am häufigsten vertretenen Arbeitszeitmodells lässt sich durch eine Unternehmensbefragung gut erfassen. Es kann erwartet werden, dass Unternehmen auch die bezahlten Stunden angeben können, da in den Lohnabrechnungssystemen Aufzeichnungen zu den bezahlten Überstunden vorhanden sein müssen. Allerdings hatten in der Arbeitskostenerhebung trotzdem relativ viele Unternehmen Probleme mit der Lieferung plausibler Angaben zu den bezahlten Stunden. Die größten Schwierigkeiten hatten die Unternehmen dabei, plausible Angaben zu den geleisteten Stunden zu machen. Wie gut Angaben zu den geleisteten Stunden von einem Unternehmen geliefert werden können, hängt auch davon ab, ob im Unternehmen ein Zeiterfassungssystem vorhanden ist. Ist ein Zeiterfassungssystem vorhanden, sollte in den meisten Fällen eine Lieferung

von Angaben über die geleisteten Stunden möglich sein. Fehlt ein Zeiterfassungssystem, dann können die geleisteten Stunden auf Basis der bezahlten Stunden errechnet werden, wie es in Schaubild 1 angedeutet ist. Nicht gelöst ist damit allerdings das Problem, dass Angaben zu den unbezahlten Überstunden und zum Überstundenabbau den Unternehmen häufig nicht vorliegen und daher auch nicht bei einer Berechnung berücksichtigt werden können. Um die geleisteten Stunden einschließlich der unbezahlten Überstunden erfassen zu können, bieten Haushaltsbefragungen zum jetzigen Zeitpunkt bessere Möglichkeiten. Verbreitet und entwickelt sich die elektronische Zeiterfassung zukünftig in den Unternehmen weiter, dann erleichtert dies die Erfassung der geleisteten Stunden.

Ein Teil der Probleme, die die Unternehmen bei der Angabe der bezahlten und geleisteten Stunden hatten, lässt sich auf Verständnisschwierigkeiten der Unternehmen zurückführen: Nicht alle Unternehmen konnten zwischen den bezahlten und geleisteten Stunden unterscheiden, da sie das dahinter stehende Arbeitszeitkonzept nicht verstanden. Trotz der umfangreichen Erläuterungen zu den Erhebungsmerkmalen wurden Urlaub, bezahlte Krankheitstage, sonstige arbeitsfreie Tage und gesetzliche Feiertage falsch berücksichtigt. Die direkte Abfrage von bezahlten und geleisteten Stunden ohne Abfrage der Bestandteile dieser Arbeitszeitkonzepte führt in einer Erhebung offenbar bei vielen Unternehmen zu fehlerhaften Angaben. Möglicherweise würde eine übersichtlichere Darstellung der Erläuterungen – wie beispielsweise in Schaubild 1 – den Unternehmen bei ihren Angaben helfen. Es muss auch angemerkt werden, dass ein Teil der unplausiblen Angaben der Unternehmen auf die falsche Zuordnung von Beschäftigten (z.B. solcher in Altersteilzeit) zu Voll- und Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen war. Da in der Arbeitskostenerhebung Summen abgefragt werden, führte diese fehlerhafte Zuordnung zu falschen Angaben bei den Arbeitsstunden.

Zusammenfassend zeigt sich, dass geleistete Stunden für Unternehmensbefragungen ein nur schwer zu erhebendes Merkmal sind. Angaben über bezahlte Stunden lassen sich dagegen von der Mehrheit der Unternehmen plausibel liefern. Am besten lässt sich die Wochenarbeitszeit des am häufigsten vertretenen Arbeitszeitmodells durch Unternehmensbefragungen erfassen. [\[1\]](#)

Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Karsten Sandhop

Preise im Juni 2006

Im Juni 2006 lagen auf allen im Rahmen dieses Beitrags betrachteten Wirtschaftsstufen die Preise höher als im Juni 2005. Der Index der industriellen Erzeugerpreise erhöhte sich um 6,1% (Mai 2006 gegenüber Mai 2005: +6,2%), die Großhandelsverkaufspreise lagen um 5,3% höher (Mai 2006: +5,0%). Der Index der Einzelhandelspreise nahm um 1,1% zu (Mai 2006: +1,2%), der Verbraucherpreisindex um 2,0% (Mai 2006: +1,9%).

Auch im Vergleich zum Vormonat stiegen die Preise auf den meisten Wirtschaftsstufen. Die industriellen Erzeugerpreise lagen um 0,3% über dem Niveau des Vormonats (im Mai betrug die Veränderung gegenüber dem Vormonat +0,1%). Die Großhandelsverkaufspreise stiegen gegenüber

Mai 2006 um 0,5% (Mai 2006: +0,7%). Der Index der Einzelhandelspreise blieb im Vergleich zum Vormonat unverändert (Mai 2006: +0,1%) und der Verbraucherpreisindex stieg um 0,2%, nachdem er im Mai 2006 ebenfalls um 0,2% gestiegen war.

Auch im Juni 2006 trugen die Preise im Bereich Energie wesentlich zu den im Vergleich zum Vorjahresmonat höheren Indexständen bei. Bei den Erzeugerpreisen lagen die Preise für Energie um 17,8% höher als im Vorjahresmonat und um 1,0% über dem Stand von Mai 2006. Ohne Energie war beim Erzeugerpreisindex eine Jahresteuerrate von +2,4% zu verzeichnen.

Die Verbraucherpreise für Energie lagen im Juni 2006 um 11,8% über dem Vorjahresmonat und um 0,6% über dem Stand von Mai 2006. Ohne diese Positionen erhöhte sich der Verbraucherpreisindex nur um 0,9% gegenüber dem Vorjahresmonat.

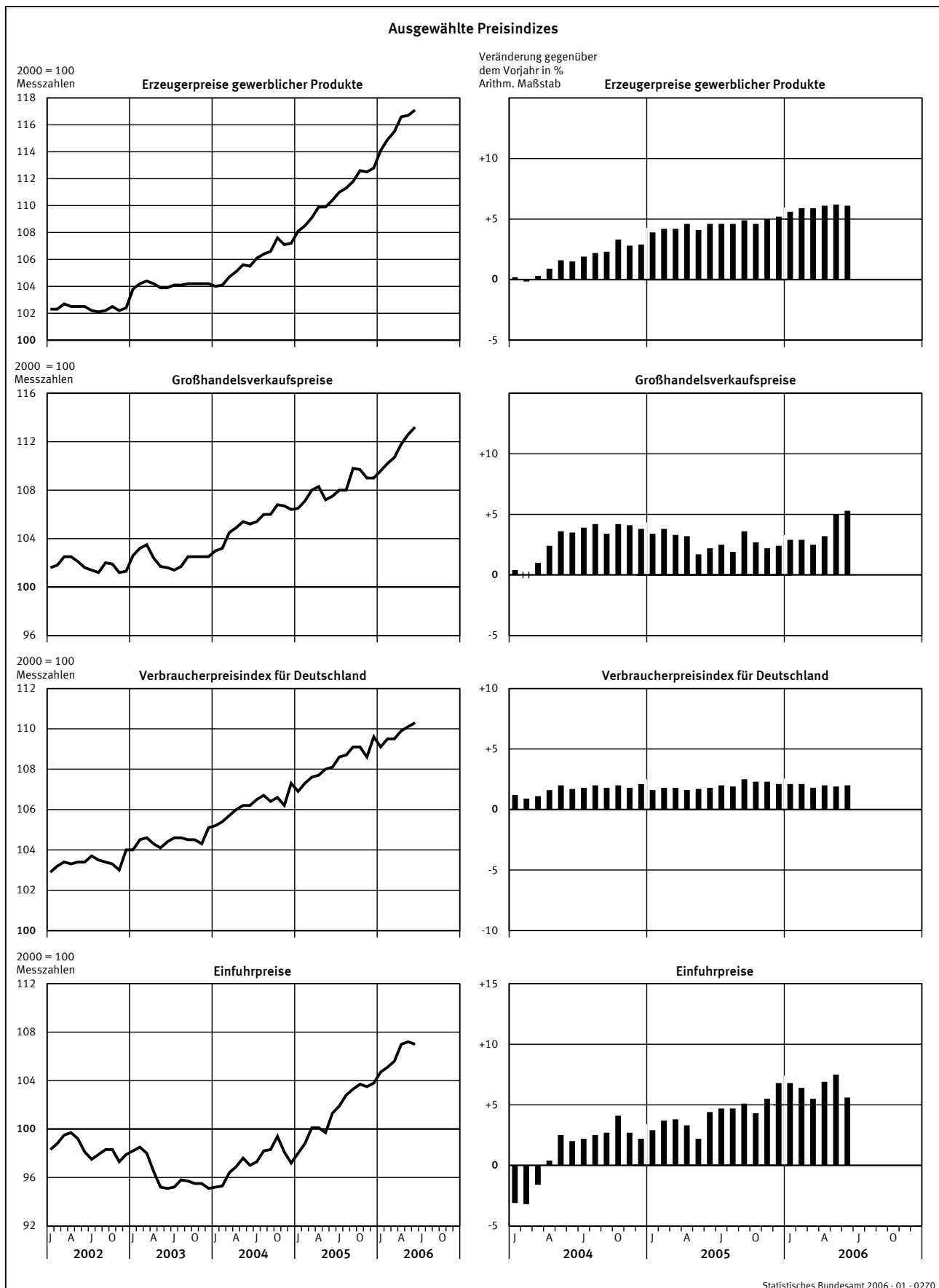
Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte erhöhte sich in den letzten zwölf Monaten um 6,1%. Im Mai und April 2006 hatte die Jahresveränderungsrate +6,2 bzw. +6,1% betragen. Im Vergleich zum Vormonat ist der Index im Juni 2006 um 0,3% gestiegen.

Vorleistungsgüter verteuerten sich binnen Jahresfrist um durchschnittlich 4,3%, Investitionsgüter um 0,6% und Konsumgüter um 1,7%.

Wie in den vergangenen Monaten trugen die Energieträger und die Nichteisenmetalle auch im Juni 2006 am stärksten zu der hohen Jahresveränderungsrate bei.

	Veränderungen Juni 2006 gegenüber	
	Mai 2006	Juni 2005
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 0,3	+ 6,1
ohne Mineralölzeugnisse	+ 0,3	+ 5,7
Mineralölzeugnisse	+ 0,6	+ 10,5
ohne Energie	+ 0,1	+ 2,4
Energie	+ 1,0	+ 17,8
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 0,5	+ 5,3
Index der Einzelhandelspreise	–	+ 1,1
Verbraucherpreisindex		
insgesamt	+ 0,2	+ 2,0
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,2	+ 1,5
Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,9	+ 12,2
ohne Energie	+ 0,1	+ 0,9
Energie	+ 0,6	+ 11,8
ohne Saisonwaren	+ 0,2	+ 1,9
Saisonwaren	+ 0,2	+ 6,9

Schaubild 1



Ausgewählte Preisindizes

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte ¹⁾	Großhandels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Verbraucher- preis- index
2000 = 100				
2001 D	103,0	101,6	101,1	102,0
2002 D	102,4	101,8	101,8	103,4
2003 D	104,1	102,3	102,0	104,5
2004 D	105,8	105,3	102,3	106,2
2005 D	110,7	108,2	103,0	108,3
2005 Mai	109,9	107,2	103,0	108,0
Juni	110,4	107,5	103,1	108,1
Juli	111,0	108,0	102,8	108,6
Aug.	111,3	108,0	102,6	108,7
Sept.	111,8	109,8	103,3	109,1
Okt.	112,6	109,7	103,4	109,1
Nov.	112,5	109,0	103,3	108,6
Dez.	112,8	109,0	103,4	109,6
2006 Jan.	114,1	109,6	103,4	109,1
Febr.	114,9	110,2	103,6	109,5
März	115,5	110,7	103,9	109,5
April	116,6	111,8	104,1	109,9
Mai	116,7	112,6	104,2	110,1
Juni	117,1	113,2	104,2	110,3
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %				
2005 Mai	–	– 1,0	–	+ 0,3
Juni	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1
Juli	+ 0,5	+ 0,5	– 0,3	+ 0,5
Aug.	+ 0,3	–	– 0,2	+ 0,1
Sept.	+ 0,4	+ 1,7	+ 0,7	+ 0,4
Okt.	+ 0,7	– 0,1	+ 0,1	–
Nov.	– 0,1	– 0,6	– 0,1	– 0,5
Dez.	+ 0,3	–	+ 0,1	+ 0,9
2006 Jan.	+ 1,2	+ 0,6	–	– 0,5
Febr.	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4
März	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	–
April	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,4
Mai	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,2
Juni	+ 0,3	+ 0,5	–	+ 0,2
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
2001 D	+ 3,0	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,0
2002 D	– 0,6	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,4
2003 D	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,1
2004 D	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,3	+ 1,6
2005 D	+ 4,6	+ 2,8	+ 0,7	+ 2,0
2005 Mai	+ 4,1	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,7
Juni	+ 4,6	+ 2,2	+ 0,5	+ 1,8
Juli	+ 4,6	+ 2,5	+ 0,4	+ 2,0
Aug.	+ 4,6	+ 1,9	+ 0,4	+ 1,9
Sept.	+ 4,9	+ 3,6	+ 1,2	+ 2,5
Okt.	+ 4,6	+ 2,7	+ 1,1	+ 2,3
Nov.	+ 5,0	+ 2,2	+ 1,2	+ 2,3
Dez.	+ 5,2	+ 2,4	+ 1,0	+ 2,1
2006 Jan.	+ 5,6	+ 2,9	+ 1,1	+ 2,1
Febr.	+ 5,9	+ 2,9	+ 1,1	+ 2,1
März	+ 5,9	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,8
April	+ 6,1	+ 3,2	+ 1,1	+ 2,0
Mai	+ 6,2	+ 5,0	+ 1,2	+ 1,9
Juni	+ 6,1	+ 5,3	+ 1,1	+ 2,0

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

Die Preise für Erdgas lagen im Juni 2006 um 28,2% höher als ein Jahr zuvor, auch gegenüber dem Vormonat verteuerten sie sich deutlich (+ 2,5%). Elektrischer Strom war im Juni 2006 um 15,0% teurer als im Vorjahresmonat, im Vergleich zum Mai 2006 blieb der Indexstand unverändert. Mineralöl-erzeugnisse verteuerten sich binnen Jahresfrist um 10,5% und waren um 0,6% teurer als im Vormonat. Bei einzelnen Mineralölerzeugnissen ergaben sich folgende Preissteigerungen im Vergleich zum Juni 2005: Kraftstoffe + 9,2% (dar-

unter Benzin + 11,8% und Diesel + 6,2%), leichtes Heizöl + 10,9%, schweres Heizöl + 35,6% und Flüssiggas + 24,8%.

Im Juni 2006 waren Nichteisenmetalle durchschnittlich um 38,0% teurer als im Juni 2005. Bei diesen Gütern waren in den letzten Monaten starke Preissteigerungen beobachtet worden – dieser Trend setzte sich im Juni 2006 nicht fort: Die Preise gaben gegenüber dem Vormonat um durchschnittlich 5,3% nach.

Für einzelne Metallsorten ergaben sich folgende Jahresveränderungsraten: Kupfer und Kupferhalbzeug verteuerte sich binnen Jahresfrist um 69,3%, Blei, Zink und Zinn kosteten 58,7% mehr als im Juni 2005. Auch für Edelmetalle (+ 26,4%) und für Aluminium und Aluminiumhalbzeug (+ 18,5%) musste deutlich mehr bezahlt werden als ein Jahr zuvor.

Signifikante Preiserhöhungen im Jahresvergleich gab es im Juni 2006 auch bei folgenden Gütern: metallische Sekundärrohstoffe (+ 54,8%), organische Grundstoffe und Chemikalien (+ 9,2%), Fleisch (ohne Geflügel) (+ 7,5%), Tabakerzeugnisse (+ 7,2%), Kunststoffe in Primärformen (+ 5,6%), Walzstahl (+ 3,2%), Verlagserzeugnisse (+ 3,1%), Metall-erzeugnisse (+ 2,3%), Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung (+ 2,0%), Gummi- und Kunststoffwaren (+ 1,8%), Personenkraftwagen und Wohnmobile (+ 1,5%) sowie Maschinen (+ 1,2%).

Billiger als vor Jahresfrist waren im Juni 2006 unter anderem elektronische Bauelemente (– 14,7%), nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen (– 12,7%), sowie Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen (– 10,3%).

Im Vergleich zum Vormonat verteuerten sich im Juni 2006 insbesondere Schweinefleisch (+ 6,4%), metallische Sekundärrohstoffe (+ 5,4%), isolierte Elektrokabel (+ 3,2%), Nadel-schnittholz (+ 2,7%), Spanplatten (+ 1,6%), Stahl- und Leichtmetallbaukonstruktionen (+ 1,4%), Rohre aus Eisen oder Stahl (+ 1,1%), organische Grundstoffe und Chemikalien (+ 0,8%), Walzstahl (+ 0,5%), Verlagserzeugnisse (+ 0,5%), Mineralwasser und nichtalkoholhaltige Getränke (+ 0,5%) sowie Papier-, Karton- und Pappwaren (+ 0,3%). Billiger als im Juni 2005 waren dagegen Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen (– 3,3%), elektronische Bauelemente (– 1,9%) sowie Düngemittel und Stickstoffverbindungen (– 1,6%).

Der *Index der Großhandelsverkaufspreise* lag im Juni 2006 um 5,3% über dem Vorjahresstand. Im Mai 2006 und April 2006 hatte die Jahresveränderungsrate + 5,0 bzw. + 3,2% betragen. Gegenüber Mai 2006 stiegen die Preise um 0,5%.

Die Preise im Großhandel mit Erzen, Eisen, Stahl, Nichteisenmetallen und deren Halbzeug (+ 12,8%), mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (+ 11,6%) sowie mit Tabakwaren (+ 7,7%) lagen deutlich höher als im Juni 2005. Dagegen ermäßigten sich im Vorjahresvergleich die Preise im Großhandel mit Büromaschinen und -einrichtungen (– 7,2%).

Im Vormonatsvergleich stiegen die Preise im Großhandel mit Erzen, Eisen, Stahl, Nichteisenmetallen und Halbzeug wei-

terhin stark an (+2,6% nach +3,1% im Mai und +2,6% im April 2006). Für feste Brennstoffe und Mineralölerzeugnisse musste auf Großhandelsebene 0,6% mehr bezahlt werden (nach +1,2% im Mai und +2,2% im April 2006). Sinkende Preise gab es – wie seit November 2005 – im Großhandel mit Büromaschinen und -einrichtungen (–1,5%).

	Veränderungen Juni 2006 gegenüber	
	Mai 2006	Juni 2005
	%	
Großhandel mit		
Landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden		
Tieren	+ 1,8	+ 7,6
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	+ 0,3	+ 3,3
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	+ 0,1	+ 1,4
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und		
Reststoffen	+ 1,2	+ 11,1
Maschinen und Zubehör	– 0,6	– 2,1
Sonstiger Großhandel	+ 0,3	+ 3,1

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich unter anderem folgende Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen Juni 2006 gegenüber	
	Mai 2006	Juni 2005
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Kupfer und Kupferhalbzeug	– 7,1	+ 69,3
Blei, Zink und Zinn	– 9,7	+ 58,7
Metallische Sekundärrohstoffe	+ 5,4	+ 54,8
Schweres Heizöl	– 3,2	+ 35,6
Erdgas	+ 2,5	+ 28,2
Edelmetalle	– 18,6	+ 26,4
Flüssiggas	– 5,3	+ 24,8
Aluminium und Aluminiumhalbzeug	+ 0,8	+ 18,5
Elektrischer Strom	–	+ 15,0
Leichtes Heizöl	+ 0,1	+ 10,9
Kraftstoffe	+ 0,8	+ 9,2
Organische Grundstoffe und Chemikalien	+ 0,8	+ 9,2
Fleisch (ohne Geflügel)	+ 4,2	+ 7,5
Tabakerzeugnisse	–	+ 7,2
Kunststoffe in Primärformen	+ 0,3	+ 5,6
Walzstahl	+ 0,5	+ 3,2
Verlagserzeugnisse	+ 0,5	+ 3,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung und		
-verteilung	+ 0,3	+ 2,0
Gummi- und Kunststoffwaren	+ 0,1	+ 1,8
Personenkraftwagen und Wohnmobile	–	+ 1,5
Maschinen	+ 0,1	+ 1,2
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen .	– 3,3	– 10,3
Nachrichtentechnische Geräte und		
Einrichtungen	–	– 12,7
Elektronische Bauelemente	– 1,9	– 14,7
Großhandelsverkaufspreise		
Großhandel mit:		
Erzen, Eisen, Stahl, NE-Metallen und Halbzeug	+ 2,6	+ 12,8
Festen Brennstoffen und		
Mineralölerzeugnissen	+ 0,6	+ 11,6
Lebenden Tieren	+ 5,7	+ 8,6
Tabakwaren	–	+ 7,7
Obst und Gemüse	+ 1,0	+ 9,0
Büromaschinen und -einrichtungen	– 1,5	– 7,2

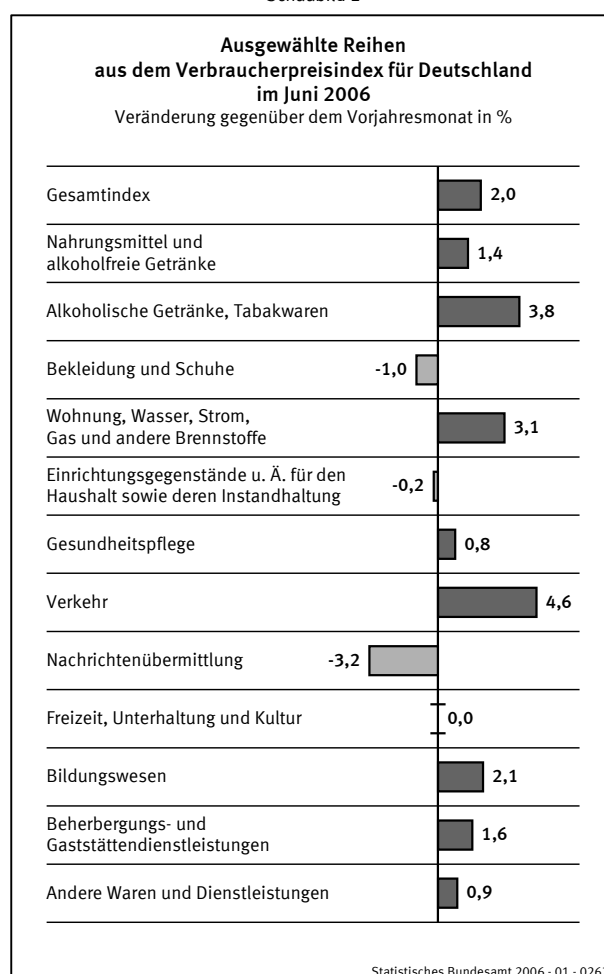
Der *Index der Einzelhandelspreise* erhöhte sich in den letzten zwölf Monaten um 1,1%. Im Mai und im April 2006 hatte die Jahresteuerrate bei +1,2 bzw. +1,1% gelegen. Im Vergleich zum Vormonat blieb der Index unverändert.

Der *Verbraucherpreisindex für Deutschland* lag im Juni 2006 um 2,0% höher als im Juni 2005. Im Mai und im April 2006 hatte die Jahresteuerrate 1,9 bzw. 2,0% betragen. Im Vergleich zum Mai 2006 erhöhte sich der Index um 0,2%.

Die Jahresteuerrate des Verbraucherpreisindex ist auch im Juni 2006 von überdurchschnittlichen Preiserhöhungen im Bereich der Energie (+11,8%) geprägt. Ohne Berücksichtigung der Energie hätte der Verbraucherpreisindex nur um 0,9% über dem Vorjahresstand gelegen. Haushaltsenergie (Strom, Gas und andere Brennstoffe) verteuerte sich um 11,8% gegenüber dem Vorjahresmonat, für Kraftstoffe mussten die Verbraucher 11,9% mehr bezahlen als im Juni 2005 – damit erreichten die Kraftstoffpreise im Juni 2006 einen neuen historischen Höchststand.

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke waren im Juni 2006 um 1,4% teurer als im Juni 2005. Insbesondere die Preise für Gemüse (+7,6%) sowie für Fisch und Fischwaren (+5,5%) lagen deutlich höher, Obst hingegen war um 1,8%

Schaubild 2



Qualitätsbereinigung in der Verbraucherpreisstatistik

Der Verbraucherpreisindex soll die reinen Preisveränderungen aller Waren und Dienstleistungen des Erfassungsbereiches messen, und zwar unbeeinflusst von Änderungen in der Struktur des Erfassungsbereiches und Änderungen der Güterqualität. Mit dieser Vorgehensweise ist gewährleistet, dass bei der Preismessung „Gleiches mit Gleichem“ verglichen wird.

Die grundsätzlichen Strukturen können über die Dauer einer Basisperiode durch das Wägungsschema relativ einfach konstant gehalten werden. Schwieriger ist die Vorgabe konstanter Güterqualitäten zu berücksichtigen, da das Angebot ständigen Veränderungen unterliegt und die Stichprobe möglichst repräsentativ bleiben soll. Ersetzungen von Gütervarianten innerhalb einer Basisperiode sind dann unvermeidbar, wenn eine ursprünglich ausgewählte Produktvariante nicht mehr angeboten wird oder diese deutlich an Verbrauchsbedeutung verliert. So steht die Preisstatistik vor zwei Aufgaben: Ein geeignetes Nachfolgeprodukt muss ausgewählt und der Geldwert des Qualitätsunterschiedes zwischen dem ursprünglich ausgewählten und dem neuen Produkt muss berücksichtigt werden. Monatlich sind davon etwa 5 bis 10% aller Preismeldungen betroffen.

Die Berücksichtigung von Qualitätsunterschieden zwischen ursprünglichen und neu ausgewählten Produkten wird in der Preisstatistik als „Qualitätsbereinigung“ bezeichnet. In der deutschen Verbraucherpreisstatistik sind folgende Qualitätsbereinigungsverfahren üblich:

1 Ausstattungsbereinigung

Bei dieser Form der Qualitätsbereinigung werden die einzelnen qualitätsbestimmenden Merkmale identifiziert und deren Bewertung durch die privaten Haushalte gemessen oder geschätzt. Je nach der dafür verwendeten Methode unterscheidet man verschiedene Varianten der Ausstattungsbereinigung:

1.1 Mengenbereinigung (Referenzvariablenmethode)

Eine Mengenbereinigung wird typischerweise im Bereich der Nahrungsmittel und anderer Verbrauchsgüter vorgenommen. Entscheidend für die Verwendung dieser Methode ist, dass die Menge (oder eine andere Referenzvariable) unmittelbar und proportional den Wert des Erzeugnisses für den Verbraucher bestimmt. Dadurch werden für den Konsumenten auch „versteckte“ Preiserhöhungen (durch verringerte Mengen bei unverändertem Preis) im Preisindex erfasst.

1.2 Verwendung von Optionspreisen

In einigen Fällen ist es vor der Markteinführung eines neuen Produktes möglich, das bisher angebotene Produkt durch Zusatzausstattungen qualitativ aufzurüsten. So konnte zum Beispiel bei Kraftfahrzeugen früher eine Klimaanlage oft als Zusatzausstattung geordert werden, viele neue Modelle enthalten diese als Standardausstattung. In solchen Fällen kann ein Teil des Betrages, der früher für die Zusatzausstattung zu zahlen war, als Geldwert des Qualitätsunterschiedes angesetzt werden. Auch Zusatzausstattungen von anderen Herstellern können für die Schätzung verwendet werden. Da in den meisten Fällen nicht bekannt ist, ob die Kunden diese neuen Ausstattungen tatsächlich benötigen (und früher tatsächlich zugekauft haben), hat sich als Konvention unter den Preisstatistikern ein Ansatz von 50% des Kaufpreises als Geldwert der Qualitätsveränderung durchgesetzt. Optionspreise sind auch für Dienstleistungen möglich (z.B. Altgeräteentsorgung, Garantieverlängerung).

1.3 Berechnung geldwerter Vorteile

Bei manchen Produkten lässt sich konkret bestimmen, welchen Wert ein verändertes Modell für den Konsumenten hat. Typische Fälle dafür sind die Verbrauchswerte technischer Produkte (Kraftstoffe, Energie, Wasser) oder andere Folgekosten (Wartung, Einstufung in Versicherungsklassen). Dabei sind Annahmen, zum Beispiel bezüglich der Nutzungsdauer und der Nutzungsintensität des neuen Erzeugnisses, erforderlich. Zur Berechnung der Folgekosten werden bei den Energieträgern aktuelle Marktpreise angesetzt (eventuell bereinigt um kurzfristige Extreme). Dabei wird davon ausgegangen, dass auch der Konsument bei seiner Beurteilung der Qualität weitgehend von aktuellen Preisen für Energieträger usw. ausgeht.

1.4 Verwendung vergleichbarer Angebote

Manchmal kommt es vor, dass ein Hersteller verschiedene Produktvarianten anbietet, die sich durch ein Merkmal oder durch eine bestimmte Merkmalskombination voneinander unterscheiden. Sind beide Gütervarianten gleichermaßen am Markt erhältlich, kann der Preisunterschied als Schätzwert für den Geldwert des Qualitätsunterschiedes angesehen werden, da der Konsument (aufgrund des Alternativangebotes) eine entsprechende Wahlmöglichkeit hat.

2 Hedonische Techniken

Bei den hedonischen Techniken wird mit Hilfe der so genannten Regressionsanalyse gemessen, wie viel Geld die Konsumenten im Durchschnitt für bestimmte Qualitätseigenschaften zu zahlen bereit sind. Ausführliche Dokumentationen zu diesem Verfahren sind unter folgendem Link zu finden: <http://www.destatis.de/hedonik/>.

3 Direkter Preisvergleich

Lässt sich ein Qualitätsunterschied nach den oben genannten Verfahren nicht feststellen, so erfolgt ein direkter Preisvergleich. Insbesondere für technische Produkte wird genau definiert, welche Merkmale nicht zu einer expliziten Qualitätsbereinigung führen sollen. Oft handelt es sich dabei um Fragen des Designs oder um modische Aspekte oder um andere, sehr subjektive Bewertungen der Qualität. Bei verschiedenen Artikeln, zum Beispiel bei Büchern, werden gleich platzierte Titel von Bestsellerlisten als qualitativ gleichwertig betrachtet.

4 Verkettung

Eine „Verkettung“, also die Verwendung des Preisunterschiedes zwischen dem alten und dem neuen Produkt als Schätzwert für den Qualitätsunterschied, wird in Deutschland nur im Falle einer unumgänglichen Ersetzung eines Altproduktes durch ein neuartiges (und qualitativ nicht vergleichbares) Ersatzprodukt durchgeführt. Um die Zahl solcher Ersetzungen zu begrenzen, werden Konsumsegmente definiert, innerhalb derer eine Ersetzung – dann unter Verwendung eines der oben genannten Qualitätsbereinigungsverfahren – erfolgen soll. Innerhalb eines Konsumsegmentes sind die Käufer unter Beibehaltung ihrer grundsätzlichen Konsumgewohnheiten und -präferenzen zu einer freien Produktwahl bereit. Überschreitungen dieser Grenzen müssen, da ein solches Vorgehen dem generellen Ziel des konstanten Warenkorb widerspricht, grundsätzlich überprüft und im Einzelfall begründet werden. Auch wenn eine Verkettung als zulässig erkannt wird, erfordert sie besondere Sorgfalt. Es dürfen nur Preise der gleichen Erhebungsperiode verkettet werden, Sonderangebote, zum Beispiel Ausverkaufspreise, müssen zunächst auf ihr Normalniveau angehoben werden.

billiger als ein Jahr zuvor. Gegenüber Mai 2006 blieben die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke im Durchschnitt nahezu unverändert (+0,1%).

Die Preise für Tabakwaren lagen im Juni 2006 – bedingt durch die Tabaksteuererhöhung vom September 2005 – um 6,0% höher als ein Jahr zuvor. Beherbergungsdienstleistungen waren um 3,4% teurer als im Juni 2005.

Im Juni 2006 verteuerten sich Verbrauchsgüter binnen Jahresfrist um 5,2% und Dienstleistungen um 1,0%, Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer verbilligten sich um 0,5% und langlebige Gebrauchsgüter waren um 0,4% günstiger als im Vorjahresmonat.

Verbraucherpreisindex für Deutschland
auf Basis 2000 = 100

	Veränderungen Juni 2006 gegenüber	
	Mai 2006	Juni 2005
	%	
Gesamtindex	+ 0,2	+ 2,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,1	+ 1,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 0,1	+ 3,8
Bekleidung und Schuhe	- 0,8	- 1,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	+ 0,1	+ 3,1
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	- 0,2	- 0,2
Gesundheitspflege	+ 0,1	+ 0,8
Verkehr	+ 0,6	+ 4,6
Nachrichtenübermittlung	-	- 3,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+ 0,3	-
Bildungswesen	-	+ 2,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 1,2	+ 1,6
Andere Waren und Dienstleistungen	-	+ 0,9

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* für Deutschland lag im Juni 2006 gegenüber Juni 2005 um 2,0% höher. Im Mai 2006 und im April 2006 hatte die Jahresveränderungsrate + 2,1 bzw. + 2,3% betragen. Im Vergleich zum Vormonat stieg der Index um 0,1%. [u](#)

Binnenschifffahrt auf dem Rhein vor 100 Jahren

Nach längerer Pause greifen wir mit den folgenden drei Beiträgen zur „Binnenschifffahrt auf dem Rhein vor 100 Jahren“ unsere Reihe historischer Aufsätze wieder auf.

Aktueller Bezugspunkt ist der ebenfalls in dieser Ausgabe erscheinende Beitrag „Binnenschifffahrt 2005 – Güterbeförderung nimmt weiter zu“. Auch im Jahr 2005 ist das Rheingebiet das für die Binnenschifffahrt in Deutschland mit Abstand bedeutendste Wasserstraßengebiet mit einem Anteil von 64% am Güterumschlag insgesamt; sechs der acht umschlagstärksten Binnenhäfen Deutschlands liegen am Rhein.

Die folgenden Beiträge sind erstmals 1909 in der Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus erschienen.

Die Entwicklung des Güterverkehrs auf dem Rheine von 1891 bis 1907.

Auf Anregung der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt ist von dem Referenten des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts Dr. Erich Petersilie ein umfassendes Werk über die Entwicklung der Rheinschifffahrt¹⁾ herausgegeben worden, das den Zeitraum von 1891 bis 1906 umfaßt. Wir entnehmen ihm die folgenden Angaben unter Fortführung auf das Jahr 1907.

Die Aufzeichnungen umfassen nachstehende Häfen: Straßburg, Rheinau, Mannheim, Ludwigshafen, Gustavsburg, Kas-

tel mit Amöneburg, Köln, Düsseldorf, Hochfeld-Duisburg, Duisburg, Duisburger Rheinufer, Ruhrort, Alsum, Kehl, Lauterburg, Karlsruhe, Maximiliansau, Speyer, Worms, Gernsheim, Nierstein, Mainz, Biebrich, Schierstein, Budenheim, Bingen, Oberlahnstein, Coblenz, Bonn, Mülheim am Rhein, Neuß, Ürdingen, Rheinhausen, Duisburg-Ruhrort (Eisenbahnhafenbassin), Wesel, Crefeld, Schwelgern und Walsum. Nicht alle Häfen bestanden schon 1891, mehrere sind erst nach diesem Jahre gegründet worden. Dennoch wird die Vergleichbarkeit der Ergebnisse für die einzelnen Jahre dadurch nicht nennenswert beeinträchtigt, da der Verkehr der neugegründeten Häfen früher in dem anderer mitenthalten zu sein pflegt.

Der Gesamtverkehr der Güter in Schiffen und Flößen hat sich in den genannten Häfen folgendermaßen entwickelt:

im Jahre	1 000 t	gegen das Vorjahr
1891 ...	13 575	.
1892 ...	14 480	+ 6,7 " v. H.
1893 ...	14 604	+ 0,9 " "
1894 ...	16 798	+ 15,0 " "
1895 ...	15 817	- 5,8 " "
1896 ...	20 851	+ 31,8 " "
1897 ...	21 290	+ 2,1 " "
1898 ...	23 405	+ 9,9 " "
1899 ...	25 094	+ 7,2 " "
1900 ...	28 242	+ 12,5 " "
1901 ...	28 858	+ 2,2 " "
1902 ...	28 753	- 0,4 " "
1903 ...	36 702	+ 27,6 " "
1904 ...	35 314	- 3,8 " "
1905 ...	37 763	+ 6,9 " "
1906 ...	38 525	+ 2,0 " "
1907 ...	41 477	+ 7,7 " "

Wie hieraus hervorgeht, hat sich der Verkehr auf dem deutschen Rheine – nur um diesen handelt es sich in der vorstehen-

¹⁾ Dr. Erich Petersilie. Schifffahrt und Güterverkehr auf dem Rheine während der Jahre 1891 bis 1906. Selbstverlag der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt, Mannheim 1908.

den Übersicht – außerordentlich rasch und günstig entwickelt. Rückschläge, die aber stets nur geringen Umfang erreichten, brachten lediglich die Jahre 1895, 1902 und 1904. Im ganzen ist der Güterverkehr auf dem deutschen Rheine seit dem Jahre 1891 um nicht weniger als rund 206 v. H. gestiegen, auch eine Zahl, die geeignet ist, auf die trotz vorübergehender Rückschläge glänzende Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens ein helles Licht zu werfen. Aus den absoluten Zahlen der vorstehenden Übersicht läßt sich aber ferner ablesen, daß es sich um ganz gewaltige Massen von Gütern handelt, die dem Rücken dieses größten deutschen Stromes alljährlich anvertraut werden. Nur um einen beliebigen Vergleichsmaßstab anzuführen, sei erwähnt, daß auf sämtlichen preußischen Eisenbahnen, deren Länge im Jahre 1905 rund 33 013 km betrug, im gleichen Jahre rund 307 Millionen Tonnen an Gütern befördert worden sind; der deutsche Rhein hatte aber in diesem Jahre allein schon einen Verkehr von rund 38 Millionen Tonnen. Dabei ist der Verkehr nur in den oben genannten Häfen angeschrieben worden; Güter, die keinen dieser Anlegeplätze passiert haben, entgehen der Aufzeichnung, die bei den Eisenbahnen vollständig ist. Ferner wolle man beachten, daß es sich hier nur um den *deutschen* Rhein handelt; nimmt man auch die niederländische Stromstrecke hinzu, so ergibt sich für das Jahr 1905 ein Gesamtgüterverkehr von rund 58,5 Millionen Tonnen, für 1907 ein solcher von 64,5 Millionen Tonnen.

Die Ursachen der glänzenden Entwicklung des Rheingüterverkehrs liegen in erster Linie in dem wirtschaftlichen Aufschwunge Deutschlands, vor allem der Industrie und des Handels in West- und Süddeutschland. Wie stark insbesondere die Industrie des Mittel- und Oberrheins am Gesamtaufschwunge des Verkehrs beteiligt ist, geht daraus hervor, daß die Zufuhr von Steinkohlen stromaufwärts von 2 114 896 t im Jahre 1891 auf 5 806 512 t im Jahre 1905 und die von Eisenerz von 501 112 t auf 4 254 239 t gestiegen ist. Ferner kommt hinzu, daß in allen Häfen die Lösch- und Ladevorrichtungen in weitausschauender Erkenntnis der Steigerungsfähigkeit des Rheinverkehrs erweitert wurden. Dann haben zur Ausdehnung des Güterverkehrs die fortgesetzten Verbesserungen des Strombettes erheblich beigetragen, wodurch der Verkehr, namentlich nach den oberrheinischen Häfen über Mannheim hinaus, stark gestiegen ist. Die hierfür aufgewendeten Summen sind sehr bedeutend gewesen; für Strombauten aller Art wurden auf dem Rheine einschließlich der niederländischen Stromstrecke von 1891 bis 1905 insgesamt rund 210 Millionen Mark ausgegeben, 1906 waren es rund 3½ Million und 1907 ebensoviel.

Wenn wir nun noch zur Erklärung der Schwankungen im Güterverkehr die einzelnen Jahre kurz durchgehen, so zeigt sich folgendes: 1892 wuchs der Verkehr hauptsächlich wegen besonders günstigen Wasserstandes; 1893 stieg er zwar abermals, jedoch nur um rund 124 000 t oder 0,9 v. H. Die Zunahme wäre zweifellos größer gewesen, wenn nicht der Wasserstand in diesem Jahre ungünstig gewesen wäre und namentlich der Zollkrieg mit Russland nicht nachteilig auf das Wirtschaftsleben eingewirkt hätte. Darunter litt vor allem die Verschiffung von Eisen und Eisenerz. 1894 fiel der Druck des Zollkrieges durch Abschluß des Handelsvertrages mit Rußland fort, und sogleich stieg der Verkehr auf dem Rheine um über 2 Millionen Tonnen oder 15 v. H. 1895 trat zum ersten Male ein Rückschlag ein, der ausschließlich auf den ungewöhnlich schlechten Wasserstand zurückzuführen ist, unter dem vornehmlich die Beförde-

rung von Steinkohlen litt. Im folgenden Jahre war dagegen der Wasserstand so außerordentlich vorteilhaft, daß die Schifffahrt fast 9 Monate hindurch ununterbrochen voll aufrecht erhalten werden konnte. Deshalb und wegen des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges findet sich die später nicht wieder erreichte gewaltige Verkehrssteigerung von rund 5 Millionen Tonnen oder 31,8 v. H. Bis zum Jahre 1900 hob sich der Verkehr nun unausgesetzt weiter trotz wenig vorteilhafter Wasserstände; allein der wirtschaftliche Aufschwung dieser Zeit war mächtig genug, um das Hindernis zu überwinden. 1901 machte sich der wirtschaftliche Niedergang allgemein fühlbar; wenn der Rheinverkehr trotzdem noch um 2,2 v. H. stieg, so ist das lediglich den günstigen Schifffahrtsverhältnissen dieses Jahres zuzuschreiben. 1902 brachte dann einen infolge der Ungunst der wirtschaftlichen Lage schließlich doch unvermeidlichen Verkehrsrückgang, der aber nur 0,4 v. H. erreichte. Der Ausfall betraf bezeichnenderweise namentlich stromaufwärts gesandte Steinkohlen, deren Mengen von 11 460 000 t auf 9 956 000 t sanken, während anderseits stromabwärts 3 105 000 t gegen 2 468 000 t verschifft wurden; man sieht hieraus, wie sehr dieses Jahr die deutsche Industrie zum Exporte zwang. Mit der Neubelebung der Industrie und des Handels schnellte der Rheingüterverkehr im Jahre 1903 sofort um nicht weniger als 27,6 v. H. empor; günstiger Wasserstand unterstützte diese Bewegung. Diese Zunahme überstieg wohl die normalen Grenzen so sehr, daß ein Rückschlag im folgenden Jahre unvermeidlich war. Von da ab hat sich der Rheingüterverkehr wieder andauernd entsprechend der raschen Entwicklung des Wirtschaftslebens gehoben; das gilt selbst von dem Jahre 1906, das so ungünstige Schifffahrtsverhältnisse aufwies, wie sie im Berichtszeitraume bisher niemals auch nur annähernd beobachtet worden sind. Auch das Jahr 1907 hatte ungewöhnlich schlechten Wasserstand. Es ist recht lehrreich aus diesen Zahlen zu ersehen, wie, namentlich in neuerer Zeit, das mächtig aufstrebende Wirtschaftsleben kraftvoll genug geworden ist, um elementare Ereignisse siegreich zu überwinden.

Die Entwicklung des Rheinseeverkehrs von 1902 bis 1907.

Über den Umfang des gesamten Güterverkehrs des deutschen Rheines mit überseeischen Häfen liegen erst vom Jahre 1902 ab genauere Angaben vor. Wir entnehmen sie dem schon in einem früheren Aufsätze genannten Werke von Dr. Erich Petersilie „Schifffahrt und Güterverkehr auf dem Rheine während der Jahre 1891 bis 1906“ unter Fortführung auf das Jahr 1907. Danach hat der Gesamtgüterverkehr des deutschen Rheines mit überseeischen Häfen nach den Aufzeichnungen der niederländischen Zollstelle zu Lobith betragen

im Jahre	1 000 t
1902	296
1903	347
1904	326
1905	380
1906	357
1907	342.

Der Verkehr hat sich also seit 1902 im allgemeinen gehoben, wenn auch langsam und bei weitem nicht so stark wie der Binnenverkehr. Überhaupt macht der Rheinseeverkehr vom gesamten Güterverkehre des Rheines nur einen sehr klei-

nen Teil aus; denn letzterer erreichte im Jahre 1907 bereits einen Umfang von rund 64½ Millionen Tonnen. Immerhin ist es bemerkenswert, daß der Rheinstrom überhaupt in solchem Umfange dem Seeverkehr dienen kann; als Seehäfen kommen hierbei am deutschen Rheine hauptsächlich Cöln und Düsseldorf in Betracht; doch gehen einzelne kleinere Seeschiffe auch viel weiter hinauf; so werden namentlich Remagen und Oberlahnstein zur Ladung von Mineralwasser häufig angelaufen. Selbstverständlich ist der mehr oder minder rege Verkehr von Seeschiffen dem wechselnden Wasserstande des Stromes stark unterworfen. In den Jahren 1906 und 1907 war dieser ungewöhnlich ungünstig, was den Rückgang des Rheinseeverkehrs in neuester Zeit erklärt.

Im Rheinseeverkehr sind überwiegend deutsche Seehäfen beteiligt; in ihnen hat betragen:

während des Jahres	die Zufuhr t	die Abfuhr t	der Gesamtverkehr t
1902	87 667	107 713	195 380
1903	102 249	137 589	239 838
1904	101 126	124 512	225 638
1905	130 165	146 044	276 209
1906	140 134	131 617	271 751
1907	119 662	134 664	254 326

Die Zufuhr vom deutschen Rheine her ist also rascher gestiegen als die Abfuhr zum deutschen Rheine hin. Nahezu die Hälfte der ganzen Zufuhr nach den deutschen Seehäfen besteht in verarbeitetem Eisen aller Art; auch die Versendung von Stückgütern und Wein ist nicht unerheblich. Dagegen empfängt der Rhein von den deutschen Seehäfen außer einer großen Reihe nicht näher bezeichneter Waren namentlich Mehl und Mühlenfabrikate, Zucker, Melasse und Sirup sowie fette Öle und Fette.

Der größte Teil des Rheinseeverkehrs überhaupt spielt sich mit Hamburg ab, das im Durchschnitte der Jahre 1902 bis 1905 einen Gesamtgüterverkehr von jährlich 113 423 t hatte (die infolge elementarer Ereignisse besonders ungünstigen Jahre 1906 und 1907 setzt man besser nicht in Rechnung). Hamburg empfängt bzw. versendet hauptsächlich die oben genannten Waren, was auch von den nachbezeichneten Häfen im allgemeinen gilt. An zweiter Stelle steht Stettin mit einem jährlichen Durchschnittsverkehr von 25 025 t; dann folgen Königsberg in Preußen mit 23 371 t, Danzig mit 23 263 t und Bremen mit 14 343 t. Auf die übrigen deutschen Seehäfen entfällt insgesamt nur ein jährlicher Durchschnittsverkehr von 34 844 t. Königsberg zeichnet sich durch einen nicht unbeträchtlichen Holzversand nach dem Rheine aus. Viel kleiner als der mit deutschen ist der Rheinverkehr mit ausländischen Seehäfen. Voran stehen die englischen, die mit dem deutschen Rheine durchschnittlich jährlich 69 756 t Waren austauschen. Der Verkehr ist übrigens im allgemeinen gesunken; er betrug nämlich in den einzelnen Jahren von 1902 bis 1907: 67 460, 73 947, 65 364, 72 254, 59 348 und 60 947 t. Nach England gehen vorzugsweise verarbeitetes Eisen aller Art, nicht näher bezeichnete Waren sowie Zucker, Melasse und Sirup; von England kommen hauptsächlich nicht näher bezeichnete Güter, unedle Metalle außer Eisen, Lumpen und Flachs, Hanf, Hede, Werg.

Der Rheinseeverkehr mit russischen und anderen Häfen endlich hat durchschnittlich jährlich nur 33 311 t betragen, in den einzelnen Jahren seit 1902: 33 323, 33 607, 35 034, 31 277, 26 101 und 27 138 t; er ist also zurückgegangen. Rußland erhält

vom deutschen Rheine meist Waren ohne nähere Bezeichnung, daneben geringe Mengen von unedlen Metallen außer Eisen, Mauersteinen und Steinkohlen, sendet dem Rheine dagegen außer nicht näher benannten Gütern etwas Petroleum.

Erwähnt mag noch werden, daß die Rheinseeflotte im Jahre 1907 aus 47 Dampfern bestand, von denen der kleinste 342, der größte 1 770 t Tragfähigkeit hatte; 10 Dampfer hatten je 1 000 t oder mehr Tragfähigkeit. Außerdem gibt es noch eine Anzahl von Rheinseeschleppkähnen und Rheinseesegelschiffen. Die Tragfähigkeit der ersteren schwankt zwischen 458 und 1 200 t, die der letzteren zwischen 61 und 1 200 t.

Die Bedeutung der einzelnen Rheinhäfen für den Güterverkehr auf dem Rheine.

Im folgenden geben wir eine sich auf die Jahre 1901/06 erstreckende Übersicht des Güterverkehrs in den deutschen Rheinhäfen, für welche dieser Verkehr regelmäßig statistisch erfaßt wird. Ausgeschlossen blieben nur die Häfen zu Crefeld, Walsum und Schwelgern, in denen die Anschreibungen erst seit 1905 bzw. 1906 erfolgen. Da der Verkehr in den einzelnen Jahren oftmals erheblich schwankt, empfahl es sich, um die gegenseitige Bedeutung der Häfen zu kennzeichnen, eine Durchschnittsziffer aus dem Ergebnisse von 5 Jahren zu errechnen; jedoch ist auch zur Vergleichung das Einzeljahr 1906 daneben gesetzt; letzteres soll auch für die angenommene Reihenfolge maßgebend sein.

Der gesamte Verkehr der Güter in Schiffen und Flößen hat in 1 000 Tonnen betragen

in	im Jahres- durchschnitte 1901/05	im Jahre 1906
Duisburg-Ruhrort	7 313	7 366
Duisburg	5 654	5 727
Mannheim	5 225	5 506
Ludwigshafen	1 794	1 777
Alsum	1 257	1 734
Rheinau	1 163	1 456
Hochfeld-Duisburg (Eisenbahnhafen)	1 106	1 143
Düsseldorf	794	1 116
Mainz	922	1 102
Cöln	935	1 084
Rheinhausen	347	999
Gustavsburg	986	799
Ladestellen am Duisburger Rheinufer	830	720
Straßburg	572	635
Kastel mit Amöneburg	565	622
Duisburg-Ruhrort (Eisenbahnhafenbassin) ..	.	555
Wesel	326	555
Karlsruhe	417	515
Mülheim am Rhein	373	470
Ürdingen	389	438
Oberlahnstein	252	382
Neuß	315	366
Worms	301	341
Bingen	178	233
Lauterburg	293	217
Schierstein	92	183
Budenheim	177	176
Kehl	128	169
Coblenz (Rhein und Mosel zusammen)	93	112
Biebrich	111	101
Speyer	122	98
Gernsheim	74	86
Bonn	58	53
Nierstein	48	27
Maximiliansau	12	14

Aus dieser Übersicht ergibt sich zunächst, daß der bedeutendste Hafen am deutschen Rheine Duisburg-Ruhrort ist. Man muß jedoch hierbei beachten, daß dieser Hafen mit mehreren benachbarten, so namentlich Duisburg, Hochfeld-Duisburg, den Ladestellen am Duisburger Rheinufer, dem Eisenbahnhafenbassin zu Duisburg-Ruhrort und Alsum, eigentlich eine wirtschaftliche Einheit bildet, sodaß durch Zusammenlegung des Verkehrs der genannten einzelnen Anlegestellen die gewaltige Bedeutung dieses Wirtschaftsgebietes für den Rheinverkehr erst in das rechte Licht gerückt wird. Erwähnt mag hier gleich werden, daß für das Eisenbahnhafenbassin Duisburg-Ruhrort auf die Anführung einer Durchschnittsziffer verzichtet werden mußte, da der Verkehr hier erst seit dem Jahre 1905 vollständig angeschrieben worden ist; vorher wurde nämlich die Warengruppe „Erde, Lehm, Sand, Kies, Kreide“ nicht berücksichtigt; gerade hiervon geht aber nach diesem Hafen soviel wie nach keinem anderen.

Außer den genannten Häfen sind am Niederrhein noch von erheblicher Bedeutung Düsseldorf, Cöln, Rheinhausen, Wesel, je mit mehr als $\frac{1}{2}$ Millionen t Jahresverkehr. Am mittleren Rheine ragen hervor Mainz und Kastel mit Amöneburg. Weiter südlich finden sich wieder einige besonders bedeutende Häfen, vor allem Mannheim, dann Ludwigshafen am Rhein, Rheinau, Gustavsborg, Straßburg und Karlsruhe.

Für die einzelnen Waren sind die Häfen von sehr verschiedener Bedeutung. Hierzu sei vorweg bemerkt, daß nahezu die Hälfte des Güterverkehrs auf dem Rheine in Steinkohlen besteht; erst in weitem Abstände folgen mit Anteilen zwischen 12 und 5 v. H. im Jahresdurchschnitte für 1901/1905 Eisenerz, Erde, Lehm, Sand, Kies, Kreide und Weizen.

Duisburg-Ruhrort ist der größte Steinkohlenversandhafen am Rheine; 1906 wurde von hier aus fast die Hälfte des gesamten Steinkohlenversandes auf dem deutschen Rheine bewirkt (rund 5 Millionen Tonnen). Auch in der Abfuhr von verarbeitetem Eisen aller Art steht dieser Hafen allen voran mit mehr als einem Drittel der gesamten Versendung auf dem Rheine. Schließlich empfängt er von allen das meiste Eisenerz, immerhin jedoch nur etwa ein Fünftel der gesamten Eisenerzzufuhr auf dem deutschen Rheine.

Auf Duisburg entfallen rund 31 v. H. der gesamten Steinkohlenversendung des deutschen Rheines, außerdem die größten Mengen des Koksversandes von allen Häfen. Die Zufuhr von Eisenerz ist gleichfalls sehr bedeutend. Mannheim ist bekannt als Getreideumschlaghafen; namentlich die Zufuhr von Weizen ist so groß wie in keinem anderen Rheinhafen. Mehr als doppelt so groß ist aber die Zufuhr von Steinkohlen; nach keinem anderen Hafen geht hiervon annähernd soviel. Ähnliche Verhältnisse liegen in Ludwigshafen vor; doch sind die Mengen beider Waren erheblich kleiner. Die Bedeutung Alsums liegt dagegen in der Zufuhr von Erzen, insbesondere Eisenerzen, worin der Hafen die erste Stelle einnimmt. Der Eisenbahnhafen zu Hochfeld-Duisburg ist wieder durchaus als Steinkohlenversandhafen anzusprechen. Der Hafen zu Düsseldorf hat einen sehr vielseitigen Verkehr; bedeutend ist die Zufuhr von Holz und namentlich die Abfuhr von Glas und Glaswaren. Mainz ragt durch große Zufuhr von Erde usw. und von Floßholz hervor; in letzterem ist auch die Abfuhr stark. Cöln hat wie Düsseldorf einen höchst mannigfaltigen Verkehr; bemerkenswert ist nur die umfangreiche Zufuhr von Düngemitteln. In dem

Hafen zu Rheinhausen, der der Firma Krupp gehört, bestand die Zufuhr fast nur aus Eisenerz; 1906 machte sie schon 15,5 v. H. der gesamten Eisenerzzufuhr der deutschen Rheinhäfen aus – auch eine Zahl die geeignet ist, ein Licht auf die Bedeutung des Kruppschen Riesenbetriebes zu werfen. Die Abfuhr besteht fast nur aus Roh- und Brucheisen und verarbeitetem Eisen.

Gustavsborg ist überwiegend Steinkohlenzufuhrhafen. Die Ladestellen am Duisburger Rheinufer empfangen hauptsächlich Eisenerz und versenden Roh- und Brucheisen. Straßburgs Umschlagverkehr ist in Steinkohlen und Getreide, namentlich Weizen, erheblich. In Kastel mit Amöneburg ragt die Zufuhr von Erde usw. und die Abfuhr von Zement, Traß und Kalk hervor; außerdem ist der Verkehr in Floßholz mit dem Maine beträchtlich. Im Eisenbahnhafenbassin Duisburg-Ruhrort wurden, wie schon bemerkt, die größten Mengen von Erde usw. angefahren. Wesel steht hierin an zweiter Stelle. Die Bedeutung von Karlsruhe liegt in dem Verkehre von Steinkohlen, Holz und Getreide.

Hinsichtlich der kleineren Häfen bleibt noch zu bemerken, daß Schierstein erhebliche Bedeutung für den Floßholzverkehr hat, Budenheim rund 63 v. H. der ganzen Abfuhr des deutschen Rheines an Steinen und Steinwaren an sich gezogen hat, Oberlahnstein 78 v. H. alles auf dem deutschen Rheine verladenen Eisenerzes versendet und Ürdingen fast die Hälfte alles versandten Zuckers abführt.

ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Neue Steuerungsinstrumente, Qualitätsmanagement		
Prozessanalysen im Statistischen Bundesamt – ein Erfolg	1	26
Qualitätsberichte – ein neues Informationsangebot über Methoden, Definitionen und Datenqualität der Bundesstatistiken	2	109
Überprüfung und Weiterentwicklung des Statistischen Programms		
Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien in Deutschland	1	33
Informations- und Kommunikationstechnologie in Unternehmen	5	468
Internetnutzung und die Aneignung von E-Skills	7	722
Karten in der amtlichen Statistik	3	205
Verbreitung statistischer Ergebnisse, Öffentlichkeitsarbeit, Kundenbefragungen		
Nutzerleitfaden zur EU-Statistik	5	443
Mathematisch-statistische Fragen und Methoden		
Die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte	5	451
Nutzung des Raumbezuges in der amtlichen Statistik	2	118
Karten in der amtlichen Statistik	3	205
Daten für wissenschaftliche Analysen zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen	4	344
Bevölkerung		
Auswirkung der Bereinigung des Ausländerzentralregisters auf die amtliche Ausländerstatistik	5	480
Mikrozensus		
Existenzgründungen im Spiegel des Mikrozensus	5	495

	Heft	Seite
Wahlen		
Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Alter	3	220
Erwerbstätigkeit		
Unterbeschäftigung als Teil des Labour-Force-Konzeptes	3	238
Kontaktzeiten in einer Telefonerhebung – wie beeinflussen sie die Messung der Erwerbstätigkeit?	6	581
Unternehmen und Arbeitsstätten, Unternehmensregister		
Gewerbeanzeigen 2005 – Gründungen und Schließungen	5	505
Insolvenzen 2005	4	351
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Flächennutzung		
LUCAS – eine europäische Flächenstichprobe und ihre Auswirkungen auf die deutsche Agrarstatistik	1	55
Die Klassifizierung landwirtschaftlicher Betriebe	5	516
Nutzung der Bodenfläche	3	212
Produzierendes Gewerbe		
Strukturdaten zum Verarbeitenden Gewerbe	7	734
Bautätigkeit und Wohnungen		
Wohngeld in Deutschland 2004	3	271
Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2005	4	405
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Gastgewerbe im Jahr 2003	6	587
Tourismus in Deutschland 2005: Ankünfte und Übernachtungen nehmen zu	6	596
Außenhandel		
Asymmetrien in der Außenhandelsstatistik	3	257
Der deutsche Außenhandel 2005 nach Ländern	5	527
Verkehr		
Kombinierter Verkehr 2004 – Motor aller Verkehrsträger	5	538
Gefahrguttransporte 2004	3	264
Eisenbahnverkehr 2005	5	546
Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2004	4	360
Unternehmen der Binnenschifffahrt 2004	6	606
Binnenschifffahrt 2005 – Güterbeförderung nimmt weiter zu	7	747
Gewerblicher Luftverkehr 2005	4	370
Geld und Kredit, Dienstleistungen		
Die Bedeutung der Dienstleistungsstatistik für die Berechnung der Wertschöpfung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	2	145
Bildung und Kultur		
Daten für wissenschaftliche Analysen zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen	4	344
Gesundheitswesen		
Die Todesursachenstatistik – Methodik und Ergebnisse 2004	6	614

Sozialleistungen

Ergebnisse der Statistiken über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2004	2	160
Neue Statistiken zur Kindertagesbetreuung	2	166
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 2004	4	377
Wohngeld in Deutschland 2004	3	271

Finanzen und Steuern

Statistiken der öffentlichen Finanzen – aussagekräftiger und aktueller	3	279
Finanzierungssaldo des Staates – einige methodische Anmerkungen	4	339
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2005	1	45
Spenden in Deutschland	2	151
Gewerbesteuerstatistik 2001	3	303
Körperschaftsteuerstatistik 2001	1	66
Öffentliche Finanzen im Jahr 2005	4	395

Wirtschaftsrechnungen, Zeitbudgeterhebungen

Besonderheiten der Zeitverwendung von Frauen und Männern	1	83
Konsumausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 2003	6	630
Einkommensverhältnisse von Familienhaushalten und ihre Ausgaben für Kinder	6	644

Löhne und Gehälter, Arbeitskosten

Möglichkeiten der Erfassung von Arbeitszeit in Unternehmensbefragungen	7	759
--	---	-----

Preise

Zur Entwicklung eines Baukostenindex	2	172
Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2005	4	405
Preisentwicklung 2005	1	71
Preise im Januar 2006	2	182
Preise im Februar 2006	3	310
Preise im März 2006	4	413
Preise im April 2006	5	561
Preise im Mai 2006	6	671
Preise im Juni 2006	7	768

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Vierteljährliche Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors	7	713
Zur Revision der privaten Konsumausgaben im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005	2	136
Die Bedeutung der Dienstleistungsstatistik für die Berechnung der Wertschöpfung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	2	145
Bruttoinlandsprodukt 2005	1	13

Umwelt

Die Erhebungen nach dem neuen Umweltstatistikgesetz von 2005	5	552
--	---	-----

Gastbeiträge

Besonderheiten der Zeitverwendung von Frauen und Männern	1	83
Verdienststrukturen in Baden-Württemberg: Eine empirische Analyse mit Hilfe von Quantilsregressionen .	3	316
Daten für wissenschaftliche Analysen zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen	4	344
Binationale Ehen in Deutschland	4	419

	Heft	Seite
Gastbeiträge		
Die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte	5	451
Empirische Kriminalitätsforschung mit Daten der amtlichen Statistik	6	677
Historische Beiträge		
Binnenschifffahrt auf dem Rhein vor 100 Jahren	7	774

Neuerscheinungen¹⁾ vom 24. Juni 2006 bis 28. Juli 2006

• Zusammenfassende Veröffentlichungen	EUR [D]	Fachserie 7: Außenhandel	EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, Juni 2006	13,75	Reihe 1 Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, April 2006	10,80
Statistik und Wissenschaft, Band 5: Weiterentwicklung der umweltökonomischen Statistiken	24,80	Fachserie 17: Preise	
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, März 2006	18,70	Reihe 2 Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), Mai 2006	7,50
April 2006	18,70	Reihe 4 Preisindizes für die Bauwirtschaft, Mai 2006 (Eilbericht)	2,-
• Fachserien		Reihe 4 Mai 2006	7,80
Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten		Reihe 7 Verbraucherpreisindizes für Deutschland, Mai 2006	10,80
Reihe 1.6.1 Kostenstruktur bei Arzt-, Zahnarzt- und Tierarzt- praxen 2003	10,70	Reihe 7 Juni 2006 (Eilbericht)	3,30

Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Statistik-Shop online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

www.destatis.de/shop

Alle aktuellen **Fachserien**, deren Neuerscheinungen bislang an dieser Stelle aufgeführt waren, werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Statistik-Shop bereitgestellt.

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm> abgerufen werden.

¹⁾ Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 70 71/93 53 50, Telefax + 49 (0) 70 71/93 53 35, E-Mail: destatis@s-f-g.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.